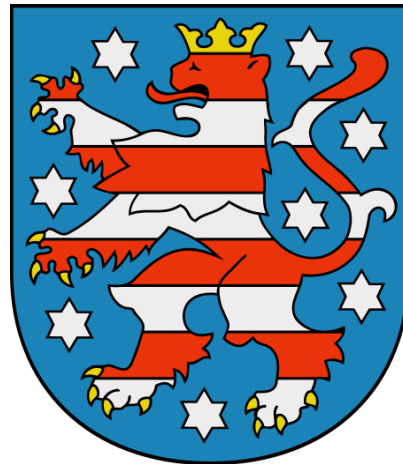


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Gesundheit und Pflege in Thüringen

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2019

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Prof. Dr. Heinrich Best

Dr. Axel Salheiser

Dr. Ossip Fürnberg

Dr. Jörg Hebenstreit

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



Vorwort	7
I. Einleitung	8
II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und demographische Entwicklung	11
III. Gesundheit und Pflege	22
1. Krankheit und Krankheitsempfinden im politischen und sozialen Zusammenhang einer alternden Gesellschaft	22
2. Beurteilung der ärztlichen Versorgung, der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors in der Umgebung	32
3. Unterstützung gesundheitspolitischer Maßnahmen	36
4. Wohnen im Alter	38
IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement	39
1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur	39
2. Institutionenvertrauen	44
3. Politische Partizipation	46
4. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	51
5. Migration, Integration, Diversität	62
V. Fazit	72
Literaturverzeichnis	78
Bisherige Thüringen-Monitore	81
Methodik des Thüringen-Monitors	82
Methoden-Glossar	85
Anhang 1: Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen	88
Anhang 2: Stichprobeninformationen	89
Anhang 3: Tabellarische Übersichten	90

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	„Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen“ in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss der Befragten.....	10
Abb. 2:	Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2019.....	11
Abb. 3:	Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2019	12
Abb. 4:	Geschätzte monatliche Nettoäquivalenzeinkommen (Obergrenzen) der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2010, 2013–2019	14
Abb. 5:	Bewertung der individuellen finanziellen Lage als „gut“, Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und Statusverlustangst nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert) im THÜRINGEN-MONITOR 2019.....	14
Abb. 6:	Zusammensetzung der Thüringer Bevölkerung nach Altersgruppen, 1991–2018	15
Abb. 7:	Zuzüge nach und Fortzüge aus Thüringen 1990–2018.....	16
Abb. 8:	Arbeitslosenquoten aller ziviler Erwerbspersonen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1994–2018	17
Abb. 9:	Anzahl der pflegebedürftigen Personen in Thüringen 1999–2017	19
Abb. 10:	Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit nach Alter.....	22
Abb. 11:	Übersicht: Chronische Krankheit, Behinderung und Pflegegrad	23
Abb. 12:	Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit nach Krankheit, Behinderung oder Pflegegrad	23
Abb. 13:	Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit nach Einkommen und Erwerbstätigkeit ..	24
Abb. 14:	Pflege einer_eines Angehörigen nach Alter und Geschlecht der Befragten.....	25
Abb. 15:	Zufriedenheit mit medizinischer Versorgung, Kassenleistungen und eigener Gesundheit nach Versicherungsstatus	26
Abb. 16:	Zufriedenheit mit Angebotsstruktur der medizinischen Versorgung in der näheren Umgebung.....	27
Abb. 17:	Bewertung der Kosten des Gesundheitswesens 2006, 2019.....	28
Abb. 18:	Belastungen durch Pflege einer_eines Angehörigen	29
Abb. 19:	Einstellungen zur Blutspende und zur Organspende	30
Abb. 20:	Vertrauen in die Landesregierung bzw. Bundesregierung nach Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung auf Landes- und Bundesebene	31
Abb. 21:	Vertrauen in die Landesregierung nach Bewertung der eigenen Gesundheit.....	32
Abb. 22:	Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors nach Wohnlage der Befragten.....	33
Abb. 23:	Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors: Unterscheidung zwischen Befragten aus Landkreisen und Befragten aus kreisfreien Städten	33

Abb. 24: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors: Unterscheidung nach Einwohner_innenzahl der Wohnorte der Befragten	34
Abb. 25: Versorgungslücken und Probleme im Bereich Gesundheit und Pflege (Wordcloud)	35
Abb. 26: Wichtigkeit gesundheitspolitischer Maßnahmen	37
Abb. 27: Wohnen im Alter	38
Abb. 28: Demokratiezufriedenheit, Demokratieunterstützung und individuelle finanzielle Lage 2001–2019.....	40
Abb. 29: Subjektive Kompetenzzuschreibung und Responsivität 2001–2019	41
Abb. 30: Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001–2019.....	42
Abb. 31: Demokratietypen 2001–2019	44
Abb. 32: Institutionenvertrauen 2000–2019	45
Abb. 33: Institutionenvertrauen	46
Abb. 34: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2019	47
Abb. 35: Politische Partizipation.....	48
Abb. 36: Partizipationsformen nach Alter	49
Abb. 37: Politisches Interesse 2002–2019	50
Abb. 38: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen	52
Abb. 39: Anzahl an Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen zur Erfassung des Rechtsextremismus	54
Abb. 40: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2019.....	56
Abb. 41: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen.....	60
Abb. 42: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013–2019.....	63
Abb. 43: Negative Einstellungen gegenüber von Asylsuchenden nach Autoritarismus und Statusverlustangst.....	65
Abb. 44: Zustimmung zur Aussage „Wohnumgebung durch Ausländer überfremdet“	66
Abb. 45: Abwertung von Muslim_innen nach Autoritarismus und Statusverlustangst.....	67
Abb. 46: Zustimmung zu antisemitischen Aussagen nach Bildung.....	68
Abb. 47: Zustimmung zur Aussage „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“ nach Bildung.....	69
Abb. 48: Sinti_ze- und Rom_nja-Feindlichkeit nach Autoritarismus und Sozialer Dominanzorientierung.....	70
Abb. 49: Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen nach Traditionalismus	71

Vorwort

Der THÜRINGEN-MONITOR 2019 ist das 19. der jährlich erstellten Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Seit der ersten Befragung im Jahr 2000 befasst sich das Projekt mit den politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung, ihrer Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung, dem Institutionenvertrauen, der politischen Partizipation, aber auch mit Phänomenen der Demokratiegefährdung und der politischen Radikalisierung. Unsere Demokratie lebt vom Austausch unterschiedlicher Auffassungen und Meinungen – und durch sozialwissenschaftliche Bevölkerungsbefragungen wie den THÜRINGEN-MONITOR werden diese sichtbar. Dem Vorbild Thüringens, politische Einstellungen in einem Bundesland regelmäßig zu untersuchen, sind nach Sachsen-Anhalt und Sachsen auch Brandenburg und Niedersachsen gefolgt, in diesem Jahr ist erstmals auch ein Berlin-Monitor erschienen. Wir freuen uns über diese anderen Länder-Monitore: Zum einen bieten sie die Möglichkeit, umfangreiche Daten und Befunde miteinander zu vergleichen. Zum anderen zeigt sich, dass mit dem THÜRINGEN-MONITOR schon frühzeitig der richtige Weg beschritten wurde, indem Politik und Zivilgesellschaft wiederkehrend über die Entwicklung der politischen Einstellungen der Bevölkerung und die Stimmungslage zu wichtigen Themen in ihrem Bundesland informiert werden.

Unser diesjähriges Schwerpunktthema ist *Gesundheit und Pflege* – ein Thema, das nicht nur *alle* Einwohner_innen des Freistaats persönlich betrifft, sondern aufs Engste mit dem demographischen und strukturellen Wandel unserer Gesellschaft verknüpft ist. In den differenzierten Einschätzungen und Bewertungen der Befragten spiegeln sich auch die großen Herausforderungen, die sich auf diesem Gebiet für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Politik in Thüringen ergeben.

Der THÜRINGEN-MONITOR wird von der **Thüringer Staatskanzlei** in Auftrag gegeben. Die Grundlage ist eine repräsentative telefonische Befragung mit folgenden Eckdaten:

- Befragungszeitraum: 27. Mai bis 6. Juli 2019
- Stichprobenziehung: nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik quotierte Zufallsauswahl unter Thüringer_innen, die bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind (Auswahl von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design)
- Stichprobengröße: 1.100 Befragte
- Datenerhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. anderthalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent)

Auf die Methodik des THÜRINGEN-MONITORS wird im Anhang ausführlicher eingegangen. Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert außerdem das Methoden-Glossar. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert. Bei den gerundeten Prozentangaben im Text handelt es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente, d.h. die Antwortkategorien „weiß nicht“, „keine Angabe“ und „trifft nicht zu“ werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Wir danken Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die auch in diesem Jahr die telefonische Befragung durchführten. Besonderer Dank gilt Herrn Stephan Fuhrmann, Frau Katja Vollenberg, Frau Silvia Hammon, Frau Ines Schildhauer und Frau Dr. Franziska Schmidtke.

I. Einleitung

Im hundertsten Jubiläumsjahr der demokratischen Reichsverfassung der Weimarer Republik und 30 Jahre nach dem Mauerfall und dem Beginn der friedlichen Revolution in Ostdeutschland blickt der THÜRINGEN-MONITOR 2019 auf die Entwicklung der politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Mit seinem Schwerpunktthema „Gesundheit und Pflege“ widmet er sich darüber hinaus einem wichtigen gesellschaftlichen Thema, das von der Politik mitgestaltet wird und diese vor große Aufgaben stellt.

Mit der Wiedervereinigung wurde auch in Thüringen das bundesrepublikanische System eines öffentlichen *und* privatwirtschaftlich organisierten Gesundheits- und Pflegewesens etabliert, welches an die Stelle des staatlichen Gesundheitswesens der DDR trat. Das (weitestgehend kostenlose und als *egalitär* geltende) Gesundheitswesen des „realexistierenden“ Sozialismus wird bis heute von vielen Thüringer_innen als einer der positivsten Aspekte des SED-Staats und der ostdeutschen Lebenswelt vor 1989 erinnert, wie wir in unserer Untersuchung zum THÜRINGEN-MONITOR 2015 zeigen konnten (vgl. TM 2015: 43 ff.). Heutzutage existiert einerseits eine politische Regulierung und Steuerung des Medizin- und Pflegesektors *im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge*, durch die rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen vorgegeben sind, um beispielsweise eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Sowohl gesetzliche als auch private Versicherungen und Krankenkassen basieren auf dem Solidarprinzip der Beitragszahlenden und federn soziale Härten durch die Übernahme von medizinischen Behandlungskosten und Pflegeleistungen ab. Andererseits sind die Bereiche Gesundheit und Pflege in der marktwirtschaftlich und kapitalistisch verfassten Bundesrepublik in starkem Maße kommerzialisiert und monetarisiert. Dies wird insbesondere unter dem Schlagwort „Zwei-Klassen-Medizin“ als konkrete Auswirkung sozialer Ungleichheit auf die höchstpersönliche Lebenssphäre der Menschen – ihr gesundheitliches und psychosoziales Wohlbefinden – problematisiert. Medizinsoziologische Forschung (vgl. zur Einführung: Stollberg 2001) zeigt immer wieder, dass ein Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und Gesundheitszustand sowie Mortalitätsrate besteht: auch in Deutschland und Thüringen entscheiden Bildung, Beruf, Einkommen und Vermögen nicht nur darüber mit, welchen gesundheitlichen Risiken Menschen ausgesetzt sind und inwieweit diesen vorgebeugt werden kann, sondern auch darüber, welche medizinischen Behandlungen und Pflegeleistungen in Anspruch genommen werden können.

Eine im Oktober 2019 veröffentlichte Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigte, dass die Deutschen mit der Gesundheitsversorgung grundsätzlich zufrieden sind, aber „Zwei-Klassen-Medizin“, Qualitätsverluste sowie steigende Beitragszahlungen fürchten (FAZ 2019). So wachse u.a. auch die Kritik an der Versorgung. Rund drei Viertel der in einer Spezialbefragung interviewten Krankenhaus-Ärzt_innen waren „überzeugt, dass in den Krankenhäusern bei der Behandlung der Patient_innen verstärkt wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund stehen und therapeutische Gesichtspunkte an Bedeutung verlieren“ (ebd.). Der explizite Anspruch und die Notwendigkeit, im Bereich Gesundheit und Pflege unternehmerisches, gewinnorientiertes und karitativ-humanitäres Handeln miteinander zu verbinden, führt in der Realität zu zahlreichen Konflikten und Widersprüchen. Dies zeigt

9 Einleitung

sich u.a. in Debatten um Kassenleistungen und -beiträge, um Honorare für Ärzt_innen und anderes Fachpersonal, um die ökonomische Effizienz von Praxen, Kliniken und Pflegediensten sowie um die Finanzierbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherung.

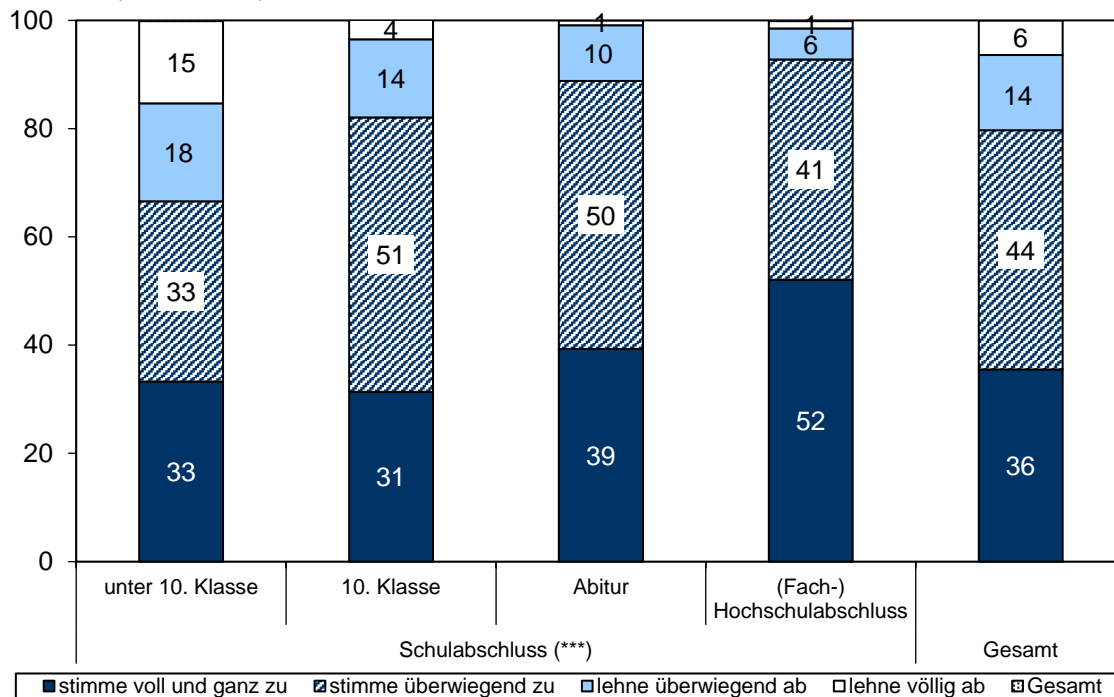
In den letzten Jahren verstärken sich zudem diverse *strukturelle* Probleme im Gesundheits- und Pflegesektor, wobei besonders der Fachkräftemangel, die Überlastung des Fachpersonals sowie die kontinuierlich steigenden Bedarfe auf den dramatischen demographischen Wandel zurückzuführen sind. Haus- und Fachärzt_innen gehen ohne Nachfolge in den Ruhestand, Wartezeiten auf Arzttermine und Schlangen in den Wartezimmern verlängern sich, in den Krankenhäusern und Pflegediensten steigt die Belastung des Fachpersonals. Ähnlich wie bei anderen Aspekten öffentlicher und sozialer Infrastruktur sind in den Bereichen Gesundheit und Pflege *wachsende regionale Disparitäten* zu beobachten, z.B. zwischen den Städten und dem ländlichen Raum. Diese strukturellen Defizite stellen auch in Thüringen eine große Herausforderung dar.

Es ist eine erklärte und von der Bevölkerung als selbstverständlich begriffene Aufgabe wohlfahrtsstaatlicher Politik, flächendeckend hochqualitative Daseinsvorsorge für die Gesamtheit der Bevölkerung in den Bereichen Gesundheit und Pflege zu gewährleisten – der Staat hat sich hier in die Verantwortung begeben und wird dafür von der Bevölkerung auch in die Verantwortung genommen. Das Thema Gesundheit betrifft die Gesamtheit der Bevölkerung – unabhängig von ihrer Wahlberechtigung. Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS, der traditionell nur *wahlberechtigte* Thüringer_innen befragt, geht es daher vornehmlich darum, empirische Erkenntnisse zum Zusammenhang zwischen den Bewertungen der Befragten auf dem Gebiet Gesundheit und Pflege einerseits und ihren politischen Einstellungen im Kontext der politischen Kultur im Freistaat andererseits zu treffen. Es ist anzunehmen, dass die Zufriedenheit mit den Leistungen des Gesundheitssystems, dessen Ausgestaltung und den institutionellen Rahmenbedingungen nicht unwesentlich mit politischen Einstellungen und der Bewertung der Politik zusammenhängen. Das Instrument einer demoskopischen Befragung kann hier wie immer nur *Hinweise* auf Kausalbeziehungen, also Ursachen, liefern und bietet in erster Linie ein Stimmungsbild zu ausgewählten Aspekten.

In Kapitel II werden zunächst die aktuell verfügbaren Rahmendaten zur ökonomischen, sozialstrukturellen und soziodemographischen Entwicklung in Thüringen diskutiert. Dabei ist auch auf die Abdeckung mit Einrichtungen der medizinischen Versorgung und der Pflege sowie auf den gestiegenen Pflegebedarf durch die Alterung der Thüringer Bevölkerung einzugehen.

In Kapitel III stehen dann die Wahrnehmungen und Beurteilungen der Befragten zum Schwerpunktthema „Gesundheit und Pflege“ im Mittelpunkt. Dabei geht es u.a. um allgemeine Bewertungen sowie um die Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der ärztlichen Versorgung, der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors in der Umgebung der Befragten. Des Weiteren wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR die Akzeptanz bestimmter gesundheitspolitischer Maßnahmen abgefragt und das Thema „Wohnen im Alter“ aufgegriffen.

Abb. 1: „Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen“ in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss der Befragten¹
(in Prozent)



In Kapitel IV diskutieren wir anschließend die aktuelle Befundlage zur Demokratiezufriedenheit, zur Elitenkritik, zum Institutionenvertrauen sowie zur politischen Partizipation bzw. Partizipationsbereitschaft. Vier von fünf Befragten sind der Überzeugung, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können (Abb. 1). Wir haben sie u.a. danach gefragt, inwieweit sie die Demokratie als „beste aller Staatsideen“ sehen, wie sie deren praktische Umsetzung beurteilen und was sie über politische Parteien denken. Im Demokratie-Kapitel des THÜRINGEN-MONITORS liegt – wie bereits seit dem Jahr 2000 – ein zentrales Augenmerk auf der Messung rechtsextremer (d.h. ethnozentrischer und neonationalsozialistischer) Einstellungen (Kapitel IV.4), ein Thema, das zweifellos höchste politische und gesellschaftliche Aktualität besitzt. Die Befragungsergebnisse zum Themenfeld Migration, Integration und Diversität werden in Kapitel IV.5 vorgestellt und eingeordnet. Einen Überblick über die zentralen Befunde der diesjährigen Untersuchung bietet das Fazit (Kapitel V).

¹ Signifikanz der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und demographische Entwicklung

Die sozioökonomische und demographische Entwicklung im Freistaat Thüringen muss als ambivalent bezeichnet werden: Einerseits ist eine erfreulich positive wirtschaftliche Lage zu konstatieren, die in den letzten Jahren mit einer stetigen Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der Bevölkerung einhergegangen ist, andererseits macht sich ein tiefgreifender struktureller Wandel bemerkbar, der in Zukunft noch spürbarere Auswirkungen auf unser Zusammenleben haben dürfte. Die politische Kultur im Freistaat wiederum wird nicht nur maßgeblich von den Antworten der politischen Führung auf die Fragen unserer Zeit beeinflusst. Von entscheidender Bedeutung sind auch die Bewertungen politischer Entscheidungen durch die Bürger_innen. Anhand aktueller statistischer Daten wird auf den folgenden Seiten auf ausgewählte Aspekte eingegangen und damit der Interpretationsrahmen für die diesjährige Befragung skizziert. Diese Zusammenfassung knüpft dabei vielfach an die ausführlicheren Darstellungen in den entsprechenden Kapiteln vorangegangener THÜRINGEN-MONITORE an (vgl. TM 2018: 13 ff.).

Abb. 2: Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2019

(Zustimmung in Prozent: „Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern.“ und „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.“)

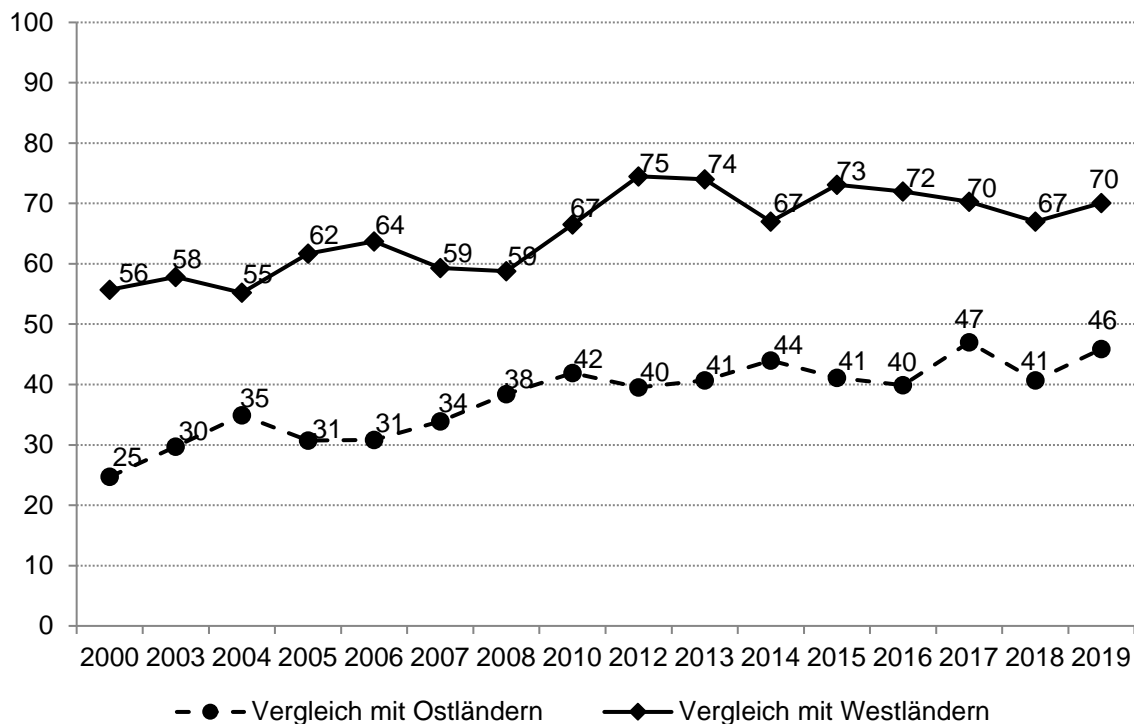
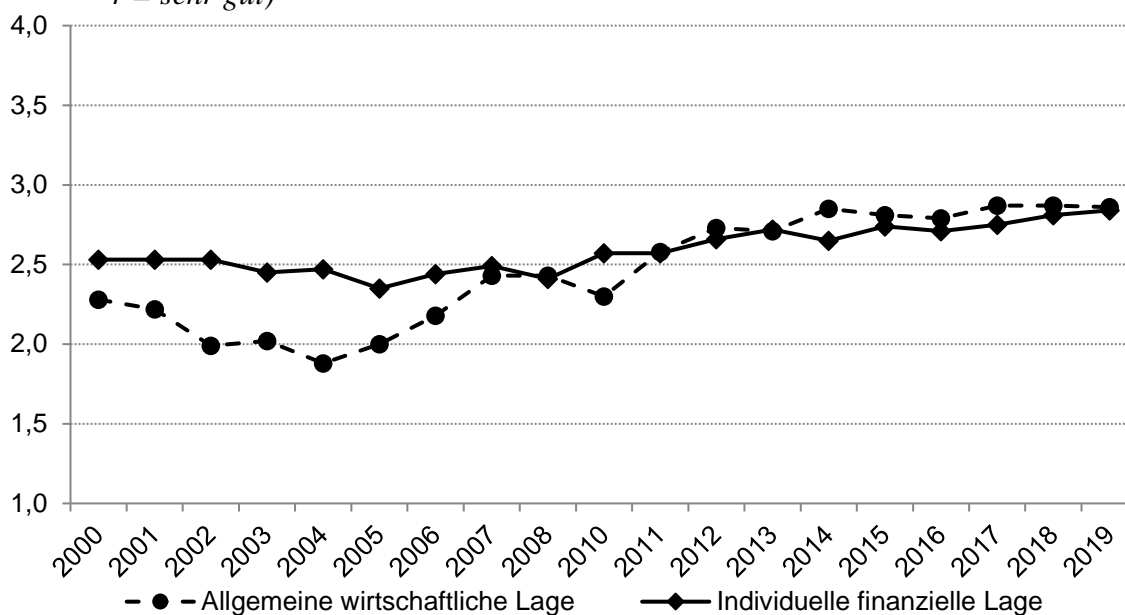


Abb. 3: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2019

(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = schlecht/ab 2012: sehr schlecht bis 4 = sehr gut)



Die stark klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaft Thüringens vermeldete auch im vergangenen Jahr gute Geschäftszahlen und volle Auftragsbücher, das Bruttoinlandsprodukt stieg von 62,2 Millionen Euro (2017) auf 63,8 Millionen Euro (2018).² Auch im ersten Halbjahr konnte die Thüringer Industrie relativ hohe Umsatzzuwächse verzeichnen.³ Außerdem wird die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur verstärkt vom Freistaat gefördert (vgl. WIR 2019). Der Durchschnittswert des Jahresbruttolohns bzw. -gehalts pro Thüringer Arbeitnehmer_in stieg zuletzt von 28.727 Euro (2017) um 3,3 Prozent auf 29.676 Euro (2018).⁴ Er war damit – ähnlich wie in den Vorjahren – noch etwas stärker angestiegen als das höhere bundesdeutsche Lohnniveau (von 34.145 um 3,2 Prozent auf 35.229 Euro). Thüringer Beschäftigte verdienen im Mittel mehr als Beschäftigte in Brandenburg (29.605 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (28.520 Euro), aber weniger als Beschäftigte in Sachsen (29.952 Euro) und Sachsen-Anhalt (29.823 Euro). Auch die Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2019 meinen mehrheitlich, dem Freistaat ginge es recht gut; 70 Prozent von ihnen stimmten der Aussage zu, dass Thüringen den Vergleich mit westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen brauche (Abb. 2). Allerdings hat der Anteilswert der Zustimmungen noch nicht ganz wieder den Spitzenwert von 75 Prozent (2012) erreicht. 46 Prozent der Befragten meinten, die wirtschaftliche Lage in Thüringen sei besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern. Auch wenn dies weiterhin nur eine (inzwischen knappe) Minderheit der Befragten ist, handelt es sich im Zeitverlauf doch um einen hohen Wert, der sich bei Beachtung der Stichprobenschwankungen nicht signifikant vom Höchstwert, 47 Prozent (2017), unterscheidet. Die allgemeine wirtschaftliche Lage in ihrem Bundesland schätzen die Befragten mehrheitlich positiv ein (Abb. 3), was in einem Mittelwert von 2,81 resultiert

² Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

³ https://statistik.thueringen.de/presse/2019/pr_191_19.pdf

⁴ Vgl. <https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbls/tab.jsp?rev=RV2014&tbl=tab11&lang=de-DE>

(2018: 2,87; Skalentrennwert: >2,5). Die Einschätzung bleibt damit auf dem Niveau der Vorjahre. Seit dem Beginn des Jahrzehnts ist eine Koppelung an die Beurteilung der individuellen finanziellen Lage der Befragten gegeben: hier überschritt der Mittelwert mit 2,84 (2018: 2,81) erstmalig wieder seit 2013 (2,72) ganz knapp den Mittelwert der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Freistaat (2013: 2,71). Allgemein gilt also: je positiver die eigene Situation eingeschätzt wird, desto besser wird auch die Lage im Freistaat beurteilt. 80 Prozent der Befragten sagten, ihre individuelle finanzielle Situation sei gut oder sehr gut, und ebenfalls 80 Prozent der Befragten meinten, die Wirtschaftssituation in Thüringen sei gut oder sehr gut, auch wenn es sich dabei nicht um exakt dieselben Personen handelte.

Um nicht nur die subjektive Einschätzung der sozioökonomischen Position der Befragten zu beobachten, sondern sich auch auf objektive Klassifikationskriterien stützen zu können, wird im THÜRINGEN-MONITOR das Haushaltsnettoeinkommen (in Einkommensintervallen) abgefragt. In Verbindung mit den ebenfalls erhobenen Angaben zu Haushaltsgröße und Kinderzahl lässt sich daraus ein sogenanntes Nettoäquivalenzeinkommen⁵ der Befragten schätzen, das die unterschiedlichen Lebens- und Einkommensbedingungen so weit wie möglich berücksichtigt und die Vergleichbarkeit erhöht. Auch beim Mittelwert der Einkommen unserer Befragten (Abb. 4) hat es gegenüber dem Vorjahr einen geringfügigen Anstieg gegeben, der aber auch der Ungenauigkeit unseres Schätzverfahrens geschuldet sein kann. Wesentlich ist die im Vergleich zu Beginn des Jahrzehnts in den letzten Jahren verbesserte Einkommenssituation der Befragten, die von diesen insgesamt auch als solche wahrgenommen wird. Ca. 68 Prozent der Befragten, für die ein Einkommenswert errechnet werden konnte, ist nach den Standards der Sozialstatistik⁶ ein mittleres Einkommen zu attestieren, 22 Prozent gelten als Bezieher_innen von Niedrigeinkommen und gerade einmal

⁵ Das (monatliche) Nettoäquivalenzeinkommen wird wie folgt berechnet (vgl. Geißler 2014: 72, Datenreport 2016: 170, ARB 2017; vgl. TM 2017: 39 ff. u. 219, TM 2018: 19 ff.): Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die gewichtete Anzahl im Haushalt lebenden Personen geteilt, wobei für die befragte Person der Gewichtungsfaktor 1, für jede weitere erwachsene Person der Gewichtungsfaktor 0,5 und für jedes Kind (bis 14 Jahre) der Gewichtungsfaktor 0,3 gilt. Da (im Unterschied zu in der Sozialstatistik üblichen Einkommensstichproben, dem Mikrozensus bzw. dem Sozio-oekonomischen Panel) das Haushaltsnettoeinkommen im THÜRINGEN-MONITOR nur in Klassen abgefragt werden kann, handelt es sich hier um die *Obergrenzen der Nettoäquivalenzeinkommen*, also um die maximal erzielten monatlichen Nettoeinkommen pro Befragte_r. Die Höhe und Anteile unterer Einkommen werden dadurch tendenziell überschätzt, die Höhe der oberen Einkommen hingegen unterschätzt, da bei letzteren zur Berechnung eine Obergrenze von 6000 Euro festgelegt wurde. Des Weiteren wird im THÜRINGEN-MONITOR zwar die Zahl der Kinder unter 18 abgefragt, es ist aber nicht erkennbar, inwieweit es sich auch um Kinder unter 15 Jahren handelt. Um jedoch zu verhindern, dass Nettoäquivalenzeinkommen von Befragten mit Kindern stark unterschätzt werden, wurde der Gewichtungsfaktor für Kinder auf 0,3 festgelegt. Informationen darüber, ob die befragte Person Allein- oder Hauptverdiener_in ist bzw. wie viele Personen im Haushalt eigene Einkommen erzielen, liegen nicht vor. Die Nettoäquivalenzeinkommensangaben für Befragte des THÜRINGEN-MONITORS verstehen sich folglich immer als **Schätzungen**. Die Nettoäquivalenzeinkommen konnten nur für die angegebenen Jahre berechnet werden, da in anderen THÜRINGEN-MONITOREN die erforderlichen Angaben (Haushaltsnettoeinkommen, Anzahl der Personen im Haushalt, Anzahl der Kinder) nicht oder nur unvollständig abgefragt wurden. (Die Berechnung erfolgte an dieser Stelle nur auf Grundlage gültiger Angaben, d.h. ohne eine regressionsanalytische Imputation fehlender Werte).

⁶ Geschätzte *Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen (s.o.)*, **gruppiert**. Diese Einkommensgruppen wurden wie folgt gebildet: Der Median (Wert am mittleren Rangplatz) des *geschätzten* monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR beträgt 2000 Euro. 60 Prozent des Medians (hier: 1200 Euro) gelten üblicherweise als „Armutgefährdungsschwelle“; Einkommen darunter gelten als gering. Einkommen oberhalb 150 Prozent des Medians (hier: 3000 Euro) gelten als hoch. Die Einkommen zwischen 60 Prozent und 150 Prozent des Medians gelten als mittlere Einkommen (vgl. TM 2017: 41f. sowie dortige FN 19, 20 und 21).

neun Prozent beziehen ein hohes Einkommen. Nachvollziehbar ist der Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und der subjektiven Einschätzung der finanziellen Situation sowie dem Empfinden, den „gerechten Anteil“ oder mehr zu erhalten (Abb 5). Letzteres bekundet mit 45 Prozent nur eine knappe Minderheit.

Abb. 4: Geschätzte monatliche Nettoäquivalenzeinkommen (Obergrenzen) der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2010, 2013–2019 (in Euro)

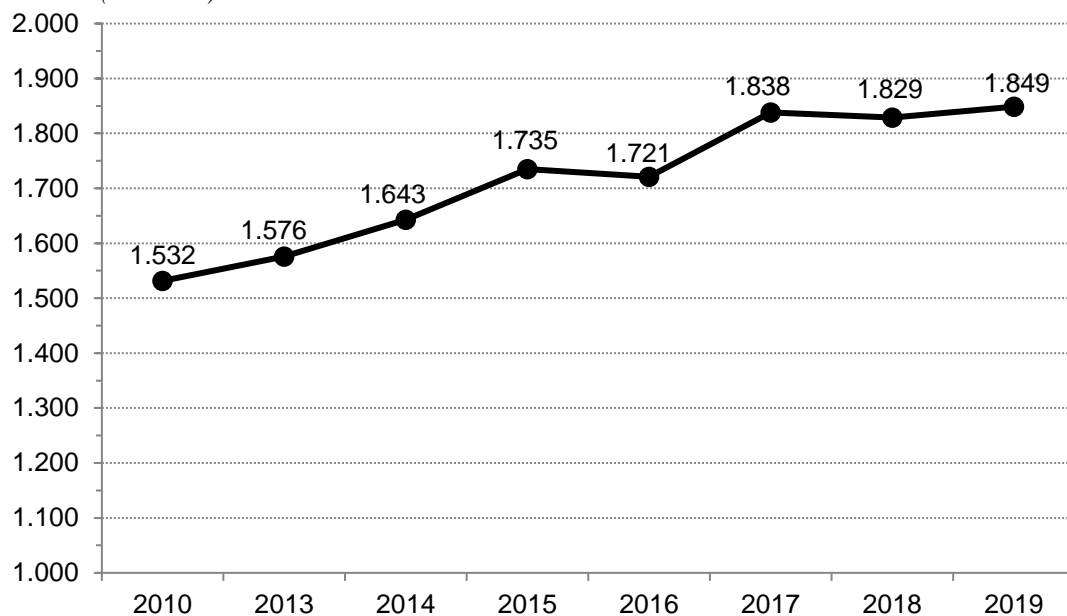
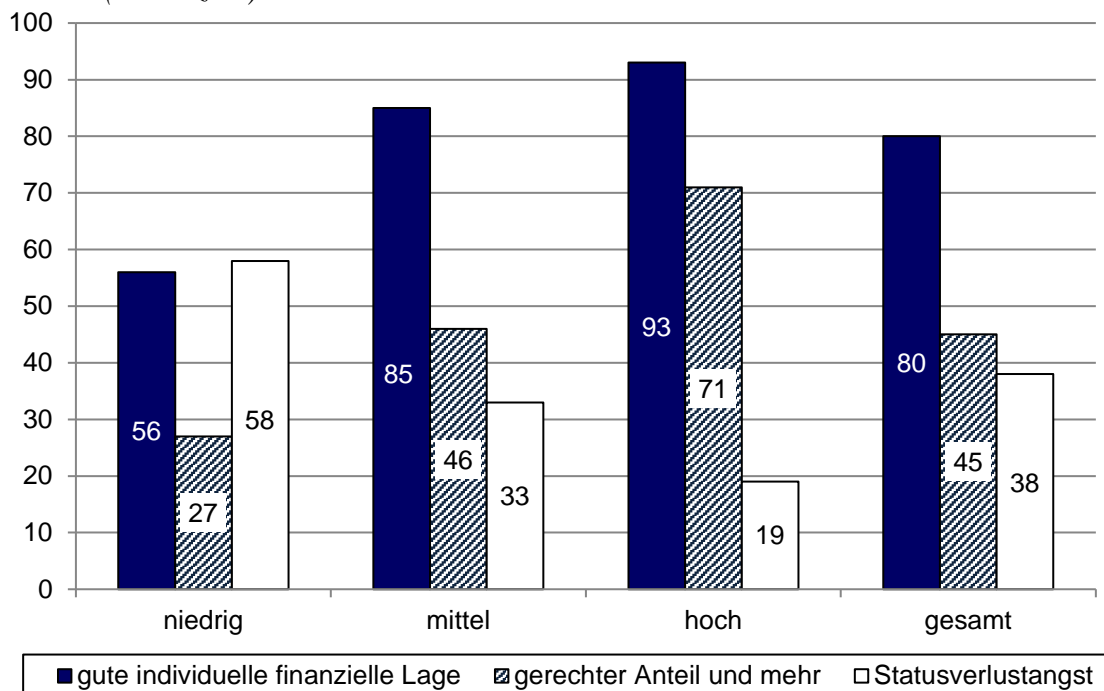
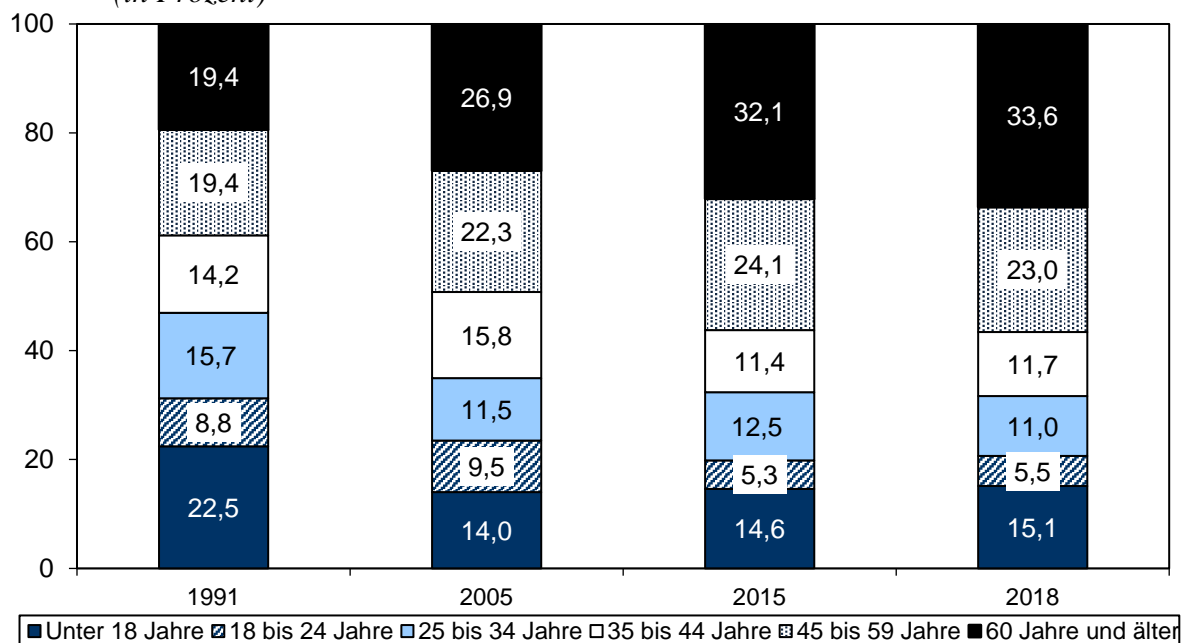


Abb. 5: Bewertung der individuellen finanziellen Lage als „gut“, Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und Statusverlustangst nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert) im THÜRINGEN-MONITOR 2019 (in Prozent)



Auch dass Statusverlustangst – die Sorge, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ – von Bezieher_innen von Niedrigeinkommen besonders häufig benannt wird, kann nicht überraschen. Ein wichtiger (und im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR bereits an dieser Stelle diskutierter) Befund ist jedoch, dass insgesamt mehr als ein Drittel *aller* Befragten diese subjektive Wahrnehmung einer Entsicherung verspüren – darunter *mehrheitlich* Personen aus der sozioökonomischen Mitte, aber auch einige Besserverdienende. Die Frage nach Statusverlustangst wird in der Befragung mit der „gesellschaftlichen Entwicklung“ kontextualisiert: Die Furcht vor dem sozialen Abstieg bezieht sich nicht auf das, was ist, sondern auf das, was kommt oder kommen könnte. Inwieweit die Befragten ihre dahingehenden Befürchtungen konkretisieren, konnte in diesem Jahr nicht untersucht werden. Es lässt sich jedoch festhalten, dass die Statusverlustangst gegenüber den Vorjahren relativ stabil geblieben ist. Insofern kann also nicht von einer verbreiteten Krisenstimmung ausgegangen werden. Gleichwohl muss es beunruhigen, dass nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung diese Verunsicherung verspüren, sich übervorteilt sehen und Gerechtigkeitsdefizite in unserer Gesellschaft erkennen. Hier offenbaren sich Strukturen und Dynamiken sozialer Ungleichheit, die auch politische Sprengkraft und eine systemdestabilisierende Wirkung entfalten können, wenn die daraus erwachsenden Interessens- und Zielkonflikte in materielle und symbolische Verteilungskämpfe münden und von *demokratischer* Politik – entgegen anderslautender Versprechungen bzw. *Erwartungen* – nicht mehr eingehegt werden können. In diesem Sinne sind die Wirtschafts- und Sozialordnung mit ihren Licht- und Schattenseiten und die politische Ordnung unserer Gesellschaft nicht nur durch die Vergewisserung einer gemeinsamen Wertebasis oder wechselseitige Bestandsgarantien aufeinander bezogen, sondern geradezu schicksalhaft aneinander gebunden. Die Herstellung und Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit ist eine wichtige Quelle der Legitimation der Demokratie. Befragte mit Gefühlen der Benachteiligung und Entsicherung haben geringeres Institutionenvertrauen, sind u.a. seltener zufrieden mit der Demokratie, „wie sie in der Praxis funktioniert“, und erweisen sich häufiger als diktaturaffin (vgl. dazu Kapitel IV).

Abb. 6: Zusammensetzung der Thüringer Bevölkerung nach Altersgruppen, 1991–2018 (in Prozent)

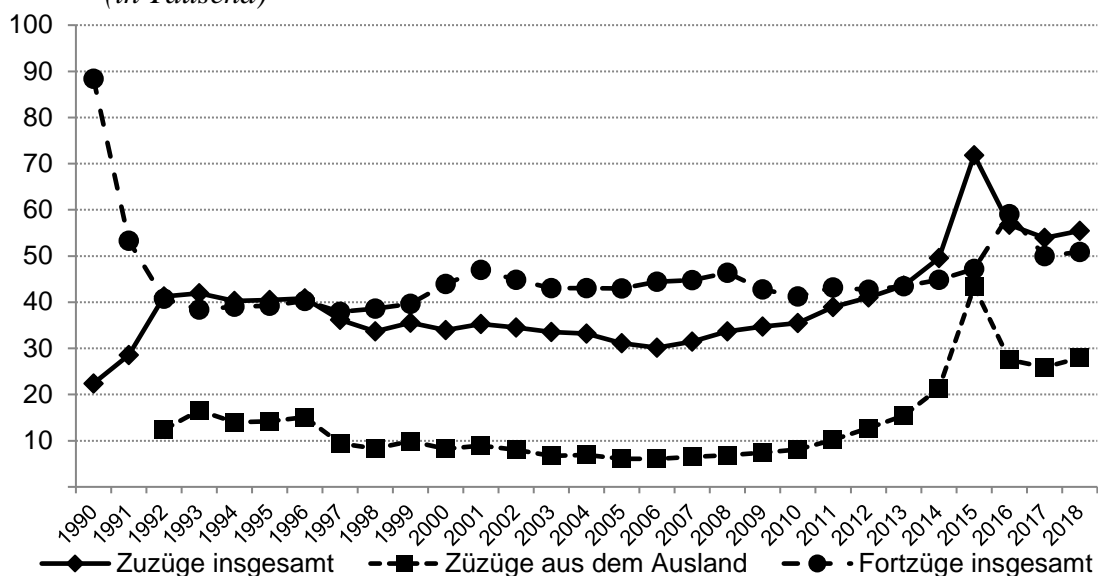


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Abb. 6 illustriert die großen Herausforderungen des demographischen Wandels, vor die Thüringen gestellt ist. Das Thüringer Landesamt für Statistik berichtete zum Stichtag 30. Juni 2019 einen Bevölkerungsstand von 2.137.155 Personen.⁷ Allein im ersten Halbjahr 2019 ist die Bevölkerung damit um fast 6.000 Personen geschrumpft – die Einwohner_innenzahl einer Kleinstadt. Ende 2018 lebten noch 2.143.145 Menschen im Freistaat, das waren 428.924 weniger als 1991. Dieser beträchtliche Bevölkerungsschwund ging mit einer deutlichen Alterung der Bevölkerung einher: Während die Zahl der 60-Jährigen und Älteren um 221.876 (im Jahr 1991) auf 720.821 (im Jahr 2018) anstieg, ging die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre im gleichen Zeitraum um 253.196 auf 324.307 zurück. Auch wenn in den letzten Jahren wieder mehr Kinder in Thüringen geboren wurden als in den zwei Jahrzehnten davor: Die Bevölkerungszahl bleibt weiterhin rückläufig. Daran hat auch die Migrationsentwicklung bisher nichts ändern können. Den Wanderungsbewegungen standen nämlich die immer noch relativ niedrige Geburtenziffer (2018 ähnlich wie in den Vorjahren 1,59 Kinder pro Frau) und der markante Überschuss an Gestorbenen (2018: 12.387 Todesfälle mehr als Geburten) gegenüber. Immerhin 55.460 Personen zogen 2018 nach Thüringen, davon 27.924 aus dem Ausland (Abb. 7). Dies war die zweitgrößte Anzahl von Zuzügen aus dem Ausland seit 1990 nach dem Spitzenwert 2017 (43.329), der den Höhepunkt der Ankunft von Geflüchteten und Asylsuchenden markierte. Selbst 2016 zogen etwas weniger Personen aus dem Ausland zu (27.508). Allerdings verließen 2018 auch 50.902 Menschen den Freistaat. Der Wanderungssaldo blieb damit positiv (4.558) und war der dritthöchste im Zeitverlauf; 2014 betrug er 4.721 und 2015 infolge der Asylsituation 24.632. Im Jahr 2018 stellten 4.169 Personen einen Asylerstantrag in Thüringen (BAMF 2019a: 5), im Zeitraum Januar bis Juli 2019 waren es 1.993 (BAMF 2019b: 8). Bei den meisten nach Thüringen zugezogenen Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft handelt es sich hingegen um sogenannte EU-Inländer_innen oder um (Arbeits-)Migrant_innen aus Drittstaaten.

Abb. 7: Zuzüge nach und Fortzüge aus Thüringen 1990–2018

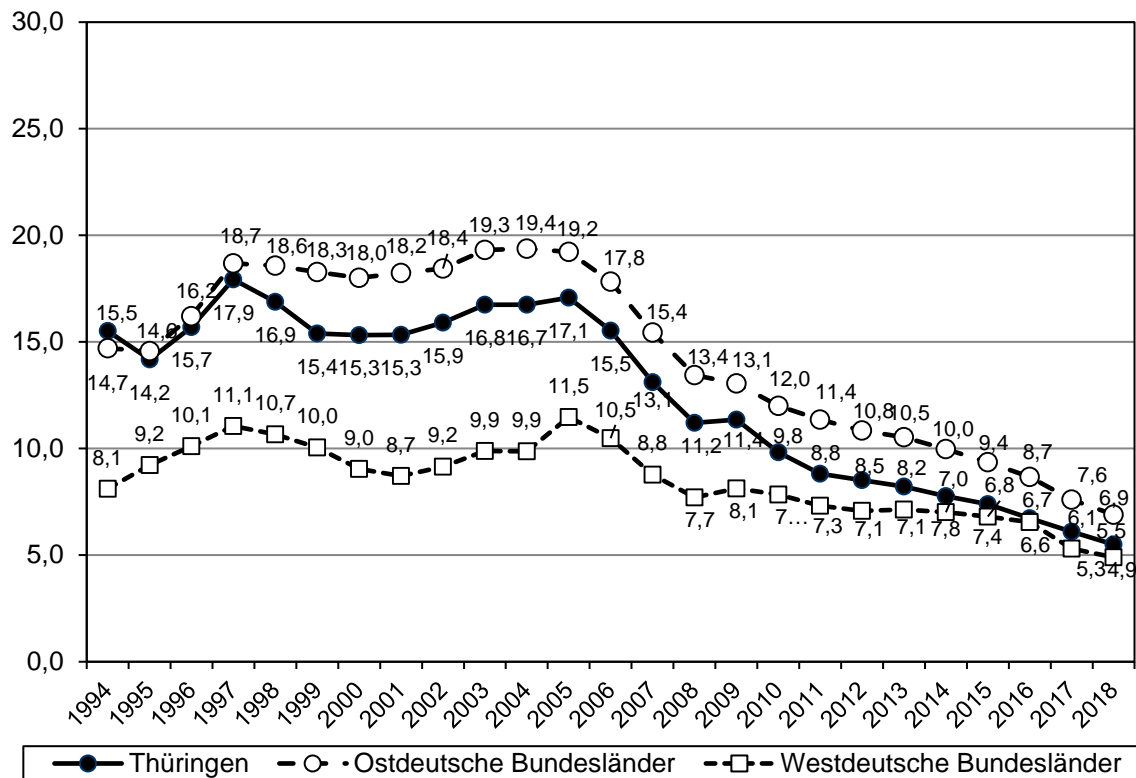
(in Tausend)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

⁷ https://statistik.thueringen.de/presse/2019/pr_283_19.pdf

Abb. 8: Arbeitslosenquoten aller ziviler Erwerbspersonen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1994–2018 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Thüringer Landesamt für Statistik

Das altersbedingte Ausscheiden von immer mehr Menschen aus dem Berufsleben führt vor allem in der Thüringer Wirtschaft und im sozialen Sektor zu wachsendem Fachkräftebedarf und einem zunehmenden Nachwuchsmangel, der mittel- und langfristig alle Beschäftigungsfelder zu erfassen droht. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) hatten „von den derzeit 806.000 Beschäftigten in Thüringen [...] im Juni 2018 191.700 das 55. Lebensjahr bereits vollendet. Binnen fünf Jahren ist die Zahl um 37.500 und der Anteil von 20 auf 24 Prozent gestiegen“ (BA 2019a). Gleichzeitig sank die Zahl der Beschäftigten im Alter unter 25 Jahren von 65.600 auf 59.100, das entsprach einem Rückgang um zwei Prozentpunkte auf einen Anteil von sieben Prozent an allen Beschäftigten (ebd.). Etliche Thüringer Unternehmen suchen bereits heute händeringend nach Auszubildenden. Auch laut dem „Ländermonitor Berufliche Bildung“ der Bertelsmann Stiftung (2019: 19) war das Ausbildungsangebot in den meisten Thüringer Regionen 2018 höher als die Nachfrage; es fehlten also Auszubildende.

Parallel zu dieser Entwicklung entspannt sich – langfristig betrachtet – die Situation auf dem Thüringer Arbeitsmarkt immer weiter. Der Anteil der Arbeitslosen in Thüringen erreichte 2018 mit 5,5 Prozent einen neuen Tiefstwert seit 1994 (Abb. 8). Der Freistaat schloss damit nicht ganz an das noch niedrigere Durchschnittsniveau der westdeutschen Bundesländer an, hatte aber z.B. die gleiche Arbeitslosenquote wie Schleswig-Holstein und eine geringere als das Saarland (6,1 Prozent). Im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern hatte

Thüringen sogar die niedrigste Arbeitslosenquote (Sachsen: 6,0 Prozent; Sachsen-Anhalt 7,7 Prozent).⁸ Die Arbeitslosenquote unter Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft im Freistaat betrug im Dezember 2018 13,8 Prozent, im Januar 2018 waren es noch 17,6 Prozent. Saisonbedingt und durch die relativ hohe Fluktuation erwerbsfähiger Migrant_innen gibt es hier große Schwankungen, die nur eine zurückhaltende Interpretation zulassen, dennoch zeigt sich hier die gute Aufnahmefähigkeit des Thüringer Arbeitsmarktes. So konnten im vergangenen Jahr u.a. auch wieder mehr Menschen mit Schutzstatus bzw. Asylbewerber_innen durch Erwerbsarbeit in Thüringen integriert werden; ab August 2018 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern auf über 5.000.⁹ Im Dezember 2018 betrug die Arbeitslosenquote unter Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern 33,2 Prozent, im Januar 2018 waren es noch 44,3 Prozent gewesen. Zwar muss hier berücksichtigt werden, dass Personen, die an Bildungs-, Berufsqualifikations- und anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, aus der Arbeitslosenstatistik fallen, doch die prinzipiell hohe Qualifikations- und Erwerbsneigung von Asylbewerber_innen deutete sich u.a. auch im Rahmen der Befragung dieser Personengruppe für den „Thüringen-Monitor Integration“ an, die letztes Jahr von einem Team des KomRex der FSU Jena im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei und der Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) durchgeführt wurde (vgl. Beelmann et al. 2019). In dieser Befragung gaben insgesamt 20,4 Prozent der Befragten an, einer Berufstätigkeit nachzugehen. Unterschiede gab es hier vor allem hinsichtlich der bisherigen Aufenthaltsdauer und dem Aufenthaltsstatus der Befragten (ebd.: 72 ff.). 87,6 Prozent der Befragten hielten es für eher wichtig oder wichtig, in Deutschland zu arbeiten oder in Ausbildung zu sein (ebd.: 79). Deutliche Zusammenhänge zeigten sich außerdem zwischen deutschen Sprachkenntnissen bzw. dem Bildungsniveau der Befragten und einer bereits aufgenommenen Erwerbstätigkeit (ebd.: 76). Ein sehr wichtiges Kriterium für die Integration ins Arbeitsleben ist die Passfähigkeit der bereits im Herkunftsland erworbenen Berufsabschlüsse, deren Anerkennung oder der Zugang zum deutschen Aus- und Weiterbildungssystem. Dazu schrieben die Autor_innen: „Bedeutsam sind auch passende und zielgruppengenaue Unterstützungsangebote, die es Geflüchteten erlauben, ihre bereits erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen und durch (Nach-)Qualifizierung dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen.“ (ebd.: 85). Politik und Wirtschaft im Freistaat müssen die Rahmenbedingungen dafür optimieren, dass das Potential, das besonders durch die Migration jüngerer Personen gegeben ist, auf die bestehenden und neu entstehenden Bedarfe abgestimmt wird. Dennoch kann die möglichst weitreichende Integration der Geflüchteten im Erwerbsleben nicht die grundsätzliche Nachfrageproblematik lösen. Zur Deckung des Bedarfs wird daher die gezielte Anwerbung von Fachkräften, auch aus dem Ausland, als notwendig erachtet.¹⁰ Diese sollte nicht nur im Hinblick auf den Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und deren Auswirkungen

⁸ Vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201812/iiii4/akt-dat-jz/akt-dat-jz-d-0-201812-xlsx.xlsx>

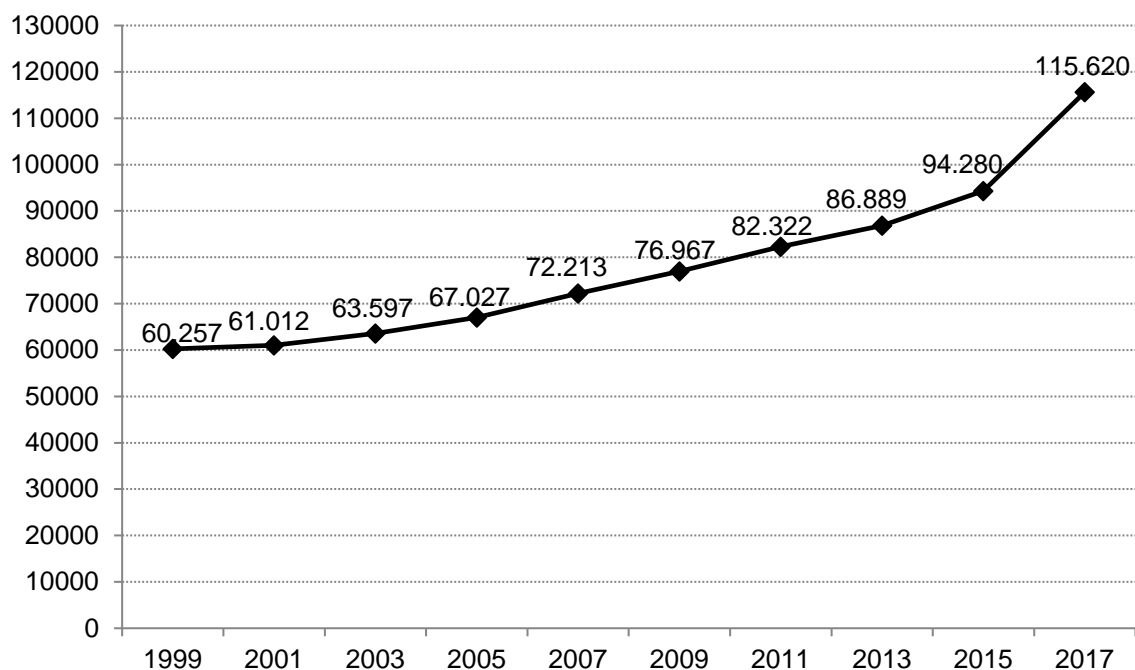
⁹ Für aktuelle Statistiken vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Migrations-Monitor-Arbeitsmarkt-Eckwerte-Laenderebene.xlsm>

¹⁰ Für die Maßnahmen und Angebote der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung (ThAFF) vgl. <https://thaff-thueringen.de/>

auf die Sozialsysteme geschehen, sondern auch vor dem Hintergrund der staatlichen Daseinsvorsorge sowie der flächendeckenden Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur, wobei auch die Disparitäten zwischen städtisch geprägten Zentren und dem ländlichen Raum zu fokussieren sind. Dies zeigt sich vor allem im Gesundheits- und Pflegesektor.

Der derzeitige Beschäftigungsstand in der ambulanten und stationären Pflege in Thüringen beläuft sich auf ungefähr 37.000 Vollzeitäquivalente (vgl. BA 2019b); in Voll- und Teilzeit arbeiten insgesamt ca. 49.000 Personen. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB/Fuchs 2019) müssen bis zum Jahr 2035 bis zu 28.200 Vollzeitstellen in diesem Sektor neu besetzt oder neu geschaffen werden, um nicht nur den Abgang von Pflegekräften in die Altersrente auszugleichen, sondern auch dem steigenden Bedarf an Pflegepersonal gerechtzuwerden. So müssten ca. 10.500 neue Stellen entstehen. Bereits in den letzten Jahren ist die Anzahl der pflegebedürftigen Personen in Thüringen markant angestiegen (Abb. 9), was auf die erhöhte Lebenserwartung und dem damit erhöhten Anteil hochaltriger Menschen in der Bevölkerung verweist. Ende 2017 waren ca. 63 Prozent der pflegebedürftigen Personen in Thüringen weiblich.¹¹ Die genannte Modellrechnung des IAB beruht auf der Annahme, dass der Anteil der Thüringer_innen, die mindestens 80 Jahre alt sind, bis zum Jahr 2018 um 34,9 Prozent zunimmt (IAB/Fuchs 2019: 21). Zu beachten ist dabei, dass die Bedarfe sowohl ambulanter als auch stationärer Pflege bereits jetzt relativ stark auf Kreisebene variieren (ebd.: 24).

Abb. 9: Anzahl der pflegebedürftigen Personen in Thüringen, 1999–2017



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

¹¹ Für weitere statistische Angaben vgl. <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/Portrait-Zeitreihe.asp?tabelle=Zr001518%7C%7CAmbulante+und+station%E4re+Pflege+am+15%2E12%2E>

Außerdem gibt es markante Unterschiede in der Pflegebedürftigkeit der Betroffenen: Während Pflegegrad 1 nur für ca. ein Prozent der Personen berichtet wurde (2017), wurden 46 Prozent der Personen dem Pflegegrad 2 zugeordnet, 31 Prozent dem Pflegegrad 3, 16 Prozent dem Pflegegrad 4 und sieben Prozent dem Pflegegrad 5. Zum Stand Dezember 2017 registrierte das Thüringer Landesamt für Statistik insgesamt 952 Pflegeeinrichtungen in Thüringen, davon 457 ambulante und 495 stationäre. Der bereits 2012 geschlossene Thüringer Pflegepakt¹², eine Initiative von Landesministerien, dem Gemeinde- und Städtebund, dem Thüringer Landkreistag, der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V., dem Arbeitgeber- und Berufs-Verband Privater Pflege e.V. sowie verschiedener Krankenkassen, soll bessere Rahmen- und Beschäftigungsbedingungen in der Altenpflege gewährleisten und die Personal- und Nachwuchsgewinnung sowie -qualifizierung fördern. U.a. ist es unerlässlich, Pflegearbeit noch besser zu vergüten. Auch laut einer Studie im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zur Fachkräftegewinnung klagen Arbeitgeber_innen des Gesundheits- und Sozialwesens in Thüringen häufig über Rekrutierungsprobleme im pflegerischen Bereich, besonders bezüglich der Pflegefachkräfte, Altenpfleger_innen sowie Gesundheits- und Krankenpfleger_innen (vgl. TMASGFF 2018: 64).

Um die ambulante ärztliche Versorgung im Freistaat sicherzustellen und zu fördern, wurde bereits 2009 vom Freistaat und der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen eine Stiftung ins Leben gerufen.¹³ Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Niederlassung von Ärzt_innen im ländlichen Raum, also in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von weniger als 25.000 Einwohner_innen.¹⁴ Zum Stand Dezember 2017 berichtete das Thüringer Landesamt für Statistik insgesamt 9.474 Ärzt_innen sowie 1.982 Zahnärzt_innen im gesamten Freistaat. Auf eine_n Ärzt_in kamen im Mittel 227 Einwohner_innen, auf eine_n Zahnärzt_in 1.085 Einwohner_innen. In den kreisfreien Städten (139 bzw. 827 Einwohner_innen) war das Verhältnis dabei deutlich günstiger als in den Landkreisen (293 bzw. 1.220 Einwohner_innen).¹⁵ 2017 existierten in Thüringen insgesamt 43 Krankenhäuser, davon sieben in den kreisfreien Städten und 36 in den Landkreisen, darüber hinaus gab es 33 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Seit diesem Jahr existiert ein interaktiver Krankenhaus-Atlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der auch für Thüringen die Entfernung zum nächsten Krankenhaus visualisiert.¹⁶

Über weitere Daten zur Gesundheitsberichterstattung, zu Einrichtungen des Gesundheitswesens, zur Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsversorgung und zu gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen der Bevölkerung im Freistaat Thüringen informiert das **Online-Gesundheitsportal** des Thüringer Landesamtes für Statistik.¹⁷

¹² https://www.tmasgff.de/fileadmin/user_upload/Soziales/Dateien/Pflege/thueringer_pflegepakt.pdf

¹³ Vgl. <https://www.savth.de/startseite.html>

¹⁴ Vgl. <https://www.tmasgff.de/gesundheits/aerzte-fuer-thueringen>

¹⁵ <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr001403%7C%7C>

¹⁶ <https://krankenhausatlas.statistikportal.de/>

¹⁷ <https://statistik.thueringen.de/GBE>

Zusammenfassend lassen sich konstatieren:

- eine fortgesetzt positive Beurteilung der eigenen finanziellen Situation und der wirtschaftlichen Lage Thüringens durch die Befragten bei gleichzeitiger subjektiver Wahrnehmung von Benachteiligung und Statusverlustangst bei vielen Befragten,
- die anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung Thüringens, die sich u.a. in einem moderaten Wirtschaftswachstum und einem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit ausdrückt,
- das weiterhin deutlich niedrigere Niveau der Löhne und Gehälter in Thüringen im Vergleich zu Westdeutschland,
- eine weiterhin ungünstige demographische Entwicklung bzw. Prognose infolge des natürlichen Bevölkerungsrückgangs und trotz des in den letzten Jahren wieder positiven Wanderungssaldos,
- der durch den demographischen Wandel steigende Fachkräftebedarf und die prognostizierten großen strukturellen Herausforderungen, insbesondere für den Gesundheits- und Pflegesektor in Thüringen vor dem Hintergrund der Disparitäten zwischen den Städten und dem ländlichen Raum.

III. Gesundheit und Pflege

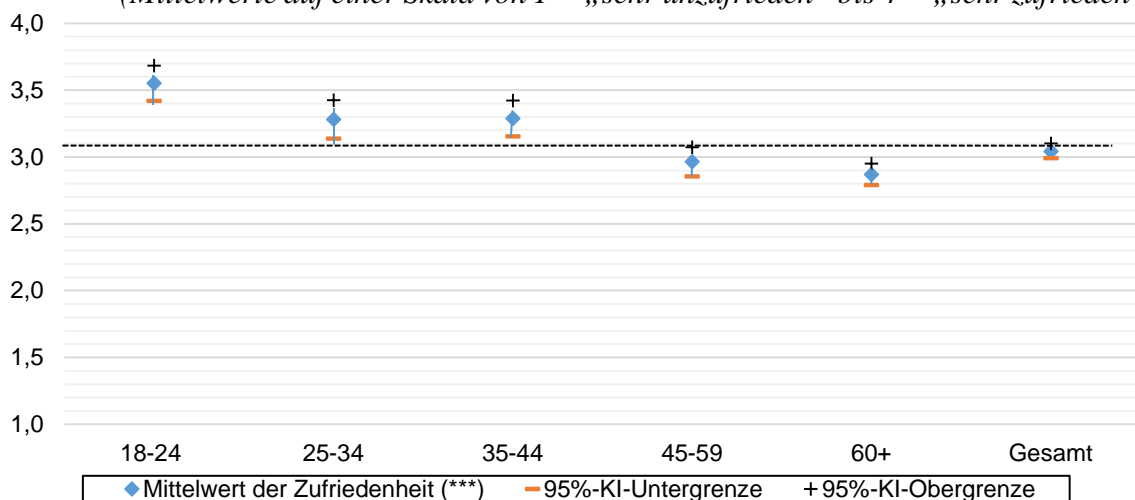
1. Krankheit und Krankheitsempfinden im politischen und sozialen Zusammenhang einer alternden Gesellschaft

Krankheit ist ein Lebensumstand, der den einzelnen Betroffenen fast unausweichlich in größere soziale Zusammenhänge stellt: das „System“ – das ist hier vor allem das Gesundheitssystem – und die „Lebenswelt“ – das sind hier vor allem die Solidargemeinschaften von Familien-, Freundschafts-, Nachbarschafts- und Kolleg_innennetzwerken. Wie man gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Qualität öffentlicher Leistungen erfährt, wird ganz wesentlich auch durch die Weise bestimmt, in der man als Kranker „behandelt“ und gestützt wird, welche Zuwendung man erfährt und welche Aufwendungen den Kranken aufgebürdet oder abgenommen werden. Krankheit ist also ein Prüffall für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Leistungen der Institutionenordnung für die Einzelnen.

Dieser Prüffall ist allerdings auch in der alternden Gesellschaft Thüringens ein Ausnahmefall – zumindest auf den ersten Blick: Vier von fünf der Befragten sind mit ihrer Gesundheit ziemlich oder sehr zufrieden, wobei allerdings der Anteil der Unzufriedenen von einer praktisch unbetroffenen Jugendkohorte der 18- bis 24-Jährigen mit drei Prozent auf 26 Prozent der über 60-Jährigen steigt. Doch selbst dieser Befund erweist in der Umkehrung, dass drei Viertel der Befragten in der ältesten Alterskohorte mit ihrem Gesundheitszustand sehr (23 Prozent) oder ziemlich (52 Prozent) zufrieden sind. In einem benachteiligten Teil der Gesellschaft ballen sich allerdings die Problemlagen: 71 Prozent (!) der befragten Arbeitslosen sind mit ihrer Gesundheit sehr oder ziemlich unzufrieden, was auf einen systematischen Zusammenhang verweist und einen deutlich erhöhten Grad der Hilfsbedürftigkeit erkennen lässt. Bei den Erwerbstätigen liegt der Anteil der mit ihrer Gesundheit Unzufriedenen dagegen nur bei zehn Prozent. Überwiegend besteht auch Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung in Deutschland (81 Prozent) und Thüringen (79 Prozent). Noch besser werden die Leistungen der eigenen Krankenkasse mit 90 Prozent Zufriedener bewertet.

Abb. 10: Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit nach Alter¹⁸

(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = „sehr unzufrieden“ bis 4 = „sehr zufrieden“)

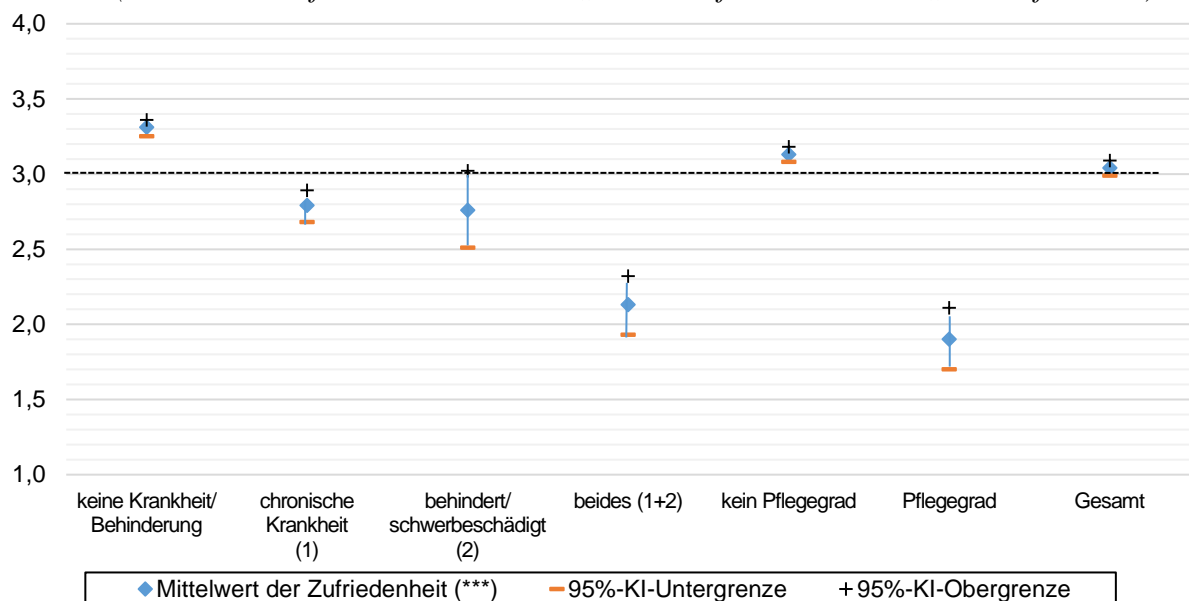


¹⁸ Signifikanzen der Mittelwertunterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Abb. 11: Übersicht: Chronische Krankheit, Behinderung und Pflegegrad

Spaltenprozent		chronische Krankheit und/oder Behinderung				Pflegegrad	
		keine chronische Krankheit / Behinderung	chronische Krankheit	Behinderten- bzw. Schwerbeschädigten -ausweis	beides	nein	ja
Geschlecht	Gesamt	60	26	5	9	93	7
	männlich	61	24	6	9	93	7
	weiblich	60	28	4	8	93	7
Alter	18–24 Jahre	98	2	0	0	100	0
	25–34 Jahre	66	34	0	0	99	1
	35–44 Jahre	73	24	1	2	99	1
	45–59 Jahre	56	20	5	20	91	9
	60 und älter	51	33	9	8	89	11
Schulabschluss	unter 10. Klasse	50	32	6	13	84	16
	10. Klasse	60	27	5	8	96	4
	Abitur	80	15	3	2	97	3
	(Fach-)Hochschulabschluss	68	21	5	6	98	2
Erwerbstätigkeit	erwerbstätig	73	19	2	6	99	1
	in Ausbildung	97	3	0	0	100	0
	arbeitslos	52	48	0	0	100	0
	übrige Nicht-Erwerbstät.	44	34	9	13	86	14
Berufsgruppe	Arbeiter	74	13	4	9	98	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	67	27	1	5	99	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	82	13	1	4	99	1
	Landw./Selbst./Freib.	76	20	3	1	96	4

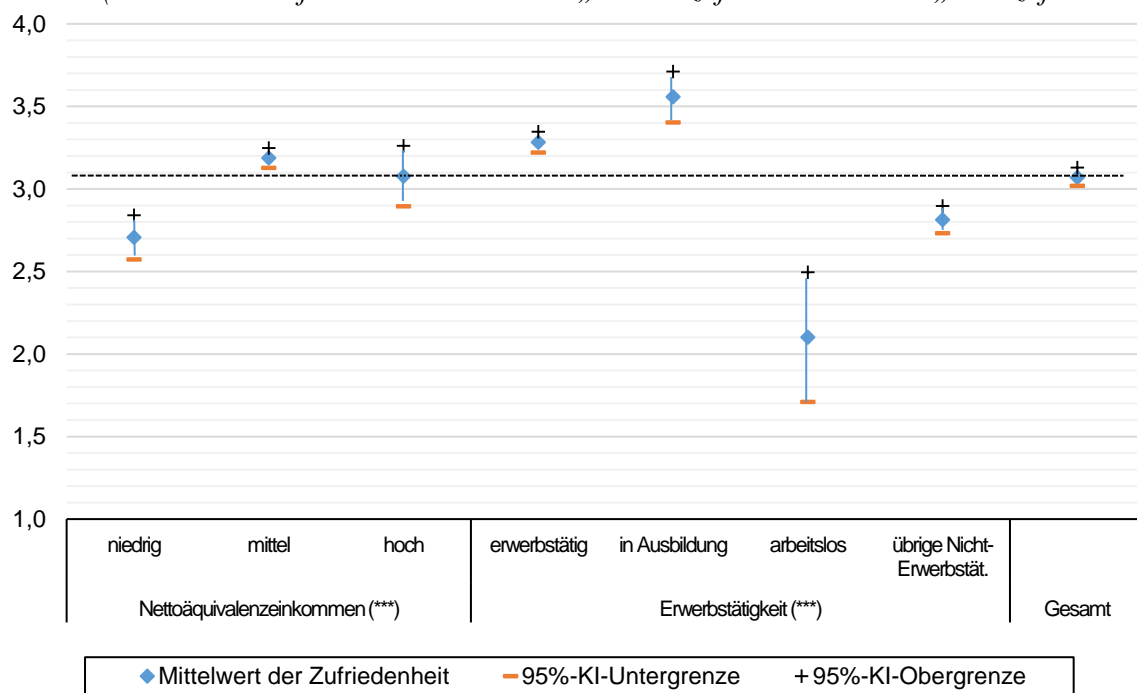
Abb. 12: Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit nach Krankheit, Behinderung oder Pflegegrad
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = „sehr unzufrieden“ bis 4 = „sehr zufrieden“)



Männliche und weibliche Befragte unterscheiden sich nicht hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit. Die allgemein weitverbreitete Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand steht allerdings in einem Spannungsverhältnis zu gleichzeitig hohen Anteilen der Befragten, die über erhebliche gesundheitliche Einschränkungen berichten: 35 Prozent geben an, eine chronische Krankheit zu haben, 14 Prozent haben einen Behinderten- oder Schwerbehindertenausweis, insgesamt 40 Prozent sind in der einen oder anderen Weise erheblich gesundheitlich beeinträchtigt (vgl. Abb. 11). In der Alterskohorte 60+ steigt dieser Anteil auf 50 Prozent. Sieben Prozent aller Befragten sind selbst pflegebedürftig. Das bedeutet: eine große Minderheit der Befragten ist auf eine permanente medizinische Versorgung angewiesen und wird zu Dauerklienten des Gesundheitssystems. Diese Diskrepanz zwischen der subjektiven Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands und den selbst berichteten gesundheitlichen Einschränkungen führen wir darauf zurück, dass „Gesundheit“ ein deutlich positiv besetzter Wert ist, der auf das Selbstwertgefühl ausstrahlt. Für einen Teil der Befragten ist daher zu vermuten: selbst, wenn man deutliche Einschränkungen des Gesundheitszustandes aufweist, scheut man sich häufig, Unzufriedenheit mit der eigenen Gesundheit zu äußern (vgl. auch Abb. 12).

Abb. 13: Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit nach Einkommen und Erwerbstätigkeit¹⁹

(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = „sehr unzufrieden“ bis 4 = „sehr zufrieden“)

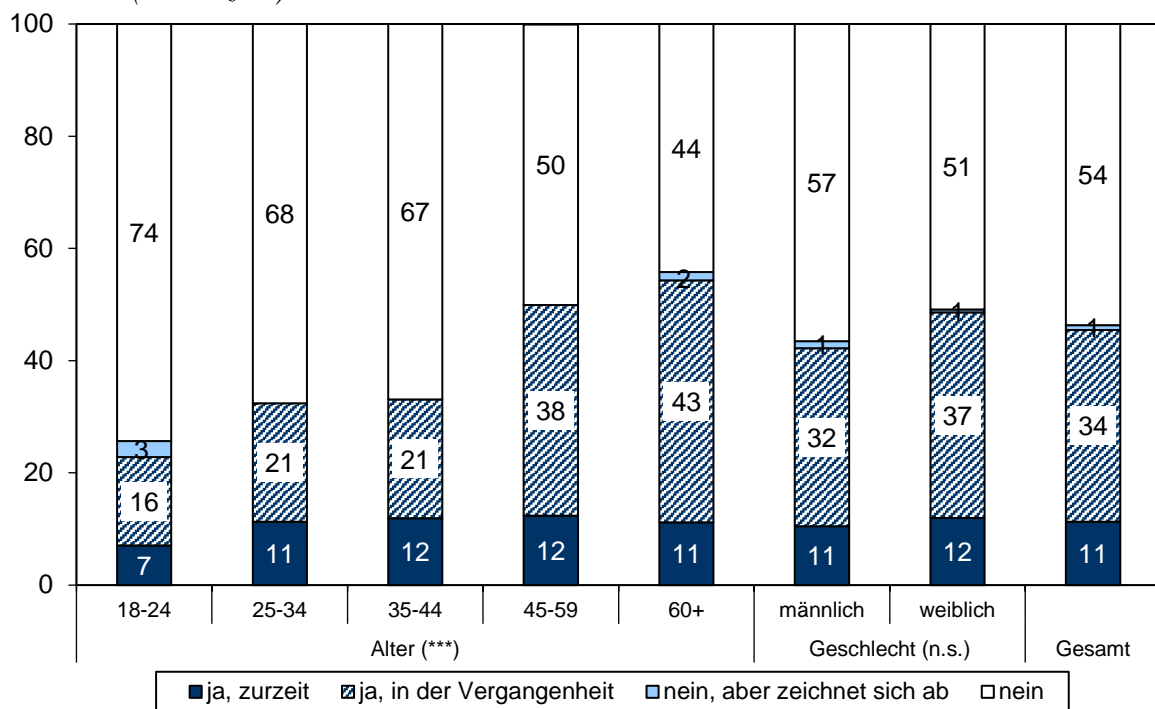


Auf der anderen Seite gilt, dass Unzufriedenheit mit der eigenen Gesundheit eng mit Gefühlen der Benachteiligung, Abstiegsangst und Anomie (Orientierungslosigkeit) verknüpft ist: So liegen die Werte für Personen, die Abstiegsangst empfinden, oft nicht wissen, woran sie sich halten sollen oder mit ihrer eigenen finanziellen Situation unzufrieden

¹⁹ Signifikanzen der Mittelwertunterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

sind, um das Doppelte bis Dreifache über denen, die diese Klagen nicht äußern. Außerdem gibt es keinen stringenten Zusammenhang zwischen tatsächlicher Einkommenshöhe und subjektiven Gesundheitsempfinden. Befragte mit geringem Einkommen klagen deutlich häufiger über gesundheitliche Einschränkungen, während sich das Gesundheitsempfinden der Bezieher_innen von höheren Einkommen nicht statistisch signifikant vom Durchschnittswert aller Befragten unterscheidet (Abb. 13). Es gilt also, dass das Gesundheitsempfinden teilweise abgekoppelt ist vom Gesundheitszustand und mit anderen allgemeinen Bedrohungs- und Benachteiligungsgefühlen systematisch verknüpft ist. Da diese Gefühle in den älteren Kohorten verbreiteter sind, ist zu erwarten, dass die Anteile derjenigen, die sich in vielfacher Hinsicht krank, zurückgesetzt und benachteiligt fühlen, angesichts der demographischen Entwicklung in Thüringen zunehmen werden. Das ist, obwohl diese Situation nur eine Minderheit der Befragten betrifft, nicht nur ein Problem für die Gesundheitsversorgung.

Abb. 14: Pflege einer_eines Angehörigen nach Alter und Geschlecht der Befragten²⁰
(in Prozent)

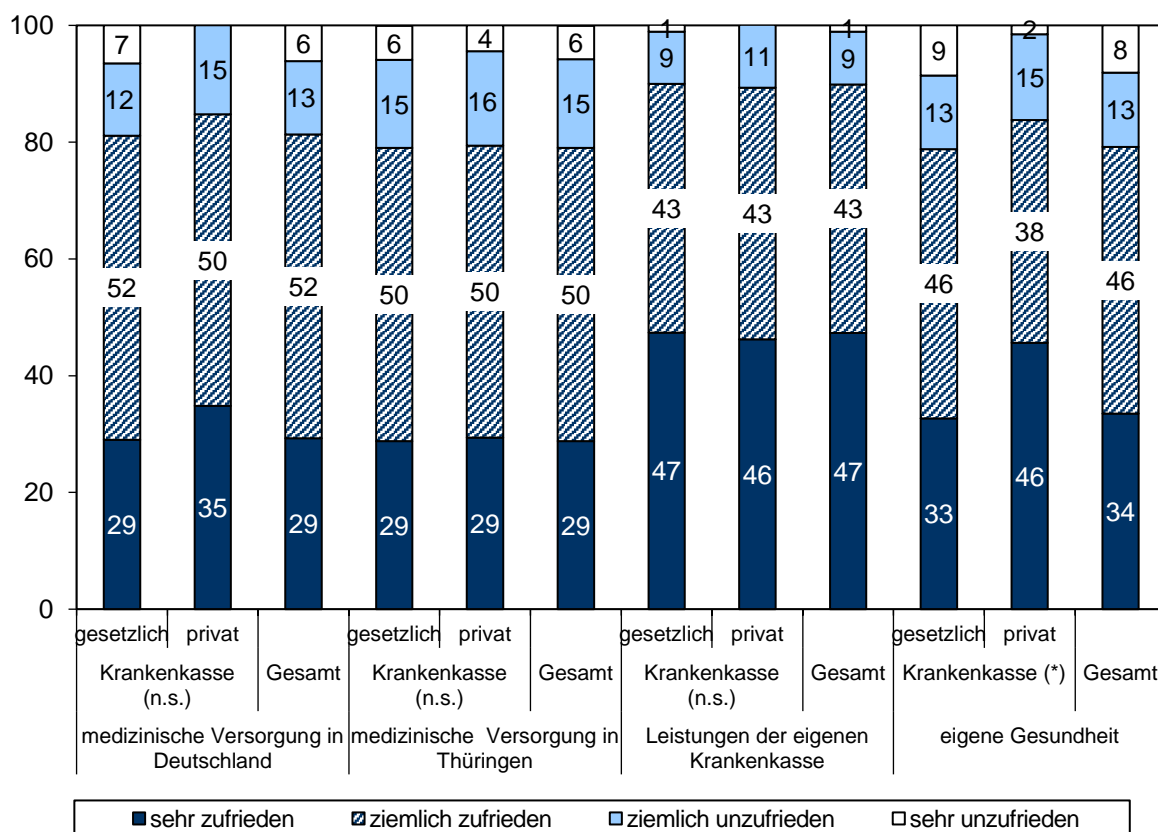


Der Anteil der unmittelbar von Krankheit Betroffenen geht über die oben berichteten Werte hinaus, denn er schließt auch pflegende Angehörige und andere Nahestehende ein. 46 Prozent der Befragten geben an, eine_n Angehörige_n, der_die sich nicht mehr alleine versorgen kann, zu pflegen oder zu betreuen, dies in der Vergangenheit getan zu haben oder dies in naher Zukunft tun zu müssen (Abb. 14). Das heißt, in Rollen, die in der Generationenfolge wechseln, steht ein großer Teil der Bevölkerung in einem Betreuungsverhältnis. Alle Beteiligten sind dabei genötigt und bereit, erhebliche Lasten auf

²⁰ Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

sich zu nehmen. Sie konstituieren damit eine Solidargemeinschaft, die gesellschaftlichen Zusammenhalt erfordert und erzeugt. Dies schließt das Gesundheitssystem ein, das mit seiner auf dem Versicherungsprinzip basierenden Finanzierung ebenfalls als eine große, die ganze Gesellschaft umfassende Solidargemeinschaft konstituiert ist, die wiederum auf dem egalitären Prinzip aufbaut: jede_r leistet nach seinen_ihren Fähigkeiten einen Beitrag, jede_r erhält nach seinen_ihren Bedürfnissen als Leistungsempfänger_in Unterstützung. Dass in Thüringen dabei Gleichheit erwartet wird, zeigt sich an dem Befund, dass 89 Prozent der Befragten wünschen, dass alle Privatversicherten in gesetzliche Krankenkassen überführt werden. Dieser Wunsch gilt auch für 68 Prozent der Privatversicherten.

Abb. 15: Zufriedenheit mit medizinischer Versorgung, Kassenleistungen und eigener Gesundheit nach Versicherungsstatus²¹
(in Prozent)

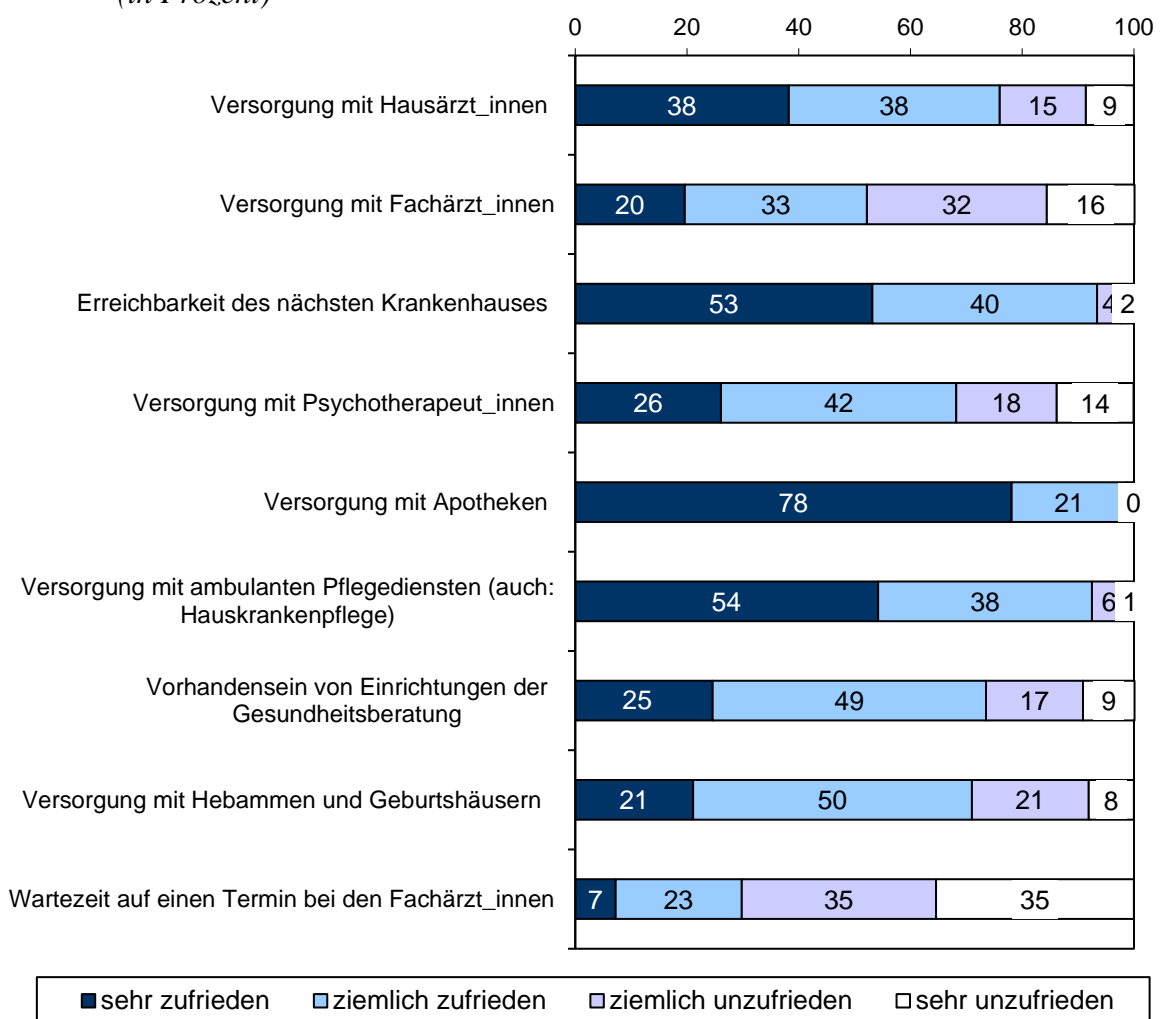


Die Leistungen des Gesundheitssystems verhalten sich komplementär zu den Diensten in der häuslichen Krankenpflege und anderen Eigenleistungen: die einen sind auf die anderen angewiesen. Dabei bildet eine qualitätsvolle öffentliche Gesundheitsversorgung eine Voraussetzung für die Bewältigung der alltäglichen Lasten, die Kranke und ihre Helfer zu tragen haben (Abb. 15). Hier gibt es, wie erwähnt, auf hoher Allgemeinstufe weit überwiegend positive Urteile über die medizinische Versorgung in Thüringen, die sich aber stark ausdifferenzieren, wenn einzelne Aspekte betrachtet werden: So wird die Versorgung mit Hausärzten von drei Vierteln der Befragten positiv bewertet (Abb. 16), die Zufriedenheit

²¹ Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

mit der Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses liegt bei 93 Prozent, die mit Apotheken sogar bei 99 Prozent (!) und die Zufriedenheit mit den ambulanten Pflegediensten bei 75 Prozent (bei 19 Prozent Urteilslosen). Die Zufriedenheit mit der Versorgung mit Psychotherapeut_innen, Hebammen und Geburtshäusern und dem Vorhandensein von Einrichtungen der Gesundheitsberatung überwiegt ebenfalls deutlich, wenn auch verhaltender. Allerdings gilt hier die Einschränkung, dass sehr hohe Anteile der Befragten keine Urteile abgeben (können), weil sie vermutlich nicht betroffen sind. Hoch ist allerdings das allgemeine Vertrauen der Befragten in die Ärzt_innen (70 Prozent) und in die Krankenschwestern und Pfleger_innen (87 Prozent).

Abb. 16: Zufriedenheit mit Angebotsstruktur der medizinischen Versorgung in der näheren Umgebung (in Prozent)

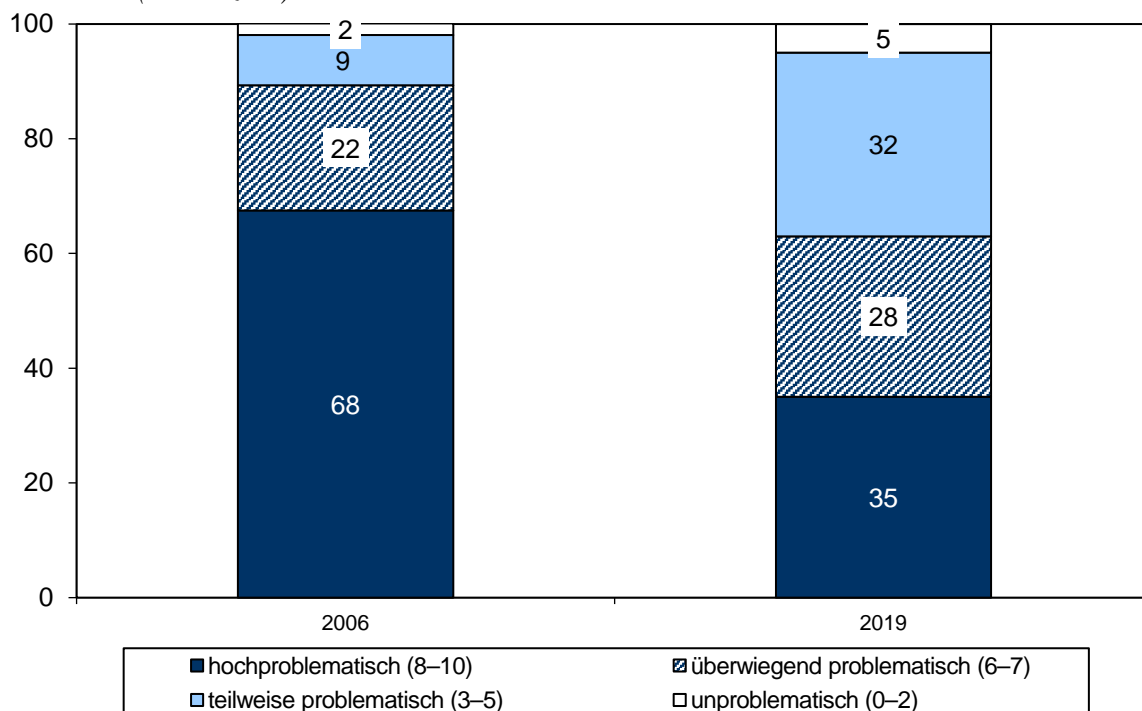


Die Versorgung mit Fachärzt_innen wird dagegen von 48 Prozent der Befragten kritisch bewertet, mit den Wartezeiten auf einen Termin sind sogar zwei Drittel der Befragten unzufrieden. Sehr deutlich wird in diesen Antwortverteilungen die mangelnde Versorgung mit Fachärzt_innen als einen Problembereich der Gesundheitsversorgung in Thüringen hervorgehoben. Auch gilt tendenziell, dass Befragte in besonderen Problemsituationen und mit außerordentlichen Belastungen häufiger negative Urteile über die medizinische Versorgung abgeben. So sind 40 Prozent der Personen mit einem Pflegegrad mit der

medizinischen Versorgung in Thüringen unzufrieden gegenüber 19 Prozent bei jenen, die sich nicht in dieser Situation befinden. Hier stellt sich die Frage, ob eine Mehr- bzw. Mangelversorgung ursächlich ist oder ob die belastete eigene Situation auf generalisierende Urteile über die medizinische Versorgung im Freistaat abstrahlt. Angesichts des geringen Anteils dieser Befragtenkategorie würde sich hier eine spezielle fokussierte Untersuchung anbieten, die auf der Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung nicht zu leisten ist.

Die Kosten der Behandlung von Krankheiten werden zum einen durch die kollektiven Beiträge zum Gesundheitswesen, zum anderen aber auch durch zusätzliche, individuelle Eigenleistungen der von Krankheit Betroffenen getragen.

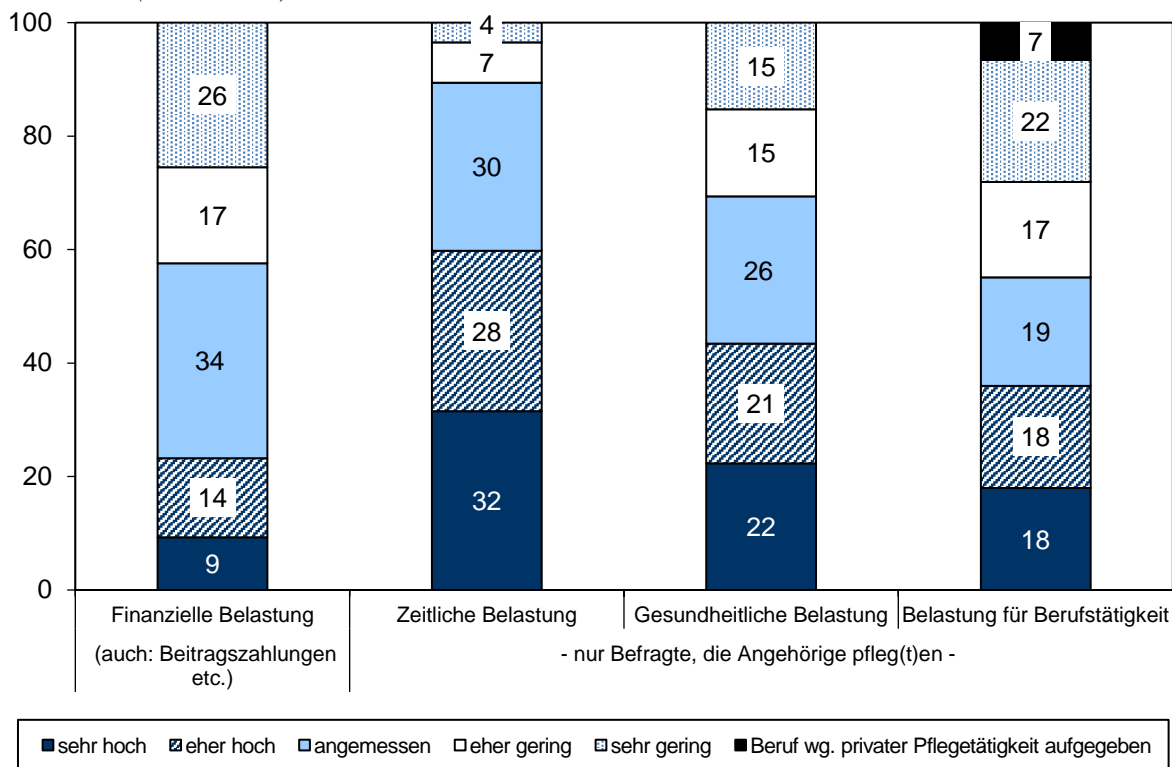
Abb. 17: Bewertung der Kosten des Gesundheitswesens 2006, 2019
(in Prozent)



Die Kosten des Gesundheitswesens allgemein wurden auf einer elfstufigen Bewertungsskala von 35 Prozent der Befragten als hochproblematisch (Skalenwert 8–10) eingeschätzt, von weiteren 28 Prozent als überwiegend problematisch (Skalenwert 6–7; vgl. Abb. 17). Das Grundmuster dieser Verteilung ist über die verschiedenen soziodemographischen Gruppen ähnlich verteilt. Zwischen der Einkommenshöhe (vgl. Kapitel II) und dem Problemempfinden der Befragten besteht kein statistisch signifikanter Zusammenhang. Gegenüber 2006, als diese Frage schon einmal im THÜRINGEN-MONITOR gestellt wurde, fällt die Bewertung der Kosten des Gesundheitswesens überraschend positiver aus: damals hatten 36 (!) Prozent der Befragten den Skalenhöchstwert 10 gewählt, 2019 taten dies nur noch 10 Prozent der Befragten. Offen bleibt, ob hier die zwischenzeitlich stattgefundenen Gesundheitsreformen ausschlaggebend waren oder dieses Ergebnis Folge eines differenzierteren Antwortverhaltens in der aktuellen Befragungswelle ist.

Die finanziellen Belastungen, die persönlich durch medizinische Behandlungen und Medikamente entstehen, werden von etwa einem Drittel der Befragten auf einer fünfstufigen Skala als hoch oder sehr hoch bewertet. Die erhebliche Diskrepanz zwischen den als weit überwiegend problematisch empfundenen Kosten des Gesundheitswesens und den weit seltener als problematisch empfundenen persönlichen Ausgaben für die eigene medizinische Versorgung ist Ausdruck der Entlastungs- und (Um-)Verteilungswirkung der Krankenversicherungen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die individuelle Belastung durch diese Kosten von durch Krankheit Betroffenen und finanziell schlechter Gestellten als gravierender empfunden wird. Dies ist – wie auch die etwas geringeren Wartezeiten, die von Privatpatienten berichtet werden – ein Element der Ungleichheit in einem auf dem Gleichheitsversprechen beruhenden Gesundheitssystem.

Abb. 18: Belastungen durch Pflege einer_eines Angehörigen
(in Prozent)

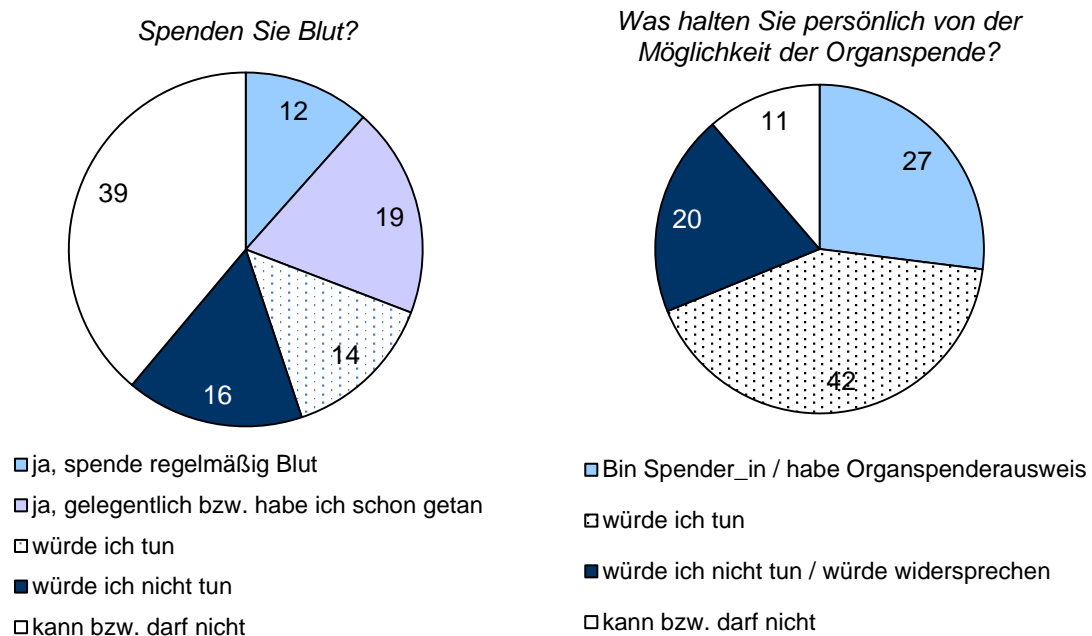


Der insgesamt entlastende Effekt der Lastenverteilung im Gesundheits- und Pflegewesen zeigt sich auch bei der finanziellen Belastung: 23 Prozent der Befragten geben hier an, hoch oder sehr hoch durch die Pflege finanziell belastet zu werden; 43 Prozent fühlen sich hingegen nur sehr gering oder eher gering belastet. Als angemessen empfinden die Belastung 34 Prozent der Befragten. Dieser eher positive Befund, der zwischen den soziodemographischen Gruppen nur wenig variiert, verdunkelt sich aber markant, wenn man die Einschränkungen in der eigenen Lebensführung und die erheblichen nicht-monetären Belastungen erwähnt, über die pflegende Angehörige berichten: 60 Prozent schätzen die zeitliche Belastung durch ihre Pflegeleistungen als hoch oder sehr hoch ein und 43 Prozent empfinden die gesundheitliche Belastung als hoch oder sehr hoch. 36 Prozent berichten von einer Belastung für die eigene Berufstätigkeit, zu denen noch die sieben Prozent

hinzugerechnet werden müssen, die ihren Beruf wegen privater Pfllegetätigkeit ganz aufgegeben haben. Dies ist Ausdruck von „Mitleid“ im doppelten Sinne des Wortes.

Die Frage bleibt allerdings offen, welche Wirklichkeit hier abgebildet wird. Die Wirkung von Solidaritätsnormen auf das Antwortverhalten wird in den Fragen zur Bereitschaft zur Organ- und Blutspende erkennbar: Über ein Viertel der Befragten (!) gibt an, einen Organspendeausweis zu besitzen, 42 Prozent zur Organspende bereit zu sein (Abb. 19). 31 Prozent geben an, regelmäßig Blut zu spenden (12 Prozent) oder dies in der Vergangenheit getan zu haben (19 Prozent). Insofern antworten nur 20 Prozent auf die Frage nach der Organspende und nur 16 Prozent auf die Frage nach der Blutspende, dass sie eine solche verweigern würden, ohne durch medizinische oder andere zwingende Gründe davon abgehalten zu werden.

Abb. 19: Einstellungen zur Blutspende und zur Organspende
(in Prozent)



Die Zustimmungswerte liegen hier deutlich über der Häufigkeit des tatsächlich beobachteten Spenderverhaltens: Nach Angaben des *Paul-Ehrlich-Instituts* (PEI) kamen in Deutschland im Jahr 2015 ca. fünf Vollblutspenden auf 100 Einwohner_innen (inkl. Mehrfachspenden einzelner Personen); eine Regionalstatistik für Thüringen war nicht verfügbar.²² Für das Jahr 2017 wurde in Deutschland von durchschnittlich 11,5 postmortalen Organspender_innen pro Million Einwohner_innen (!) ausgegangen²³. Eine wichtige Ursache dafür wird in der bestehenden Zustimmungslösung gesehen, für deren Reform aktuell verschiedene Gesetzentwürfe im Bundestag diskutiert werden. Die Differenz zwischen der Spendenrealität und dem selbstberichteten Verhalten der Befragten ist ein Hinweis darauf, dass hier bei einem Teil der Befragten *wunschhafte Handlungsfiktionen* die

²² Vgl. <https://statistik.thueringen.de/GBE/index.asp?id=indikatoren&art=tabelle&tf=07&tab=037&typ=B&tjahr>

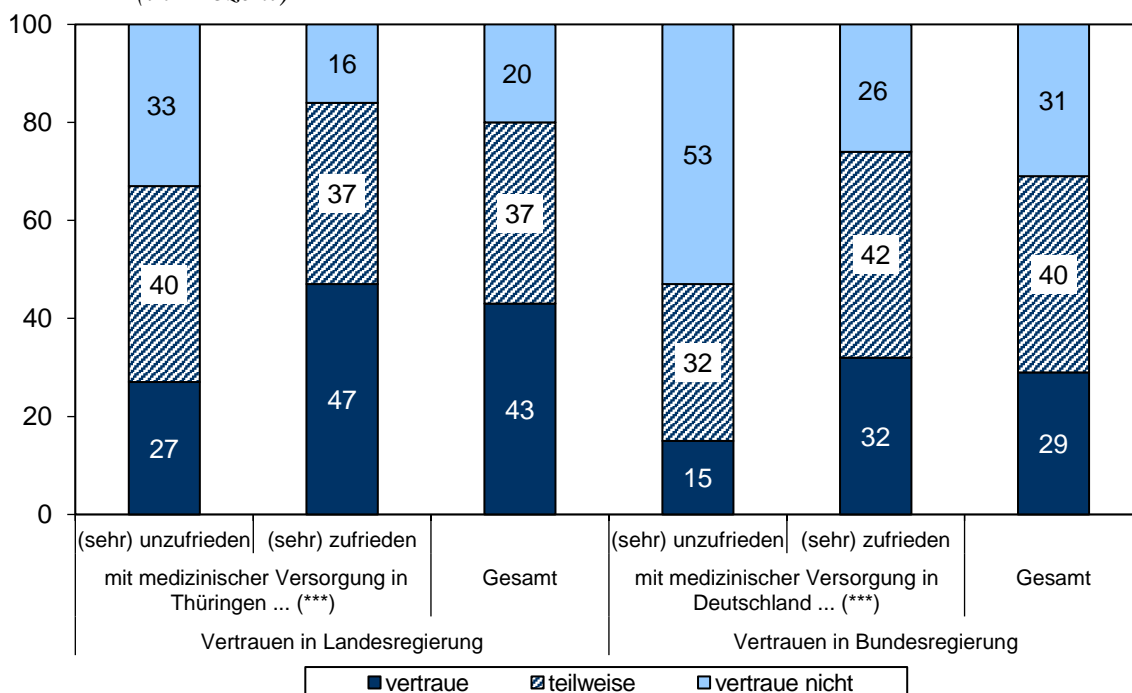
²³ Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/226978/umfrage/anzahl-postmortaler-organspender-in-ausgewaehlten-laendern/>

Zustimmungswerte erhöhen. Doch auch wenn dies zutrifft, ist die in einem solchen Antwortverhalten erkennbare Anerkennung von Solidaritätsnormen positiv zu bewerten und von gesundheitspolitischem Belang. In jedem Fall stützen die Befunde unsere eingangs erwähnte Diagnose einer Komplementarität von „System“ und „Lebenswelt“ auf dem Feld der medizinischen Versorgung und Pflege.

Eine weitere Überschneidung, nicht nur funktionaler Art, besteht zwischen politischem System und Gesundheitssystem. Sie zeigt sich in unseren Befragungsdaten u.a. in einer engen Verbindung zwischen dem **Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung** (vgl. Kapitel IV) und einer positiven Bewertung der medizinischen Versorgung auf Landes- und Bundesebene (Abb. 20). Der Anteil der Befragten, die der Landesregierung weitgehend oder voll und ganz vertrauen, steigt bei den Befragten, die mit der medizinischen Versorgung in Thüringen zufrieden sind, auf 47 Prozent gegenüber 27 Prozent Vertrauen bei den Unzufriedenen. Im Fall der medizinischen Versorgung in Deutschland und dem Vertrauen in die Bundesregierung ist das entsprechende Wertepaar 32 Prozent und 15 Prozent. Man wird diesen Befund vermutlich so lesen können, dass „Good Governance“ im Gesundheitssystem mit Vertrauen in die Regierung belohnt wird.

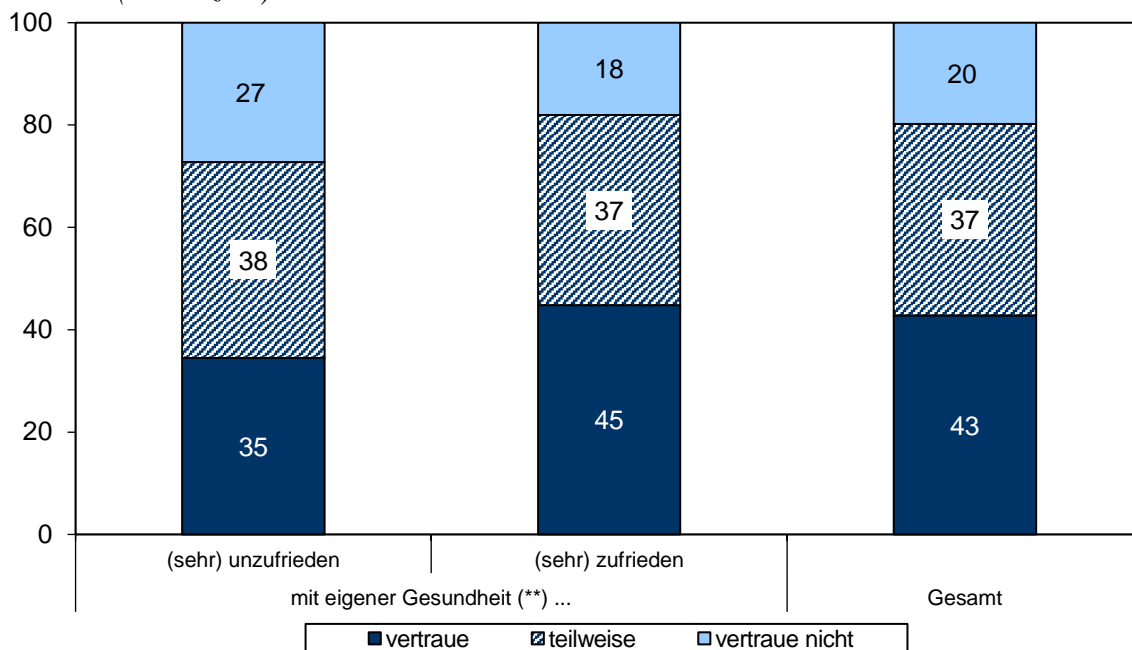
Auch die **Zufriedenheit mit der Demokratie**, „wie sie in der Praxis funktioniert“, ist bei solchen Befragten, die mit der medizinischen Versorgung in *Deutschland* und in *Thüringen* zufrieden sind (69 bzw. 70 Prozent), statistisch signifikant und markant erhöht gegenüber solchen Befragten, die mit der Versorgung unzufrieden sind (39 bzw. 38 Prozent).

Abb. 20: Vertrauen in die Landesregierung bzw. Bundesregierung nach Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung auf Landes- und Bundesebene²⁴
(in Prozent)



²⁴ Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Abb. 21: Vertrauen in die Landesregierung nach Bewertung der eigenen Gesundheit
(in Prozent)



Nicht auszuschließen ist aber, dass es eine Kategorie von Vertrauenden und Zufriedenen gibt, deren *positive Lebenssituation bzw. Weltsicht* sowohl die Bewertung der Regierung wie die der medizinischen Versorgung aufhellt. Für letztere Interpretation würde sprechen, dass es eine hoch signifikante positive Beziehung zwischen der Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit und dem Vertrauen in die Landesregierung gibt (Abb. 21), die auch unter Drittvariablenkontrolle des Alters zu beobachten ist.

2. Beurteilung der ärztlichen Versorgung, der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors in der Umgebung

Wie im vorangegangenen Übersichtskapitel gezeigt wurde, hängen die Beurteilungen und Bewertungen des Gesundheitswesens durch die Thüringer_innen nicht unerheblich vom Grad der eigenen Betroffenheit, von der Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes bzw. vom Alter ab. Bereits der letzte THÜRINGEN-MONITOR hat sich unter dem Titel „Heimat Thüringen“ u.a. auch mit der Wahrnehmung von Strukturunterschieden zwischen den Städten und dem ländlichen Raum bzw. in den einzelnen Regionen des Freistaats beschäftigt. Dabei fiel beispielsweise auf, dass die Versorgung mit Ärzt_innen und die Versorgung mit Pflegeeinrichtungen in der Umgebung von Befragten aus kleineren Gemeinden signifikant schlechter bewertet wurde als von jenen aus größeren Gemeinden (vgl. TM 2018: 65 ff.). Die diesjährige Untersuchung schließt hier an, indem die Zufriedenheit der Befragten mit verschiedenen Aspekten der ärztlichen Versorgung, der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors unter dem Gesichtspunkt der Regionalität betrachtet werden, allerdings sind **alle regionalen Bewertungsunterschiede nur sehr gering** und nur bezüglich einiger Aspekte statistisch signifikant. So ist beispielsweise die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Versorgung mit Hausärzt_innen bei Befragten, die in innerstädtischen Wohnlagen leben, leicht erhöht gegenüber der Zufriedenheit von Befragten, die in Dörfern wohnen (Abb. 22).

Abb. 22: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors nach Wohnlage der Befragten²⁵
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = „sehr unzufrieden“ bis 4 = „sehr zufrieden“)

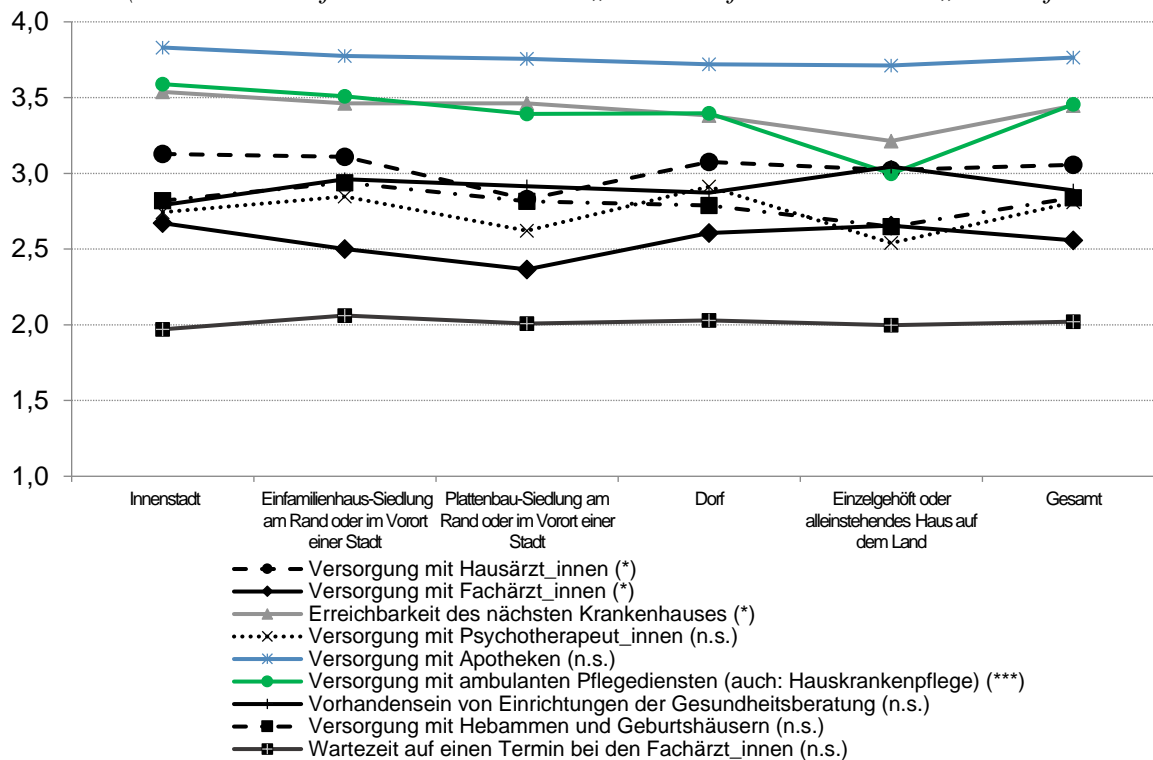
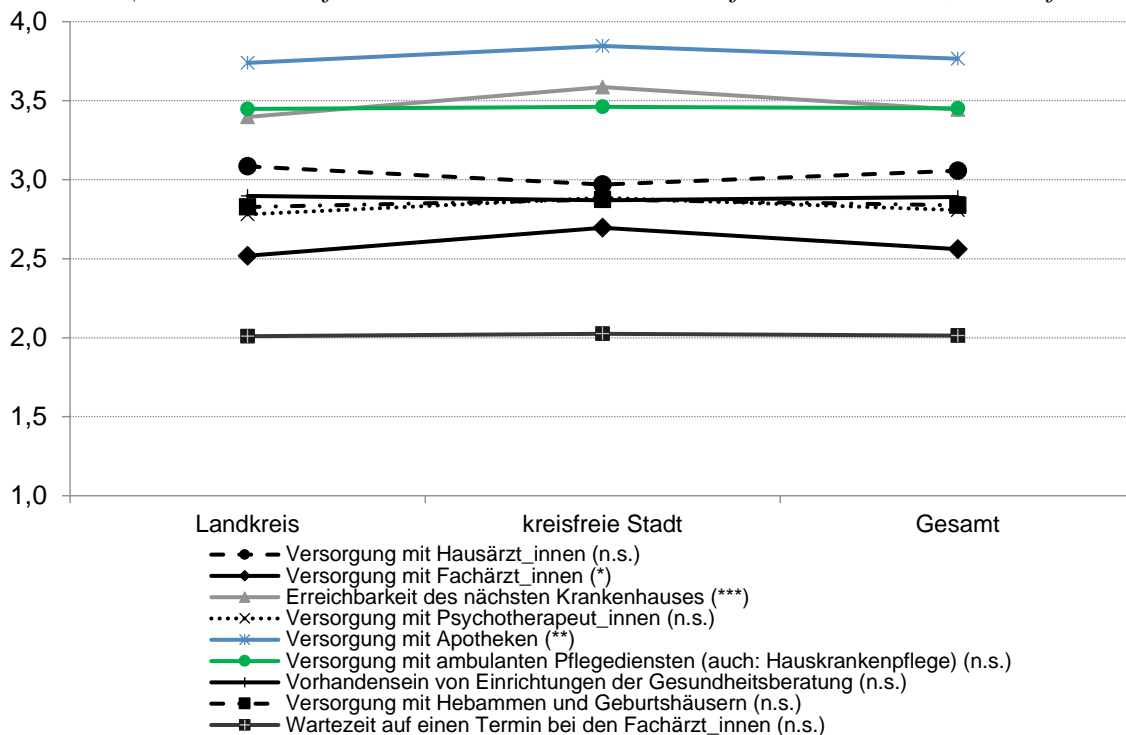


Abb. 23: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors: Unterscheidung zwischen Befragten aus Landkreisen und Befragten aus kreisfreien Städten
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = „sehr unzufrieden“ bis 4 = „sehr zufrieden“)

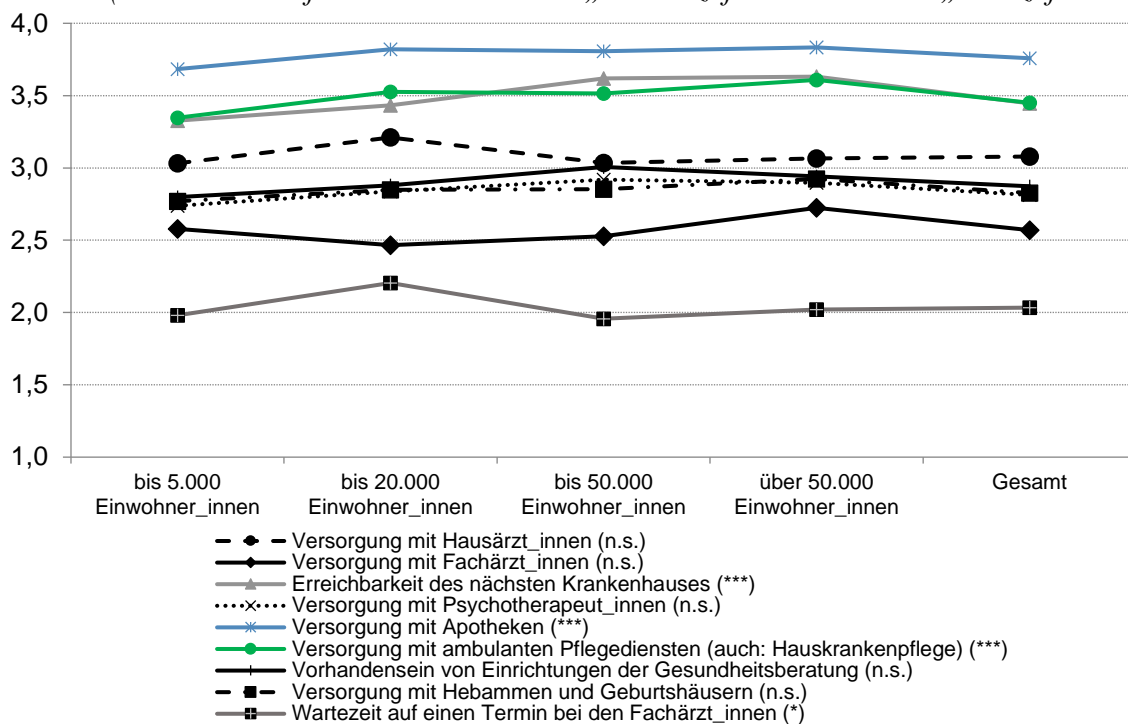


²⁵ Signifikanzen der Mittelwertunterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens und zwischen den vier Planungsregionen treten hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Versorgung mit Hausärzt_innen jedoch keine signifikanten Unterschiede zutage. D.h., die Hausärzt_innenversorgung wird in Thüringen flächendeckend positiv bewertet. Die Versorgung mit Fachärzt_innen in der Umgebung hingegen wird von Befragten aus Landkreisen (insbesondere Nordthüringens) signifikant schlechter eingeschätzt als von denen in kreisfreien Städten. Eine vergleichsweise besonders positive Bewertung nehmen Befragte aus Städten mit mehr als 50.000 Einwohner_innen vor. Auch die Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses ist nachvollziehbarerweise in größeren Städten höher als in ländlichen Regionen. Die Zufriedenheit mit der Versorgung mit Psychotherapeut_innen unterliegt keinen erkennbaren regionalen Schwankungen. Die Versorgung mit Apotheken wird von Befragten aus Dörfern und Kleinstädten mit bis zu 5.000 Einwohner_innen kritischer gesehen als von Befragten aus größeren Städten. Die Versorgung mit ambulanten Pflegediensten (auch: Hauskrankenpflege) wird ebenfalls in größeren Gemeinden positiver eingeschätzt als in kleineren. Vor allem Befragte, die vereinzelt auf dem Land wohnen, erkennen hier häufiger Versorgungsdefizite. Allerdings ist hier ein signifikanter Unterschied zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten feststellbar. Mit dem Vorhandensein von Einrichtungen der Gesundheitsberatung in der Umgebung zeigen sich Nordthüringer Befragte signifikant seltener zufrieden als Befragte aus den anderen drei Planungsregionen. Bezüglich der Zufriedenheit mit der Versorgung mit Hebammen und Geburtshäusern gibt es keine statistisch signifikanten regionalen Unterschiede. Befragte, die in Innenstädten wohnen, und solche aus Städten mit 5.001 bis 20.000 Einwohner_innen zeigen sich im Mittel etwas zufriedener mit der (insgesamt am kritischsten bewerteten) Wartezeit auf einen Termin bei den Fachärzt_innen.

Abb. 24: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der medizinischen Infrastruktur und des Pflegesektors: Unterscheidung nach Einwohner_innenzahl der Wohnorte der Befragten²⁶

(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = „sehr unzufrieden“ bis 4 = „sehr zufrieden“)



²⁶ Signifikanzen der Mittelwertunterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Patient_innen. Acht Prozent übten Kritik an der Arbeitsweise und den Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, u.a. auch an der Kompetenz des Fachpersonals. 15 Prozent äußerten Unmut über Probleme im Bereich der Pflege, drei Prozent äußerten Kritik an den Krankenkassen und fünf Prozent nannten sonstige Kritikpunkte (Mehrfachnennungen möglich).

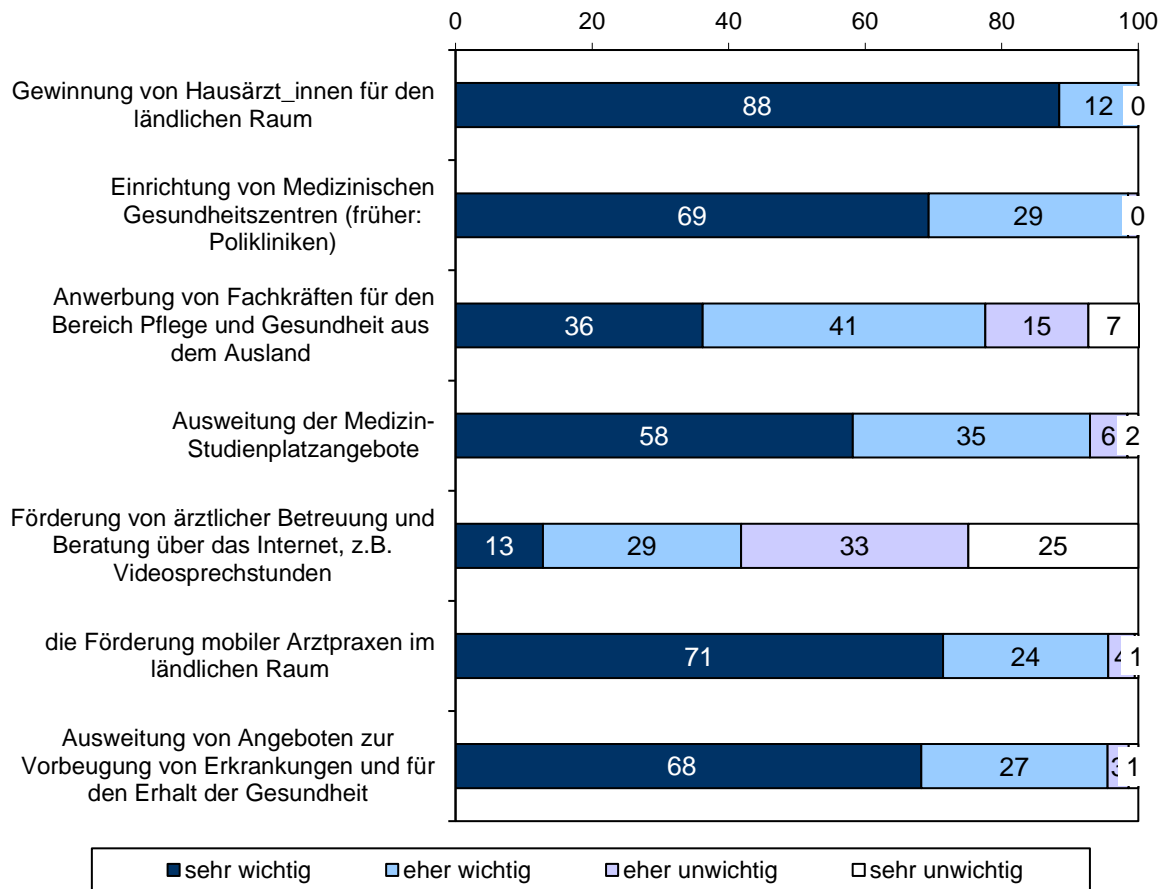
Bestehende Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Gesundheit am Arbeitsplatz schätzen 63 Prozent der berufstätigen Befragten als „gut“ oder „sehr gut“ ein, nur sechs Prozent als „sehr schlecht“. Am positivsten fällt die Bewertung bei Landwirt_innen, Selbstständigen und Freiberufler_innen aus (90 Prozent), die diese Bedingungen i.d.R. ja selbst für sich gestalten bzw. unmittelbar beeinflussen können. Doch auch zwei Drittel der Angestellten geben ein positives Urteil ab. Unter Arbeiter_innen dagegen gibt es ein gespaltenes Bild: Die eine Hälfte beurteilt die Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Gesundheit an ihrem Arbeitsplatz positiv, die andere Hälfte negativ. Zwischen Beschäftigten der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes besteht hinsichtlich dieser Einschätzung kein statistisch signifikanter Unterschied.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass bei der Bewertung der Strukturbedingungen und Leistungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege kaum *größere* räumliche bzw. regionalen Differenzen auftreten. Vor allem bei der Versorgung mit Fachärzt_innen und der Erreichbarkeit von Krankenhäusern fällt allerdings einmal mehr die *wahrgenommene relative Benachteiligung der Landbevölkerung* ins Gewicht. Auch Befragte, die in Großwohnanlagen in den Vorstädten leben, nehmen häufiger eine Unterabdeckung mit Haus- und Fachärzt_innen wahr. Die Bewertungsunterschiede sind auch in diesem Fall relativ gering. Dennoch bestätigen sich frühere Befunde, dass sich kollektiv geteilte Benachteiligungen auch in Thüringen *lokalisieren* lassen und daher erhöhte Beachtung durch die Kommunal-, Regional- und Landespolitik finden sollten.

3. Unterstützung gesundheitspolitischer Maßnahmen

Im Zusammenhang mit den objektiv bestehenden und von den Befragten wahrgenommenen Problemlagen wurde nach der Wichtigkeit verschiedener gesundheitspolitischer Maßnahmen gefragt (Abb. 26). Den meisten Maßnahmen wird von jeweils einer deutlichen Mehrheit eine hohe oder sogar sehr hohe Bedeutung beigemessen. Dies gilt besonders für Maßnahmen, die strukturelle Schwächen im ländlichen Raum ausgleichen sollen. Wie bereits in den Zustimmungsraten erkennbar ist, erfolgen diese Bewertungen unabhängig davon, ob die Befragten selbst im ländlichen Raum leben. Nur der „Telemedizin“ wird mit größerer Skepsis begegnet – die allermeisten Befragten wollen offenbar realweltliche, unmittelbare und persönliche ärztliche Betreuung anstatt virtueller Ersatzangebote. Auch das Berufsbild der „Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis“, der „VERAH“, durch die die medizinische Grundversorgung besonders auch im ländlichen Raum gestärkt werden soll, halten 97 Prozent der Befragten – also fast alle – für eine „gute oder sehr gute Idee“.

Abb. 26: Wichtigkeit gesundheitspolitischer Maßnahmen
(in Prozent)

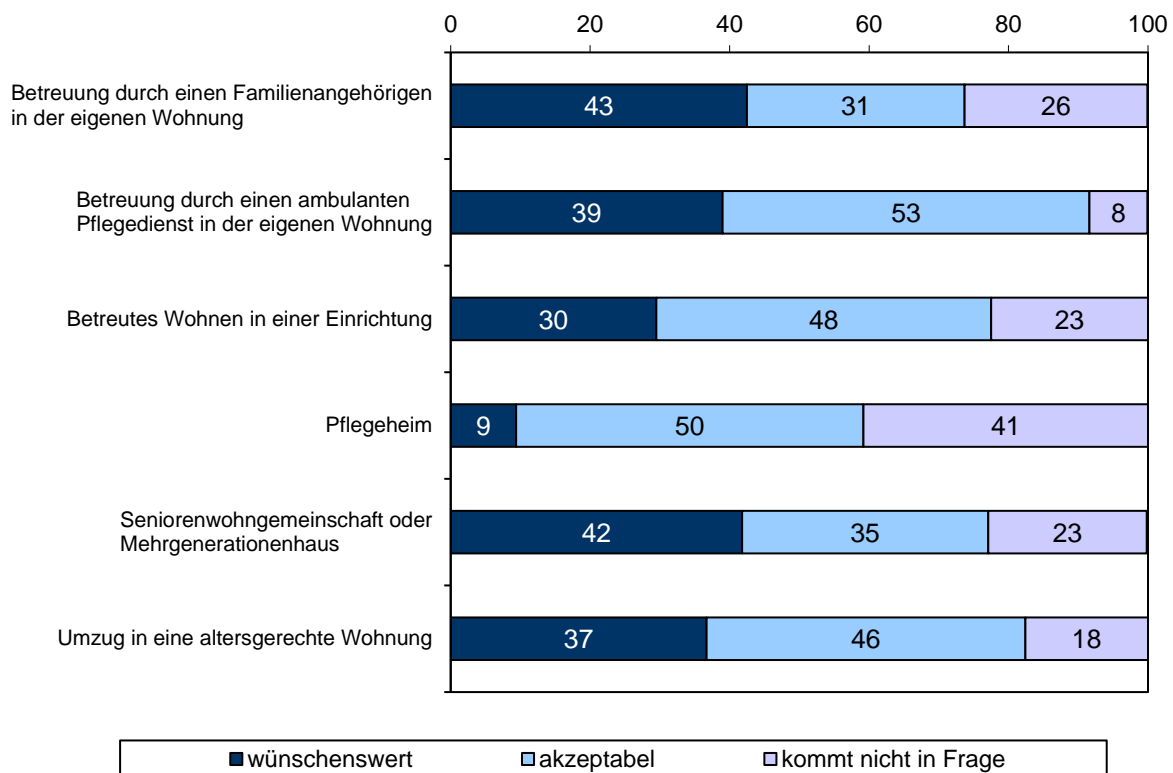


Obwohl nur 36 Prozent der Befragten es für „sehr wichtig“ halten, sind doch 81 Prozent der Befragten dafür, Fachkräfte für den Bereich Pflege und Gesundheit aus dem Ausland anzuwerben. Dieser Anteilswert ist gegenüber einer früheren Messung im THÜRINGEN-MONITOR 2012 markant erhöht: Damals stimmten 56 Prozent einer Anwerbung von Pflegepersonal aus dem Ausland zu, 62 Prozent der Anwerbung von Ärzt_innen (vgl. TM 2012: 55 ff.; TM 2016: 60; TM 2018: 75 ff.). Nicht auszuschließen ist, dass die Rahmung durch das diesjährige Schwerpunktthema hier ein höheres Problembewusstsein und die „Einsicht in die Notwendigkeit“ auch bei vielen Befragten erzeugt hat, die aus protektionistischen und ethnozentrischen Kalkülen grundsätzlich zu einer stärkeren Ablehnung von Arbeitsmigration tendieren würden. Aus dem hohen Grad der Zustimmung spricht jedenfalls erneut die verbreitete Wahrnehmung des Fachkräftemangels im Gesundheits- und Pflegesektor. Außerdem befürworteten 94 Prozent der Befragten – also fast alle –, dass Pflegekräfte höhere Gehälter erhalten sollten, selbst wenn dies zu höheren Kassenbeiträgen führen würde. Hier dürfte nicht nur an die Schaffung besserer Anreizstrukturen im Sinne der Fachkräftebindung und Nachwuchsgewinnung gedacht worden sein, sondern auch an eine leistungsgerechtere, solidarische Entlohnung derer, die einen so wichtigen Dienst für alle Menschen in diesem Land, allen voran für pflegebedürftige Alte und Kranke, leisten. Trotz der bisherigen, durch die Politik miterreichten, Erfolge und Verbesserungen im Bereich der Gesundheit und der Pflege formulieren die Befragten hier also klare Aufgaben an die Verantwortungsträger_innen im Bund und im Freistaat.

4. Wohnen im Alter

Bei der Frage, welche Art des Wohnens im Alter von den Befragten präferiert wird, sticht die relative Unattraktivität der Pflegeheime deutlich hervor. Seniorenwohngemeinschaften bzw. Mehrgenerationenhäuser und das „Betreute Wohnen“ (z.B. in speziell dafür vorgesehenen Wohnanlagen) sind viel akzeptierter, ebenso die Betreuung durch einen ambulanten Pflegedienst, wie sie bereits flächendeckend praktiziert wird. Die Entscheidung, altersbedingt in eine dafür geeignete Wohnung umzuziehen, benennen immerhin 82 Prozent als akzeptable oder sogar wünschenswerte Option. Hier wird ersichtlich, welche Prioritäten beim staatlich geförderten und kommunalen Wohnungsbau in den nächsten Jahren gesetzt werden sollten und welche erhebliche Nachfrage bezüglich der genannten Wohnalternativen entstehen werden. Rechnet man die Anteilswerte auf absolute Bevölkerungszahlen um, offenbart sich die Dimension der damit verbundenen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

Abb. 27: Wohnen im Alter
(in Prozent)



Der einzige konsistente Unterschied zwischen Befragten der verschiedenen Alterskohorten besteht hinsichtlich der Akzeptanz des Modells der Seniorenwohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser. Während unter den 18- bis 24-jährigen Befragten nur sieben Prozent meinen, diese Option käme für sie (später) einmal nicht in Frage, steigt dieser Anteil der Ablehnung *kontinuierlich* in den älteren Befragten Gruppen an und erreicht in der Gruppe der 60-Jährigen und Älteren 33 Prozent. Hier zeigt sich vermutlich nicht nur die zunehmende Popularisierung neuer Lebensabschnittsentwürfe in den nachfolgenden Generationen, sondern in erster Linie wohl der nachvollziehbare Wunsch vieler jetziger und zukünftiger Senior_innen, in ihrer bisherigen Wohnung bzw. in ihrem Eigenheim zu verbleiben.

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur

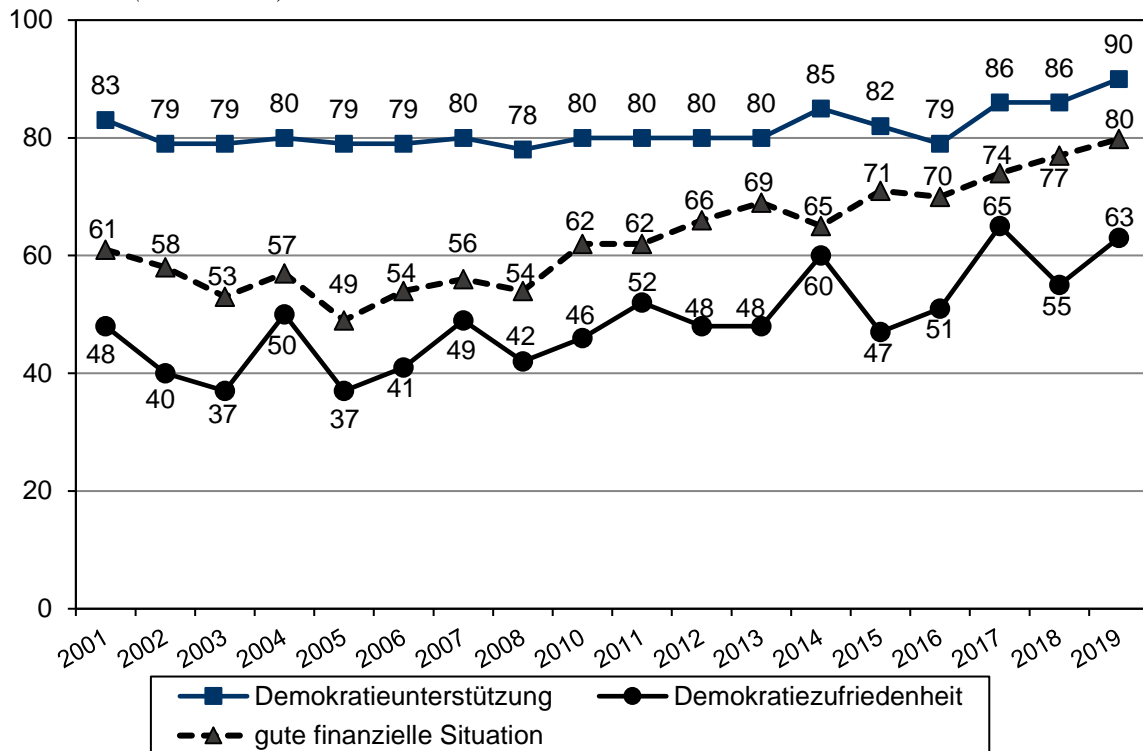
Der THÜRINGEN-MONITOR untersucht jährlich die politischen Einstellungen der Thüringer_innen zur Idee der Demokratie sowie ihre Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch ihre Einstellungen zur Diktatur als einem alternativen Gesellschaftsentwurf.

Im Jahr 2019 liegt die **Demokratieunterstützung auf dem Höchststand** seit Erhebungsbeginn im Jahr 2001. Damit konnte das dritte Jahr in Folge ein Rekordwert erreicht werden. So stimmen 90 Prozent der Befragten der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ zu (Abb. 28). Dabei zeigen Personen mit einem höheren Bildungsgrad (Hochschulreife: 96 Prozent) und einem höheren Berufsstatus (höhere Angestellte, Landwirt_innen und Selbstständige: 97 Prozent) eine besonders starke Systemunterstützung. Arbeitslose Befragte lehnen die Aussage zwar überdurchschnittlich häufig ab. Dennoch ist auch in dieser Gruppe die Demokratieunterstützung hoch und liegt bei 82 Prozent. Selbst Personen, die soziales und politisches Engagement für sich ausschließen und insofern als politisch apathisch bezeichnet werden können, weisen im Gegensatz zum Vorjahr (70 Prozent) keinen wesentlich niedrigeren Grad an Demokratieunterstützung auf (87 Prozent). Hierin zeigt sich ein sogenannter Deckeneffekt: Da der Anteil der Demokratieunterstützung nah an 100 Prozent liegt, kann es auch keine großen Unterschiede zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geben. Insgesamt findet die Demokratie als Regierungsform somit eine außergewöhnlich hohe Unterstützung bei den Thüringer_innen. Diese grundsätzliche positive Einstellung zur Demokratie bleibt zudem seit der ersten Erhebung relativ stabil in einem Bereich zwischen 80 und 90 Prozent.

Ebenso wie die allgemeine Unterstützung der Demokratie liegt die **Demokratiezufriedenheit** in diesem Jahr auf einem vergleichsweise hohen Niveau. 63 Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2019 sind mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ „ziemlich“ oder „sehr zufrieden“, womit die zweithöchste Messung des THÜRINGEN-MONITORS seit 2001 (vgl. Abb. 28) und nahezu der Rekordwert von 2017 erreicht wurde. Somit wurde auch der Einbruch aus dem letzten Jahr wieder aufgeholt, der durch die lange Zeit der Regierungsbildung und den im Befragungszeitraum kulminierenden Asylstreit auf Bundesebene erklärbar ist (vgl. TM 2018: 12, 80). Die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie schwankte seit 2001 in Thüringen ungefähr in einem 30-Prozentpunkte-Korridor um die 50-Prozent-Marke und nahm dabei Werte zwischen 37 und 65 Prozent an. Dies zeigt, dass die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie wesentlich instabiler ist als die allgemeine Demokratieunterstützung und auch auf aktuelle Ereignisse reagiert. Dennoch ist seit 2005 insgesamt ein leicht positiver Trend bei der Demokratiezufriedenheit zu erkennen. Diese Entwicklung könnte auf die zunehmend positive Bewertung der „eigenen finanziellen Situation“ zurückgehen, die ebenfalls seit 2005 kontinuierlich anstieg. Mittlerweile schätzen 80 Prozent der Thüringer_innen ihre finanzielle Situation als „eher“ oder „sehr gut“ ein. 2005 kam nur jede zweite Thüringer_in zu einer positiven Einschätzung (vgl. Abb. 28). Dass sich die Demokratiezufriedenheit am individuellen wirtschaftlichen Erfolg orientiert, wird auch

beim Vergleich von Arbeitslosen (39 Prozent) und höheren beziehungsweise leitenden Angestellten und Beamten (80 Prozent) deutlich. Allerdings zeigt sich auch im Vergleich mit der individuellen finanziellen Lage, dass die Demokratiezufriedenheit im Aggregat mit stärkeren Schwankungen auf das aktuelle politische und wirtschaftliche Tagesgeschehen reagiert, während die Einschätzung der individuellen finanziellen Situation im Mittel kontinuierlich und stabil anstieg.

Abb. 28: Demokratiezufriedenheit, Demokratieunterstützung und individuelle finanzielle Lage 2001–2019
(in Prozent)



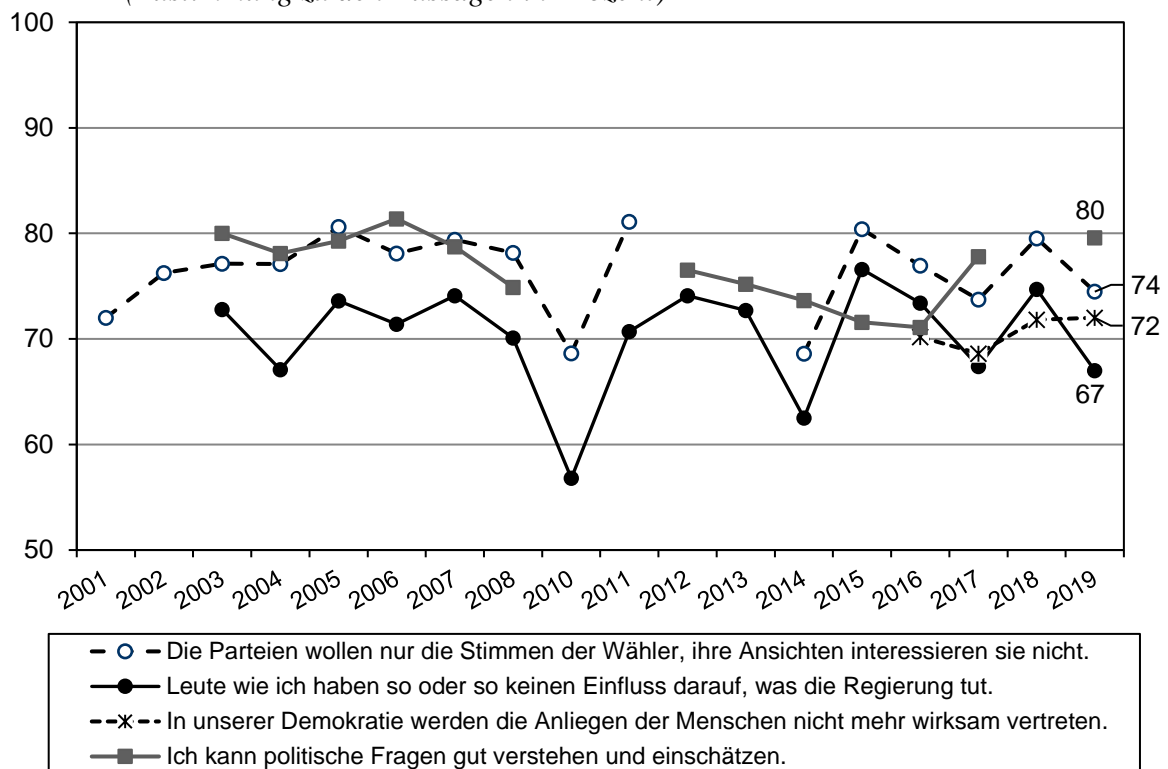
Die Demokratiezufriedenheit der einzelnen Thüringer_innen ist das Resultat aus einer Kombination der sozialen Situation der Befragten sowie deren Wahrnehmung und verschiedenen lang- und kurzfristigen politischen Einstellungen. Dabei können sich diese Wahrnehmungen und Einstellungen auf die Befragten selbst wie auch auf die Gesellschaft als ganze beziehen. Eine multivariate Analyse zeigt für Thüringen 2019, dass die Demokratiezufriedenheit durch eine Mischung aus mangelndem Responsivitätsgefühl, fehlender Demokratieunterstützung aber auch der tatsächlichen und empfundenen sozialen Abhängigkeit und Verunsicherung beeinflusst wird.

Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, ist auch unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik. Zudem wirken sich Statusverlustangst, Verunsicherung und ein Deprivationsgefühl, also die Kombination einer negativen Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und die Einschätzung, weniger als den „gerechten Anteil“ zu bekommen, negativ auf die Demokratiezufriedenheit aus. Auch eine negative Bewertung der deutschen Einheit und die Einschätzung, als Ostdeutsche_r benachteiligt zu werden, senken im Mittel die Demokratiezufriedenheit. Hingegen hat die emotionale Bindung an eine Partei einen positiven (in den politischen Prozess

integrierenden) Einfluss. Auch mit zunehmendem Alter steigt die Systemunterstützung. Deskriptiv ist die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen nicht bedeutend unzufriedener mit der Demokratie als der Durchschnitt der Befragten, während die 25- bis 34-Jährigen (41 Prozent) überdurchschnittlich unzufrieden sind. Besonders zufrieden sind die über 60-Jährigen.

Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürger_innen. Responsivität bezeichnet die Möglichkeit, dass das politische System Einfluss von Bürger_innen zulässt. Insofern ist es in Demokratien zentral, dass sich ein Teil der Bürger_innen nicht nur in der Lage fühlt, das politische Geschehen zu verstehen und aktiv mitzugestalten, sondern auch Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben. Von wahrgenommenen Responsivitätsdefiziten des politischen Systems gehen die stärksten Effekte auf die Demokratiezufriedenheit aus. Befragte, die sich politisch inkompetent fühlen, der Meinung sind, dass die Anliegen der Bürger_innen nicht vertreten würden und Parteien nur Stimmen wollten, anstatt sich tatsächlich für die Ansichten der Menschen zu interessieren und darüber hinaus auch glauben, keinen Einfluss auf die Regierung zu haben, sind deutlich unzufriedener mit der Demokratie in der Bundesrepublik.

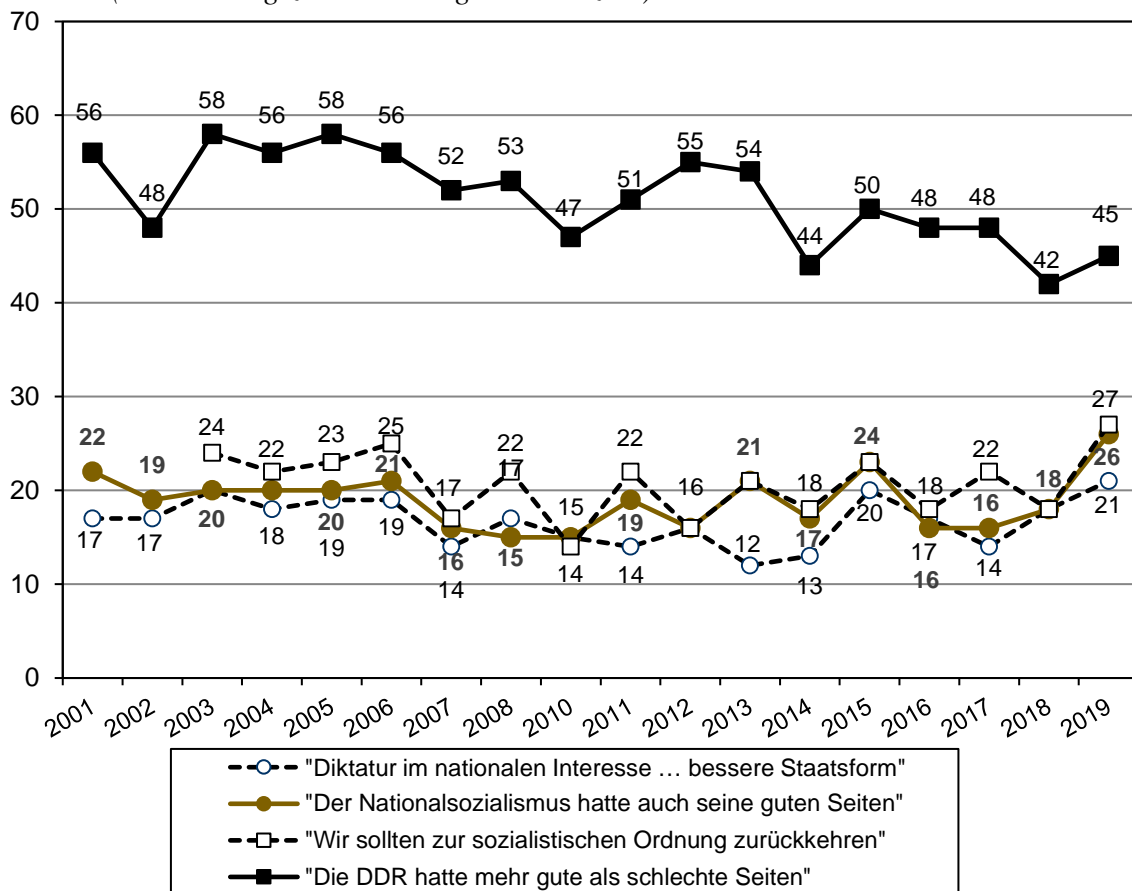
Abb. 29: Subjektive Kompetenzzuschreibung und Responsivität 2001–2019
(Zustimmung zu den Aussagen in Prozent)



Insgesamt zeigt sich im Zeitverlauf, dass die Thüringer_innen weiterhin mehrheitlich deutliche Defizite bei der Responsivität wahrnehmen (Abb. 29). Knapp drei Viertel sind der Meinung, dass Parteien nur an Stimmen und nicht den Ansichten der Wähler_innen interessiert sind und damit verbunden auch „die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ würden. Zwei Drittel der Bürger_innen denken, keinen Einfluss auf das Regierungshandeln nehmen zu können. Gleichzeitig finden vier von fünf Thüringer_innen, dass sie „politische Fragen gut verstehen und einschätzen“ können (vgl. auch Kapitel I).

Zusammenfassend fühlen sich viele Thüringer_innen seit längerem vom politischen Betrieb ausgeschlossen und z.T. als „Statist_innen“ einer „Zuschauerdemokratie“, obwohl sie aus ihrer subjektiven Perspektive durchaus in der Lage wären, an politischen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt zu werden. Sie äußern damit insbesondere Kritik an Parteien und Politiker_innen, die ihrer Aufgabe in einer Demokratie nicht ausreichend nachkommen würden und ihre zentrale Funktion – nämlich die Repräsentation von Interessen – vernachlässigten. Eine wahrgenommene Responsivitätslücke zeigt sich seltener bei jungen und höhergebildeten Thüringer_innen sowie bei Befragten mit einem höheren Berufsstatus.

Abb. 30: Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001–2019
(Zustimmung zu den Aussagen in Prozent)



Mit der mehrheitlichen Unterstützung der Idee der Demokratie durch die Bürger_innen Thüringens koexistieren über den gesamten Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS hinweg positive Bewertungen alternativer Gesellschaftsordnungen und historischer Diktaturen. Von besonderem Interesse sind dabei die Einstellungen zu DDR und Nationalsozialismus. Vor dem Hintergrund der berichteten Ergebnisse überrascht es, dass auch 2019 eine beachtliche Minderheit von 21 Prozent der Befragten eine Diktatur im nationalen Interesse „unter bestimmten Umständen [für] die bessere Staatsform“ hält. 26 Prozent stimmen der Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ zu (vgl. Kapitel IV.4). 27 Prozent bejahen eine „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ und 45 Prozent schreiben der DDR mehr gute als schlechte Seiten zu. Der überwiegende Teil dieser Personen empfindet *darin keinen Widerspruch zu dem Bekenntnis zur Demokratie als beste*

Staatsidee. So lehnen Befragte, die unter bestimmten Umständen eine Diktatur für die bessere Staatsform halten, zwar signifikant häufiger die Demokratie als beste Staatsidee ab als andere Befragte, doch selbst ihre Demokratieunterstützung liegt bei über 80 Prozent. Auch unter Befragten, die der Aussage zur Verharmlosung des Nationalsozialismus zustimmen, die zum „Sozialismus zurückkehren“ wollen oder eine positive DDR-Bilanz vornehmen, sind weit überwiegend Anhänger_innen der „Demokratie als beste Staatsform“. Die überwiegend positive Bewertung der DDR liegt seit 2001 auf einem Niveau um die 50-Prozent-Marke. Allerdings ist seit den 2000er Jahren ein Rückgang um etwa zehn Prozentpunkte festzustellen. Hier zeigt sich der Generationenwechsel: Während die über 60-Jährigen der DDR mehrheitlich positive Seiten abgewinnen können, sind es bei den 18- bis 24-Jährigen, die die DDR nicht mehr selbst miterlebt haben, nur zwölf Prozent.

Ein Blick in die Wertereihen zeigt, dass alternative Gesellschaftsentwürfe zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik seit 2017 wieder an Akzeptanz gewinnen und dabei Höchstwerte erreicht werden: Über ein Viertel der Thüringer_innen unterstützt die „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ beziehungsweise verharmlost den Nationalsozialismus. Seit 2013 hat die Akzeptanz einer „Diktatur im nationalen Interesse“ um knapp zehn Prozentpunkte zugenommen. Ein weiterer Blick zurück zeigt, dass nur unwesentlich niedrigere Werte bereits vor etwa 15 Jahren im THÜRINGEN-MONITOR gemessen wurden. Analog der Einstellungen zum Sozialismus zeigen junge Thüringer_innen deutlich größere Distanz zu nichtdemokratischen Gesellschaftsalternativen und zu einer Relativierung der NS-Vergangenheit.

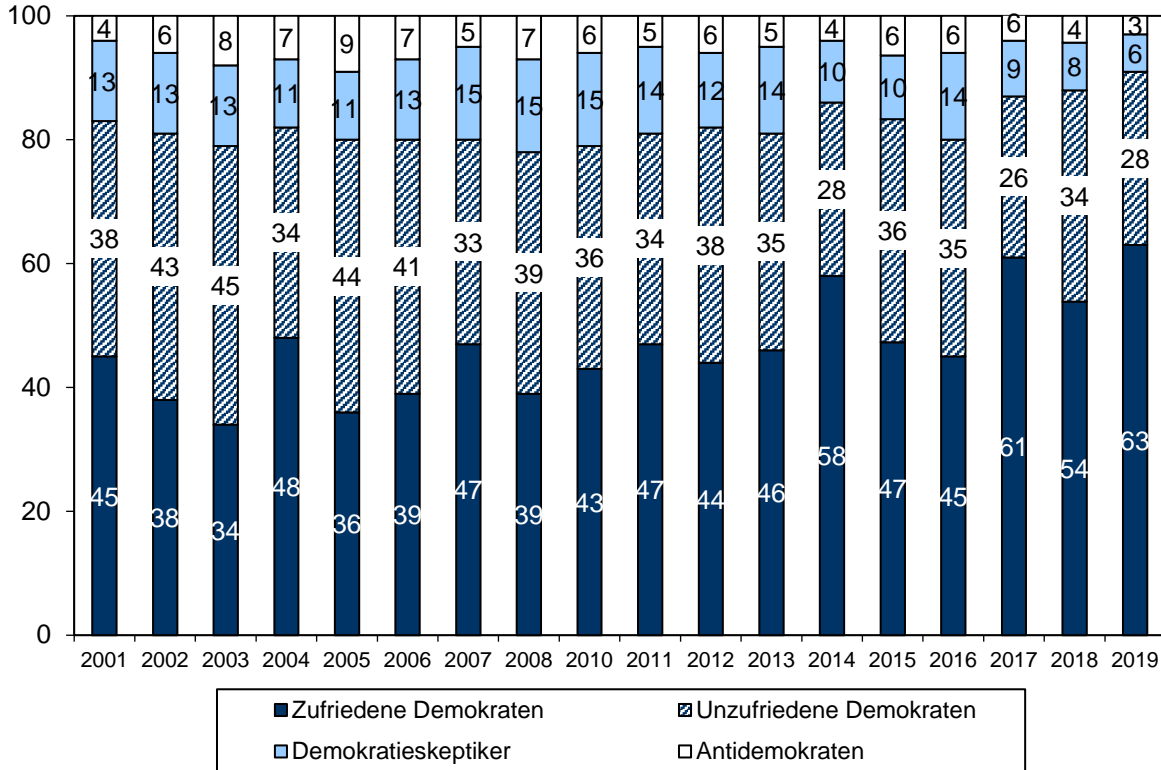
In Übereinstimmung zum Trend bei Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit liegen auch die entsprechenden Anteilswerte der Demokratietypologie²⁷ des THÜRINGEN-MONITORS auf Rekordniveau (Abb. 31). Mit 63 Prozent der Thüringer_innen wird ein neuer Spitzenwert bei den zufriedenen Demokrat_innen erreicht. Nach dem Rückgang der Demokratiezufriedenheit im Vorjahr vergrößerte sich 2019 somit die Gruppe der zufriedenen Demokrat_innen, die Demokratieunterstützung mit Demokratiezufriedenheit verbinden, um neun Prozentpunkte. Die Zeitreihe folgt damit dem mittelfristigen Trend: Seit 2005 stieg der Anteil der zufriedenen Demokrat_innen um ca. 25 Prozentpunkte. Der Anteil der „unzufriedenen Demokrat_innen“ sank im gleichen Zeitraum um ca. 15 Prozentpunkte.

Während sich zufriedene und unzufriedene Demokrat_innen durch ihre Einstellungen zur politischen Praxis und deren Ergebnissen unterscheiden, ist zu vermuten, dass sich bei Antidemokrat_innen und Demokratieskeptiker_innen neben der Kritik an der politischen Praxis auch verstärkt Einstellungen finden, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen, und sogar Hinweise auf die Unterstützung konkurrierender Staatsideen erkennbar sind. Seit Beginn der Beobachtungen des THÜRINGEN-MONITORS zeigt die Verteilung der Demokratietypen etwa ein Fünftel Demokratieskeptiker_innen und

²⁷ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als beste Staatsidee bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedene Demokraten“. Auch „unzufriedene Demokraten“ bejahen die Demokratie als beste Staatsidee, bewerten jedoch ihr Funktionieren negativ. Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, aber eine nationale Diktatur nicht als bessere Staatsform ansieht, kann als „Demokratieskeptiker“ gelten. „Antidemokraten“ lehnen die Demokratie als beste Staatsidee ab und bejahen eine nationale Diktatur als bessere Staatsform.

Antidemokrat_innen. In den letzten vier Jahren bildet die Zeitreihe eine Halbierung dieses Anteils und das dritte Jahr in Folge den niedrigsten Wert im Beobachtungszeitraum ab.

Abb. 31: Demokratietypen 2001–2019
(in Prozent)



2. Institutionenvertrauen

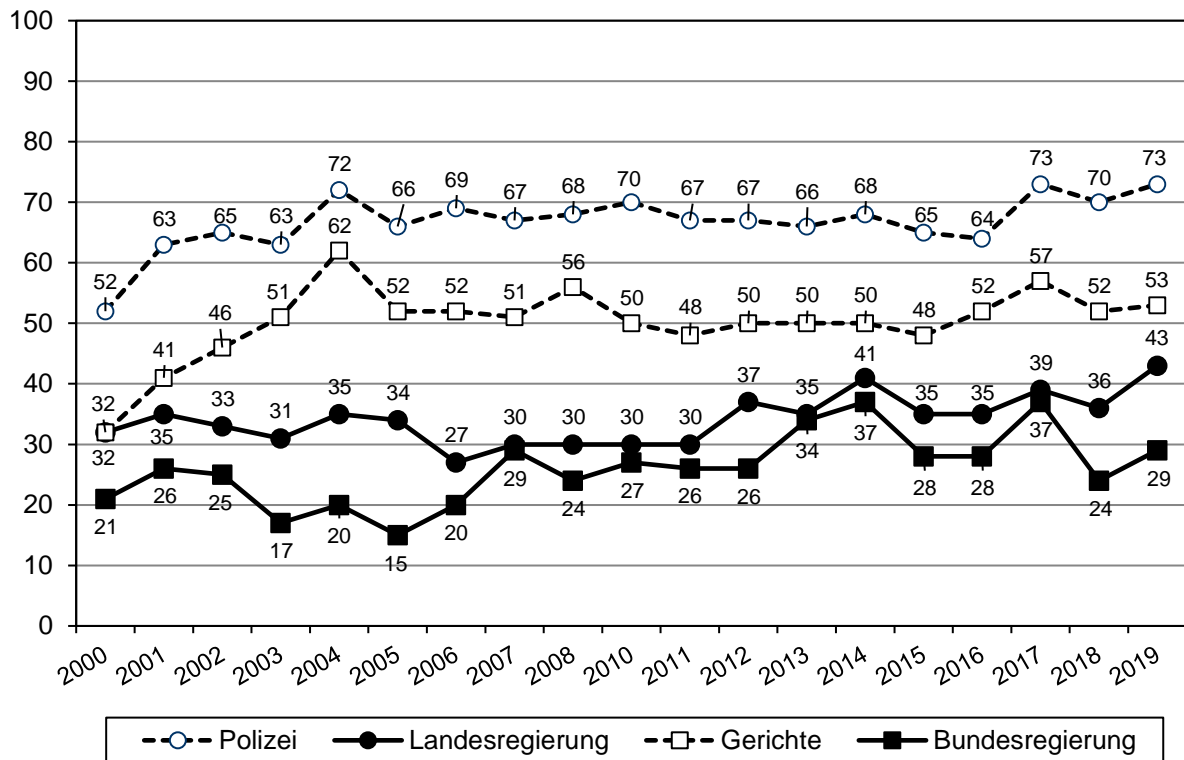
Das Wesen der repräsentativen Demokratie beruht auf der Idee, dass politische Entscheidungen nicht direkt vom Volk, sondern von in regelmäßigen Abständen gewählten Vertreter_innen, den Repräsentant_innen, getroffen werden. Um diese Aufgabe effektiv erfüllen zu können, ist es für die repräsentierenden Verfassungsinstitutionen und Amtsträger_innen unerlässlich, auf ein gewisses Vertrauen der Bürger_innen setzen zu können – letztlich erfährt die Delegation politischer Macht an gewählte Volksvertreter_innen erst dadurch ihre Legitimation und Akzeptanz. Aus diesem Grund wird das Vertrauen in Institutionen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS seit dem Jahr 2000 durchgehend abgefragt. Für die in Abb. 32 aufgeführten Institutionen wurden die Antwortkategorien „vertraue voll und ganz“ sowie „vertraue weitgehend“ zusammengefasst.

Schon auf den ersten Blick wird deutlich, dass im Vergleich zur Vorjahresstudie das Vertrauen in sämtliche abgefragte Institutionen gestiegen ist. Interessanterweise war vor einem Jahr das genaue Gegenteil der Fall, als das Vertrauen bei allen untersuchten Institutionen im Vergleich zum Jahr 2017 gesunken war (nachdem es 2017 im Vergleich zu 2016 wiederum deutlich angestiegen war). In gewisser Weise scheint sich das Institutionenvertrauen, zumindest in den letzten drei Erhebungen, konsistent und global zu verhalten: Steigt das Vertrauen in eine der untersuchten Institutionen, so steigt auch das

Vertrauen in andere Institutionen (und *vice versa*). Zudem sind die seit Mitte der 2000er- bis zur Mitte der 2010er-Jahre beobachtbaren konstanten Zeitreihen spätestens seit 2017 deutlich volatileren Tendenzen gewichen.

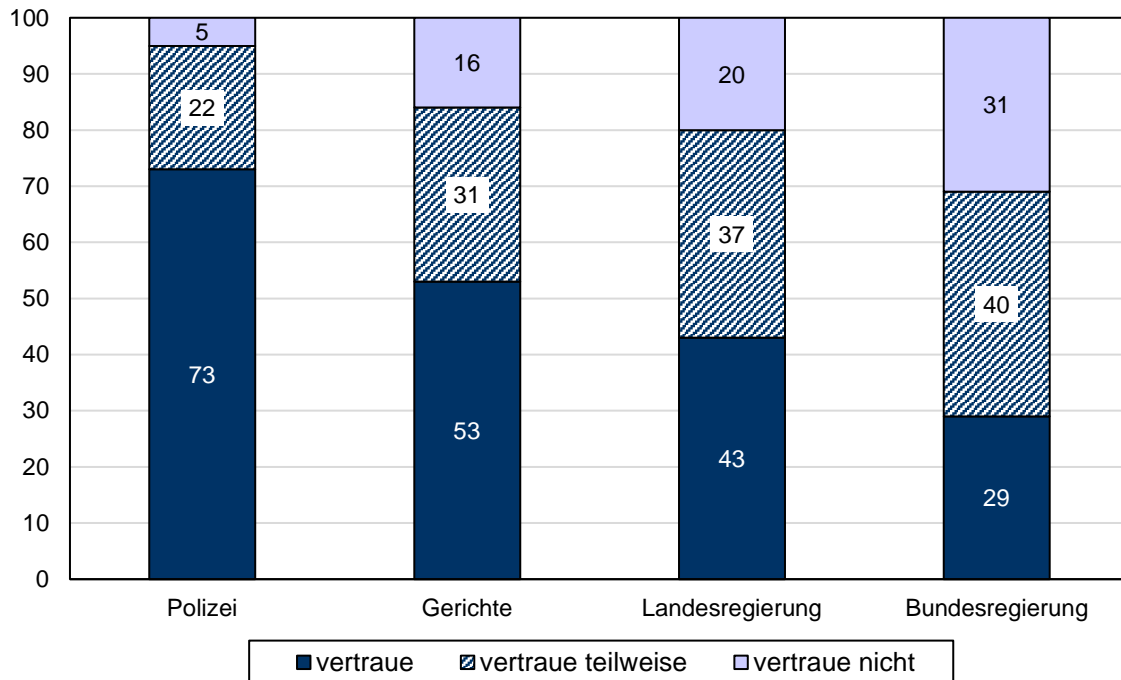
Abb. 32: Institutionenvertrauen 2000–2019

(in Prozent; „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“ zusammengefasst)



Gleichfalls erwähnenswert ist die Tatsache, dass der bisherige Höchstwert für das Vertrauen in die Polizei (73 Prozent) nach 2017 erneut eingestellt wurde und das Vertrauen in die Landesregierung sogar den bislang größten in den Zeitreihen verzeichneten Wert (43 Prozent) erreicht hat. Wie in allen vorherigen Erhebungen genießen Polizei und Gerichte weiterhin das höchste Vertrauen. Hingegen klettern die Vertrauenswerte in die Landes- sowie die Bundesregierung als Schlusslicht nicht über die 50-Prozent-Marke und bewegen sich damit auf einem vergleichsweise niedrigen Vertrauensniveau. Damit folgen die Ergebnisse dem vielerorts dokumentierten Muster, dass politikferne und ausführende Institutionen des Rechtsstaates ein deutlich höheres Vertrauen genießen als all jene demokratischen Verfassungsinstitutionen, die unmittelbar am Konkurrenzkampf um Stimmen und politische Macht beteiligt sind (vgl. u.a. Thüringen Monitor 2018; Niedersächsischer Demokratie-Monitor, Marg et al. 2019: 38). Wenig verwunderlich scheinen Konflikte deutlich negativer als Konsens bewertet zu werden. Schließlich ist auffällig, dass sich seit 2018 die Schere des Vertrauens zwischen Landes- und Bundesregierung – nachdem diese von 2007 bis 2017 für zehn Jahre geschlossen schien – wieder zu öffnen beginnt. So genießt die rot-rot-grüne Landesregierung in Erfurt über ein um 14 Prozentpunkte größeres Vertrauen als die Große Koalition in Berlin.

Abb. 33: Institutionenvertrauen
(in Prozent)

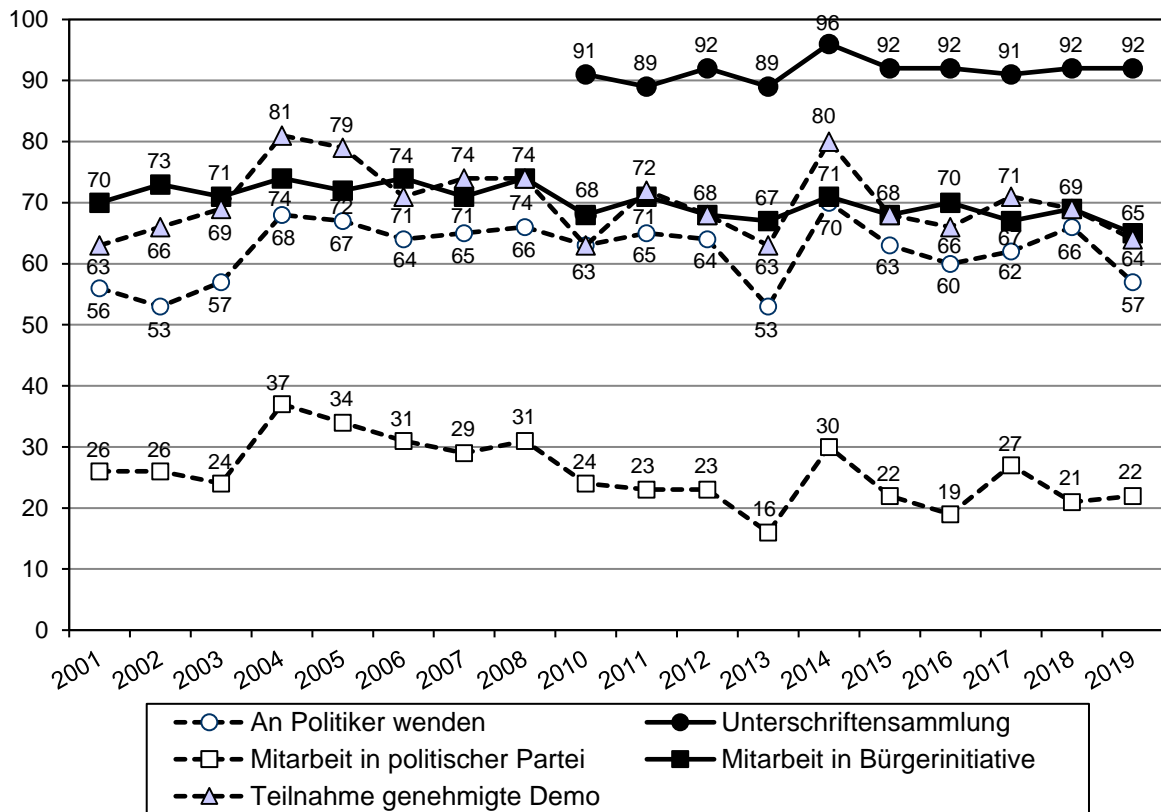


Dieselbe Rangfolge ergibt sich, wenn man die Vertrauenswerte für die genannten Institutionen im Querschnitt betrachtet (Abb. 33). So gab fast ein Drittel (31 Prozent) der Thüringer Bürger_innen an, der Bundesregierung nicht zu vertrauen. Dahingegen gaben nur fünf Prozent der Befragten an, der Polizei als Hüterin der öffentlichen Ordnung nicht zu vertrauen. Positiv ist ferner zu bemerken, dass im Vergleich zur Vorjahresstudie nicht nur der Anteil derjenigen, die der Landes- und Bundesexekutive vertrauen, größer geworden ist, sondern gleichzeitig auch der Anteil derjenigen, die ebendiesen nicht vertrauen, kleiner geworden ist. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 hatten noch 40 Prozent angegeben, der Bundesregierung nicht zu vertrauen, was einem Rückgang von neun Prozentpunkten entspricht. In gleicher Weise sank die Zahl derjenigen, welche der Landesregierung nicht vertrauen von 25 Prozent um fünf Prozentpunkte auf nunmehr 20 Prozent.

3. Politische Partizipation

Für das Funktionieren einer Demokratie sind neben einer generellen Demokratiezufriedenheit und einem Mindestmaß an Vertrauen in die zentralen Verfassungsinstitutionen auch partizipierende Bürger_innen von unerlässlicher Bedeutung. In ihrer Untersuchung zur politischen Kultur konnten Almond und Verba (1963) zeigen, dass ein demokratisches Verfassungsgefüge sowie eine demokratische Gesinnung allein kein Garant für eine dauerhaft stabile wie funktionale politische Ordnung sind. Es kommt auch darauf an, dass die Bürger_innen die Politik als ihre eigene Angelegenheit betrachten und sich folglich selbst aktiv an der Politik beteiligen. Aufgrund dieser für Demokratien zentralen Bedeutung, wird die Entwicklung der Partizipationsgewohnheiten seit Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS dokumentiert. In diesem Zusammenhang wird jährlich sowohl die Partizipationspraxis („habe ich schon getan“) als auch die Partizipationsneigung („würde ich tun“) abgefragt – beide Antwortkategorien wurden in Abb. 34 zusammengefasst und als Zeitreihe dargestellt.

Abb. 34: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2019
(„habe ich schon getan“/„würde ich tun“ in Prozent)

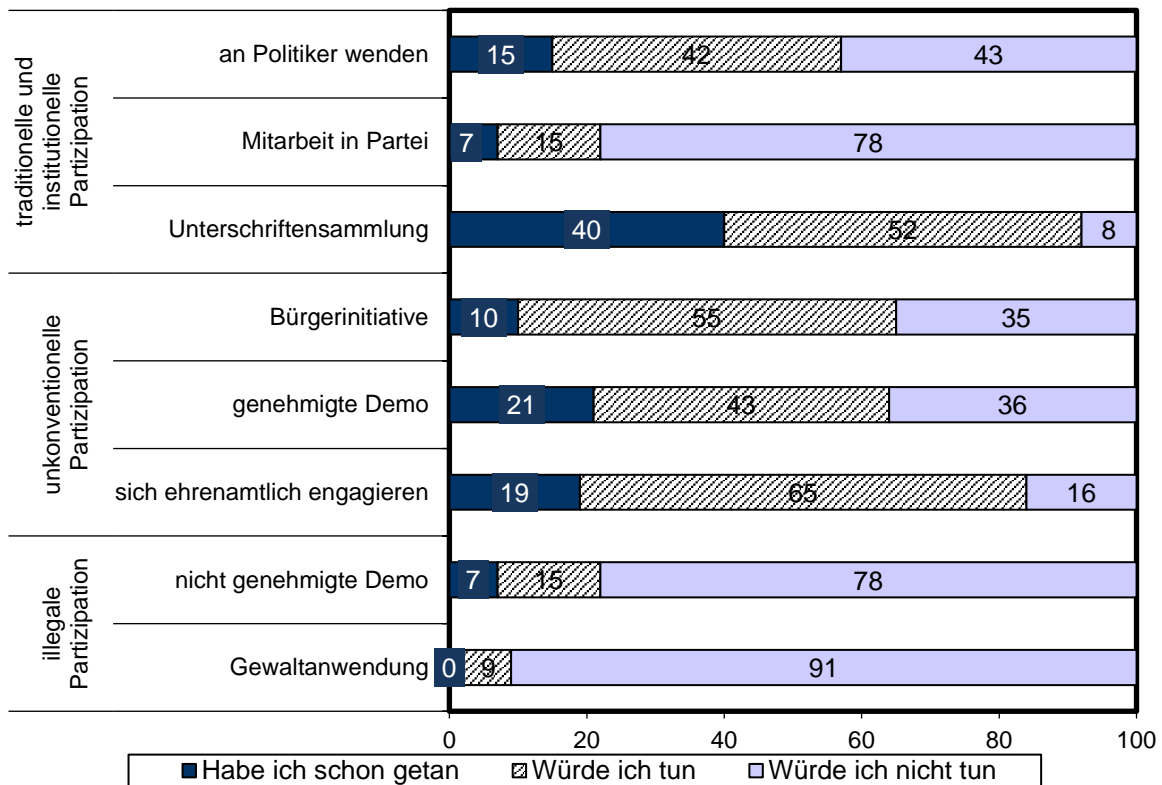


Wie schon in der Abbildung zum Institutionenvertrauen (Abb. 32) lässt sich auch hier eine hohe Stabilität der Zeitreihen festhalten, welche nur durch Ausreißer in den Jahren 2004 sowie 2013 und 2014 aufgebrochen wird. Dies gilt insbesondere für die seit 2010 erfasste Teilnahme an Unterschriftensammlungen, zu welcher im Jahr 2019 92 Prozent der Bürger_innen bereit wären oder an diesen schon teilgenommen haben. Im Vergleich zur Vorjahresstudie sank hingegen sowohl die Partizipationsbereitschaft zur Mitarbeit an Bürgerinitiativen (65 Prozent), zur Beteiligung an genehmigten Demonstrationen (64 Prozent) als auch die Bereitschaft, sich an Politiker_innen zu wenden (57 Prozent). Alle genannten Werte stellen die niedrigsten Werte der jeweiligen Zeitreihe im Verlauf der letzten fünf Jahre dar. Einzig die Bereitschaft zur Mitarbeit in einer politischen Partei ist im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt angestiegen. Dies soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich diese Partizipationsform auf einem besorgniserregenden niedrigen Niveau bewegt und das klare Schlusslicht aller genannten Praktiken darstellt.

In Abb. 35 wurde die demokratische Teilhabe darüber hinaus in traditionelle, unkonventionelle sowie illegale Formen der Partizipation unterschieden und im Querschnitt dargestellt. Aus der zusätzlichen Differenzierung zwischen der Partizipationsnorm des *tun wollen* und der Partizipationspraxis des tatsächlichen *Tuns* wird zunächst ersichtlich, dass die Angabe der potentiellen Möglichkeit zu partizipieren bei allen untersuchten Formen deutlich größer ausgeprägt ist, als dies bei der tatsächlich ausgeübten Partizipation („habe ich schon getan“) der Fall ist. Ebenso wird deutlich, dass unkonventionelle Formen der politischen Partizipation (Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, Mitarbeit in

Bürgerinitiativen, ehrenamtliches Engagement) am häufigsten angewendet werden, was dem seit den 1980er Jahren festgestellten Wandel der Partizipation entspricht. Illegale Formen der Partizipation werden hingegen nur von einer Minderheit der Befragten in Betracht gezogen – nur knapp einer von zehn Befragten (9 Prozent) gab an, die Anwendung von Gewalt in Erwägung zu ziehen.

Abb. 35: Politische Partizipation
(in Prozent)

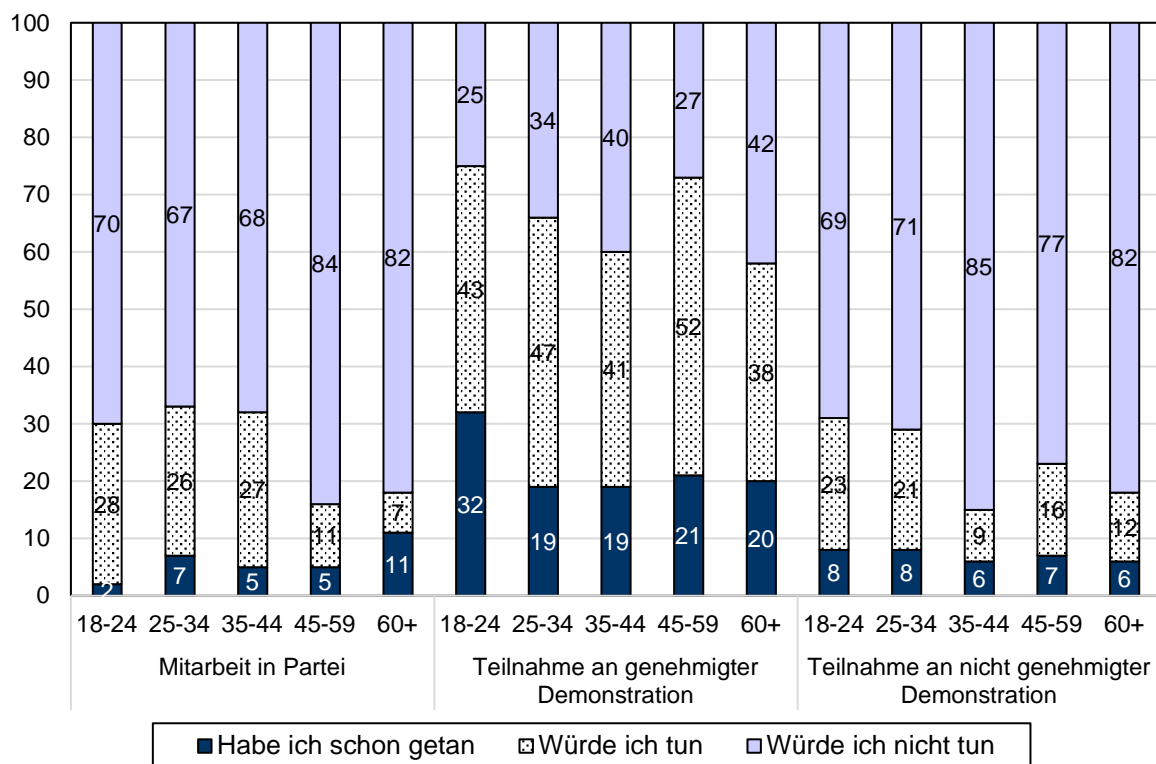


Insgesamt betrachtet fällt wie schon in früheren THÜRINGEN-MONITOREN auf, dass aufwandsärmere und sporadische Partizipationsformen wie die Teilnahme an Unterschriftensammlungen oder genehmigten Demonstrationen unter den Befragten deutlich beliebter sind als diejenigen, die, wie die Mitarbeit in Parteien oder Bürgerinitiativen, einen deutlich höheren zeitlichen Aufwand und Grad der Beteiligung erfordern. Die illegalen Formen der Partizipation einmal ausgeklammert, fällt zudem auf, dass die politischen Parteien kaum in der Gunst der Thüringer Bürger_innen stehen (vgl. auch Kapitel IV.2). Knapp vier von fünf Befragten (78 Prozent) gaben an, die Mitarbeit in Parteien nicht in Betracht zu ziehen. Wollen sich Bürger_innen beteiligen, so sind Parteien ganz klar nicht die präferierten Adressaten des politischen Engagements. Dies ist angesichts der zentralen Funktion, die Parteien im Prozess der politischen Willensbildung erfüllen, ein bemerkenswerter Sachverhalt.

Inwiefern sich das Alter auf die politische Partizipationsbereitschaft auswirkt, wurde in Abb. 36 dargestellt. Hier zeigt sich, dass insbesondere die jüngste befragte Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen an politischer Partizipation interessiert ist. Dies trifft insbesondere für die Teilnahme an genehmigten sowie nicht genehmigten Demonstrationen zu, bei welchen

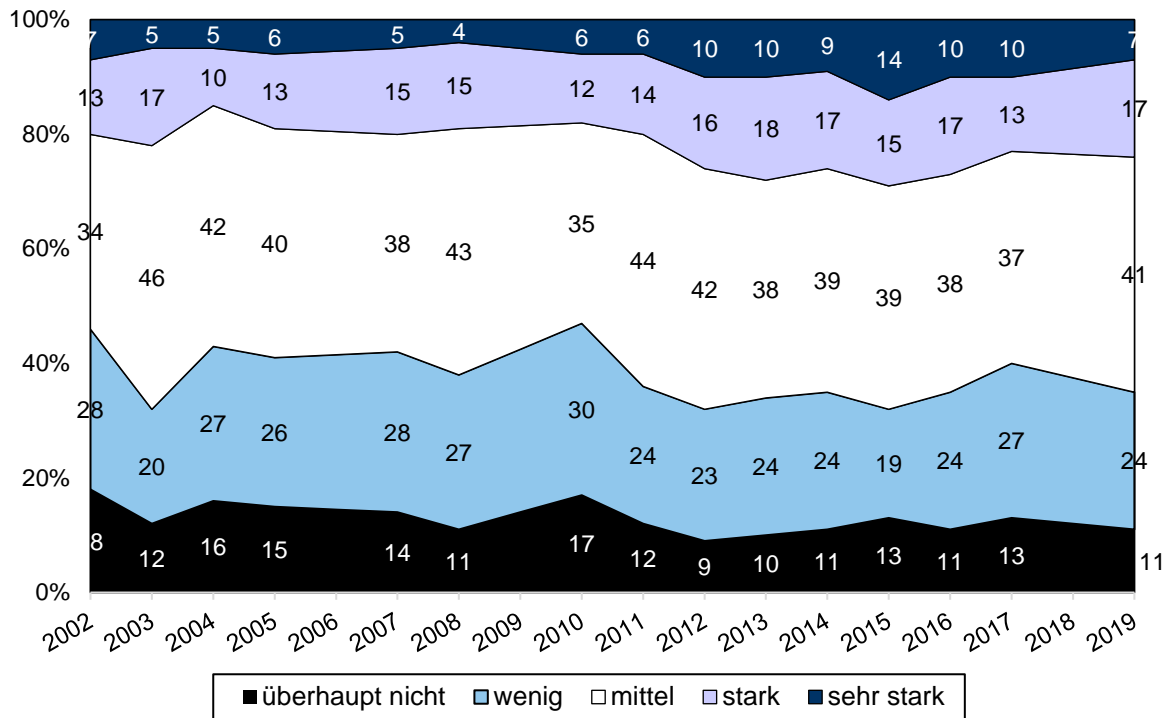
kumuliert betrachtet 75 Prozent beziehungsweise 32 Prozent der Befragten angaben, bereits teilgenommen zu haben oder sich eine Teilnahme zumindest vorstellen zu können. Wenngleich die Mitarbeit in einer Partei am ehesten von den 25- bis 34-Jährigen in Betracht gezogen wird (33 Prozent), so ist die jüngere Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen jedoch nicht sonderlich weit von diesem Wert entfernt (30 Prozent). Ganz anders verhält es sich mit den beiden Gruppen, welche die Personen über 45 Jahre zusammenfassen – diese sind deutlich weniger dazu bereit, in politischen Parteien mitzuarbeiten. Als mögliche Erklärung kann in diesem Zusammenhang die persönliche Erfahrung mit dem SED-Regime angeführt werden, die beide Altersgruppen vor 1989 gemacht haben.

Abb. 36: Partizipationsformen nach Alter
(in Prozent)



Dass sich Bürger_innen überhaupt politisch engagieren, setzt neben dem Vertrauen in Institutionen und Amtsträger_innen sowie die Idee des demokratischen Regierungssystems selbst auch ein gewisses Interesse an der Politik voraus. Aus diesem Grund ist das politische Interesse seit jeher eine Standardfrage der empirischen Demokratieforschung, die mit Ausnahme der Jahre 2006, 2009 und 2018 auch im Rahmen des THÜRINGER-MONITORS durchgehend abgefragt wurde. Aus Abb. 37 geht die Verteilung des politischen Interesses der Thüringer Bürger_innen seit 2002 hervor, wobei fehlende Daten mit Hilfe des Durchschnittswertes aus den Werten der jeweils vorherigen sowie nachfolgenden Welle ersetzt wurden. Auch hier können relativ glatte Zeitreihen beobachtet werden, was insbesondere für die Erhebungswellen seit dem Jahr 2011 gilt. Generelle Trends in Richtung eines abnehmenden (oder zunehmenden) politischen Interesses sind nicht zu erkennen. Mit anderen Worten ist die Verteilung des politischen Interesses im Zeitverlauf als äußerst stabil zu bewerten.

Abb. 37: Politisches Interesse 2002–2019
(in Prozent)



Bemerkenswert ist darüber hinaus die annähernd symmetrische Häufigkeitsverteilung der Antworten auf diese Frage. Seit der erstmaligen Erhebung gab eine relative Mehrheit der Befragten an, ein „mittleres“ politisches Interesse zu haben. Deutlich weniger Befragte gaben an, über „wenig“ beziehungsweise ein „starkes“ politisches Interesse zu verfügen und nur sehr wenige antworteten mit „überhaupt nicht“ oder „sehr stark“. Die Daten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS fügen sich nahtlos in dieses Bild ein. Im Vergleich zur vorherigen Erhebungswelle (2017) ist die Mittelkategorie angewachsen (41 Prozent, +4 Prozentpunkte) und die Ränder sind geschrumpft. So gaben 11 Prozent der Befragten an über „kein“ (-2 Prozentpunkte) beziehungsweise über ein „sehr starkes“ (-3 Prozentpunkte) politisches Interesse zu verfügen. Werden jeweils die Kategorien „überhaupt nicht“ und „wenig“ sowie „stark“ und „sehr stark“ kumuliert, zeigt sich, dass der Anteil der Befragten mit keinem oder nur wenig politischem Interesse (kumuliert 35 Prozent) größer ist als derjenige, der die Befragten mit starkem oder sehr starkem Interesse (kumuliert 24 Prozent) zusammenfasst. 2017 war dieses Ungleichgewicht mit 40 Prozent zu 23 Prozent sogar noch deutlich größer.

4. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Rechtsextreme Einstellungen werden im THÜRINGEN-MONITOR auf Basis der in der wissenschaftlichen Diskussion etablierten Konsensdefinition erhoben (vgl. Kreis 2007: 13; Decker/Brähler 2006: 20f). Danach ist Rechtsextremismus die Überzeugung von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von zugeschriebenen Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie ein auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauendes Gesellschaftsbild. Diese Definition erfasst dabei nicht alle möglichen Gruppen, auf die sich Ungleichwertigkeitsvorstellungen beziehen können, sondern zählt allein antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen zum Rechtsextremismus. Damit ist jedoch nicht das gesamte Spektrum an Ungleichwertigkeitsvorstellungen erfasst, die in der Bevölkerung teilweise breite Unterstützung finden (s. dazu Kap. IV.5). Im Hinblick auf politische Ordnungsvorstellungen ist der Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und einen chauvinistischen Nationalismus. Letzterer umfasst ein übersteigertes Nationalgefühl und insbesondere die Aufwertung Deutschlands über die Abwertung anderer Länder. Auf Basis dieser im Jahr 2001 entwickelten Konsensdefinition analysieren neben dem THÜRINGEN-MONITOR auch deutschlandweite Studien das rechtsextreme Einstellungspotential (vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019; Decker/Brähler 2018).

Der THÜRINGEN-MONITOR bedient sich damit eines wissenschaftlich validierten Messinstruments (TM 2016: 90ff; Best/Salomo 2014). Dessen Grundidee ist, dass sich eine rechtsextreme Einstellung der Befragten in ihrem Antwortverhalten auf eine Reihe von vorgelegten Aussagen zeigt. Die im THÜRINGEN-MONITOR verwendeten Aussagen decken die zentralen Facetten des Rechtsextremismus ab, wozu chauvinistischer Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Befürwortung einer rechten Diktatur zählen (Abb. 38). Je stärker rechtsextrem die Befragten eingestellt sind, desto eher werden sie diesen Aussagen zustimmen. Umgekehrt kann jedoch nicht von der Zustimmung zu einer der Aussagen allein bereits auf eine rechtsextreme Einstellung geschlossen werden, wie weiter unten noch einmal ausführlicher dargelegt wird.

Betrachtet man die einzelnen Aussagen getrennt (Abb. 38), fällt bei einigen Aussagen ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren auf. So ist die Zustimmung zur **antisemitischen Aussage** 2019 im Vergleich zum Vorjahr von neun Prozent stark und statistisch signifikant auf 16 Prozent angestiegen und liegt auch im mittelfristigen Vergleich der vergangenen fünf Jahre auf einem Höchstwert. Ebenfalls auf einem **Höchststand** befinden sich die Zustimmungswerte zur **Überlegenheit der Deutschen** und zur **Verharmlosung des Nationalsozialismus**. Während die genannten drei Aussagen an Zustimmung gewonnen haben, verbleibt die Unterstützung für alle übrigen Aussagen *bei Berücksichtigung der statistischen Zufallsschwankungen* stabil auf demselben Niveau wie im vergangenen Jahr.

Die Zustimmung zur mutmaßlichen deutschen Überlegenheit, zum Antisemitismus und zum Nationalsozialismus ist jedoch nicht in allen Teilen der Thüringer Bevölkerung gleichmäßig angestiegen. Innerhalb der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen und unter denjenigen mit höherem

Bildungsgrad ist für keine der genannten Aussagen ein Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen. Hingegen stimmen Thüringer_innen mit geringerem Bildungsgrad, aus mittleren Altersjahrgängen und in kleineren Städten bzw. in Dorfgemeinden unter 5.000 Einwohnern den Aussagen 2019 deutlich häufiger zu als noch 2018. Besonders drastisch fällt der Anstieg unter denjenigen aus, die sich selbst als (Fach-)Arbeiter_innen bezeichnen: Während 2018 nur rund ein Fünftel von ihnen die Deutschen als überlegen ansahen, hat sich dieser Anteil 2019 mit fast 42 Prozent nahezu verdoppelt. Dreimal so viele (Fach-)Arbeiter_innen wie 2018 nehmen nun „auch gute Seiten“ am Nationalsozialismus wahr. Rund ein Fünftel der (Fach-)Arbeiter_innen stimmt der antisemitischen Aussage zu – ebenfalls fast dreimal so viele wie im Vorjahr.

Abb. 38: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen
(Zustimmung in Prozent)

		2019	2018	2017	2016	2015
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	61	64	64	63	62
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	34	25	30	25	29
	Fremdenfeindlichkeit					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	56	58	53	52	51
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	45	49	44	37	40
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	23	25	22	17	22
	Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	25	25	24	23	28
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	22	20	18	12	18
	Verharmlosung des Nationalsozialismus					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	26	18	16	16	24
	Antisemitismus					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	16	9	14	10	9
	Unterstützung einer rechten Diktatur					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	21	18	14	17	20	

Weiterhin zeigen sich in 2019, wie in den Vorjahren auch, deutliche Unterschiede im *Niveau* der Zustimmung. Die Aussage zur „Durchsetzung deutscher Interessen“ erhält mit fast zwei Dritteln aller Befragten, wie schon in den vergangenen Jahren, die größte Unterstützung. Danach folgen die beiden fremdenfeindlichen Aussagen zur „Überfremdung der Bundesrepublik“ und zur „Ausnutzung des Sozialstaats“, die, wie in den vergangenen Jahren, von etwas mehr bzw. etwas weniger als der Hälfte der Befragten unterstützt werden. Die Zustimmung zu den übrigen Aussagen fällt mit deutlichem Abstand geringer aus: Sie werden fast nie von mehr als einem Viertel der Befragten unterstützt. Eine Ausnahme ist die Wahrnehmung einer deutschen „Überlegenheit“, die in diesem Jahr von rund einem Drittel der Befragten geteilt wird. Das antisemitische Ressentiment bildet hingegen trotz gestiegener Unterstützung das Schlusslicht und findet, wie in den Vorjahren auch, weiterhin die geringste Unterstützung im Vergleich aller Aussagen.

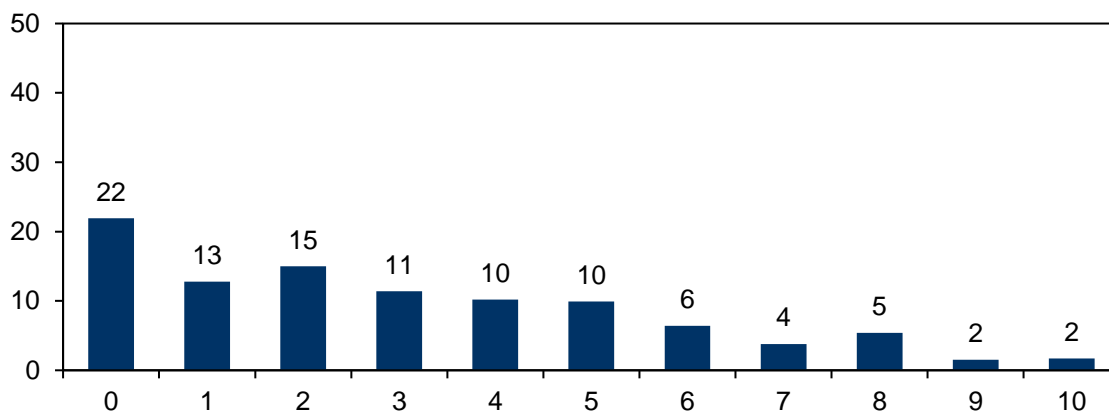
Unter den 18- bis 24-jährigen Thüringer_innen ist die Unterstützung aller rechtsextremen Aussagen nicht nur nicht angestiegen, sondern fällt zudem erheblich geringer aus als unter den älteren Befragten. Die Zustimmungswerte sind im Vergleich zu den älteren Befragten bei nahezu allen Aussagen mindestens um die Hälfte reduziert, oft noch um mehr. Lediglich die Aussage zum „harten Durchsetzen deutscher Interessen“ weicht davon ab. Aber selbst diese Aussage findet mit 39 Prozent noch immer ein Drittel weniger Zustimmung unter den jungen als unter den älteren Befragten. Besonders selten ist die Zustimmung in den jüngsten Alterskohorten bei dem antisemitischen Ressentiment: diesem stimmt keiner bzw. keine der jüngeren Befragten zu.

Auffällig ist zudem, dass das antisemitische Ressentiment und die Aussage zur mutmaßlichen deutschen Überlegenheit die höchsten Werte an Antwortverweigerungen aufweisen. Bei beiden Aussagen geben 13 bzw. zwölf Prozent der Befragten keine Auskunft über ihre Meinung, womit dieser Wert ca. doppelt so hoch ist wie bei den übrigen Aussagen. Die Antwortverweigerung bei der Aussage zum Nationalsozialismus ist hingegen nicht höher im Vergleich zu den übrigen rechtsextremen Aussagen. Der Anteil an Antwortverweigerungen bei dieser Aussage und bei der Frage nach der deutschen Überlegenheit ist seit 2015 gestiegen, beim antisemitischen Ressentiment jedoch im selben Zeitraum weitgehend stabil. Antwortverweigerungen können als Verschweigen eigentlicher Zustimmung wegen wahrgenommener *sozialer Erwünschtheit* verstanden werden (Best/Salomo 2014: 25ff). Gilt dies, ist die Wahrnehmung, mit einer Preisgabe der eigentlichen Zustimmung gegen vorherrschende Normen zu verstoßen, besonders verbreitet bei dem antisemitischen Ressentiment und der mutmaßlichen deutschen Überlegenheit. Beiden Aussagen unterstützen damit vermutlich noch mehr Befragte, als im Anteil an Zustimmungen zum Ausdruck kommt.

Wie bereits erwähnt, werden Befragte im THÜRINGEN-MONITOR – wie auch in vergleichbaren Studien zu rechtsextremen Einstellungen – nicht auf Basis einzelner Aussagen als „rechtsextrem eingestellt“ bezeichnet, sondern diese Einordnung erfolgt auf Basis ihrer Antwortmuster zu allen inhaltlich in Beziehung stehenden Aussagen. Einer der Gründe dafür ist, dass die Aussagen offensichtlich sehr unterschiedliche Zustimmungsraten finden und sich insofern in ihrer Schwierigkeit unterscheiden. Mit Schwierigkeit ist gemeint, dass einige der Aussagen – wie z.B. zum Antisemitismus – sehr deutlich formuliert sind und daher u.U. erst bei einer sehr stark ausgeprägten rechtsextremen Einstellung („geschlossenes

Weltbild“) befürwortet werden. Andere hingegen sind eher „weich“ formuliert– wie z.B. jene zur „Durchsetzung deutscher Interessen“ – und finden daher breitere Zustimmung. Zudem erfassen die „weicher“ formulierten Aussagen oft auch sogenannte Fremddimensionen. D.h., die Antwort auf diese Frage ist zwar zu einem Teil durch rechtsextreme Einstellungen über die Rolle Deutschlands bestimmt, aber gleichzeitig werden damit auch Aversionen über außenpolitische Entscheidungsprozesse, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, erfasst (Best/Salomo 2014: 57). Rechtsextreme werden dieser Aussage folglich sehr wahrscheinlich zustimmen, da aggressiver Nationalismus zum rechtsextremen Weltbild gehört. Aber fraglos können nicht alle Befragten, die dieser Aussage zustimmen, als „rechtsextrem eingestellt“ bezeichnet werden.

Abb. 39: Anzahl an Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen zur Erfassung des Rechtsextremismus (in Prozent)*



* Lesehilfe: Zweiundzwanzig Prozent aller Befragten haben keiner der Aussagen aus Abb. 38 zugestimmt, 13 Prozent haben einer der Aussagen zugestimmt.

Sind Befragte rechtsextrem eingestellt, stimmen sie sehr wahrscheinlich allen oder zumindest der Mehrheit der genannten Aussagen zu. Diese Vermutung ist dann empirisch bestätigt, wenn die Zustimmung zu einer Aussage auf die Befürwortung der anderen Aussagen schließen lässt. Wie Abb. 39 zeigt, kann jedoch für die Mehrheit der Thüringer_innen nicht von der Befürwortung einer Aussage auf eine rechtsextreme Gesinnung geschlossen werden. So hat die Hälfte der Befragten maximal zwei der zehn genannten Aussagen zugestimmt und die übrigen abgelehnt. Unter denjenigen, die nur ein oder zwei Aussagen unterstützen, finden das energische Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland sowie die wahrgenommene „Überfremdung“ und „Ausnutzung“ der Bundesrepublik und ihrer Sozialsysteme durch „Ausländer“ die meiste Unterstützung. Es gibt jedoch Aussagen, deren Unterstützung sehr eng mit der Zustimmung zu weiteren rechtsextremen Aussagen verbunden ist. So stimmen z.B. von denjenigen Befragten, die antisemitische Ressentiments äußern, rund 75 Prozent mindestens fünf weiteren rechtsextremen Aussagen zu. Im Vergleich dazu betrug dieser Anteil nur 22 Prozent bei denjenigen, die das energische Durchsetzen deutscher Interessen befürworten.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der früheren THÜRINGEN-MONITORE und einer ergänzenden Expertise (Best/Salomo 2014: 17) gezeigt, dass die Antworten auf die in Abb. 38 genannten Aussagen in einem Ausmaß miteinander zusammenhängen, dass sie eine

gemeinsame, rechtsextreme Einstellung erfassen. Allerdings hängen auf der einen Seite die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Aussagen noch einmal enger miteinander zusammen und sind auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen besonders eng assoziiert.²⁸

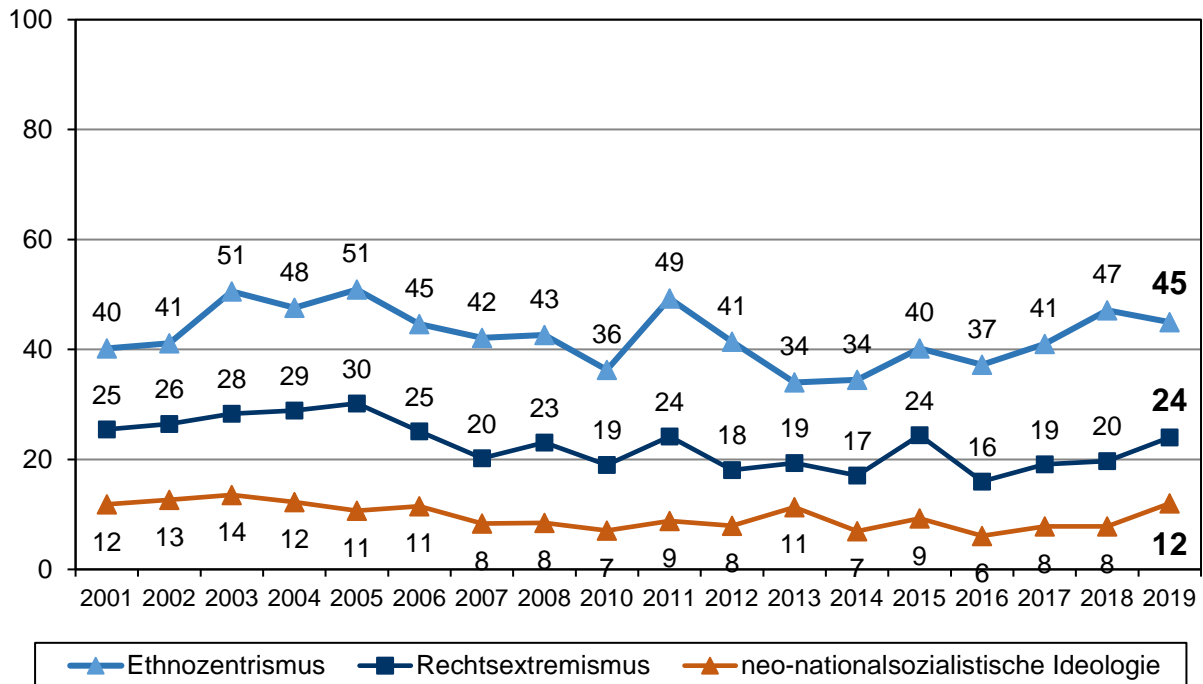
Im THÜRINGEN-MONITOR wird dieser internen Differenzierung rechtsextremer Einstellungen Rechnung getragen, indem neben dem Rechtsextremismus insgesamt die beiden ihn konstituierenden Facetten **Ethnozentrismus** und **Neo-Nationalsozialismus** in ihren Ausprägungen, Ursachen und Folgen getrennt analysiert werden. Ethnozentrismus (Sumner 1906) kennzeichnet die Bewertung von Fremdgruppen unter ausschließlicher Bezugnahme auf die stets als normalen Beurteilungsmaßstab gesetzte Eigengruppe. Damit geht in der Regel einher, dass die Eigengruppe überhöht und die Fremdgruppen abgewertet werden (Heyder/Decker 2011: 237f). Im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde gezeigt, dass Ethnozentrismus zugleich eine Kerndimension des **Rechtspopulismus** erfasst, die allerdings unter den Befragten nur lose mit dessen zweiter Kerndimension der Demokratiekritik verbunden ist (vgl. TM 2018: 97ff). Neo-Nationalsozialismus kennzeichnet die affirmative Haltung zur NS-Diktatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 und zu ihren Ideologemen. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus sind somit die zwei gleichgewichtigen Unterdimensionen des Rechtsextremismus.²⁹ Als rechtsextrem gelten Befragte folglich nur dann, wenn sie den Aussagen auf jeder der beiden Dimensionen durchschnittlich überwiegend zustimmen bzw. wenn sie im Durchschnitt mehr Aussagen befürworten als ablehnen.³⁰

²⁸ Die Ausnahme ist dabei die Aussage „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“, die aufgrund der ihr inhärenten rassistischen Grundlage zumeist enger mit den neo-nationalsozialistischen Aussagen assoziiert ist. Ihre Zuordnung ist jedoch weniger eindeutig, da sie zu manchen Erhebungszeitpunkten stärker mit den übrigen fremdenfeindlichen Aussagen assoziiert ist. Offensichtlich liegt der Befürwortung von Segregation nicht immer eine rassistische Ideologie zugrunde.

²⁹ In einem ersten Schritt werden die ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Aussagen zu zwei getrennten Mittelwertskalen zusammengefasst und anschließend darauf basierend der Gesamtwert der Befragten auf der Rechtsextremismusskala berechnet.

³⁰ Das bedeutet, dass nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungen zugestimmt werden muss, um als rechtsextrem zu gelten. Vielmehr kann sich hinter der Zuordnung als rechtsextrem eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger_innen die zehn genannten Aussagen *durchschnittlich* befürworten (Skalenwert >2,5). Zudem verstehen Befragte die vorgegebenen Antwortkategorien manchmal unterschiedlich. Dieser Umstand kann in manchen Fällen dazu führen, dass zwei Befragte den gleichen Skalenwert besitzen, ihre tatsächliche latente Einstellung zum Rechtsextremismus jedoch variiert, wodurch eine Gruppierung erschwert ist. Die dichotome Unterteilung in rechtsextrem und nicht-rechtsextrem stellt deshalb eine Zusammenfassung auf hohem Abstraktionsniveau dar und ist ein Kompromiss aus einer anschaulichen Vermittlungsmöglichkeit und einem messtheoretisch strikten Vorgehen (vgl. Best/Salomo 2014: 56). Davon unabhängig werden Antworten auf einzelne Aussagen häufiger von Befragten mit rechtsextremen Einstellungen verweigert. Weil zudem die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen eng miteinander zusammenhängt, werden in der seit 2014 modifizierten Rechtsextremismusskala auch diejenigen einbezogen, die auf höchstens eine ethnozentrische und eine neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten (Best/Salomo 2014: 25ff).

Abb. 40: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2019
(in Prozent)



Auf dieser Basis zeigt sich 2019 im Vergleich zum Jahr 2018 ein **statistisch signifikanter Anstieg in der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen**, der dazu führt, dass fast ein Viertel der Befragten ein rechtsextremes Einstellungsprofil besitzt. Wie bereits bei der Analyse der einzelnen Aussagen sind auch die rechtsextremen Einstellungen insgesamt unter der jüngsten Altersgruppe (18-24 Jahre) der befragten Thüringer_innen mit weniger als fünf Prozent sehr schwach ausgeprägt.

Der in zwei bundesweiten Studien auf Basis der Konsensdefinition festgestellte Rückgang der rechtsextremen Einstellungen findet sich demzufolge in Thüringen nicht, vielmehr ist ein Anstieg zu verzeichnen (Zick/Küpper/Berghan 2019: 142; Decker/Brähler 2018: 110). Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Wiederzunahme der Unterstützung neo-nationalsozialistischer Ideologeme zurückzuführen. Die Unterstützung für ethnozentrische Einstellungen ist hingegen weitgehend stabil geblieben. Damit setzt sich der seit dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu beobachtende längerfristige Trend eines Rückgangs der neo-nationalsozialistischen Einstellungen bei gleichzeitiger Weiterverbreitung ethnozentrischer Überzeugungen in diesem Jahr nicht fort. Ähnliche, punktuelle Höchstwerte für den Rechtsextremismus waren in diesem Zeitraum bereits für die Jahre 2011 und 2015 zu beobachten, während die Schwankungen in den übrigen neun Jahren seit 2010 innerhalb der statistischen Fehlertoleranz lagen und deshalb nicht weiter berücksichtigt werden müssen. Ob 2019 damit ebenso als Ausnahmejahr bewertet werden kann, ist jedoch fraglich, setzt sich doch damit im Gegensatz zu den früheren Ausnahmen ein seit 2016 zu erkennender Anstieg fort, der zusätzlich statt auf einen Anstieg des Ethnozentrismus auf einen Anstieg des einstellungsmäßigen Neo-Nationalsozialismus zurückzuführen ist.

Diese Entwicklungen legen nahe, die beiden Dimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus zwar weiterhin zu unterscheiden, gleichzeitig aber ihre Verbindung zueinander als variierend zu betrachten ist. **Im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR**

unterstützt ein Viertel der Befragten mit ethnozentrischen Einstellungen zugleich neo-national-sozialistische Ideologeme. Dieser Anteil lag in den letzten zehn Jahren nur zweimal (in 2013 und in 2015) über zwanzig Prozent und war auch in der Tendenz eher rückläufig, womit sich eine Entkoppelung von Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus andeutete. Diese Entkoppelung hat sich, so muss festgestellt werden, nicht fortgesetzt, vielmehr ist die Verbindung zwischen den beiden Einstellungsdimensionen des Rechtsextremismus in diesem Jahr wieder enger geworden.³¹

Es werden mehrere **Einflussfaktoren** diskutiert, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen. Eine prominente Rolle spielt die Modernisierungsverliererthese (Rydgren 2007; Ivarsflaten 2005). Deren Annahme ist, dass Europäisierung und Globalisierung insbesondere für unterdurchschnittlich mit sozioökonomischen Ressourcen ausgestattete Thüringer_innen den Konkurrenzdruck und die wirtschaftliche Ungewissheit verschärfen und ihre im nationalstaatlichen Rahmen erworbenen Kompetenzen tendenziell entwerten. Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen werden folglich als Bedrohung der eigenen Qualifikation und beruflichen Stellung angesehen. Die Unterstützung ethnozentrischer und rechtsextremer Einstellungen werde folglich, so die Modernisierungsverliererthese, durch den Wunsch nach Konkurrenzreduzierung durch Zuwanderungsbeschränkung und der Wiederherstellung nationaler Verhältnisse hervorgerufen. Die **sozioökonomische** Ressourcenausstattung wird mittels des Bildungsgrads, des Erwerbs- und Berufsstatus sowie des Haushaltseinkommens gemessen. Aufgrund des starken Anstiegs der Zustimmung zu einzelnen Aussagen innerhalb der (Fach-)Arbeiter_innen, erhält diese Gruppe besondere Aufmerksamkeit. Zusätzlich werden **sozialstrukturelle** Einflussfaktoren, wie Geschlecht und Alter, berücksichtigt. Dabei werden in diesem Jahr Altersgruppen gebildet, um die zutage tretenden Besonderheiten der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen zu berücksichtigen.

In früheren THÜRINGEN-MONITOREN wurde gezeigt, dass neben der objektiven sozialen Lage auch die subjektive Wahrnehmung dieser Lage einen Einfluss ausübt, der teilweise sogar stärker ist als die objektiven Faktoren. Zuerst ist hierbei die **relative Deprivation** zu nennen: Aus einem negativ ausfallenden Vergleich zu anderen Personen oder Gruppen folgt

³¹ Aus diesem Grund wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR in Anlehnung an die vor fünf Jahren durchgeführte Expertise (Best/Salomo 2014) erneut geprüft, ob sich die einzelnen Aussagen weiterhin zu den zwei Einstellungsdimensionen zusammenfügen. Das Verfahren dazu ist eine Faktorenanalyse, die prüft, inwieweit die Zustimmung zu einer rechtsextremen Aussage regelmäßig mit der Zustimmung zu anderen rechtsextremen Aussagen einhergeht. Im Ergebnis zeigt sich, dass die in Abb. 40 getroffene Zuordnung von zwei der drei fremdenfeindlichen und aller chauvinistischen Aussagen zum Ethnozentrismus auf der einen Seite und der antisemitischen, rassistischen, sozialdarwinistischen und NS-verherrlichenden bzw. diktaturbefürwortenden Aussagen zum Neo-Nationalsozialismus auf der anderen Seite weiterhin in ihren Grundzügen gültig ist. Eine Ausnahme ist die Aussage zur gruppenspezifischen Ehepartnerwahl, die zwar auf einen biologisch begründeten Rassismus hinweisen kann, jedoch als einzige Aussage bereits in den letzten Jahren in ihrer Zuordnung variierte (z.B. TM 2018: FN 43) und in diesem Jahr dem Ethnozentrismus zugeordnet werden müsste. Aufgrund dieser Ausnahmestellung, der Varianz in der Zuordnung dieser Aussage und zur Aufrechterhaltung der zeitlichen Vergleichbarkeit wird sie auch im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR den neo-nationalsozialistischen Aussagen zugeordnet. Zudem haben zwei kleinere Verschiebungen stattgefunden: Die Aussage zur „deutschen Überlegenheit“ ist zwar eindeutig zum Ethnozentrismus und das antisemitische Ressentiment eindeutig zum Neo-Nationalsozialismus zu zählen, allerdings geht die Zustimmung zu beiden Aussagen stärker als in den Vorjahren mit der Zustimmung zu Aussagen auf der jeweils anderen Dimension einher. Deshalb ist zu vermuten, dass die wahrgenommene Überlegenheit Deutschlands vermehrt als biologisch-ethnische Eigenschaft gedeutet wird und dass der Antisemitismus stärker als bisher an ethnozentrische Einstellungen anknüpft.

Unzufriedenheit, die zu Feindseligkeit gegenüber den als privilegiert empfundenen Gruppen führen kann oder Abwertung dritter Gruppen begünstigt, weil diese Abwertung das eigene Selbstwertgefühl aufrechterhalten kann (Klein et al. 2008). Dieser Vergleich bezieht sich auf unterschiedliche Referenzpunkte. So kann die eigene Situation mit der Gesellschaft insgesamt verglichen werden. Diese **subjektive Deprivation** wird mit der Frage erfasst, ob man das Gefühl hat, den gerechten Anteil (bzw. mehr) an der Gesellschaft zu erhalten oder ob man weniger erhält. Die **Statusverlustangst** basiert hingegen auf einem negativ ausfallenden Vergleich zwischen der gegenwärtigen individuellen Situation und der antizipierten Zukunft (Redersdorff/Guimond 2006). Sie wird durch die Zustimmung zur Aussage „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ gemessen. **Kollektive Deprivation** wird durch die Wahrnehmung der Benachteiligung einer für die eigene Identität zentralen Gruppe ausgelöst. In früheren THÜRINGEN-MONITOREN hat sich die Wahrnehmung einer Benachteiligung der Ostdeutschen (**kollektive Ostdeprivation**) wiederholt als wichtige Ursache für rechtsextreme Einstellungen erwiesen (z.B. TM 2018: 116). Sie wird gemessen über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz („Einheit hat für mich persönlich mehr Nach- als Vorteile gebracht“) und der empfundenen Abwertung des ostdeutschen Bevölkerungsteils durch den westdeutschen („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“). Neben der kollektiven Ostdeprivation, die nicht auf eigenen Erlebnissen beruhen muss, wurde auch die individuelle Erfahrung erhoben, als Ostdeutsche_r benachteiligt worden zu sein (**Ost-Diskriminierungserfahrung**).

Während nach der Modernisierungsverliererthese reale und perzipierte ökonomische Einbußen, Unsicherheiten und Benachteiligungen den Rechtsextremismus begünstigen, gehen **kulturelle Erklärungsansätze** davon aus, dass insbesondere ethnozentrische Einstellungen vor allem bei Personen zu finden sind, die durch Globalisierung und Europäisierung einen Verlust sozialer Homogenität, traditionaler Lebensführungsmodelle und Zusammengehörigkeit befürchten, *ohne* selbst ökonomisch benachteiligt zu sein (Lengfeld/Dilger 2018). Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wird der Wunsch nach der Aufrechterhaltung traditionell fundierter kollektiver Identität über die Zustimmung zur Aussage „Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen“ erfasst.

Neben der sozioökonomischen Lage und kulturellen Vorstellungen ist auch die Beurteilung der Politik relevant für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen. Deprivationsgefühle oder bedrohte kollektive Identität können auf ein fehlendes Zutrauen in die demokratischen Institutionen und Akteure treffen, diese Problemlagen zu verringern oder zu bewältigen. In diesem Fall verbleibt Ausgrenzung und Abwertung anderer Gruppen als Mittel zur Aufrechterhaltung des eigenen Selbstwertgefühls. Zugleich gewinnt der Wunsch nach der Etablierung einer alternativen politischen Ordnung, die auf dieser Ungleichwertigkeitsvorstellung aufbaut, größere Unterstützung. Eine **negative Demokratiebewertung**, d.h. die **distanzierte bis ablehnende Haltung zur bestehenden repräsentativen Demokratie**, drückt sich u.a. in der Wahrnehmung aus, dass die Meinungen und Interessen der Bevölkerung im politischen Prozess keine Rolle spielen (Zustimmung zur Aussage „Leute wie ich haben doch so oder so keinen großen Einfluss darauf, was die Regierung tut“). Ein solcher Mangel an Einfluss kann kompensiert werden, wenn die Bevölkerung darauf vertraut, dass die Institutionen und politischen Akteure sachgerecht, effizient und am Gemeinwohl orientiert entscheiden und deshalb einen eigenständigen Entscheidungs-

spielraum benötigen. Das Vertrauen in die politischen Institutionen wird im THÜRINGEN-MONITOREN erhoben durch das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung. Wird der Regierung weder effizientes noch bürgernahes Regieren zugetraut, besteht noch die Möglichkeit zur Abwahl dieser Regierung. Wenn jedoch auch das nicht mehr aussichtsreich erscheint, weil z.B. Regierung und Opposition als zu eng verbunden wahrgenommen werden, schwindet die Zufriedenheit mit der Demokratie insgesamt und steigt die Befürwortung alternativer Regierungsformen. Diese möglichen Folgen werden erfasst durch die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie, „wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“, und durch die Einschätzung, dass die Demokratie „die beste aller Staatsideen“ ist.

Distanz gegenüber der Demokratie bedeutet jedoch auch die fehlende Bereitschaft, die eigenen Interessen aktiv in die Politik einzubringen, weil man sich entweder für nicht kompetent hält oder die Aussichten auf Erfolg als gering einschätzt. **Politische Partizipation** steht zudem für die Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke und kooperative Beziehungen zu anderen Menschen. Ein Mangel an politischer Partizipationsbereitschaft in etablierten demokratischen Formen deutet daher immer auch auf soziale und politische Desintegration hin. Besteht folglich politische Partizipationsbereitschaft (Bereitschaft, sich an Politiker_innen zu wenden, an Unterschriftensammlungen oder genehmigten Demonstrationen teilzunehmen, in Parteien oder Bürgerinitiativen mitzuarbeiten), ist von einer geringeren Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen auszugehen.

Als weiterer zentraler Erklärungsfaktor für rechtsextreme Einstellungen hat sich eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur erwiesen (z.B. TM 2016: 104; Ekehammar et al. 2004). **Autoritarismus** als Persönlichkeitsmerkmal umfasst die Bereitschaft zur Unterordnung bzw. Selbstunterwerfung unter Personen, Gruppen oder sogar abstrakte Ideen und die Forderung nach Gehorsam, beispielsweise in Erziehungskontexten, bis hin zur Aggression gegen jene, die diesen Gehorsam verweigern oder in sonstiger Form als Abweichende wahrgenommen werden. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wird Autoritarismus mit der Zustimmung zu den Aussagen „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ (autoritäre Unterwerfung), „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ (autoritärer Gehorsam) erfasst. Der Autoritarismus ist eine Vorstellung über die Verhältnisse innerhalb der Eigengruppe. Die **soziale Dominanzorientierung** ist hingegen nach außen, auf das Verhältnis zwischen sozialen Gruppen gerichtet. Sie umfasst die Vorstellung, dass soziale Großgruppen in einem permanenten Wettbewerb stehen, der eine Hierarchie zwischen ihnen erzeugt. Soziale Dominanzorientierung kann daher das Gefühl begünstigen, sich durch Abwertung und Ausgrenzung gegen andere Gruppen durchsetzen zu müssen (Duckitt 2001). Die soziale Dominanzorientierung wird anhand der Zustimmung zu den beiden Aussagen „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“ und „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen“ erhoben.

Abb. 41: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen
 Multivariate lineare Regressionen³²

Einflussfaktoren	Rechts- extremismus	Ethno- zentrismus	Neo- National- sozialismus
Geschlecht: weiblich	-0,03 n.s.	-0,06*	-0,01 n.s.
Lebensalter: 18-24 Jahre	-0,09**	0,01 n.s.	-0,19***
Lebensalter: 60 Jahre und älter	-0,07**	-0,04 n.s.	-0,1**
Bildungsabschluss: Abitur und höher	-0,04 n.s.	-0,06*	-0,01 n.s.
Nettoäquivalenzeinkommen ³³ : höher	-0,01 n.s.	-0,04 n.s.	0 n.s.
Berufstätig: noch nicht/nicht mehr	0,12**	-0,01 n.s.	0,24***
Art der Berufstätigkeit: (Fach-)Arbeiter_in	0,07*	0,04 n.s.	0,07*
Arbeitslos: ja	0,01 n.s.	-0,05 n.s.	0,07*
Arbeitsplatz gefährdet: ja	-0,06**	-0,04 n.s.	-0,08**
Individuelle Deprivation: höher	0 n.s.	0,01 n.s.	-0,02 n.s.
Statusverlustangst: höher	0,17***	0,14***	0,2***
Ostdeprivation: negative Einheitsbewertung + „Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse“: ja	0,11***	0,05*	0,16***
Ost-Diskriminierungserfahrung: ja	0,02 n.s.	0,02 n.s.	0,02 n.s.
Demokratiebewertung: positiver	0,01 n.s.	-0,05*	0,07*
Politische Partizipation: höher	-0,05*	-0,06*	-0,03 n.s.
Persönl. Autoritarismus: höher	0,33***	0,26***	0,32***
Soziale Dominanzorientierung: höher	0,3***	0,33***	0,23***
Traditionen aufrechterhalten: höher	0,14***	0,17***	0,05 n.s.
R²*100 (Anteil erklärter Varianz in Prozent)	69,4***	65,9***	53,4***
Fallzahl n	699	733	712

Auch 2019 sind die meisten der bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN identifizierten Einflussfaktoren wirksam und erklären gemeinsam fast 70 Prozent der beobachteten rechtsextremen Einstellungen (Abb. 41). Die wichtigsten Erklärungsfaktoren für den einstellungsmäßigen Rechtsextremismus bilden nach wie vor die Persönlichkeitsmerkmale Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung. Die nächstwichtigen Einflussfaktoren sind die Statusverlustangst, der Wunsch nach Aufrechterhaltung von eigenen Traditionen, eine noch nicht oder nicht mehr ausgeübte Berufstätigkeit, sowie die Ostdeprivation. Die Berufstätigkeit als (Fach-)Arbeiter_in besitzt den geringsten begünstigenden Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen. Es ist allerdings hervorzuheben, dass dieser Einfluss nicht durch ein etwaiges geringes Einkommen oder einen geringeren Bildungsgrad der Angehörigen dieser Berufsgruppe hervorgerufen wird.

³² OLS (Einschluss). Angegeben sind die standardisierten Regressionskoeffizienten Beta: *** höchst signifikante Ergebnisse mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.001; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.01; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.05; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit > 0.05

³³ Vgl. Kapitel II.

Die den Rechtsextremismus hemmenden Faktoren besitzen allesamt einen deutlich geringeren Einfluss im Vergleich zu den begünstigenden Faktoren. Zu den hemmenden Faktoren zählen das Lebensalter, wobei hier ein kurvilinearere Effekt festzustellen ist: Sowohl die jüngste als auch die älteste Gruppe der Befragten haben das geringste Niveau an rechtsextremen Einstellungen; das höchste Niveau weist die mittlere Altersgruppe auf. Wird also, wie in manchen Vorjahren, eine Zunahme des Rechtsextremismus mit steigendem Lebensalters der Befragten konstatiert, ist zu berücksichtigen, dass dieser Effekt nur bis rund zum sechsten Lebensjahrzehnt gilt und sich danach ein höheres Alter hemmend auswirkt. Wie auch in den meisten Vorjahren verringert die Bereitschaft zu politischer Partizipation und die Wahrnehmung einer Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes die Affinität zu rechtsextremen Einstellungen.

Eine positive Demokratiebewertung verringert in diesem Jahr erstmals nicht die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen, nachdem sie in den letzten Jahren konstant zu den wichtigsten hemmenden Einflussfaktoren gehörte. Dass die Wirkung der positiven Demokratiebewertung sich außerdem hemmend auf den Ethnozentrismus und förderlich auf den Neo-Nationalsozialismus auswirkt, sollte in Anbetracht der Vorjahresergebnisse vorerst nicht überbewertet werden, auch weil die Effektstärken sehr gering ausfallen und ihre statistische Absicherung nur sehr knapp ist. Die ausbleibende Wirkung der Demokratiebewertung reiht sich jedoch ein in den Befund des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS, dass Demokratiewahrnehmung und Ethnozentrismus/Nativismus getrennte Einstellungssyndrome sind (TM 2018: 10ff). Damit sind Anhaltspunkte dafür gegeben, die Demokratiekonzeptionen der Thüringer_innen differenzierter zu untersuchen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob in Teilen der Bevölkerung „ethnokratische“ Demokratiekonzeptionen existieren, in denen die gleichen Chancen auf politische Teilhabe als zentrale Leitidee der Demokratie nicht auf universaler, sondern auf ethnisch begrenzter Gleichheit basiert.

In früheren THÜRINGEN-MONITOREN wurden für beide Unterdimensionen des Rechtsextremismus deutliche Unterschiede zwischen den jeweiligen Einflussfaktoren festgestellt. Z.B. wirkte sich die Ostdeprivation nur auf den Neo-Nationalsozialismus, nicht jedoch auf den Ethnozentrismus aus (TM 2016: 104). Wie sich jedoch bereits im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR andeutete (TM 2018: 119), ist die Struktur der Einflussfaktoren bei beiden Unterdimensionen ähnlicher geworden. So begünstigen Autoritarismus, Soziale Dominanzorientierung, Statusverlustangst und Ostdeprivation, also die zentralen Einflussfaktoren für Rechtsextremismus, in gleicher Weise Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus. Die Altersgruppen unterscheiden sich jedoch nur im Hinblick auf den Neo-Nationalsozialismus, nicht auf den Ethnozentrismus. Gleiches gilt für die Wahrnehmung eines gefährdeten Arbeitsplatzes, für die Arbeitslosigkeit sowie für die Berufstätigkeit. Hingegen wirkt sich das Geschlecht der Befragten, höhere Bildung oder politische Partizipation nur auf den Ethnozentrismus, nicht jedoch auf den Neo-Nationalsozialismus aus. Der bedeutsamste Unterschied jedoch, da er einen der zentralen Einflussfaktoren betrifft, betrifft den kulturellen Faktor. Unabhängig von der individuellen objektiven oder subjektiven sozio-ökonomischen Lage und Ressourcenausstattung und unabhängig von der Wahrnehmung einer kollektiven Benachteiligung erhöht der Wunsch nach Aufrechterhaltung und Förderung eigener kultureller Traditionen ethnozentrische, wenn auch nicht neo-nationalsozialistische, Einstellungen. Nicht zuletzt dieser Befund unterstreicht die Relevanz einer Grundsatzdebatte über Werte, Normen, gesellschaftliche Ziele sowie die politische Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungs- und Modernisierungsprozesse.

5. Migration, Integration, Diversität

Aussagen zu ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen, zu Asyl, Migration und Integration gehören zum Standardfragenprogramm des THÜRINGEN-MONITORS. Nach dem Vorbild der „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (zuletzt: Zick/Küpper/Berghan 2019) und dem Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ geht es dabei u.a. um die Messung von Vorurteilen und negativen Einstellungen. Diese beziehen sich auf Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihres sozialen Status, ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung oder aufgrund anderer tatsächlicher oder zugeschriebener Merkmale abgewertet, marginalisiert und ausgegrenzt werden bzw. denen mit Misstrauen und Abwehr begegnet wird (vgl. Abb. 42). Aus sozialpsychologischer Sicht ist dabei die Identifikation mit einer sozialen Eigengruppe maßgeblich, von der Fremdgruppen unterschieden werden. Diese Abgrenzung, die damit verbundenen Zuschreibungen von Eigenschaften und daraus abgeleiteten Solidaritäts- und Reziprozitätsnormen (z.B. Vorrechte) wirken identitätsstiftend und sind relevant für soziale Interaktionen innerhalb und zwischen den Gruppen. Typischerweise werden der Eigengruppe und ihren Mitgliedern bessere Eigenschaften zugeschrieben als denen der Fremdgruppe. Klassisches Beispiel dafür ist *ethnozentrisches* Denken, das die ethnische oder nationale Gemeinschaft nicht nur zum zentralen Beurteilungsmaßstab erhebt, sondern zu generalisiertem Misstrauen und der Abwehr gegenüber „Fremden“ führt. Die Konstruktion dessen, was das „Eigene“ und was das „Fremde“ ist, wird kulturell tradiert; sie hängt vom Kontext ab, ist interessengeleitet und kann völlig willkürlich sein. Dies zeigt sich beispielsweise auch, wenn populistische Propaganda versucht, die angeblichen Interessen einer „Mehrheit“ gegenüber wie auch immer definierten „Minderheiten“ auszuspielen: Abhängig davon, welches Kriterium als relevant gilt, gehören wir einerseits alle irgendwelchen Minderheiten an, in die die Gesellschaft (analytisch gesehen) „zerfällt“, und bilden andererseits zusammen verschiedene Mehrheiten oder „die“ Mehrheit. Das deutsche Grundgesetz und die Landesverfassung des Freistaats Thüringen schreiben indessen universelle Grundprinzipien wie die Menschenwürde, die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz fest. Dies gilt für alle Menschen, die sich im Geltungsbereich unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufhalten (d.h. auch unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft). Diskriminierung aufgrund der o.g. gruppenbezogenen oder individuellen Merkmale ist explizit verfassungswidrig, Einzelgesetze sollen den Abbau von Gleichbehandlungsbarrieren in allen Bereichen der Gesellschaft ermöglichen und auch die Ahndung von Verstößen regeln. Dennoch existiert in vielen Bereichen der Gesellschaft Diskriminierung: Es gibt rassistische Abwertung, Antisemitismus und sozialdarwinistisches Denken, das sich beispielsweise gegen Menschen richtet, deren Beitrag zur Gesellschaft infrage gestellt wird, die vermeintlich nicht leistungsbereit, -fähig oder nützlich genug sind. Wie wir in den umfangreichen Analysen vorangegangener THÜRINGEN-MONITORE (vgl. TM 2016: 33 ff.; TM 2017: 160 ff., TM 2018 120 ff.) zeigen konnten, ist ein wichtiger gemeinsamer Erklärungsfaktor für z.T. sehr unterschiedliche, negative Einstellungen gegenüber „Fremden“ und anderen Gruppen der *Autoritarismus*, also eine starke (und bisweilen aggressive) Orientierung an Ordnung, Strenge und Gehorsam. Hinzutreten *rigide Vorstellungen von Tradition*, aber auch *Benachteiligungs- und Entsicherungsgefühle*, die die Identifikation von „Sündenböcken“ oder (potenziellen) Konkurrent_innen in sozioökonomischen Verteilungskämpfen begünstigen. Damit in Verbindung steht eine sogenannte *Soziale Dominanzorientierung*, in der die Beziehung zwischen sozialen Gruppen vor allem als Wettbewerb interpretiert wird (vgl. Kapitel IV.4).

Abb. 42: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013–2019

(Zustimmung in Prozent; „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst)

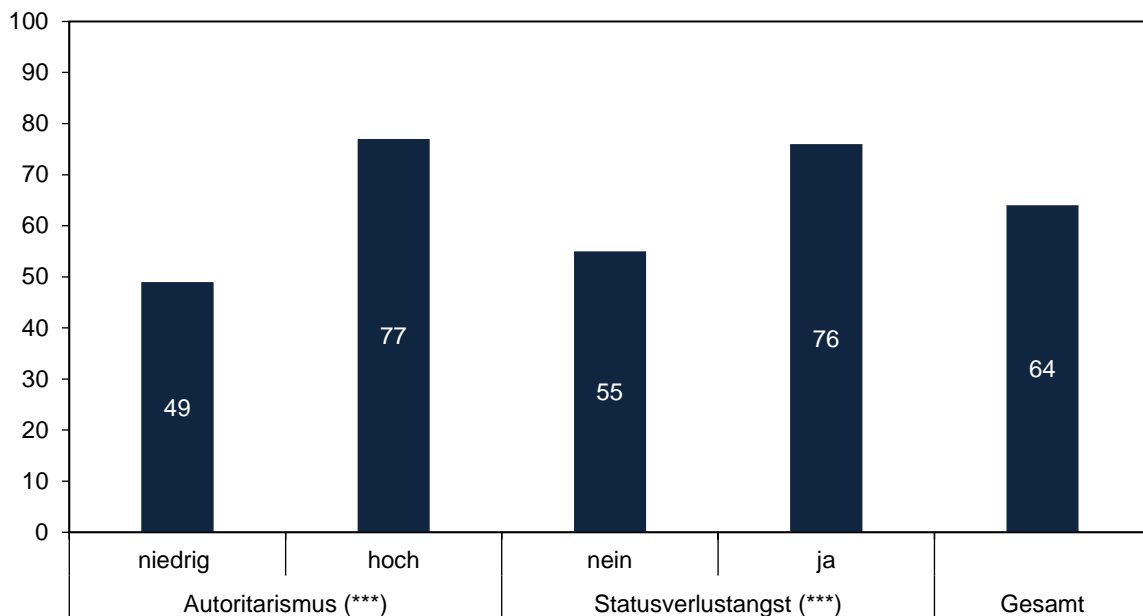
	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013
Migrant innenfeindlichkeit							
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	56	58	53	52	51	48	42
„Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	34	36		23			25
„Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	11	11		7			7
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	45	49	44	37	40	36	44
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	23	25	22	17	22	18	21
(Klassischer) Rassismus							
„Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“	19				13		
Vorurteile gegenüber Muslim_innen							
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	45	54	48	47	47	51	49
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“	63	61	62	60	62	65	65
„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“	27	28	28				
Ablehnung von Asylbewerber_innen, Einstellung zu Asyl und Integration							
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	57	58	54	56	55		
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	81	85	83	73	70	71	
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“	63	64		58			
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	71	74		66			
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“		97		96			
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“	48	48		51			53 (2012)
Antisemitismus							
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ (primärer Antisemitismus)	16	9	14	10	9	9	15
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ (sekundärer Antisemitismus)	27	26	21		29	32	32
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus)	32	34	27				
Antiziganismus (Abwertung von Sinti_ zze und Rom_ nja)							
„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“	40				39	38	35
Etabliertenvorrechte							
„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“		32			27	28	
Abwertung von Langzeitarbeitslosen							
„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“		55	58		55	50	56
Abwertung von Obdachlosen							
„Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.“					40	39	
Abwertung von Behinderten							
„Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“					5	7	8
Gender-Rollenkonventionalismus / Antifeminismus							
„Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“		11			14	12	
Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen							
„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“	43		45				
„Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	14		23				
Generalisierte Einstellung zu Minderheiten							
„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“	66	68	62				

Die Autor_innen der „Mitte-Studien“ erkennen in gruppenbezogenen Vorurteilen und negativen Einstellungen die Verbreitung von „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ in der Bevölkerung. Mit statistischen Auswertungsmethoden lässt sich zeigen, dass – aufgrund gemeinsamer oder ähnlicher Einflussfaktoren – Vorurteile und abwertende Einstellungen gegenüber unterschiedlichen Gruppen relativ stark miteinander zusammenhängen (vgl. TM 2017: 164). Dennoch muss angesichts der vielfältigen theoretischen Zugriffe auf diese Thematik und z.T. markanter inhaltlicher Unterschiede eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Einstellungsdimensionen erfolgen. Deshalb verzichten sowohl die „Mitte-Studien“ als auch der THÜRINGEN-MONITOR beispielsweise auf die Angabe eines Anteilswertes „gruppenbezogen menschenfeindlich eingestellter“ Befragter. Die große überwiegende und völlige Zustimmung unter den Befragten zu bestimmten Aussagen, mit denen diese Einstellungen erfasst werden sollen, sowie das z.T. widersprüchliche Antwortverhalten verdeutlichen bereits, dass es an dieser Stelle keineswegs darum gehen kann, einer Mehrheit der Bevölkerung eine in sich geschlossene Ideologie zu attestieren, was letzten Endes starke Zweifel an deren Demokratiefähigkeit und Bereitschaft, die grundlegenden Werte und Normen einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft anzuerkennen und zu befolgen, aufkommen ließe. Vielmehr findet die Untersuchung in erster Linie statt, um solche Entwicklungstendenzen der politischen Kultur zu identifizieren, die sich insbesondere dann als problematisch erweisen können, wenn in der Bevölkerung kollektiv geteilte Erwartungen, Wahrnehmungen und Bewertungen mit politischem Handeln und den von den politischen Eliten formulierten politischen Zielen in Konflikt geraten. Ein eindrückliches Beispiel dafür liefert die – ähnlich wie in den Vorjahren – von zwei Dritteln der Befragten signalisierte Zustimmung zur Aussage: „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“ Bereits im letztjährigen Gutachten (TM 2018: 15) wurde diese Zustimmung als Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der Bearbeitung konkreter gesellschaftlicher Problemlagen und als Kritik an der Prioritätensetzung im Sinne eines inklusiven Gemeinwohles, weniger als Symptom der Abwertung und Diskriminierung von Minderheiten an sich gedeutet. Allerdings sollte auch diskutiert werden, inwiefern Vorstellungen von Mehrheitsinteressen oder gar der Homogenität eines Volkes (s.o.) so weit verbreitet sind, dass zu wenig Sensibilität für Abwertung und Diskriminierung besteht. Dabei geht es bei der Gleichstellung von Minderheiten i.d.R. um die verfassungsgemäße Gewährung gleicher Grundrechte und Entwicklungschancen, die Verbesserung prekärer oder kritischer Lebenslagen, in einigen Fällen: um die Gewährleistung von Schutz vor Tod und Verfolgung sowie um die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie körperlicher und psychischer Unversehrtheit, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung für sich als selbstverständlich angenommen werden dürfen. Daher sollte diskutiert werden, inwieweit diese Aussagen mit Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kollidieren, wieso Befragte ihnen zustimmen und welche Implikationen dies für die politische und zivilgesellschaftliche Praxis hat.

Seit 2015 sind Fragen des Asyls, der Migration, der Integration und Multikulturalität in unserer Gesellschaft stärker in das Zentrum politischer und medialer Debatten gerückt, mittlerweile sind sie ein Brennpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Trotz der stark zurückgegangenen Zahlen der Geflüchteten und Asylsuchenden ist keine wesentliche Veränderung des Meinungsklimas zum Themenfeld eingetreten: Die überwiegende Mehrheit der Thüringer Befragten artikuliert weiterhin generelles Misstrauen gegenüber den Geflüchteten hinsichtlich der Legitimität der Asylgründe. Sie befürwortet

demzufolge eine regelkonforme, strenge Prüfung, sie lehnt eine dauerhafte Integration der Asylsuchenden ab und spricht ihnen die Integrationsfähigkeit ab. Der „Thüringen-Monitor Integration“ (Beelmann et al. 2019: 13 ff.) indessen zeigte, dass die überwiegende Mehrheit befragter Asylsuchender in Thüringen als Fluchtgründe Krieg, Lebensgefahr und Verfolgung angaben, den Wunsch artikulierten, in Frieden leben zu können, und ihre Integrationsbereitschaft hoch ist. Abb. 43 verdeutlicht, dass autoritäre Einstellungen sowie Unsicherungsgefühle angesichts negativer gesellschaftlicher Entwicklungen eine ablehnende Haltung gegenüber Asylsuchenden und die Forderung nach einer restriktiven Asylpraxis signifikant verstärken. Allerdings sind die Anteile derer, die den Aussagen zu Asyl im Durchschnitt mindestens überwiegend zustimmen, auch bei Befragten hoch, die nicht als autoritär eingestellt zu klassifizieren sind und keine Statusverlustangst äußerten. Bei Befragten, die sich selbst politisch „weit links“ oder „sehr weit links“ verorten, beträgt der Anteilswert der Zustimmung 38 Prozent, bei jenen, die sich in der „Mitte sehen“, beträgt er 69 Prozent. Auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums steigt der Anteilswert auf deutlich über drei Viertel („etwas rechts“: 83 Prozent, „weit oder sehr weit rechts“: 76 Prozent). Skeptische bis ablehnende Positionen in der Asylfrage sind also weiterhin lager- und milieuübergreifend weit verbreitet.

Abb. 43: Negative Einstellungen gegenüber von Asylsuchenden nach Autoritarismus und Statusverlustangst³⁴
(in Prozent)

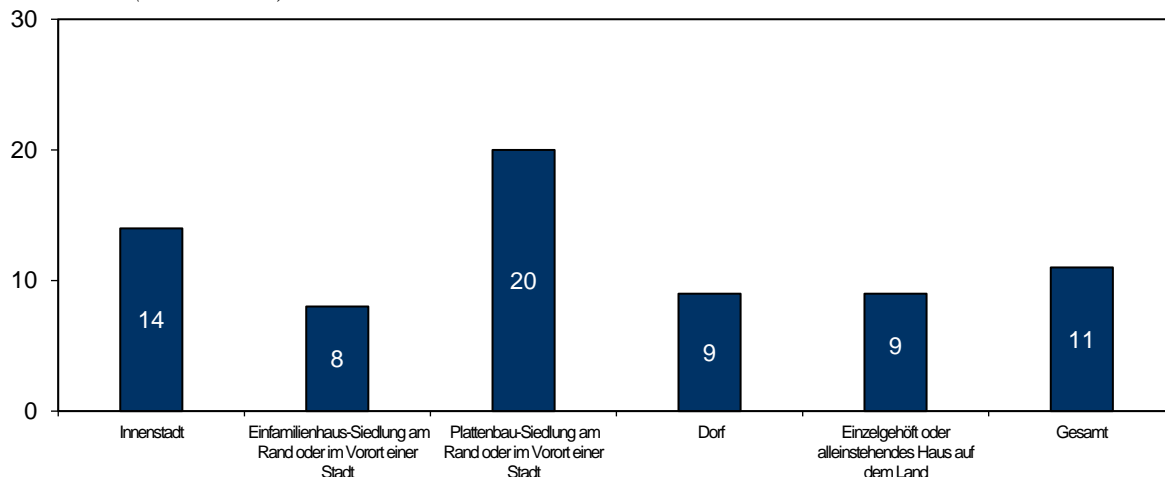


Nur 48 Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2019 meinten: „Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“ Gegenüber dem Vorjahr bleibt auch dieser Anteilswert unverändert. Die Vorstellung, **Migrant_innen** sollten sich weitestgehend

³⁴ Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

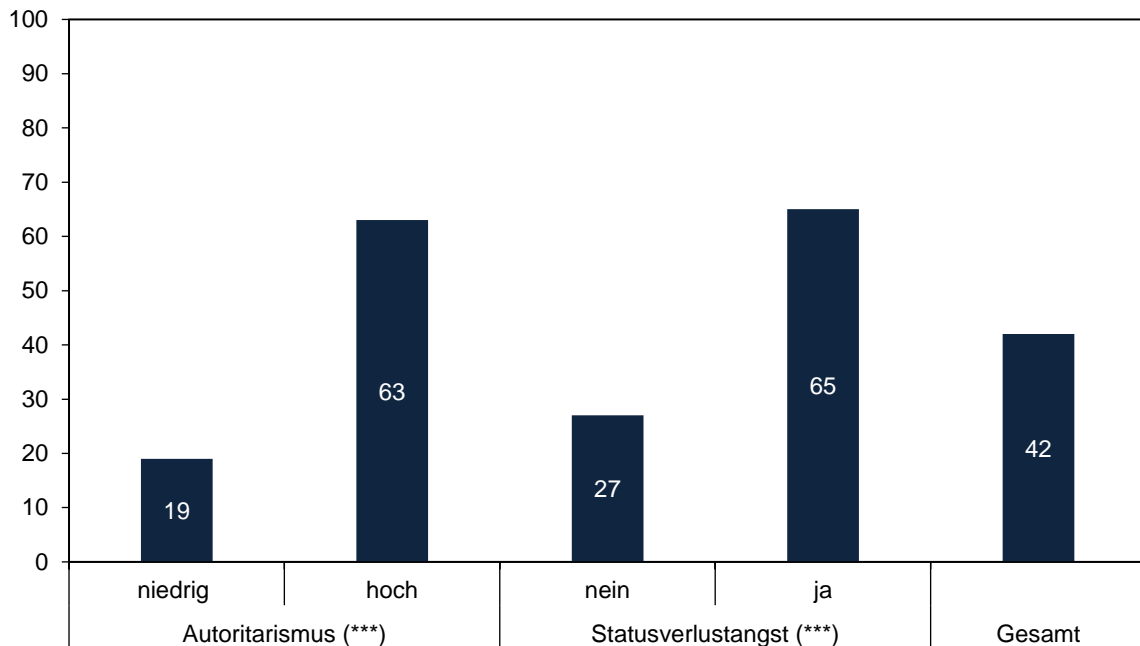
assimilieren, ist nach wie vor fast ebenso häufig wie die Unterstützung einer „multikulturellen Gesellschaft“. Die Zustimmungswerte bei den Indikatoren der Migrant_innenfeindlichkeit – allen voran die Aussagen zur vermeintlichen „Überfremdung“ von Bundesrepublik, Freistaat und eigener Wohnumgebung, sind ebenfalls stabil geblieben d.h. schwanken lediglich innerhalb der statistischen Fehlertoleranz. Ähnlich wie im TM 2018 (S. 124) verspüren Befragte, die angeben, in einer sogenannten städtischen Großwohnanlage (umgangssprachlich: Plattenbausiedlung) zu wohnen, am häufigsten eine „Überfremdung“ ihrer Wohnumgebung. Wir führen dies u.a. auf stärker in dieser Befragtengruppe verbreitete sozioökonomische Benachteiligungs- und Entsicherungsgefühle zurück. Abgesehen von der negativ wertenden Konnotation der Vokabel „überfremdet“, die für die indikatorengestützte Erfassung von Einstellungen bewusst dem Propaganda-Jargon rechtsextremer Parteien entnommen wurde, gibt es für die subjektive Wahrnehmung eines auffällig erhöhten Migrant_innenanteils in Plattenbausiedlungen durch die Befragten vermutlich auch in Thüringen zumindest teilweise ein objektives Korrelat, da Wohnungen in entsprechenden Wohnlagen stärker verfügbar und günstiger sind als beispielsweise solche in Einfamilienhaussiedlungen.

Abb. 44: Zustimmung zur Aussage „Wohnumgebung durch Ausländer überfremdet“ (in Prozent)



Die Wahl des Wohnortes von Migrant_innen wie Nichtmigrant_innen unterliegt schließlich Präferenzen, Gewohnheiten, dem Bedürfnis der Einbindung in kulturelle Gemeinschaften und bestimmten Restriktionen, die sich u.a. aus den finanziellen Möglichkeiten ergeben. Dass angesichts einer lokalen Konzentration migrantisch geprägter Bevölkerungsteile soziale und kulturelle Konflikte befürchtet werden, ist angesichts medial vergrößerter Negativbeispiele außerhalb der Lebenswelt der meisten Thüringer_innen zumindest nachvollziehbar. Die Annahme, Thüringen sei per se „durch die *vielen* hier lebenden Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“, der immerhin ca. ein Drittel der Befragten beipflichten, offenbart jedoch eine markante Diskrepanz zwischen jener subjektiven Wahrnehmung und objektiven Beurteilungskriterien. Zum 31.12.2018 lebten im Freistaat nach offiziellen Angaben 105.629 Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft, das entsprach 4,9 Prozent der Gesamtbevölkerung (2.143.145 Personen).

Abb. 45: Abwertung von Muslim_innen nach Autoritarismus und Statusverlustangst³⁵
(in Prozent)



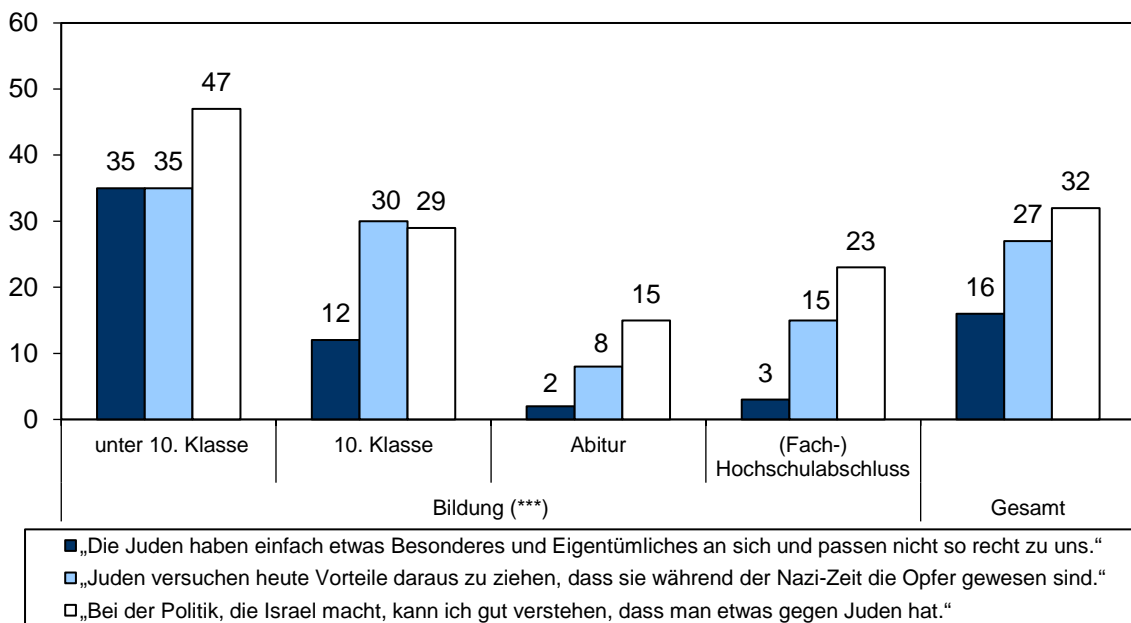
Der Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ stimmten 2019 mit 45 Prozent wieder signifikant weniger Befragte zu als im Vorjahr (54 Prozent). Doch weiterhin meinen mehr als ein Viertel der Befragten, **Muslim_innen** sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. Auch die Meinung, „Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen“, wird von 63 Prozent der Befragten unterstützt. Wie Abb. 45 zeigt, deutet sich in der statistischen Drittvariablenkontrolle an, dass hier nicht nur die Distanz bzw. der mangelnde Kontakt zu Muslim_innen oder stark eingeschränkte Kenntnis über deren Glauben und Lebensweise ausschlaggebend sein dürften, sondern dass die Annahme einer grundsätzlichen kulturellen Inkompatibilität oder die Erwartung religiöser Konflikte mit Muslim_innen erheblich durch autoritäre Ordnungsvorstellungen verstärkt wird. Außerdem deutet sich an, dass Muslim_innen als „Fremde“ angesehen werden, die gleichsam als Symbol wie auch als Sündenböcke gesellschaftlicher Entwicklung fungieren: Je stärker Befragte einen sozialen Abstieg fürchten, desto höher ist die Tendenz der Zustimmung zu negativen Aussagen gegenüber Menschen mit muslimischem Glaubensbekenntnis. Die pauschale Ablehnung gegenüber Muslim_innen ist in Thüringen stärker ausgeprägt als im deutschlandweiten Vergleich. In der aktuellen „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (2018) befürworteten 18 Prozent der Befragten einen ‚Migrationsstop‘ für Muslim_innen nach Deutschland (vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019: 70 ff.).

Antisemitismus gilt als eines der ältesten, hartnäckigsten und zweifellos verhängnisvollsten Phänomene aus dem Gegenstandsbereich der Vorurteils- und Diskriminierungsforschung. In der letzten „Leipziger Autoritarismus-Studie“ (Decker/Brähler 2018: 78) stimmten deutschlandweit neun Prozent, in Ostdeutschland zehn Prozent der Befragten der primär-antisemitischen Aussage über Jüd_innen zu, wie sie auch im Thüringen-Monitor

³⁵ Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Verwendung findet. Allerdings ist in Thüringen 2019 die Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ von neun Prozent im Vorjahr um ca. sieben Prozentpunkte auf 16 Prozent angestiegen. Diese Zunahme ist statistisch signifikant, es entzieht sich aber unseren Analysen, ob hier von einem Effekt der Enttabuisierung jüdenfeindlicher Ideologeme ausgegangen werden muss – es bleibt abzuwarten, welcher Wert im kommenden Jahr registriert wird (vgl. auch Kapitel IV.4). Auffällig ist jedenfalls, dass die Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung des sekundären und des israelbezogenen Antisemitismus stabil geblieben ist. Diese Aussagen sind anschlussfähiger an Diskursinhalte wie dem „Schlussstrich“, deutscher „Schande“ und „Kollektivschuld“ oder dem „Aufrechnen“ von Opferzahlen, wie sie beispielsweise im (populistischen) Rechtsradikalismus verwendet werden. Das Zustimmungsniveau ist bemerkenswert hoch, wie beim primären Antisemitismus gelten aber als Haupterklärungsfaktoren niedrige Bildung (vgl. Abb. 46) und Autoritarismus. Zu ähnlichen Einschätzungen kommt der Berlin-Monitor (Pickel et al. 2019: 50 ff.), der sich ausführlicher mit dem Antisemitismus in der Berliner Bevölkerung auseinandersetzt. Demnach stimmten nur drei Prozent der befragten Berliner_innen der Aussage zum primären Antisemitismus zu; sekundärer und israelbezogener Antisemitismus sind vergleichsweise auch in Berlin stärker verbreitet, wegen unterschiedlicher Formulierung der Aussagen ist aber ein Vergleich mit Thüringer Anteilswerten nicht sinnvoll. Die Berliner Analysen zeigen, dass neben Bildungsgrad und sozio-kultureller Prägung (u.a. bei Bürger_innen mit Migrationsgeschichte) die politische Milieuzugehörigkeit einen Einfluss auf die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen hat.

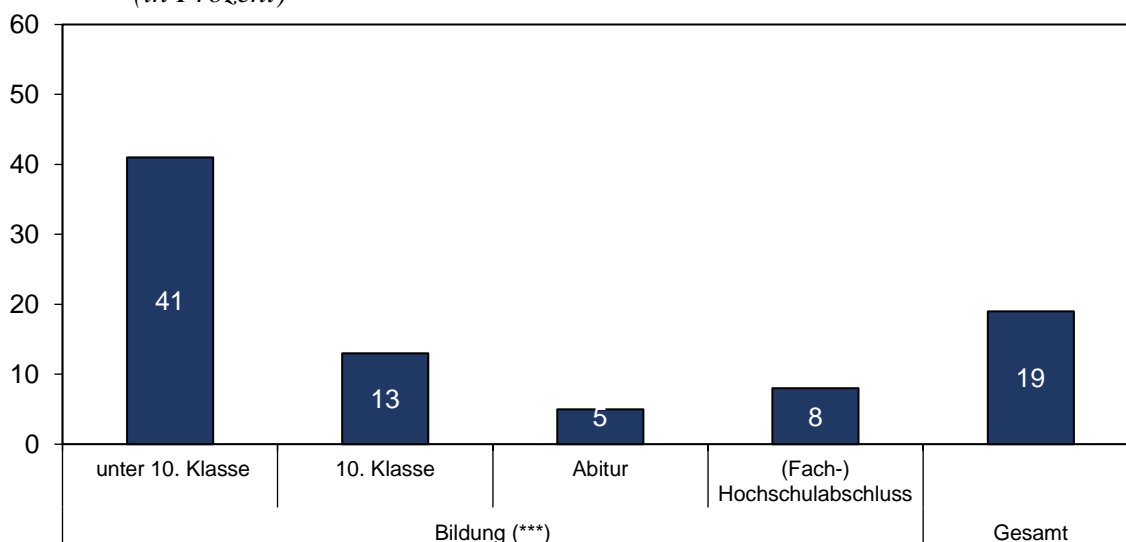
Abb. 46: Zustimmung zu antisemitischen Aussagen nach Bildung (in Prozent)



Auch in Thüringen können vor allem die tradierte Abwertung von Jüd_innen sowie die sogenannte „Schuldabwehr“ – verkürzt – als Phänomene beschrieben werden, die bei selbsterklärten „Rechten“ am häufigsten (und gewissermaßen typisch) sind, wenngleich sie fast in allen anderen Befragengruppen ebenfalls auftreten; der israelbezogene Antisemitismus jedoch ist ein gesellschaftlich noch viel breiteres Phänomen (vgl. dazu bereits TM 2017: 176 ff.). Erwähnenswert ist außerdem, dass ein evangelisches oder

katholisches Glaubensbekenntnis (im Vergleich zum Atheismus) bei umfassender Drittvariablenkontrolle Antisemitismus weder signifikant verstärkt noch diesen dämpft. Auch Thüringer Christ_innen sind also keinesfalls ‚immun‘ gegen Vorurteilen gegenüber Jüd_innen. Dies unterstreicht die Bedeutung des interreligiösen Dialogs, zeigt aber auch, dass Religion nur ein Puzzlestück im Zusammenhang mit dem komplexen Phänomen Antisemitismus ist, weshalb auch in Thüringen vermieden werden sollte, dabei nur auf „die Muslim_innen“ zu verweisen. Wichtig ist auch ein Zusammenhang, auf den wir bereits in vorherigen Untersuchungen hingewiesen haben (vgl. TM 2018: 132): **Befragte, die der primär-antisemitischen Aussage zustimmen, sind markant und statistisch signifikant häufiger gewaltbereit** (20 Prozent) als Befragte, die diese Aussage ablehnen (6 Prozent). Der Anteil der Gewaltbereiten unter jenen Befragten, die der Aussage des sekundären Antisemitismus zustimmen, beträgt 16 Prozent. Jene, die der Aussage zum israelbezogenen Antisemitismus zustimmen, sind zu 12 Prozent gewaltbereit.

Abb. 47: Zustimmung zur Aussage „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“ nach Bildung³⁶
(in Prozent)

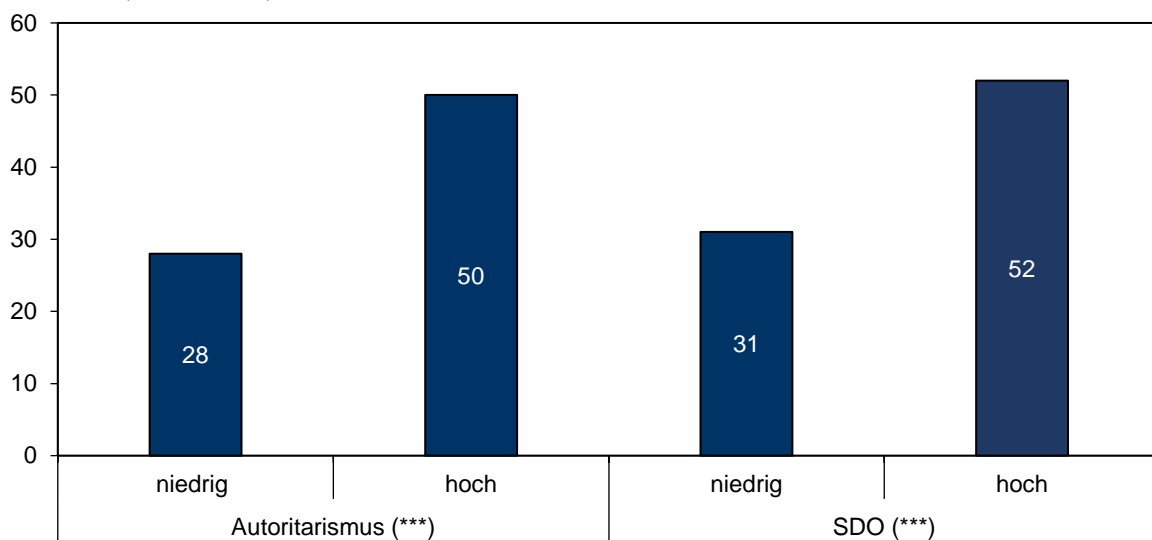


Dass **Rassismus** auch in Thüringen existiert und gesellschaftlich hohe Relevanz besitzt, wird nicht erst seit der Enquete-Kommission des Thüringer Landtags zu diesem Thema kontrovers diskutiert. Im THÜRINGEN-MONITOR 2019 stimmten 19 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ (Abb. 47). Gegenüber einer früheren Messung 2015 (damals 13 Prozent) ist die Zustimmung statistisch signifikant erhöht, allerdings sollte aufgrund der einmaligen Wiederholung und wegen des größeren zeitlichen Abstands keine Aussage über einen Trend getroffen werden. In der deutschlandweiten „Mitte-Studie“ stimmten derselben Aussage ca. elf Prozent der Befragten zu (vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019: 70 ff.); der Thüringer Wert wäre demnach leicht erhöht. Ein wichtiger Erklärungsfaktor für eine Deutung der Weltgeschichte, bei der die Dominanz von „Weißen“ legitimiert wird, ist geringe Bildung. Kritik an der Validität der Messung von Rassismus mit der angeführten Aussage könnte insofern geäußert werden, dass anzunehmen

³⁶ Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

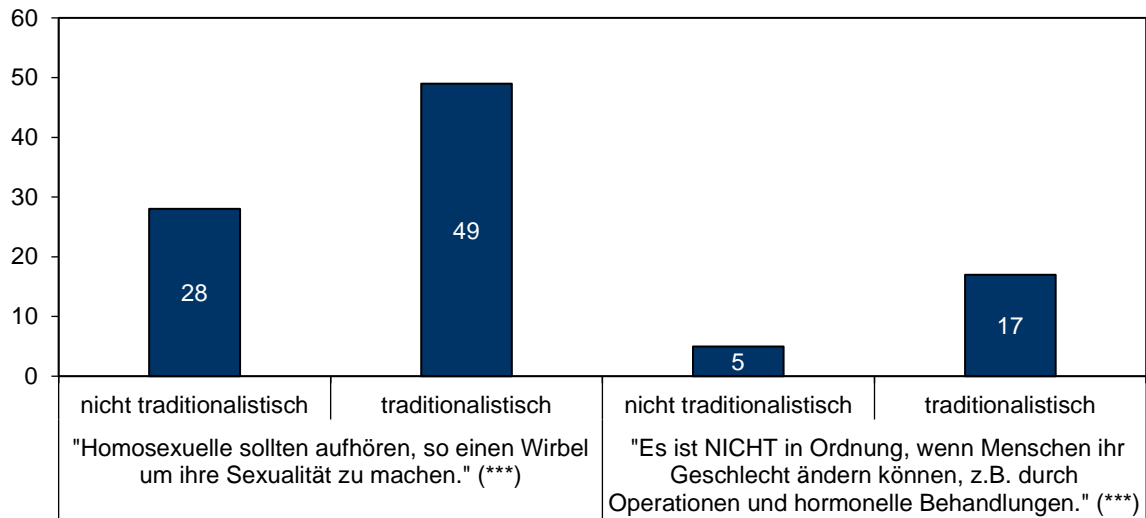
wäre, dass einige Befragte hier keine normative Beurteilung, also Wertung im Sinne einer Rechtfertigung, vornehmen, sondern nur die Beschreibung eines „objektiven“ historischen Prozesses beabsichtigen. Allerdings erhöhen hier eine ethnozentrische Einstellung sowie eine neo-nationalsozialistische Ideologisierung der Befragten (vgl. Kapitel IV.4) stark die Zustimmungstendenz zu der Aussage. Außerdem gibt es einen signifikanten Zusammenhang mit der Links-Rechts-Selbsteinordnung: Auf dem linken Flügel des politischen Spektrums stimmt ungefähr ein Zehntel der Befragten zu, in der „Mitte“ wird der durchschnittliche Zustimmungswert erzielt, doch auf dem rechten Flügel stimmt mehr als jede_r dritte Befragte zu. Mit einiger Plausibilität finden sich hier also tatsächlich Hinweise auf rassistisch grundierte Ansichten. Dass lediglich sieben Prozent der Befragten unter 35 Jahren zustimmen, sollte als Ansporn für Geschichts- und Demokratiebildung in Schule und Ausbildung begriffen werden.

Abb. 48: Sinti_ze- und Rom_nja-Feindlichkeit nach Autoritarismus und Sozialer Dominanzorientierung
(in Prozent)



Die Abwertung von **Sinti_ze und Rom_nja** ist mit 40 Prozent der Zustimmenden zur entsprechenden Aussage 2019 ähnlich hoch wie in älteren Messungen in den THÜRINGEN-MONITOREN bis 2015. Gegenüber Sinti_ze und Rom_nja halten sich hartnäckige Vorurteile und rassistische Zuschreibungen, setzen sich Abwertung und Ausgrenzung fort, die einst in der Verfolgung und Vernichtung während der Zeit des Nationalsozialismus gipfelten. Trotz ihrer Sesshaftigkeit und weitgehenden, jahrhundertelangen Assimilation gelten Angehörige der Minderheit vielen als exotische „Fremde“; insbesondere Rom_nja, die (vermeintlich) aus Südosteuropa kommen, werden oftmals unter pauschalen Kriminalitätsverdacht gestellt bzw. vorverurteilt (vgl. Stender 2016). Die Ablehnung von Sinti_ze und Rom_nja ist in Thüringen stärker verbreitet als in Deutschland (29 Prozent; vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019: 72 f.). Sie wird vor allem durch Autoritarismus, Soziale Dominanzorientierung und ethnozentrische Einstellungen verstärkt. Auffällig ist, dass bei der Zustimmung zur Aussage, keine Sinti_ze und Rom_nja „in meiner Wohngegend“ haben zu wollen, keine signifikanten Unterschiede zwischen den Wohnlagen der Befragten (Dorf, Innenstadt, Vorstadt, Plattenbausiedlung etc.) feststellbar sind. Antiziganismus ist ein „klassisches“ Beispiel für den Rassismus und Kulturalismus, der in der Mitte europäischer Gesellschaften – auch in Thüringen – virulent ist.

Abb. 49: Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen nach Traditionalismus
(in Prozent)



Es gibt „Fremde“, die aufgrund des eigenen Migrationsstatus⁴, der Migration ihrer Vorfahren, oder unabhängig von einer weit zurückliegenden Migrationsgeschichte aufgrund rassistischer Projektionen wegen ihres Aussehens als „fremd“ gelten, abgewertet und diskriminiert werden. Andere Menschen erfahren Abwertung aufgrund anderer Zuschreibungen; sie gelten aufgrund ihres sozialen Status, ihrer Lebensweise oder anderer Merkmale als Angehörige einer Minderheit und ihnen wird Misstrauen entgegengebracht, Leistungserschleichung oder Privilegierung unterstellt oder Solidarität und Empathie vorenthalten. Dies betrifft u.a. Langzeitarbeitslose, Obdachlose und Behinderte, dies betrifft aber auch Menschen, die nicht heterosexuell empfinden, die sich ihrem zugewiesenen männlichen oder weiblichen Geschlecht nicht zugehörig fühlen und sich den Zwängen und Kategorien sogenannter gesellschaftlicher Heteronormativität selbstbestimmt entziehen wollen. Insbesondere **Homosexualität und Trans*identität** kollidieren offenkundig mit traditionalistischen Wertvorstellungen und rigiden Ordnungsvorstellungen (vgl. Abb. 49). Wie bereits 2017 denken ungefähr zwei von fünf der Thüringer Befragten: „Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“ Signifikant von 23 auf 14 Prozent im gleichen Zeitraum gesunken ist allerdings die Zustimmung zu der Aussage, mit der die Missbilligung einer Transition (also der Angleichung des Geschlechts) zum Ausdruck kommt. Dies ist ein positiver Befund – bei allen fortbestehenden Gleichstellungsdefiziten und Förderungsbedarfen für LSBTTIQ*, denen sich u.a. das *Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt* sowie zivilgesellschaftliche Initiativen widmen. Aktuelle demoskopische Daten aus anderen Bundesländern zu Homo- und Trans*phobie (z.B. im Berlin-Monitor, in der FES-Mitte-Studie) können wegen unterschiedlicher Fragenformulierungen nicht direkt mit den Thüringer Befragungsergebnissen verglichen werden. Doch es deutet sich an, dass im Zuge einer fortschreitenden Liberalisierung und des Wertewandels deutschlandweit eine erhöhte Akzeptanz zu verzeichnen ist – was auch für Thüringen gilt.

Der Schlüssel zum Abbau von Vorurteilen und negativen Einstellungen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen liegt einerseits in Bildung, die vor allem als *interkulturelle* Bildung und Vermittlung demokratischer und humanistischer Werte verstanden werden muss. Andererseits sind positive Erfahrungen mit Diversität, Kontakt und Interaktion in der gemeinsamen Alltagspraxis wichtig. Hier gilt es, Chancen zu schaffen und zu nutzen.

V. Fazit

Der Schwerpunkt des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS 2019 ist „Gesundheit und Pflege“. Dieses Thema ist in mehrfacher Hinsicht von hoher Bedeutung für den Freistaat: So betrifft es jede_n Einwohner_in Thüringens in persönlicher Weise. Gleichzeitig ist es eng verknüpft mit dem demographischen und strukturellen Wandel unserer Gesellschaft, der sich angesichts einer alternden Gesellschaft und sinkenden Bevölkerungszahlen in Thüringen in besonders starker Weise auswirkt. Hierzu gehören der Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegesektor, die Überlastung des Fachpersonals und der kontinuierlich steigende Pflegebedarf ebenso wie Befürchtungen einer wachsenden „Zwei-Klassen-Medizin“ und beobachtete Disparitäten in der medizinischen Versorgung zwischen Städten und dem ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund stellt das Themenfeld „Gesundheit und Pflege“ eine zentrale Herausforderung für die Politik dar, um durch die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen weiterhin eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge sicherzustellen. Gleichzeitig stellt dieser Themenbereich „Gesundheit und Pflege“ einen Prüffall für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Freistaat dar, da sowohl innerhalb der gesamten Gesellschaft als auch in Familien- und Nachbarschaftsnetzwerken die Solidaritätsgemeinschaften notwendig sind und sich dadurch konstituieren. Daher haben wir die Thüringer_innen zu ihren Erfahrungen, Bewertungen und Vorstellungen auf dem Gebiet der Gesundheit und Pflege befragt und diese in den Kontext der politischen Kultur im Freistaat gestellt.

Die Befragungsergebnisse werden hierbei, wie in den THÜRINGEN-MONITOREN der vergangenen Jahre, in den Kontext der sozioökonomischen und demographischen Entwicklungstrends im Freistaat Thüringen eingebettet. Die sozioökonomische Entwicklung ist weiterhin positiv, was sich u.a. in einem moderaten Wirtschaftswachstum und einem Tiefstwert bei der Arbeitslosigkeit seit 1994 zeigt. Dieser anhaltende Trend spiegelt sich auch in der weiterhin positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und der eigenen finanziellen Situation durch die Befragten wider. So sagen 80 Prozent der Befragten, ihre individuelle finanzielle Situation sei gut oder sehr gut, und ebenfalls 80 Prozent der Befragten meinen, die wirtschaftliche Situation in Thüringen sei gut oder sehr gut. 70 Prozent der Befragten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS glauben daher auch, dass Thüringen „den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ braucht. Dennoch verspürt gleichzeitig mehr als ein Drittel aller Befragten (38 Prozent), darunter mehrheitlich Personen aus der sozioökonomischen Mitte, Statusverlustängste, also die Sorge, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“. Auch eine Herabsetzung der Ostdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ durch Westdeutsche erkennen immer noch 49 Prozent der befragten Thüringer_innen. Diese anhaltenden Gefühle der Benachteiligung und Entsicherung spiegeln somit trotz der allgemeinen Zufriedenheit mit der finanziellen Situation wahrgenommene Gerechtigkeitsdefizite wider, die sich u.a. auch in einer geringeren Demokratiezufriedenheit und einem niedrigeren Institutionenvertrauen auswirken.

Die demographische Entwicklung in Thüringen ist aufgrund des natürlichen Bevölkerungsrückgangs – trotz eines positiven Zuwanderungssaldos – weiterhin sehr ungünstig. So lebten zur Jahresmitte 2019 nur noch 2,137 Millionen Menschen im Freistaat. Dies ist mit einer deutlichen Alterung der Gesellschaft verknüpft, der einerseits verstärkt zu

einem Fachkräftemangel und andererseits zu einem kontinuierlich steigenden Pflegebedarf führt. Die Anzahl der pflegebedürftigen Personen in Thüringen ist aufgrund der erhöhten Lebenserwartung und dem erhöhten Anteil hochaltriger Menschen markant angestiegen. Aufgrund des demographischen und strukturellen Wandels ist daher zu erwarten, dass sich die Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegesektor in Thüringen zukünftig in einem besonders hohen Maße zeigen werden.

Trotz dieser Entwicklungen sind die befragten Thüringer_innen in der großen Mehrheit von 80 Prozent mit ihrer eigenen Gesundheit zufrieden bzw. sogar sehr zufrieden. Selbst in der Alterskohorte der über 60-Jährigen trifft dies auf drei Viertel der Befragten zu. Hingegen sind 71 Prozent der befragten Arbeitslosen mit ihrer Gesundheit sehr oder ziemlich unzufrieden, was auf ein Zusammenwirken von unterschiedlichen Problemlagen und auf einen deutlich erhöhten Grad der Hilfsbedürftigkeit hinweist.

Insgesamt sind die Befragten auch mit der medizinischen Versorgung in Deutschland (81 Prozent) und im Freistaat (79 Prozent) sowie den Leistungen ihrer Krankenkassen (90 Prozent) zufrieden bzw. sogar sehr zufrieden. Diese allgemeine Zufriedenheit ist mit dem Wunsch nach einem egalitären und gerechten Gesundheitssystem verknüpft, das gesellschaftlichen Zusammenhalt erfordert und erzeugt. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass 89 Prozent der Befragten wünschen, dass alle Privatversicherten in gesetzliche Krankenkassen überführt werden. Es ist auch in den Aussagen zur Bereitschaft zur Organ- und Blutspende erkennbar. So geben nur 20 Prozent auf die Frage nach der Organspende und nur 16 Prozent auf die Frage nach der Blutspende an, dass sie eine solche verweigern würden, ohne durch medizinische oder andere zwingende Gründe davon abgehalten zu werden. Diese Zustimmungswerte liegen dabei deutlich über der Häufigkeit des tatsächlich beobachteten Spenderverhaltens. Trotz dieser Diskrepanz verweisen die Aussagen auf die Wirksamkeit von Solidaritätsnormen in der Gesellschaft.

Die hohe allgemeine Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung in Thüringen differenziert sich jedoch stark nach den unterschiedlichen Bereichen aus: Sehr hohe bzw. hohe Zufriedenheit besteht v.a. hinsichtlich der Versorgung mit Apotheken, mit ambulanten Pflegediensten und der Erreichbarkeit des nächstgelegenen Krankenhauses. Hingegen wird von 48 Prozent der Befragten eine mangelnde Versorgung mit Fachärzt_innen als ein Problembereich der Gesundheitsversorgung kritisiert; mit den Wartezeiten auf einen Termin sind sogar zwei Drittel der Befragten unzufrieden. Auch gilt tendenziell, dass Befragte in besonderen Problemsituationen und mit außerordentlichen Belastungen die medizinische Versorgung negativer bewerten als gesunde Befragte. Insgesamt zeigt sich zudem ein deutliches Gefälle in der Bewertung der medizinischen Versorgung zwischen Städten und dem ländlichen Raum, die bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN festgestellt wurden: So sehen Befragte, die im ländlichen Raum leben, signifikant häufiger Versorgungsdefizite als Befragte, die in Städten leben – dies gilt insbesondere hinsichtlich der Erreichbarkeit von Fachärzt_innen und Krankenhäusern. Insofern werden von den befragten Thüringer_innen Disparitäten in der medizinischen Versorgung zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum konkret erfahren.

Gesundheitspolitische Maßnahmen, die den wahrgenommenen Defiziten oder erwarteten Problemszenarien entgegenwirken sollen, finden dementsprechend hohe Akzeptanz bei den Thüringer_innen. So halten fast alle Befragten die Einrichtung von Medizinischen Gesundheitszentren (früher: Polikliniken) (99 Prozent), die Förderung mobiler Arztpraxen

(95 Prozent), die Gewinnung von Hausärzt_innen für den ländlichen Raum (100 Prozent) und die Ausweitung der Medizin-Studienplatzangebote (93 Prozent) für wichtig bzw. sogar sehr wichtig. Auch die gezielte Anwerbung von Fachkräften im Bereich Gesundheit und Pflege wird von 81 Prozent als wichtig erachtet – und damit von deutlich mehr Befragten als in den vergangenen Jahren. Insgesamt bestätigten diese Einstellungen die stark verbreitete Wahrnehmung des Fachkräftemangels im Gesundheits- und Pflegesektor. 94 Prozent der Befragten sagen, dass Pflegekräfte höhere Gehälter erhalten sollten, selbst wenn dies zu höheren Kassenbeiträgen führen würde. Hier zeigt sich, dass die Bürger_innen hohe Erwartungen hegen, vor allem was die Bekämpfung struktureller Defizite und den Abbau räumlicher Disparitäten anbetrifft. Lediglich die „Telemedizin“ wird skeptischer bewertet, sodass offensichtlich realweltliche und persönliche ärztliche Betreuung virtuellen Angeboten vorgezogen wird. Insgesamt werden die bisher eingeschlagenen Pfade der Verbesserung und Problembearbeitung positiv bewertet, müssen aber angesichts der erwarteten Problemverschärfung durch den demographischen Wandel konsequent weiter verfolgt werden. Die Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung hängt markant sowohl mit dem Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung als auch mit der Zufriedenheit mit der Demokratie, so „wie sie in der Praxis funktioniert“, zusammen. D.h., Befragte, die mit der medizinischen Versorgung zufrieden sind, sind auch mit der Praxis der Demokratie zufriedener. Dieser Zusammenhang spricht dafür, dass der Gesundheitsversorgung als zentralem Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Daseinsvorsorge von den Thüringer_innen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Sie fühlen sich offensichtlich u.a. dann gut regiert, wenn sie das Gesundheitssystem als gerecht wahrnehmen und mit der medizinischen Versorgung zufrieden sind. Gleichzeitig verweisen die Ergebnisse auch darauf, dass Thüringer_innen, die ihre allgemeine Lebenssituation und ihre eigene Gesundheit positiv bewerten, tendenziell auch mit dem politischen System und mit dem Gesundheitssystem zufriedener sind.

Ein äußerst hohes Maß an Demokratieunterstützung zeigt sich insgesamt bei der Untersuchung der politischen Kultur im Freistaat. So ist die abstrakte Demokratieunterstützung in diesem Jahr in Thüringen so hoch wie noch nie seit dem Erhebungsbeginn des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2001. 90 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie „die beste aller Staatsideen“ ist. Die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis erreicht – nach dem deutlichen Einbruch im vergangenen Jahr – mit 63 Prozent ebenfalls wieder einen sehr hohen Wert und ist die zweithöchste Messung des THÜRINGEN-MONITORS seit 2001. Auch das Vertrauen in die politischen Institutionen hat im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen. Dabei wurden für die Polizei mit 73 Prozent und für die Landesregierung mit 43 Prozent jeweils die bisher höchsten Vertrauenswerte seit Beginn der Messung im THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 registriert. Trotz dieser hohen Zufriedenheitswerte mit der Demokratie ist jedoch die Kritik an Parteien und Politiker_innen im Vergleich zum Vorjahr nur minimal gesunken und befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau: So fühlen fast drei Viertel der Befragten sich und ihre Anliegen nicht mehr wirksam vertreten; ebenfalls drei Viertel der Befragten sind der Ansicht, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler_innen wollen, während deren Interessen nicht beachtet werden. Zwei Drittel der Befragten sind zudem überzeugt, dass „Leute wie ich ... so oder so keinen Einfluss darauf [haben], was die Regierung tut“. Insofern artikulieren viele Thüringer_innen seit längerem Elitenkritik und Politikverdrossen-

heit und empfinden weiterhin deutliche Defizite bei der Responsivität und Repräsentation ihrer Interessen.

In einem widersprüchlichen Verhältnis zur gestiegenen Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit steht zudem eine gestiegene Unterstützung alternativer Gesellschaftsentwürfe zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik sowie Verklärung historischer Diktaturen (Nationalsozialismus, DDR). So stimmen 26 Prozent der Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ zu. 27 Prozent bejahen eine „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ und 45 Prozent schreiben der DDR mehr gute als schlechte Seiten zu. Der überwiegende Teil dieser Personen empfindet darin keinen Widerspruch zu dem Bekenntnis zur Demokratie als beste Staatsidee. Insgesamt zeigt sich somit erneut – wie bereits in den THÜRINGEN-MONITOREN 2016, 2017 und 2018 – ein ambivalentes und in Teilen inkonsistentes Bild der Einstellungen der Thüringer_innen im Hinblick auf die Demokratie.

Bemerkenswert ist hierbei jedoch, dass die jungen Thüringer_innen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren eine deutlich positivere und konsistentere Bewertung der Demokratie abgeben: Mit den älteren Altersgruppen teilen sie hohe Werte bezüglich Demokratieunterstützung und -zufriedenheit. Sie zeigen jedoch im Vergleich zu älteren Befragten eine größere Bereitschaft zu politischem Engagement, z.B. in Parteien oder bei Demonstrationen, sehen seltener eine Responsivitätslücke zwischen politischen Eliten und Bevölkerung und sind deutlich seltener positiv gegenüber nichtdemokratischen Gesellschaftsalternativen und historischen Diktaturen in Deutschland eingestellt, was insbesondere für die DDR und den Sozialismus gilt. Insgesamt kann den 18- bis 24-jährigen mit Blick auf die Einstellungen zur Demokratie somit ein positives Zeugnis ausgestellt werden. Dieser positive Befund verstärkt sich noch dadurch, dass auch hinsichtlich rechtsextremer Aussagen bei den jungen Thüringer_innen deutlich weniger Unterstützung festzustellen ist als unter den älteren Befragten.

Insgesamt liefert der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR im Hinblick auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen jedoch besorgniserregende Befunde. Die Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Aussagen ist in diesem Jahr im Vergleich zu 2018 zum Teil deutlich angestiegen. So ist die Zustimmung zur antisemitischen Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ 2019 im Vergleich zum Vorjahr von neun Prozent statistisch signifikant auf 16 Prozent angestiegen und liegt auch im mittelfristigen Vergleich der vergangenen fünf Jahre auf einem Höchstwert. Ebenfalls auf einem Höchststand befinden sich die Zustimmungswerte zur Überlegenheit der Deutschen und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auffällig ist, dass dieser Anstieg nicht alle Bevölkerungsgruppen in Thüringen gleichermaßen betrifft, sondern insbesondere Thüringer_innen mit geringerem Bildungsgrad, aus mittleren Altersjahrgängen und in kleineren Städten bzw. in Dorfgemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern.

Wie in den vergangenen THÜRINGEN-MONITOREN bestätigt sich dieses Jahr erneut, dass es wichtig ist, auf Basis eines gesicherten Messinstruments und nicht auf der Basis einzelner Aussagen eine Zuordnung der Befragten als rechtsextrem vorzunehmen. Würde man auf Basis einzelner Aussagen auf eine rechtsextreme Gesinnung schließen, gälten viele Befragte nur deshalb als rechtsextrem, weil sie maximal einer oder zwei von zehn Aussagen zustimmten, jedoch die Mehrheit der Aussagen explizit zurückweisen. Das auf der

Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument mit seinen zwei Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus zeigt im Vergleich zum Vorjahr einen statistisch signifikanten Anstieg in der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen, der dazu führt, dass mit 24 Prozent fast ein Viertel der Befragten als rechtsextrem eingestellt bezeichnet werden muss. Der Anstieg des einstellungsmäßigen Rechtsextremismus ist im Wesentlichen auf die zunehmende Unterstützung neo-nationalsozialistischer Ideologeme zurückzuführen, insbesondere der gestiegenen Zustimmung zur antisemitischen Aussage und zu der geschichtsrevisionistischen Aussage über die NS-Vergangenheit. Hier kann angenommen werden, dass eine weitere Enttabuisierung menschenfeindlicher und rassistischer Einstellungen in der Thüringer Gesellschaft stattgefunden hat. Die Unterstützung ethnozentrischer (d.h. fremdenfeindlicher und chauvinistisch-nationalistischer) Aussagen ist hingegen auf hohem Niveau stabil geblieben. Stabil geblieben ist mit neun Prozent auch der Anteil der Befragten, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele zumindest in Erwägung ziehen. Allerdings muss beunruhigen, dass der Anteil Gewaltbereiter mit 20 Prozent unter solchen Befragten markant erhöht ist, die der Aussage zustimmen, dass "die Juden einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich [haben] und [...] nicht so recht zu uns [passen]."

In Hinblick auf die Erklärungsfaktoren ist hervorzuheben, dass weiterhin Autoritarismus, Soziale Dominanzorientierung, Statusverlustangst und kollektive Deprivation die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen begünstigen. Die jüngsten Befragten und auch die älteste Befragtengruppe sind unabhängig von ihrem Bildungsgrad und den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen deutlich seltener rechtsextrem eingestellt als die mittleren Jahrgänge. Auch traditionalistische kulturelle Vorstellungen wirken sich unabhängig von sozioökonomischen Faktoren verstärkend auf den Ethnozentrismus aus. Damit bestätigen sich zentrale Befunde aus unseren früheren Untersuchungen. Die positive Demokratiebewertung wirkt sich in diesem Jahr jedoch nicht mehr hemmend auf den Rechtsextremismus aus. Zwar sahen sich bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN sehr viele rechtsextrem eingestellte Befragte selbst als Demokrat_innen, neu ist aber, dass sich rechtsextrem eingestellte Befragte und nicht rechtsextrem eingestellte Befragte hinsichtlich des Ausmaßes ihrer Demokratiebewertung nicht mehr voneinander unterscheiden. Dies wirkt ebenso wie die weiteren festgestellten Inkonsistenzen – z.B. zwischen Unterstützung alternativer Gesellschaftsentwürfe zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik und der gleichzeitigen Unterstützung der Demokratie – die Frage auf, welche Ideal- und Zielvorstellungen die Befragten insgesamt von der Demokratie haben und inwieweit diese mit den Werten und Normen der bestehenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik kongruent sind oder kollidieren. Die fehlende Hemmwirkung der Demokratieunterstützung könnte – so unsere Vermutung – durch die Propagierung und Verbreitung eines „ethnokratischen“ Demokratieverständnisses durch rechtspopulistische Personen und Gruppen bedingt sein. In diesen gründet sich die Idee der Demokratie als gleiche Chance auf politische Teilhabe nicht auf universaler, sondern auf *ethnisch* begrenzter Gleichheit. Nicht die Souveränität und Pluralität des Staatsvolkes (griechisch: *demos*) werden also betont, sondern dessen Homogenität als ethnische Abstammungsgemeinschaft und die daraus abgeleiteten exklusiven politischen und sozialen Teilhaberechte der Staatsbürger_innen. Dieser Demokratiebegriff des bewegungsförmigen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus schließt an tradierte autoritäre und antiliberale Denkmuster an, die offenbar auch in Thüringen wieder stärker artikuliert werden und

größere Relevanz entfalten als noch vor wenigen Jahren. In zukünftigen THÜRINGEN-MONITOREN sollten deshalb die Demokratiekonzeptionen der Thüringer_innen genauer untersucht werden, als es in der vorliegenden Untersuchung möglich war. Die ressentimentgeleitete Negativbeurteilung ethnischer, kultureller und sozialer Gruppen sowie das ihm zugrundeliegende Ungleichwertigkeitsdenken bleiben ein wichtiges Problem für Politik und Zivilgesellschaft im Freistaat Thüringen. Hier gilt es, bewährte Wege der aktiven Demokratieförderung und des Engagements zu stärken und auszubauen. Besondere Relevanz hat hierbei die politische Bildung, die vor allem als interkulturelle Bildung und Vermittlung demokratischer und humanistischer Werte verstanden werden muss. Zudem sind positive Erfahrungen mit Diversität, Kontakt und Interaktion in der gemeinsamen Alltagspraxis wichtige Faktoren für die Stärkung und den Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Literaturverzeichnis

- BA (2019a): Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) (Hrsg.): Demografie: Ein Viertel der Beschäftigten in Thüringen über 55 Jahre alt. Presseinfo Nr. 47 vom 13.08.2019, online: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-sat/content/1533728166592>
- BA (2019b): Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) (Hrsg.): Arbeitsmarktstudie: Thüringen braucht bis 2035 über 28.000 neue Arbeitskräfte in der Altenpflege. Presseinfo Nr. 48 vom 20.08.2019, online: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-sat/content/1533728370055>
- BAMF (2019a): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Asylgeschäftsbericht für den Monat Dezember 2018. Online: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/2018/12-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile
- BAMF (2019b): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Aktuelle Zahlen. Ausgabe Juli 2019. Online: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-juli-2019.pdf?__blob=publicationFile
- Beelmann, A., Noack, P., Dingfelder, J.; Schmidtke, F.; Lutterbach, S. & Schulz, A. (2019): Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex. Online unter: http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Publikationen/Neu/Th%C3%BCrtingen_Monitor+Integration-p-860.pdf
- Bertelsmann Stiftung (2019): Ländermonitor Berufliche Bildung 2019. Zusammenfassung der Ergebnisse. Online: https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Laendermonitor_Zusammenfassung_2019.pdf
- Best, H., Miehle, M. & Salheiser, A. (2018): Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen: Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht 2018. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online unter: http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/PROJEKTBERICHT_TOPOGRAFIE_DEZ2018.pdf
- Best, H., Salomo, K. (2014): Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt. Online unter: https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/thuringen-monitor_gute_und_reichweite_der_messung_des_rechtsextremismus.pdf
- Brandenburg-Monitor (2018): Brandenburg-Monitor – Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Ergebnispräsentation. PMG – Policy Matters Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH. Online: https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb_monitor.pdf

- Decker, O. & Brähler, E. (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsautoritäre Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Brähler, E. (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Duckitt, J. (2001): A dual-process cognitive-motivational theory on ideology and prejudice. In: M. P. Zanna (Hg.), *Advances in experimental social psychology*, 33, San Diego, CA: Academic Press, S. 41–113.
- Ekehammar, B., Akrami, N., Gylje, M. & Zakrisson, I. (2004): What matters most to prejudice: Big five personality, social dominance orientation, or rightwing authoritarianism? *European Journal of Personality*, 18, S. 463–482.
- FAZ (2019): Allensbach-Umfrage: Bürger befürchten Zwei-Klassen-Medizin. FAZ Online, 9.10.2019. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/allensbach-umfrage-buerger-befuerchten-zwei-klassen-medizin-16424234.html>
- Heyder, A., Decker, O. (2011): Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Andreas Langenohl und Jürgen Schraton (Hrsg.): (Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert. Marburg: Metropolis-Verl, S. 189–222.
- Holtmann, E., Jaeck, T. & Völkl, K. (2018): Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt. Halle (Saale): ZSH / MLU Halle-Wittenberg. Online: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dateien_Relaunch_2015/Text/PDF/SAM/SAM_2018_Druckversion_Onlineausgabe_22052018_.pdf
- IAB/Fuchs (2019): Fuchs, M.: Der zukünftige Beschäftigungsbedarf in der ambulanten und stationären Pflege in Thüringen: Modellrechnungen auf Kreisebene bis zum Jahr 2035. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen, 02/2019. Online: http://doku.iab.de/regional/SAT/2019/regional_sat_0219.pdf
- Ivaresflaten, E. (2005): Threatened by diversity. Why restrictive asylum and immigration policies appeal to western Europeans. In: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties* 15 (1), S. 21–45.
- Klein, A., Küpper, B. & Zick, A. (2008): Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 77–101.
- Kreis, J. (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Berlin (Arbeitshefte aus dem Otto-Stamm-Zentrum, 12).
- Lengfeld, H., Dilger, C. (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 47(3): 181–199.
- Marg, S. et al. (2019): Niedersächsischer Demokratie-Monitor – NDM 2019. Georg-August-Universität Göttingen / Göttinger Institut für Demokratieforschung. Online: http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2019/05/NDM-2019_Onlinefassung.pdf

- Pickel, G. et al. (2019): Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie. Universität Leipzig/Fachhochschule Magdeburg-Stendal. Online: http://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2019/08/Berlin_Monitor_2019.pdf
- Redersdorff, S., Guimond, S. (2006): Comparing oneself over time: The temporal dimension in social comparison. In: S. Guimond (Hrsg.): Social comparison and social psychology: Understanding cognition, intergroup relations, and culture. New York, US: Cambridge University Press, 76–96.
- Reiser, M., Best, H. & Salheiser, A. (2018): Gutachten zur Weiterentwicklung des Datenerhebungsdesigns des THÜRINGEN-MONITORS: Telefonische und persönliche Befragung im Vergleich. Begleitendes Methodenprojekt zum Thüringen-Monitor 2018. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online unter: http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/Gutachten_Methodenprojekt_Th%C3%BCrtingen_Monitor_2018-p-730.pdf
- Rydgren, J. (2007): The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology 33 (1), S. 241–262.
- Sachsen-Monitor (2018): Ergebnisbericht und Tabellenteil. dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH, Bonn. Online: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html>
- Stender, W. (2016/Hrsg.): Konstellationen des Antiziganismus: Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis. Wiesbaden: Springer VS.
- Stollberg, G. (2001): Medizinsoziologie. (Reihe Einsichten – Themen der Soziologie. Bielefeld: Transcript
- Sumner, W. G. (1906). Folkways, a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores and morals, New York: Ginn.
- TMASGFF (2018): Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Hrsg.): Willkommen in Thüringen. Entwicklung des Fachkräftebedarfs bis 2030 und Strategien der Fachkräftegewinnung. Online: https://www.tmasgff.de/fileadmin/user_upload/Allgemein/Publikationen/arbeit_willkommen_in_thueringen_2018.pdf
- WIR (2019): Wirtschaft und Wissenschaft in Thüringen. Informationen des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Heft 02/2019. Online: <https://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1805.pdf>
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019/Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Bisherige Thüringen-Monitore

- THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.
- THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: LzpB.)
- THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.
- THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.
- THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.
- THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.
- THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.
- THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.
- THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.
- THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.
- THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.
- THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.
- THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.
- THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2016: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989.
- THÜRINGEN-MONITOR 2017: Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.
- THÜRINGEN-MONITOR 2018: Heimat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/> abrufbar.

Methodik des Thüringen-Monitors

Der THÜRINGEN-MONITOR basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung der wahlberechtigten Thüringer Bürger_innen ab 18 Jahren. Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Im Gegensatz zu den Handy-Vorwahlnummern der nationalen Mobilfunkanbieter geht aus den Festnetz-Vorwahlnummern nämlich die Zugehörigkeit zu Thüringen hervor. Zur Sicherheit wird bei Vorwahlnummern von Ortsnetzen, die an der Landesgrenze liegen, noch einmal bei den interviewten Personen nachgefragt, ob sie Thüringer_innen sind. Bei regionalen Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) ist es bis in die jüngste Vergangenheit nicht möglich, auch Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer_innen bestimmt werden muss. Dies ist vor dem Hintergrund der Bestimmungen der geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Erhebungszeitpunkt nicht möglich. Alternativ müsste zu Beginn jedes Interviews zunächst eine entsprechende Abfrage erfolgen, was entsprechend aufwändig und kostenintensiv wäre. Allerdings ist eine Kombination von Festnetzanschlüssen und Mobilfunknummern bei Repräsentativbefragungen in Bundesländern mit hohen Einwohner_innenzahlen (z.B. Nordrhein-Westfalen, Bayern) mittlerweile möglich. Doch da Thüringen ein sehr kleines Bundesland ist, basiert der THÜRINGEN-MONITOR weiterhin ausschließlich auf Festnetz-Telefoninterviews, wie beispielsweise auch der Berlin Monitor 2019.

Andere repräsentative Bevölkerungsbefragungen finden gar nicht per Telefon statt, sondern die Befragten werden in ihren Haushalten aufgesucht und dort persönlich befragt, die Antworten werden dabei von den Interviewer_innen in mitgebrachte Notebooks oder Tablets eingegeben. Solche persönlichen Befragungen sind jedoch sehr viel teurer als telefonische Befragungen, selbst wenn dabei solche Personen befragt werden können, die nur über Handy telefonieren oder gar kein Telefon nutzen. Befragungen im Internet (Websurveys) stellen hingegen derzeit keine gute Alternative dar, da sich mit ihnen nur ein sehr spezieller Teil der Bevölkerung erreichen lässt und die Repräsentativität der gewonnenen Stichprobe dadurch nicht zweifelsfrei gewährleistet werden kann.

Eine oftmals gestellte Frage bezieht sich auf den bereits erwähnten Umstand, dass viele Thüringer_innen gar kein Festnetztelefon mehr besäßen bzw. nutzten. Wenn man sie nicht über Mobiltelefon befragen könne, wäre es demnach doch sinnvoller, sie persönlich aufzusuchen. In einem begleitenden Methodenprojekt zum THÜRINGEN-MONITOR 2018 und dem dazugehörigen Gutachten³⁷ (Reiser et al. 2018) konnte allerdings gezeigt werden, dass die telefonische Befragung und eine persönliche Befragung von jungen Thüringer_innen im Alter von 18 bis 24 Jahren keine signifikant unterschiedlichen Ergebnisse lieferten. Wir hatten dafür junge Thüringer_innen in ihren Haushalten befragen lassen, der Fragebogen war derselbe wie in der telefonischen Befragung. Doch weder das Antwortverhalten an sich noch die Bereitschaft, die Fragen überhaupt zu beantworten, variierte so stark zwischen den beiden Befragungssituationen, als dass in der Konsequenz eine grundlegende Veränderung unseres Befragungsdesigns notwendig wäre. Des

³⁷ Das Gutachten kann von der Website des KomRex heruntergeladen werden: http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/Gutachten_Methodenprojekt_Th%C3%BCrtingen_Monitor_2018-p-730.pdf

Weiteren wiesen die beiden Vergleichsgruppen eine fast gleiche Zusammensetzung nach Bildungsabschlüssen auf; bei den persönlich Befragten war der Anteil der Berufstätigen geringfügig höher als bei den telefonisch Befragten, außerdem hatten sie ein etwas niedriges durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen. In der Gesamtschau kamen wir dennoch zum Schluss, für den THÜRINGEN-MONITOR an der telefonischen Befragung festhalten zu können. Die Konstanz der Untersuchungsmethode seit dem Jahr 2000 dient vorrangig der Qualitätssicherung, hinzukommt aber die Kostenersparnis gegenüber einer persönlichen Befragung.

Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern für unsere Interviews erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wird. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Diese Telefonnummernliste (Auswahlgrundlage) ist so zusammengesetzt, dass die Anzahl der Telefonnummern mit unterschiedlichen Ortsvorwahlen ungefähr den jeweiligen Einwohner_innenzahlen entspricht. Da beispielsweise in Erfurt ungefähr ein Zehntel der Thüringer Bevölkerung lebt, hat auch ein Zehntel der Telefonnummern in der Auswahlgrundlage eine Erfurter Ortsvorwahl. Im Endergebnis stammen dann drei Viertel der Befragten aus den Thüringer Landkreisen und ein Viertel aus den kreisfreien Städten, was näherungsweise auch mit den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik übereinstimmt. Es ist jedoch *nicht* sinnvoll, bei den Telefoninterviews noch genauer auf die Herkunftsorte und -regionen der Befragten zu achten und damit eine detaillierte regionale Proportionalität im THÜRINGEN-MONITOR herzustellen; für umfangreiche Regionalanalysen wäre eine viel größere Stichprobe notwendig.

Unsere telefonischen Interviews finden werktags in den Nachmittags- und Abendstunden statt, um auch berufstätige und mobile Thüringer_innen erreichen zu können. Die Interviews werden von Interviewer_innen durchgeführt, die speziell für sozialwissenschaftliche Befragungen geschult worden sind und i.d.R. selbst ein sozialwissenschaftliches Fach studieren. Die Einwahl wird vom Computer automatisch vorgenommen. Das Befragungsinstitut hat keine Telefonbücher mit Namen oder Adressen der Befragten, die Befragung erfolgt völlig anonym. Befragt wird immer die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Bei der Gesprächsanbahnung wird auch nach der Wahlberechtigung und dem Alter gefragt und an der Stimme der Befragten ihr Geschlecht bestimmt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend der demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen.³⁸ Genaugenommen handelt es sich also um keine *reine* Zufallsauswahl der

³⁸ Die Geschlechtsoption „divers“ kann aufgrund ihrer Seltenheit derzeit leider keine Berücksichtigung finden. Befragte, auf die diese Geschlechtsoption zutrifft, müssten aus vielen statistischen Auswertungen ausgeschlossen werden, u.a. weil fehlende Fälle und unbesetzte Antwortkategorien („leere Zellen“) bei vielen Prozeduren ein mathematisches Problem darstellen. Da sich der THÜRINGEN-MONITOR nicht explizit mit Fragen nicht-heteronormativer bzw. nicht-binärer Geschlechtsidentitäten befasst, verzichten wir außerdem in den Interviews auf die explizite Nachfrage nach dem Geschlecht, auch wenn dies bedauerlicherweise bedeutet, diverse Befragte unsichtbar zu machen. Das Risiko einer *Falschzuschreibung* bei Stimmenerkennung durch die Interviewer_innen muss aus technischen und forschungspragmatischen Gründen in Kauf genommen werden.

Befragten. Nur mit Hilfe dieser Quotierung kann eine repräsentative Stichprobe gebildet werden, auf deren Grundlage Aussagen über die gesamte Wahlbevölkerung Thüringens zulässig sind. Die Fragen werden vom Bildschirm abgelesen, die Antworten durch die Interviewer_innen in eine Datenmaske eingegeben (spezielle Interview-Software).

Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um Repräsentativität zu erzielen. Das heißt, die proportionale Zusammensetzung der Stichprobe nach diesen Merkmalen wird entsprechend den genauen Angaben des Thüringer Landesamts für Statistik mathematisch korrigiert.

In Thüringen leben zwar insgesamt ca. 1,8 Millionen Wahlberechtigte, aber tatsächlich ist es ausreichend, nur knapp über 1.000 Personen zu befragen. Wichtig ist, dass die Stichprobe die Zusammensetzung der Wahlbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße maßstabsgetreu widerspiegelt. Dann kann von Repräsentativität ausgegangen werden. Repräsentativität bedeutet, dass die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt. Dies erlaubt es, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe (also den ca. 1.000 zufällig ausgewählten befragten Personen) auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern. Bei dieser Verallgemeinerung (dem sogenannten „inferenzstatistischen Schluss“) handelt es sich immer um eine *Schätzung*. Für eine möglichst genaue Schätzung sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen Stichproben mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. Eine größere Stichprobe wäre teurer, würde aber in statistischer Hinsicht kaum genauere Aussagen ermöglichen.

Alle in der Befragung gemessenen Werte (z.B. Anteil einer Antwort auf eine Frage in Prozent) unterliegen Schwankungen (Fehlertoleranzen bzw. sogenannte Irrtumswahrscheinlichkeiten). Es lässt sich ein sogenannter „Stichprobenfehler“ berechnen, aus dem der Schwankungsbereich (sogenanntes Konfidenzintervall) abgeleitet wird. Es ist anzunehmen, dass der Wert in der Grundgesamtheit (hier: das „tatsächliche“ Antwortverhalten der gesamten Thüringer Wahlbevölkerung) mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in diesem Bereich liegt. Weil der Schwankungsbereich bei Stichprobendaten immer besteht, werden im THÜRINGEN-MONITOR alle Prozentangaben ohne Kommata berichtet, also ganzzahlig gerundet. Unterschiede zwischen Anteilswerten werden nur diskutiert und interpretiert, wenn sich die Schwankungsbereiche der Anteilswerte nicht überschneiden. In diesem Fall wird von einem „statistisch signifikanten“ Unterschied ausgegangen.

Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen sind nie in Stein gemeißelt – sie erheben keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit und lassen dementsprechend nur näherungsweise Aussagen über Sachverhalte und Zusammenhänge zu. Allerdings wird durch die Methoden der sozialwissenschaftlichen Statistik eine systematische Durchführung und Auswertung gewährleistet. Die Befragungsergebnisse dienen in erster Linie einer faktenbasierten Diskussion über den jeweiligen Gegenstandsbereich; die Interpretationen der Wissenschaftler_innen sollten also vor allem als Gesprächsangebote verstanden werden. Wenn Sie Fragen zur Methodik haben, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wurde, können Sie sich gern schriftlich an das Team der Autor_innen wenden oder uns auch am Rande öffentlicher Veranstaltungen zum THÜRINGEN-MONITOR ansprechen.

Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung auch Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung; mathematisches Korrekturverfahren), um *Repräsentativität* zu erzielen. Eine besondere Herausforderung für die Befragungsforschung besteht im veränderten Telefonnutzungsverhalten und der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Befragtengruppen. Allerdings ist es bei *regionalen* Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) technisch und aus datenschutzrechtlichen Gründen derzeit noch nicht möglich, Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür z.B. der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer_innen bestimmt werden müsste.

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz/Schuster 2010). So können z.B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechtsextremismus* oder „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*.

Gültige Prozente: Im Berichtsteil werden nur die Anteilswerte der inhaltlich bedeutsamen Antwortkategorien erwähnt und zu 100 Prozent zusammengefasst. Die Antwortkategorien „weiß nicht“, „keine Angabe“ und „trifft nicht zu“ werden aus dieser Prozentuierung ausgeschlossen. Auf der Basis der „gültigen Prozente“ erfolgt die Erstellung der Grafiken und die Interpretation der Befunde. Nur in Einzelfällen wird im Berichtsteil auch auf die Anteile fehlender Angaben („weiß nicht“, „keine Angabe“ bzw. „trifft nicht zu“) eingegangen, beispielsweise um „Meinungslosigkeit“ oder Probleme bei der Beurteilung bestimmter gesellschaftlicher Phänomene durch die Befragten zu thematisieren. Im Tabellenanhang werden hingegen sämtliche Antwortkategorien dokumentiert. Deshalb können die Prozentangaben im Berichtsteil von denen im Tabellenanhang abweichen.

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe Konfidenzintervall.

Konfidenzintervall: Jeder in einer *repräsentativen* Befragung ermittelte Messwert (z.B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* behandelt werden, da immer ein *Stichprobenfehler* auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen (schätzen), in welchen Unter- und Obergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring/Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz/Schuster 2010: 92 ff.). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als „*nicht signifikant*“; d.h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. 95-Prozent-Konfidenzintervalle für arithmetische Mittelwerte werden in diesem Gutachten durch die Angaben „95%-KI-Untergrenze“ und „95%-KI-Obergrenze“ ausgewiesen.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogen. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring/Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein *Hinweis* auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch gut begründbar und plausibel sein; beispielsweise sollte die Ursache der Wirkung nachweisbar zeitlich vorausgehen usw. Außerdem sind Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen und Verzerrungen auszuschließen (z.B. in multivariaten Verfahren wie der *Regression*).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der *linearen Regression* zur Schätzung der Regressionskonstante und der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen bzw. Prädiktoren) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der *multiplen linearen Regression* hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d.h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein „Kausalmodell“ zugrunde, in dem *Annahmen* über einen linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen (Prädiktoren) an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (Schnell/Hill/Esser 2011). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler bei höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zw. Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: vgl. Befragung

Zusammenhang, bivariater: vgl. Korrelation

Literaturempfehlungen zu Methoden / Statistik:

Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen / Christof Schuster (2010): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.

Diaz-Bone, Rainer (2006): Statistik für Soziologen. Konstanz: UVK.

Gehring, Uwe W. / Cornelia Weins (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. Wiesbaden: VS-Verlag.

Hunsicker, Stefan / Yvonne Schroth (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen. Nr. 2 – April 2014. Mannheim.

Schnell, Rainer / Paul B. Hill / Elke Esser (2011): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10., aktualisierte Auflage. München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Anhang 1: Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

(<https://statistik.thueringen.de/datenbank/images/Planungsregionen.gif>)

Nordthüringen	
Eichsfeld	
Kyffhäuserkreis	
Nordhausen	
Unstrut-Hainich-Kreis	

Mittelthüringen	
Erfurt	<i>kreisfreie Stadt</i>
Gotha	
Ilm-Kreis	
Sömmerda	
Weimar	<i>kreisfreie Stadt</i>
Weimarer Land	

Ostthüringen	
Altenburger Land	
Gera	<i>kreisfreie Stadt</i>
Greiz	
Jena	<i>kreisfreie Stadt</i>
Saale-Holzland-Kreis	
Saale-Orla-Kreis	
Saalfeld-Rudolstadt	

Südwestthüringen	
Eisenach	<i>kreisfreie Stadt</i>
Hildburghausen	
Schmalkalden-Meiningen	
Sonneberg	
Suhl	<i>kreisfreie Stadt</i>
Wartburgkreis	

Anhang 2: Stichprobeninformationen

(gewichtete Stichprobendaten; zur Erläuterung vgl. den Eintrag „Befragung, telefonische“ im Methoden-Glossar sowie das Kapitel „Methodik des Thüringen-Monitors“)

	Zahl der Befragten (abs.)	%
Gesamt	1100	
Geschlecht		
männlich	541	49
weiblich	559	51
Alter		
18-24 Jahre	71	6
25-34 Jahre	133	12
35-44 Jahre	151	14
45-59 Jahre	283	26
60 Jahre und älter	463	42
Schulabschluss		
unter 10. Klasse	317	29
10. Klasse	529	48
Abitur	110	10
(Fach-)Hochschule	143	13
Erwerbstätigkeit		
erwerbstätig	500	45
in Ausbildung	54	5
arbeitslos	31	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	47
Berufsgruppe		
Arbeiter	197	18
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	19
höh.-leit. Ang./Beamte	65	6
Landw./Selbst./Freib.	47	4
Religionsgemeinschaft		
keine, andere	762	70
evangelisch	246	23
katholisch	85	8
Ortsgröße		
bis 5 000 Einwohner	480	46
bis 20 000 Einwohner	236	23
bis 50 000 Einwohner	145	14
über 50 000 Einwohner	190	18
Planungsregion		
Nordthüringen	169	15
Mittelthüringen	267	24
Ostthüringen	480	44
Südwestthüringen	181	17
Landkreise	824	75
kreisfreie Städte	273	25

Anhang 3: Tabellarische Übersichten

A1	Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern
A2	Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern
A3	Identifikation als Thüringer(in), Ostdeutsche(r), Deutsche(r) oder Europäer(in)
A4	Wirtschaftliche Lage Thüringens
A5	Eigene finanzielle Situation
A6	Gerechter Anteil zum Leben
A7	Vorteile oder Nachteile der deutschen Einheit
A8	Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft
A9	Dilemma: Freiheit oder Gleichheit
A10	Dilemma: Freiheit oder Sicherheit
A11	Interesse an Politik
A11	Demokratie als beste Staatsidee
A12	Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland
A14	Institutionenvertrauen: Bundesregierung
A15	Institutionenvertrauen: Landesregierung
A16	Institutionenvertrauen: Gerichte
A17	Institutionenvertrauen: Polizei
A18	Institutionenvertrauen: Ärzte
A19	Institutionenvertrauen: Krankenschwestern und Pfleger
A20	Kann politische Fragen gut einschätzen
A21	Überfremdung der Bundesrepublik
A22	Überfremdung Thüringens
A23	Überfremdung der Wohnumgebung
A24	Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen
A25	Wertvolles und unwertes Leben
A26	Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen
A27	Durchsetzen deutscher Interessen notwendig
A28	Diktatur unter Umständen bessere Staatsform
A29	Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung
A30	Parteien nur an Wählerstimmen interessiert
A31	Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel
A32	Bedrohung durch Kriminalität im Alltag
A33	Weißer zu Recht führend in der Welt
A34	Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten
A35	Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen
A36	Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen

- A37 Rückkehr zur sozialistischen Ordnung
- A38 Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen
- A39 Flüchtlinge in Deutschland nicht integrierbar
- A40 Beibehaltung Lebensstil von Zuwanderern
- A41 Hätte Probleme Sinti und Roma in Wohngegend
- A42 Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen
- A43 Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern
- A44 Zufriedenheit mit: medizinischer Versorgung in Deutschland
- A45 Zufriedenheit mit: medizinischer Versorgung in Thüringen
- A46 Zufriedenheit mit: Leistung Krankenkasse
- A47 Zufriedenheit mit: eigener Gesundheit
- A48 Zufriedenheit mit: Versorgung Hausärzte in näherer Umgebung
- A49 Zufriedenheit mit: Versorgung Fachärzte in näherer Umgebung
- A50 Zufriedenheit mit: Erreichbarkeit nächstes Krankenhaus
- A51 Zufriedenheit mit: Versorgung mit Psychotherapeuten
- A52 Zufriedenheit mit: Versorgung mit Apotheken
- A53 Zufriedenheit mit: ambulante Pflegedienste
- A54 Zufriedenheit mit: Vorhandensein Gesundheitsberatung
- A55 Zufriedenheit mit: Vorhandensein Hebammen und Geburtshäusern
- A56 Zufriedenheit mit: Wartezeit auf Termine bei Fachärzten
- A57 Idee der VERAH
- A58 Beurteilung finanzielle Belastung durch medizinische Behandlung / Medikamente
- A59 Einschätzung Maßnahmen Gesundheit am Arbeitsplatz
- A60 Einstellung zur Organspende
- A61 Spenden Sie Blut?
- A62 Pflege eines Angehörigen
- A63 Finanzielle Belastung durch Pflege
- A64 Zeitliche Belastung durch Pflegeaufgaben
- A65 Gesundheitliche Belastung durch Pflegeaufgaben
- A66 Belastung für Berufstätigkeit durch Pflegeaufgaben
- A67 Möglichkeit: Betreuung durch Familienangehörigen in eigener Wohnung
- A68 Möglichkeit: Betreuung durch Pflegedienst in eigener Wohnung
- A69 Möglichkeit: Betreutes Wohnen in Einrichtung
- A70 Möglichkeit: Pflegeheim
- A71 Möglichkeit: Seniorenwohngemeinschaft oder Mehrgenerationenhaus
- A72 Möglichkeit: Umzug in altersgerechte Wohnung
- A73 Wichtigkeit: Gewinnung von Hausärzten im ländlichen Raum

A74	Wichtigkeit: Errichtung von medizinischen Gesundheitszentren
A75	Wichtigkeit: Anwerbung von Fachkräften für Pflege aus dem Ausland
A76	Wichtigkeit: Ausweitung der Medizin-Studienplatzangebote
A77	Wichtigkeit: Förderung von Beratung über Internet
A78	Wichtigkeit: Förderung mobiler Arztpraxen
A79	Wichtigkeit: Ausweitung von Angeboten zur Vorbeugung
A80	Anwerbung von Fachkräften im Bereich Pflege aus Ausland
A81	Höhere Gehälter für Pflegekräfte selbst bei höheren Kassenbeiträgen
A82	Alle in gesetzlichen Krankenkassen versichert
A83	Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
A84	Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung
A85	Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei
A86	Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative
A87	Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration
A88	Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration
A89	Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen
A90	Politische Partizipation: Ehrenamtliches Engagement
A91	Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat
A92	In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand
A93	Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen
A94	Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte
A95	Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen
A96	Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden
A97	Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte Staat großzügig sein
A98	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten
A99	An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran
A100	In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen
A101	Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt
A102	Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten
A103	Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden
A104	Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen
A105	Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse
A106	Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
A107	Juden passen nicht so recht zu uns
A108	Gefährdung gesellschaftlichen Zusammenhalts
A109	Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Wegfall der Asylgründe
A110	Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	43	25	18	7	5	3
Geschlecht							
männlich	541	6	9	18	24	41	3
weiblich	559	4	5	18	26	44	3
Alter							
18-24 Jahre	71	27	36	17	13	3	4
25-34 Jahre	133	38	32	13	5	13	0
35-44 Jahre	151	26	31	34	6	2	1
45-59 Jahre	283	48	27	13	5	5	2
60 Jahre und älter	463	49	19	17	7	3	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	52	18	14	6	6	5
10. Klasse	529	41	27	19	6	5	2
Abitur	110	35	34	13	11	5	2
(Fach-)Hochschule	143	34	29	25	5	2	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	38	28	23	5	5	2
in Ausbildung	54	31	33	16	15	4	1
arbeitslos	31	32	33	20	4	6	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	49	22	13	8	4	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	38	27	17	6	10	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	39	27	25	5	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	39	26	29	3	1	2
Landw./Selbst./Freib.	47	37	33	25	1	2	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	5	7	18	24	44	3
evangelisch	246	6	6	15	26	41	5
katholisch	85	1	2	26	32	37	2

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	15	23	29	11	5	17
Geschlecht							
männlich	541	14	27	30	9	5	14
weiblich	559	16	19	28	13	4	20
Alter							
18-24 Jahre	71	5	27	36	13	5	14
25-34 Jahre	133	24	15	31	16	3	10
35-44 Jahre	151	14	21	42	14	6	3
45-59 Jahre	283	14	22	33	12	5	14
60 Jahre und älter	463	16	25	21	7	5	26
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	20	21	24	3	3	28
10. Klasse	529	13	21	31	16	5	14
Abitur	110	13	31	30	11	5	11
(Fach-)Hochschule	143	15	27	32	11	6	9
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	15	23	38	12	5	8
in Ausbildung	54	8	30	38	13	5	5
arbeitslos	31	14	3	14	44	1	23
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	16	23	21	7	5	27
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	17	21	34	15	4	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	14	24	38	10	7	6
höh.-leit. Ang./Beamte	65	10	28	47	9	3	3
Landw./Selbst./Freib.	47	12	28	32	14	2	12
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	16	21	30	12	5	16
evangelisch	246	12	28	27	11	3	19
katholisch	85	17	23	29	6	9	17

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A3

Identifikation als Thüringer(in), Ostdeutsche(r), Deutsche(r) oder Europäer(in)

Zeilenprozentage	Zahl der Befragten (abs.)	Thüringer(in)	Ostdeutsche(r)	Deutsche(r)	Europäer(in)	Nichts davon	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	48	15	22	13	1	1
Geschlecht							
männlich	541	43	15	25	15	1	1
weiblich	559	54	14	18	12	1	1
Alter							
18-24 Jahre	71	27	6	33	30	3	1
25-34 Jahre	133	47	8	18	22	4	1
35-44 Jahre	151	40	23	23	13	0	1
45-59 Jahre	283	56	16	17	10	1	0
60 Jahre und älter	463	50	15	23	10	1	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	57	19	19	5	0	0
10. Klasse	529	51	15	19	13	1	1
Abitur	110	29	11	33	22	4	1
(Fach-)Hochschule	143	36	11	27	24	2	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	45	18	21	13	2	1
in Ausbildung	54	23	5	44	26	0	1
arbeitslos	31	57	12	2	22	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	54	13	21	11	0	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	58	17	14	10	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	40	19	26	11	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	29	18	23	30	1	0
Landw./Selbst./Freib.	47	35	11	22	19	6	6
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	50	18	19	12	1	1
evangelisch	246	49	10	24	17	1	1
katholisch	85	34	8	37	17	3	2

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer(in), als Ostdeutsche(r), als Deutsche(r) oder als Europäer(in)?

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	1	18	70	6	5
Geschlecht						
männlich	541	1	21	69	6	3
weiblich	559	1	16	71	6	6
Alter						
18-24 Jahre	71	0	16	70	11	3
25-34 Jahre	133	0	37	55	7	2
35-44 Jahre	151	1	17	69	11	3
45-59 Jahre	283	1	19	76	3	2
60 Jahre und älter	463	1	13	72	6	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	0	24	60	6	10
10. Klasse	529	1	17	73	6	3
Abitur	110	0	19	73	6	2
(Fach-)Hochschule	143	0	11	80	7	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	1	15	77	7	1
in Ausbildung	54	0	18	73	6	3
arbeitslos	31	0	47	33	6	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	1	20	66	5	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	1	23	67	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	1	8	83	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	12	85	3	0
Landw./Selbst./Freib.	47	1	12	80	7	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	1	21	68	6	3
evangelisch	246	0	8	76	6	10
katholisch	85	0	20	72	5	3

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A5

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	15	70	9	1
Geschlecht						
männlich	541	5	18	68	6	2
weiblich	559	5	12	71	12	0
Alter						
18-24 Jahre	71	4	14	62	20	0
25-34 Jahre	133	8	14	70	7	0
35-44 Jahre	151	1	13	78	8	0
45-59 Jahre	283	6	23	63	8	0
60 Jahre und älter	463	5	11	72	10	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	7	15	67	8	3
10. Klasse	529	6	17	71	6	0
Abitur	110	3	10	71	15	0
(Fach-)Hochschule	143	1	9	70	18	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	1	15	75	9	0
in Ausbildung	54	5	14	70	11	0
arbeitslos	31	31	45	18	4	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	8	13	68	10	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	2	30	66	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	1	6	80	12	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	2	78	20	0
Landw./Selbst./Freib.	47	1	14	72	13	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	6	16	66	11	1
evangelisch	246	2	9	84	5	0
katholisch	85	6	19	65	9	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation ...

Tabelle A6

Gerechter Anteil zum Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte sehr viel weniger	erhalte etwas weniger	erhalte gerechten Anteil	erhalte mehr als gerechten Anteil	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	42	40	4	4
Geschlecht						
männlich	541	10	46	38	3	3
weiblich	559	11	38	41	4	5
Alter						
18-24 Jahre	71	3	30	58	7	2
25-34 Jahre	133	13	43	41	1	2
35-44 Jahre	151	11	29	51	8	1
45-59 Jahre	283	12	44	37	2	5
60 Jahre und älter	463	11	46	34	4	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	11	44	31	4	9
10. Klasse	529	14	45	37	3	1
Abitur	110	1	36	56	5	1
(Fach-)Hochschule	143	5	32	57	3	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	10	43	42	4	1
in Ausbildung	54	4	31	59	3	3
arbeitslos	31	27	45	27	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	11	42	36	3	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	15	56	26	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	10	36	49	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	3	26	65	4	1
Landw./Selbst./Freib.	47	8	33	41	14	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	12	43	38	3	5
evangelisch	246	8	41	42	5	3
katholisch	85	11	37	49	1	2

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A7

Vorteile oder Nachteile der deutschen Einheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Nachteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage	Vorteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	18	14	65	3
Geschlecht					
männlich	541	19	13	66	3
weiblich	559	17	15	65	3
Alter					
18-24 Jahre	71	7	4	76	12
25-34 Jahre	133	13	30	49	8
35-44 Jahre	151	21	9	68	2
45-59 Jahre	283	20	12	68	0
60 Jahre und älter	463	19	13	66	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	33	17	48	2
10. Klasse	529	15	14	69	2
Abitur	110	4	7	81	8
(Fach-)Hochschule	143	8	11	79	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	17	11	69	3
in Ausbildung	54	9	3	82	6
arbeitslos	31	12	59	29	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	20	15	62	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	30	14	53	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	11	7	79	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	7	7	84	1
Landw./Selbst./Freib.	47	5	14	80	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	21	15	61	3
evangelisch	246	10	12	75	3
katholisch	85	13	5	81	1

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	noch nie	nur einmal	selten	immer wieder	häufig	andauernd	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	61	3	12	8	6	3	6	2
Geschlecht									
männlich	541	58	3	13	9	6	3	6	2
weiblich	559	63	2	12	7	6	2	5	2
Alter									
18-24 Jahre	71	56	3	13	5	3	2	18	0
25-34 Jahre	133	66	5	12	6	4	0	2	4
35-44 Jahre	151	60	6	11	8	2	3	7	3
45-59 Jahre	283	53	2	14	15	9	2	5	1
60 Jahre und älter	463	64	2	12	5	7	4	5	1
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	317	66	4	7	9	5	5	2	1
10. Klasse	529	58	2	15	8	7	2	6	2
Abitur	110	62	1	13	6	4	1	10	2
(Fach-)Hochschule	143	57	4	15	8	5	3	7	1
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	500	58	3	15	9	6	2	5	1
in Ausbildung	54	59	2	14	5	0	0	20	0
arbeitslos	31	55	0	23	14	7	0	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	63	3	10	7	7	4	5	2
Berufsgruppe									
Arbeiter	197	48	5	17	15	10	2	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	67	2	10	4	5	3	7	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	61	0	22	7	1	3	6	0
Landw./Selbst./Freib.	47	62	3	9	4	2	4	16	0
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	762	60	4	12	9	7	3	4	2
evangelisch	246	62	1	14	5	5	0	10	2
katholisch	85	61	1	12	4	6	7	10	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigenen Erfahrungen denken: Wurden Sie persönlich schon aufgrund Ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt?

Dilemma: Freiheit oder Gleichheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	beides gleichermaßen	Gleichheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	51	7	41	1
Geschlecht					
männlich	541	55	8	37	1
weiblich	559	47	6	45	2
Alter					
18-24 Jahre	71	60	5	35	0
25-34 Jahre	133	58	6	34	2
35-44 Jahre	151	48	6	46	0
45-59 Jahre	283	54	6	40	0
60 Jahre und älter	463	47	8	43	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	45	5	48	2
10. Klasse	529	50	8	42	0
Abitur	110	63	8	27	2
(Fach-)Hochschule	143	57	6	34	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	53	5	41	1
in Ausbildung	54	61	5	34	0
arbeitslos	31	64	16	20	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	47	8	43	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	48	2	49	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	54	5	40	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	61	5	34	0
Landw./Selbst./Freib.	47	66	17	17	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	49	7	43	1
evangelisch	246	54	6	36	3
katholisch	85	58	6	35	2

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Dilemma: Freiheit oder Sicherheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	beides gleichermaßen	Sicherheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	27	5	67	1
Geschlecht					
männlich	541	32	7	61	0
weiblich	559	22	4	73	1
Alter					
18-24 Jahre	71	61	2	38	0
25-34 Jahre	133	34	4	62	0
35-44 Jahre	151	35	8	57	0
45-59 Jahre	283	32	2	66	0
60 Jahre und älter	463	14	7	77	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	11	7	79	2
10. Klasse	529	27	4	69	0
Abitur	110	48	4	48	0
(Fach-)Hochschule	143	41	8	50	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	31	5	64	0
in Ausbildung	54	64	2	34	0
arbeitslos	31	70	2	28	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	16	6	77	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	29	4	67	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	29	3	68	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	47	2	51	1
Landw./Selbst./Freib.	47	37	23	40	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	25	4	70	0
evangelisch	246	31	5	61	3
katholisch	85	24	14	61	1

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Interesse an Politik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	24	41	17	7	0
Geschlecht							
männlich	541	16	29	36	15	4	0
weiblich	559	6	19	45	20	10	0
Alter							
18-24 Jahre	71	10	28	38	20	4	0
25-34 Jahre	133	6	19	52	15	7	0
35-44 Jahre	151	7	22	43	24	5	0
45-59 Jahre	283	11	21	40	21	7	0
60 Jahre und älter	463	14	27	38	14	8	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	8	18	41	21	12	0
10. Klasse	529	8	23	43	19	6	0
Abitur	110	15	32	39	12	2	0
(Fach-)Hochschule	143	28	33	32	6	1	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	10	21	44	21	4	0
in Ausbildung	54	11	31	40	17	1	0
arbeitslos	31	7	7	75	9	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	13	26	35	15	11	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	6	13	42	31	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	7	24	52	14	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	23	32	34	10	2	0
Landw./Selbst./Freib.	47	19	30	31	18	3	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	12	24	40	18	6	0
evangelisch	246	9	22	41	17	10	0
katholisch	85	12	26	47	10	6	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Demokratie als beste Staatsidee

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	31	56	6	3	4
Geschlecht						
männlich	541	30	60	5	2	3
weiblich	559	32	52	8	4	4
Alter						
18-24 Jahre	71	31	58	6	5	0
25-34 Jahre	133	21	70	5	2	2
35-44 Jahre	151	31	61	5	2	1
45-59 Jahre	283	30	58	5	4	3
60 Jahre und älter	463	34	49	8	3	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	30	52	6	6	6
10. Klasse	529	26	61	8	2	3
Abitur	110	35	59	2	1	3
(Fach-)Hochschule	143	47	47	4	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	31	61	5	1	2
in Ausbildung	54	32	60	6	3	0
arbeitslos	31	5	77	18	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	32	49	8	5	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	22	67	5	2	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	33	59	5	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	45	51	3	0	1
Landw./Selbst./Freib.	47	35	60	2	1	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	29	56	8	3	4
evangelisch	246	36	55	4	1	4
katholisch	85	32	54	3	7	4

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen?

Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	57	24	12	3
Geschlecht						
männlich	541	6	56	25	12	1
weiblich	559	4	57	23	11	4
Alter						
18-24 Jahre	71	7	51	33	8	1
25-34 Jahre	133	1	39	36	21	2
35-44 Jahre	151	9	52	36	2	0
45-59 Jahre	283	2	61	23	12	2
60 Jahre und älter	463	6	61	16	12	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	7	55	11	23	5
10. Klasse	529	4	55	32	8	2
Abitur	110	6	68	21	3	2
(Fach-)Hochschule	143	6	59	26	7	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	3	61	28	6	2
in Ausbildung	54	5	53	36	6	1
arbeitslos	31	5	24	62	7	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	7	55	17	18	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	2	57	30	9	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	3	60	30	5	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	6	74	16	3	0
Landw./Selbst./Freib.	47	7	56	28	7	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	5	53	27	14	1
evangelisch	246	5	65	17	5	7
katholisch	85	5	69	18	8	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A14

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	9	19	39	15	15	3
Geschlecht							
männlich	541	10	19	38	14	17	2
weiblich	559	9	18	40	16	14	3
Alter							
18-24 Jahre	71	14	19	38	19	9	0
25-34 Jahre	133	5	16	49	14	17	0
35-44 Jahre	151	9	25	39	13	14	0
45-59 Jahre	283	4	15	39	18	22	1
60 Jahre und älter	463	13	19	36	14	12	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	16	16	38	6	19	6
10. Klasse	529	6	16	40	21	16	1
Abitur	110	11	22	43	16	7	1
(Fach-)Hochschule	143	6	32	36	15	9	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	6	21	40	16	16	1
in Ausbildung	54	17	17	41	19	6	0
arbeitslos	31	1	11	38	28	22	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	13	17	38	13	15	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	5	17	37	18	21	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	3	21	46	14	16	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	10	35	35	15	5	0
Landw./Selbst./Freib.	47	8	19	35	19	19	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	6	16	41	17	18	3
evangelisch	246	13	27	38	13	6	3
katholisch	85	33	18	26	6	16	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... der Bundesregierung?

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	28	36	10	9	4
Geschlecht							
männlich	541	13	28	35	10	12	2
weiblich	559	13	27	37	9	7	5
Alter							
18-24 Jahre	71	12	28	39	16	5	1
25-34 Jahre	133	6	20	52	4	15	2
35-44 Jahre	151	13	34	35	11	7	0
45-59 Jahre	283	6	24	44	17	8	2
60 Jahre und älter	463	20	31	27	6	10	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	20	26	31	1	14	9
10. Klasse	529	10	26	40	14	8	2
Abitur	110	12	30	37	12	6	3
(Fach-)Hochschule	143	12	39	32	10	7	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	9	29	40	13	7	2
in Ausbildung	54	12	26	40	20	0	1
arbeitslos	31	9	6	65	1	19	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	17	28	30	6	12	7
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	10	20	49	12	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	5	38	36	14	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	14	36	37	9	3	0
Landw./Selbst./Freib.	47	13	27	24	18	15	3
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	13	25	38	11	10	4
evangelisch	246	13	40	27	7	7	6
katholisch	85	18	19	41	8	12	1

Wie ist das mit ... der Landesregierung?

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	29	26	8	6	13
Geschlecht							
männlich	541	19	30	25	8	9	9
weiblich	559	16	27	28	8	4	17
Alter							
18-24 Jahre	71	27	39	26	4	3	1
25-34 Jahre	133	18	26	39	2	7	9
35-44 Jahre	151	24	30	36	6	1	3
45-59 Jahre	283	22	36	24	11	3	4
60 Jahre und älter	463	11	23	21	9	10	26
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	8	24	25	10	9	25
10. Klasse	529	20	27	28	8	7	10
Abitur	110	26	40	22	5	1	6
(Fach-)Hochschule	143	23	35	26	8	3	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	23	34	29	7	2	5
in Ausbildung	54	32	37	26	5	0	1
arbeitslos	31	6	11	50	2	14	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	12	23	23	9	10	23
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	20	34	29	7	2	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	24	33	29	9	3	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	33	38	23	3	1	1
Landw./Selbst./Freib.	47	17	38	29	9	4	3
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	15	28	29	9	7	12
evangelisch	246	20	30	23	5	4	19
katholisch	85	32	29	13	5	10	11

Wie ist das mit ... den Gerichten?

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	37	34	21	3	2	4
Geschlecht							
männlich	541	31	37	21	5	3	2
weiblich	559	42	31	21	1	0	5
Alter							
18-24 Jahre	71	30	42	24	4	0	0
25-34 Jahre	133	37	32	18	4	6	1
35-44 Jahre	151	35	36	28	1	0	0
45-59 Jahre	283	41	34	19	3	1	2
60 Jahre und älter	463	35	32	20	3	1	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	45	25	19	3	0	8
10. Klasse	529	34	33	24	4	3	2
Abitur	110	35	43	16	2	2	2
(Fach-)Hochschule	143	27	47	20	3	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	35	39	21	4	0	1
in Ausbildung	54	36	39	24	1	0	0
arbeitslos	31	10	18	58	0	14	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	40	29	18	3	3	7
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	39	32	21	5	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	35	41	22	1	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	28	52	18	2	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	28	33	27	12	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	37	32	22	3	2	3
evangelisch	246	31	43	18	1	0	6
katholisch	85	47	25	18	8	2	0

Wie ist das mit ... der Polizei?

Institutionenvertrauen: Ärzte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	35	34	23	4	3	1
Geschlecht							
männlich	541	36	35	21	4	3	1
weiblich	559	34	34	25	4	2	1
Alter							
18-24 Jahre	71	33	44	20	4	0	0
25-34 Jahre	133	27	28	35	2	7	1
35-44 Jahre	151	37	31	25	4	2	1
45-59 Jahre	283	31	39	26	4	0	0
60 Jahre und älter	463	39	33	18	5	4	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	37	31	26	3	2	1
10. Klasse	529	37	32	22	5	3	1
Abitur	110	30	43	20	3	2	2
(Fach-)Hochschule	143	27	44	22	3	3	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	33	36	26	3	1	1
in Ausbildung	54	40	37	19	4	0	0
arbeitslos	31	38	29	25	0	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	36	33	21	5	4	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	31	35	28	4	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	36	36	24	3	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	29	41	25	3	1	0
Landw./Selbst./Freib.	47	27	33	27	10	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	33	33	25	5	3	1
evangelisch	246	37	38	19	1	3	1
katholisch	85	46	34	14	6	0	0

Wie ist das mit ... den Ärzten?

Institutionenvertrauen: Krankenschwestern und Pfleger

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	51	34	12	1	0	2
Geschlecht							
männlich	541	56	33	9	0	1	1
weiblich	559	46	34	15	2	0	3
Alter							
18-24 Jahre	71	42	52	6	0	0	0
25-34 Jahre	133	42	39	17	0	1	0
35-44 Jahre	151	58	31	10	1	0	0
45-59 Jahre	283	57	30	10	2	0	1
60 Jahre und älter	463	49	32	13	1	0	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	53	33	10	0	0	4
10. Klasse	529	52	31	14	1	0	2
Abitur	110	47	40	10	0	2	1
(Fach-)Hochschule	143	42	43	11	2	0	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	54	32	12	1	0	1
in Ausbildung	54	48	48	4	0	0	0
arbeitslos	31	47	17	28	1	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	48	35	12	1	0	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	62	23	14	0	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	51	35	12	0	0	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	47	43	9	1	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	44	40	8	5	0	3
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	52	33	12	1	0	2
evangelisch	246	42	40	13	0	0	4
katholisch	85	68	23	7	2	0	0

Wie ist das mit ... den Krankenschwestern und Pflegern?

Kann politische Fragen gut einschätzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	34	43	13	6	3
Geschlecht						
männlich	541	41	44	9	3	4
weiblich	559	28	42	18	9	3
Alter						
18-24 Jahre	71	26	53	20	0	1
25-34 Jahre	133	36	42	15	2	6
35-44 Jahre	151	26	56	9	8	2
45-59 Jahre	283	33	46	12	7	2
60 Jahre und älter	463	39	35	15	7	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	32	32	18	15	3
10. Klasse	529	30	49	14	3	4
Abitur	110	39	48	10	1	2
(Fach-)Hochschule	143	51	40	6	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	31	50	13	4	2
in Ausbildung	54	33	53	14	0	0
arbeitslos	31	16	52	31	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	39	34	13	9	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	25	49	18	8	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	30	56	11	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	45	44	8	2	2
Landw./Selbst./Freib.	47	54	32	4	3	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	33	45	12	6	3
evangelisch	246	35	37	19	7	3
katholisch	85	41	45	11	1	3

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Überfremdung der Bundesrepublik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	24	29	17	25	5
Geschlecht						
männlich	541	27	23	20	26	3
weiblich	559	21	34	15	23	7
Alter						
18-24 Jahre	71	7	12	31	47	2
25-34 Jahre	133	17	32	15	31	6
35-44 Jahre	151	40	21	15	22	1
45-59 Jahre	283	29	32	21	17	2
60 Jahre und älter	463	20	31	15	25	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	37	29	7	17	11
10. Klasse	529	23	33	19	21	3
Abitur	110	6	24	30	37	3
(Fach-)Hochschule	143	11	16	26	47	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	28	25	21	23	2
in Ausbildung	54	10	14	33	43	0
arbeitslos	31	16	32	6	47	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	22	34	13	23	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	42	25	16	15	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	24	26	25	24	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	5	23	32	40	0
Landw./Selbst./Freib.	47	17	23	21	35	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	27	28	16	24	4
evangelisch	246	17	29	23	25	6
katholisch	85	11	36	17	27	10

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Überfremdung Thüringens

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	20	21	43	3
Geschlecht						
männlich	541	12	17	26	43	2
weiblich	559	13	23	17	43	4
Alter						
18-24 Jahre	71	2	11	19	68	0
25-34 Jahre	133	2	31	28	38	2
35-44 Jahre	151	9	26	23	42	1
45-59 Jahre	283	20	17	22	39	2
60 Jahre und älter	463	13	18	19	43	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	21	32	11	30	6
10. Klasse	529	12	18	29	39	2
Abitur	110	2	12	19	64	3
(Fach-)Hochschule	143	2	8	18	70	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	9	21	26	43	1
in Ausbildung	54	3	11	20	66	1
arbeitslos	31	17	16	43	24	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	17	20	15	42	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	15	26	27	30	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	6	21	25	47	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	9	27	63	1
Landw./Selbst./Freib.	47	3	14	24	58	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	13	22	22	40	3
evangelisch	246	13	14	18	50	5
katholisch	85	5	17	27	47	3

Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Überfremdung der Wohnumgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	6	16	71	3
Geschlecht						
männlich	541	3	8	17	70	2
weiblich	559	8	4	14	71	3
Alter						
18-24 Jahre	71	0	4	16	81	0
25-34 Jahre	133	2	8	17	73	0
35-44 Jahre	151	3	12	17	67	1
45-59 Jahre	283	6	3	17	72	2
60 Jahre und älter	463	7	6	14	69	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	11	11	17	56	5
10. Klasse	529	4	4	17	74	2
Abitur	110	0	6	12	81	1
(Fach-)Hochschule	143	1	1	12	85	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	2	8	17	72	1
in Ausbildung	54	0	3	17	79	0
arbeitslos	31	7	0	32	61	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	9	5	14	69	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	4	12	20	62	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	1	5	18	75	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	2	9	88	0
Landw./Selbst./Freib.	47	0	4	6	85	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	6	6	17	68	2
evangelisch	246	3	5	9	79	3
katholisch	85	2	5	20	68	6

Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	29	26	26	6
Geschlecht						
männlich	541	13	36	23	23	5
weiblich	559	14	22	29	29	6
Alter						
18-24 Jahre	71	3	21	29	46	1
25-34 Jahre	133	8	29	33	29	1
35-44 Jahre	151	12	38	22	25	2
45-59 Jahre	283	15	35	22	24	4
60 Jahre und älter	463	16	24	26	24	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	25	23	24	17	11
10. Klasse	529	12	36	24	24	4
Abitur	110	2	21	31	42	4
(Fach-)Hochschule	143	2	21	31	43	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	10	34	24	28	4
in Ausbildung	54	4	18	37	40	1
arbeitslos	31	7	67	5	22	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	18	23	28	23	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	12	46	18	19	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	12	29	22	33	4
höh.-leit. Ang./Beamte	65	3	19	36	42	0
Landw./Selbst./Freib.	47	0	30	37	30	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	14	30	26	25	5
evangelisch	246	14	27	23	26	9
katholisch	85	9	25	27	32	7

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	13	7	65	5
Geschlecht						
männlich	541	11	14	7	65	3
weiblich	559	10	12	7	64	7
Alter						
18-24 Jahre	71	5	4	9	79	3
25-34 Jahre	133	7	19	5	67	2
35-44 Jahre	151	16	8	10	63	2
45-59 Jahre	283	14	17	5	62	2
60 Jahre und älter	463	9	12	7	64	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	11	23	9	48	9
10. Klasse	529	12	11	7	66	4
Abitur	110	6	5	4	82	3
(Fach-)Hochschule	143	6	4	4	83	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	12	12	6	67	3
in Ausbildung	54	5	4	12	79	0
arbeitslos	31	7	30	0	62	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	10	14	7	61	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	18	22	3	54	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	11	5	10	71	4
höh.-leit. Ang./Beamte	65	4	8	6	80	2
Landw./Selbst./Freib.	47	6	0	4	89	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	12	13	6	65	4
evangelisch	246	7	11	9	63	10
katholisch	85	8	17	5	68	1

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	10	11	14	58	7
Geschlecht						
männlich	541	7	13	15	59	6
weiblich	559	13	10	14	56	8
Alter						
18-24 Jahre	71	0	6	22	71	0
25-34 Jahre	133	5	4	11	78	2
35-44 Jahre	151	8	6	25	55	6
45-59 Jahre	283	12	7	13	61	7
60 Jahre und älter	463	12	19	11	48	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	19	20	7	40	13
10. Klasse	529	9	9	18	59	5
Abitur	110	2	5	17	74	2
(Fach-)Hochschule	143	1	7	14	77	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	5	6	18	64	7
in Ausbildung	54	0	9	24	67	0
arbeitslos	31	22	0	18	60	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	15	18	10	50	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	9	7	17	54	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	3	7	18	68	4
höh.-leit. Ang./Beamte	65	1	3	17	77	1
Landw./Selbst./Freib.	47	3	2	17	77	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	11	9	13	61	6
evangelisch	246	6	18	14	55	8
katholisch	85	12	19	26	31	11

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Durchsetzen deutscher Interessen notwendig

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	27	32	17	21	4
Geschlecht						
männlich	541	27	32	20	20	1
weiblich	559	27	31	13	23	6
Alter						
18-24 Jahre	71	9	29	31	29	2
25-34 Jahre	133	13	43	17	24	3
35-44 Jahre	151	31	35	16	17	1
45-59 Jahre	283	28	30	19	20	2
60 Jahre und älter	463	32	28	13	21	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	44	31	6	14	5
10. Klasse	529	26	33	19	18	3
Abitur	110	7	32	26	33	2
(Fach-)Hochschule	143	10	27	23	37	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	22	33	20	23	2
in Ausbildung	54	13	25	32	27	3
arbeitslos	31	23	55	6	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	34	30	12	19	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	31	38	15	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	20	28	18	30	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	5	34	36	24	1
Landw./Selbst./Freib.	47	12	23	29	30	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	29	32	16	21	3
evangelisch	246	23	31	15	24	6
katholisch	85	21	33	28	17	2

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Diktatur unter Umständen bessere Staatsform

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	14	11	63	7
Geschlecht						
männlich	541	7	11	14	64	4
weiblich	559	5	16	8	61	9
Alter						
18-24 Jahre	71	7	11	14	64	4
25-34 Jahre	133	5	16	8	61	9
35-44 Jahre	151	7	11	14	64	4
45-59 Jahre	283	5	16	8	61	9
60 Jahre und älter	463	7	11	14	64	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	12	20	12	46	10
10. Klasse	529	4	14	10	65	7
Abitur	110	1	6	17	73	2
(Fach-)Hochschule	143	4	5	8	80	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	6	10	14	66	4
in Ausbildung	54	2	4	21	71	3
arbeitslos	31	0	24	3	73	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	7	17	8	58	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	11	7	20	55	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	2	15	11	70	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	1	8	8	81	2
Landw./Selbst./Freib.	47	8	5	8	79	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	6	14	13	60	7
evangelisch	246	6	12	10	67	5
katholisch	85	5	17	4	69	5

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	42	24	16	17	1
Geschlecht						
männlich	541	39	24	17	19	0
weiblich	559	45	23	16	14	2
Alter						
18-24 Jahre	71	17	22	34	27	0
25-34 Jahre	133	38	20	19	21	0
35-44 Jahre	151	40	21	18	21	0
45-59 Jahre	283	42	28	15	15	0
60 Jahre und älter	463	48	24	13	13	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	58	20	11	8	3
10. Klasse	529	44	25	14	16	1
Abitur	110	17	25	30	28	0
(Fach-)Hochschule	143	19	26	24	30	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	34	25	20	20	0
in Ausbildung	54	20	22	33	25	0
arbeitslos	31	52	35	5	7	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	52	22	12	13	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	44	28	14	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	33	25	18	23	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	14	21	38	28	0
Landw./Selbst./Freib.	47	20	22	25	33	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	46	23	14	16	1
evangelisch	246	32	26	18	20	3
katholisch	85	38	23	28	10	0

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Parteien nur an Wählerstimmen interessiert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	36	35	15	9	4
Geschlecht						
männlich	541	40	36	14	8	2
weiblich	559	33	34	16	11	6
Alter						
18-24 Jahre	71	11	53	21	14	1
25-34 Jahre	133	33	34	19	14	0
35-44 Jahre	151	34	45	13	7	0
45-59 Jahre	283	45	33	13	7	1
60 Jahre und älter	463	37	30	15	9	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	56	17	12	5	10
10. Klasse	529	36	39	13	10	1
Abitur	110	10	53	22	12	2
(Fach-)Hochschule	143	15	45	23	14	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	34	39	17	9	1
in Ausbildung	54	14	53	22	10	1
arbeitslos	31	35	58	2	3	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	41	28	14	10	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	48	32	14	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	27	47	15	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	15	41	31	13	0
Landw./Selbst./Freib.	47	28	36	14	20	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	43	32	13	10	3
evangelisch	246	19	43	21	6	11
katholisch	85	28	41	16	15	0

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	29	28	20	20	2
Geschlecht						
männlich	541	27	24	23	23	4
weiblich	559	32	32	17	18	1
Alter						
18-24 Jahre	71	3	27	38	31	0
25-34 Jahre	133	20	31	28	21	0
35-44 Jahre	151	20	26	30	23	2
45-59 Jahre	283	37	32	15	16	1
60 Jahre und älter	463	35	26	15	20	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	44	27	14	11	4
10. Klasse	529	29	29	19	21	2
Abitur	110	11	26	35	25	3
(Fach-)Hochschule	143	13	29	24	34	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	24	29	23	22	1
in Ausbildung	54	5	24	37	33	0
arbeitslos	31	40	24	31	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	36	28	14	18	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	34	33	18	14	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	22	30	24	23	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	8	22	43	27	0
Landw./Selbst./Freib.	47	12	21	18	43	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	31	27	19	21	2
evangelisch	246	27	28	22	18	5
katholisch	85	28	36	21	15	0

Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.

Bedrohung durch Kriminalität im Alltag

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	14	23	55	1
Geschlecht						
männlich	541	6	12	25	56	0
weiblich	559	6	16	21	55	2
Alter						
18-24 Jahre	71	1	9	27	63	0
25-34 Jahre	133	5	9	25	62	0
35-44 Jahre	151	11	8	25	55	1
45-59 Jahre	283	4	22	24	50	0
60 Jahre und älter	463	7	15	21	56	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	12	17	23	46	2
10. Klasse	529	5	16	22	56	1
Abitur	110	1	7	30	61	1
(Fach-)Hochschule	143	2	7	21	69	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	5	13	26	56	0
in Ausbildung	54	1	9	28	62	0
arbeitslos	31	15	14	20	51	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	8	16	20	55	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	9	14	28	49	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	2	16	28	54	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	5	19	75	0
Landw./Selbst./Freib.	47	4	7	22	67	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	7	16	22	55	0
evangelisch	246	4	10	26	57	3
katholisch	85	4	18	25	53	0

In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.

Weißer zu Recht führend in der Welt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	11	14	61	9
Geschlecht						
männlich	541	7	12	13	63	6
weiblich	559	6	10	14	59	12
Alter						
18-24 Jahre	71	4	4	16	75	2
25-34 Jahre	133	1	6	23	67	2
35-44 Jahre	151	13	13	13	58	3
45-59 Jahre	283	3	13	13	66	5
60 Jahre und älter	463	8	11	11	54	16
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	12	21	11	37	18
10. Klasse	529	4	8	17	65	6
Abitur	110	1	3	10	80	4
(Fach-)Hochschule	143	2	5	9	82	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	5	12	13	67	4
in Ausbildung	54	3	5	15	75	3
arbeitslos	31	3	11	35	47	3
über Nicht-Erwerbstät.	515	8	11	13	53	15
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	3	21	13	57	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	8	6	13	70	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	5	9	84	1
Landw./Selbst./Freib.	47	5	5	7	82	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	7	12	14	62	6
evangelisch	246	4	8	13	60	15
katholisch	85	0	11	14	53	21

Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.

Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	19	23	37	5
Geschlecht						
männlich	541	16	24	25	33	2
weiblich	559	18	14	20	41	7
Alter						
18-24 Jahre	71	1	11	34	53	1
25-34 Jahre	133	12	15	39	30	4
35-44 Jahre	151	15	17	32	33	3
45-59 Jahre	283	21	23	20	33	2
60 Jahre und älter	463	19	19	15	40	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	27	23	16	28	6
10. Klasse	529	18	21	26	32	4
Abitur	110	2	7	31	53	7
(Fach-)Hochschule	143	5	10	20	63	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	12	19	27	39	3
in Ausbildung	54	2	9	29	59	1
arbeitslos	31	41	18	21	19	1
übrige Nicht-Erwerbstat.	515	23	19	18	33	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	15	32	30	19	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	13	12	23	48	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	1	8	31	59	1
Landw./Selbst./Freib.	47	10	6	30	51	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	19	20	22	37	3
evangelisch	246	13	16	27	33	11
katholisch	85	17	19	17	45	1

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	28	28	10	28	6
Geschlecht						
männlich	541	21	25	12	35	8
weiblich	559	34	30	9	22	5
Alter						
18-24 Jahre	71	6	33	14	46	1
25-34 Jahre	133	28	20	15	35	3
35-44 Jahre	151	32	21	14	28	5
45-59 Jahre	283	27	30	10	30	2
60 Jahre und älter	463	29	30	7	23	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	45	27	2	14	12
10. Klasse	529	26	30	13	28	3
Abitur	110	7	25	16	48	5
(Fach-)Hochschule	143	10	23	14	48	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	26	26	12	32	4
in Ausbildung	54	6	29	19	45	0
arbeitslos	31	8	55	1	34	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	32	27	8	23	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	28	31	12	25	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	30	23	11	32	4
höh.-leit. Ang./Beamte	65	6	28	19	44	4
Landw./Selbst./Freib.	47	23	14	8	53	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	30	26	10	29	4
evangelisch	246	21	30	8	29	11
katholisch	85	23	35	15	19	8

Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen.

Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	20	30	19	27	4
Geschlecht						
männlich	541	23	32	17	26	2
weiblich	559	17	29	21	28	5
Alter						
18-24 Jahre	71	12	48	25	14	0
25-34 Jahre	133	13	27	29	29	1
35-44 Jahre	151	29	31	21	17	2
45-59 Jahre	283	22	40	18	19	2
60 Jahre und älter	463	19	23	15	36	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	25	23	20	25	7
10. Klasse	529	21	33	18	26	2
Abitur	110	12	43	19	24	2
(Fach-)Hochschule	143	10	29	20	38	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	20	35	19	24	2
in Ausbildung	54	17	44	22	17	0
arbeitslos	31	25	31	33	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	20	25	17	32	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	28	35	14	20	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	21	36	18	24	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	6	39	30	24	1
Landw./Selbst./Freib.	47	10	17	25	47	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	24	32	19	24	2
evangelisch	246	12	30	19	30	9
katholisch	85	14	19	17	48	3

Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.

Rückkehr zur sozialistischen Ordnung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	14	15	54	6
Geschlecht						
männlich	541	8	13	14	58	5
weiblich	559	13	16	16	49	6
Alter						
18-24 Jahre	71	3	5	30	56	6
25-34 Jahre	133	3	17	17	43	21
35-44 Jahre	151	18	16	17	46	2
45-59 Jahre	283	13	20	13	52	1
60 Jahre und älter	463	9	11	14	60	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	28	11	10	40	10
10. Klasse	529	4	19	16	57	5
Abitur	110	4	10	26	58	2
(Fach-)Hochschule	143	2	8	17	70	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	10	16	17	54	2
in Ausbildung	54	4	6	33	52	5
arbeitslos	31	4	38	1	50	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	12	12	13	53	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	16	22	17	44	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	8	14	15	60	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	2	11	20	65	2
Landw./Selbst./Freib.	47	0	12	22	62	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	12	17	15	50	6
evangelisch	246	8	11	15	60	5
katholisch	85	5	3	18	70	5

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	8	14	15	45	18
Geschlecht						
männlich	541	12	16	20	41	11
weiblich	559	4	12	10	50	24
Alter						
18-24 Jahre	71	2	9	21	58	9
25-34 Jahre	133	5	23	12	36	24
35-44 Jahre	151	6	10	16	57	11
45-59 Jahre	283	5	13	19	51	13
60 Jahre und älter	463	12	14	13	39	22
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	15	10	10	36	29
10. Klasse	529	6	19	17	44	14
Abitur	110	1	6	19	62	11
(Fach-)Hochschule	143	3	10	17	61	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	5	14	20	50	11
in Ausbildung	54	3	5	25	51	16
arbeitslos	31	1	15	17	28	39
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	11	15	9	41	22
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	9	17	19	39	16
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	3	10	20	60	8
höh.-leit. Ang./Beamte	65	2	14	21	58	4
Landw./Selbst./Freib.	47	3	19	16	45	17
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	7	14	16	44	19
evangelisch	246	10	12	14	49	16
katholisch	85	7	27	13	48	5

Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.

Flüchtlinge in Deutschland nicht integrierbar

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	27	31	18	16	8
Geschlecht						
männlich	541	27	32	18	18	4
weiblich	559	26	30	17	15	12
Alter						
18-24 Jahre	71	8	30	31	29	1
25-34 Jahre	133	15	25	17	22	21
35-44 Jahre	151	25	33	22	16	4
45-59 Jahre	283	31	32	19	14	4
60 Jahre und älter	463	31	31	13	15	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	44	27	6	10	13
10. Klasse	529	24	34	20	14	7
Abitur	110	9	31	31	27	2
(Fach-)Hochschule	143	11	28	25	30	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	24	32	22	17	4
in Ausbildung	54	9	26	34	29	1
arbeitslos	31	31	30	2	20	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	31	30	12	14	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	35	34	14	12	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	18	35	24	18	5
höh.-leit. Ang./Beamte	65	10	27	37	24	2
Landw./Selbst./Freib.	47	23	27	26	19	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	29	28	18	17	8
evangelisch	246	21	37	17	14	10
katholisch	85	16	45	16	18	5

Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.

Beibehaltung Lebensstil von Zuwanderern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	33	22	28	4
Geschlecht						
männlich	541	10	36	22	31	2
weiblich	559	16	31	22	26	5
Alter						
18-24 Jahre	71	20	52	18	6	5
25-34 Jahre	133	22	37	27	12	1
35-44 Jahre	151	9	34	21	31	4
45-59 Jahre	283	10	34	26	28	3
60 Jahre und älter	463	12	28	20	36	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	15	21	16	45	3
10. Klasse	529	10	36	24	26	3
Abitur	110	13	44	27	9	7
(Fach-)Hochschule	143	15	41	25	15	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	11	36	25	25	3
in Ausbildung	54	16	53	21	8	3
arbeitslos	31	9	30	42	17	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	15	29	18	35	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	6	31	25	35	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	13	34	27	22	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	10	55	23	4	8
Landw./Selbst./Freib.	47	20	38	26	14	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	13	30	23	31	3
evangelisch	246	11	38	23	22	6
katholisch	85	13	43	12	29	3

Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.

Hätte Probleme Sinti und Roma in Wohngegend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	18	19	20	36	6
Geschlecht						
männlich	541	16	18	26	35	6
weiblich	559	21	20	15	37	7
Alter						
18-24 Jahre	71	7	12	26	52	3
25-34 Jahre	133	9	23	17	47	4
35-44 Jahre	151	24	23	17	35	2
45-59 Jahre	283	17	24	26	28	6
60 Jahre und älter	463	22	14	18	36	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	29	13	19	30	9
10. Klasse	529	17	24	20	34	5
Abitur	110	6	18	23	47	7
(Fach-)Hochschule	143	10	13	22	50	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	16	23	24	34	4
in Ausbildung	54	10	20	22	45	3
arbeitslos	31	14	29	16	39	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	22	14	17	37	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	18	24	29	24	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	16	24	19	38	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	9	15	28	44	5
Landw./Selbst./Freib.	47	12	14	20	48	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	17	19	20	37	7
evangelisch	246	21	17	21	34	7
katholisch	85	20	18	26	34	2

Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Rom in meiner Wohngegend aufhalten.

Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	23	17	16	37	7
Geschlecht						
männlich	541	28	17	17	33	4
weiblich	559	19	17	15	40	10
Alter						
18-24 Jahre	71	7	21	29	41	1
25-34 Jahre	133	13	11	29	44	4
35-44 Jahre	151	28	19	9	37	8
45-59 Jahre	283	17	18	23	37	5
60 Jahre und älter	463	32	17	9	34	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	31	11	16	32	10
10. Klasse	529	23	18	15	38	5
Abitur	110	9	21	21	40	9
(Fach-)Hochschule	143	19	22	16	39	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	18	18	20	38	6
in Ausbildung	54	9	23	24	42	2
arbeitslos	31	25	2	8	65	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	30	16	12	34	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	16	19	27	32	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	24	15	16	39	6
höh.-leit. Ang./Beamte	65	5	29	18	45	3
Landw./Selbst./Freib.	47	14	19	13	46	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	23	16	19	36	6
evangelisch	246	24	16	10	42	8
katholisch	85	28	29	9	28	6

Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.

Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	65	17	3	11	5
Geschlecht						
männlich	541	54	20	4	15	6
weiblich	559	75	14	1	6	4
Alter						
18-24 Jahre	71	72	24	1	1	1
25-34 Jahre	133	77	16	2	5	0
35-44 Jahre	151	73	18	2	7	0
45-59 Jahre	283	71	13	5	4	7
60 Jahre und älter	463	53	18	3	19	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	57	14	0	18	11
10. Klasse	529	67	17	4	9	3
Abitur	110	69	21	4	4	2
(Fach-)Hochschule	143	69	18	5	5	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	70	17	3	6	4
in Ausbildung	54	76	21	1	0	2
arbeitslos	31	74	20	5	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	58	16	3	17	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	63	16	4	8	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	78	14	1	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	71	17	6	1	5
Landw./Selbst./Freib.	47	65	29	1	2	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	69	15	2	9	4
evangelisch	246	57	19	3	17	4
katholisch	85	44	26	6	11	13

Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern können, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.

Zufriedenheit mit: medizinischer Versorgung in Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	29	51	12	6	1
Geschlecht						
männlich	541	29	52	12	5	2
weiblich	559	29	50	13	7	1
Alter						
18-24 Jahre	71	36	57	6	2	0
25-34 Jahre	133	29	49	17	6	0
35-44 Jahre	151	21	53	18	7	1
45-59 Jahre	283	24	52	11	10	3
60 Jahre und älter	463	34	50	11	4	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	32	45	14	9	0
10. Klasse	529	26	53	13	6	2
Abitur	110	31	58	6	3	3
(Fach-)Hochschule	143	32	55	9	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	25	54	15	4	1
in Ausbildung	54	36	57	5	2	0
arbeitslos	31	13	39	41	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	33	49	9	9	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	27	48	15	7	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	24	55	17	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	26	67	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	23	52	21	2	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	29	48	13	7	2
evangelisch	246	26	58	13	2	0
katholisch	85	34	58	3	5	0

Jetzt kommen wir zu einigen Fragen, die sich mit dem Thema „Gesundheit“ befassen. Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der medizinischen Versorgung in Deutschland?

Zufriedenheit mit: medizinischer Versorgung in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	29	50	15	6	1
Geschlecht						
männlich	541	28	50	17	3	1
weiblich	559	29	49	13	8	1
Alter						
18-24 Jahre	71	26	60	10	2	2
25-34 Jahre	133	23	48	24	4	1
35-44 Jahre	151	23	53	15	8	0
45-59 Jahre	283	23	51	17	8	1
60 Jahre und älter	463	36	47	12	5	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	34	45	12	8	0
10. Klasse	529	26	50	17	6	1
Abitur	110	27	59	12	2	0
(Fach-)Hochschule	143	26	55	15	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	23	56	16	4	1
in Ausbildung	54	30	58	8	2	2
arbeitslos	31	17	27	44	6	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	34	45	13	7	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	26	50	17	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	20	62	13	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	25	54	20	0	1
Landw./Selbst./Freib.	47	22	52	21	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	28	47	17	7	1
evangelisch	246	29	57	10	3	1
katholisch	85	32	50	12	4	2

Und wie ist das mit der medizinischen Versorgung in Thüringen?

Zufriedenheit mit: Leistung Krankenkasse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	46	41	9	1	3
Geschlecht						
männlich	541	43	40	11	1	4
weiblich	559	48	42	6	1	2
Alter						
18-24 Jahre	71	43	43	7	1	6
25-34 Jahre	133	45	34	19	2	1
35-44 Jahre	151	49	40	11	1	0
45-59 Jahre	283	48	44	6	0	1
60 Jahre und älter	463	44	42	7	2	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	53	35	6	0	6
10. Klasse	529	44	42	11	2	1
Abitur	110	42	48	7	1	2
(Fach-)Hochschule	143	40	48	8	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	43	46	8	1	1
in Ausbildung	54	43	44	6	0	7
arbeitslos	31	27	45	28	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	50	37	8	1	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	41	44	13	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	46	47	5	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	39	47	11	1	1
Landw./Selbst./Freib.	47	46	44	6	0	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	47	38	10	2	3
evangelisch	246	44	51	4	0	1
katholisch	85	42	43	12	0	3

Und wie zufrieden sind Sie mit den Leistungen Ihrer Krankenkasse?

Zufriedenheit mit: eigener Gesundheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	33	46	13	8	0
Geschlecht						
männlich	541	30	49	14	7	0
weiblich	559	36	43	12	9	0
Alter						
18-24 Jahre	71	58	39	3	0	0
25-34 Jahre	133	47	39	9	5	0
35-44 Jahre	151	48	38	9	5	0
45-59 Jahre	283	31	44	14	10	0
60 Jahre und älter	463	23	52	16	10	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	32	46	11	10	0
10. Klasse	529	29	47	14	10	0
Abitur	110	52	35	12	0	0
(Fach-)Hochschule	143	37	49	10	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	41	48	8	2	0
in Ausbildung	54	59	38	3	0	0
arbeitslos	31	17	12	36	35	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	24	46	16	13	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	34	54	7	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	44	44	10	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	45	40	12	2	0
Landw./Selbst./Freib.	47	51	44	1	3	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	38	42	12	8	0
evangelisch	246	25	50	16	10	0
katholisch	85	19	63	12	6	0

Und wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Gesundheit?

Zufriedenheit mit: Versorgung Hausärzte in näherer Umgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	38	38	15	9	0
Geschlecht						
männlich	541	39	40	12	8	1
weiblich	559	37	36	18	9	0
Alter						
18-24 Jahre	71	47	38	12	0	3
25-34 Jahre	133	32	48	15	5	0
35-44 Jahre	151	33	31	26	9	0
45-59 Jahre	283	35	37	16	11	0
60 Jahre und älter	463	41	37	12	9	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	46	28	16	10	0
10. Klasse	529	34	41	15	9	0
Abitur	110	38	43	12	5	2
(Fach-)Hochschule	143	33	44	17	5	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	34	36	20	10	0
in Ausbildung	54	46	42	9	0	3
arbeitslos	31	16	56	27	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	42	38	11	9	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	31	34	19	16	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	39	36	19	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	31	43	18	8	0
Landw./Selbst./Freib.	47	25	46	21	7	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	41	32	17	10	1
evangelisch	246	30	52	12	5	1
katholisch	85	33	49	12	5	0

Wie ist das mit der Versorgung mit Hausärzten in Ihrer näheren Umgebung?

Zufriedenheit mit: Versorgung Fachärzte in näherer Umgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	19	31	31	15	4
Geschlecht						
männlich	541	19	36	27	16	2
weiblich	559	18	27	35	14	6
Alter						
18-24 Jahre	71	31	30	33	2	4
25-34 Jahre	133	6	30	35	15	14
35-44 Jahre	151	15	26	48	10	2
45-59 Jahre	283	12	35	36	16	0
60 Jahre und älter	463	26	31	21	18	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	28	26	20	16	10
10. Klasse	529	14	32	35	18	1
Abitur	110	17	36	36	7	4
(Fach-)Hochschule	143	17	36	36	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	12	32	40	15	1
in Ausbildung	54	28	31	35	3	3
arbeitslos	31	4	24	44	25	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	26	31	20	16	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	11	32	34	22	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	13	29	47	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	11	36	46	7	0
Landw./Selbst./Freib.	47	11	38	35	9	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	19	26	32	18	5
evangelisch	246	16	41	31	10	1
katholisch	85	23	44	24	6	3

Wie ist das mit der Versorgung mit Fachärzten in Ihrer näheren Umgebung?

Zufriedenheit mit: Erreichbarkeit nächstes Krankenhaus

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	53	40	4	2	0
Geschlecht						
männlich	541	52	40	6	2	0
weiblich	559	54	40	3	2	0
Alter						
18-24 Jahre	71	63	33	4	0	0
25-34 Jahre	133	57	35	2	5	0
35-44 Jahre	151	49	48	2	1	0
45-59 Jahre	283	51	42	6	1	0
60 Jahre und älter	463	53	39	5	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	53	42	5	0	0
10. Klasse	529	51	40	4	4	0
Abitur	110	57	37	6	0	0
(Fach-)Hochschule	143	56	39	3	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	51	42	5	1	0
in Ausbildung	54	70	28	2	0	0
arbeitslos	31	14	69	0	16	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	55	37	5	2	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	44	49	4	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	56	38	5	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	57	36	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	50	42	2	1	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	56	36	5	3	0
evangelisch	246	44	53	3	1	0
katholisch	85	57	36	3	1	3

Wie ist das mit der Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses in Ihrer Umgebung?

Zufriedenheit mit: Versorgung mit Psychotherapeuten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	28	12	9	35
Geschlecht						
männlich	541	14	26	12	8	40
weiblich	559	20	29	12	10	29
Alter						
18-24 Jahre	71	11	23	26	5	35
25-34 Jahre	133	9	32	10	16	33
35-44 Jahre	151	17	24	19	7	33
45-59 Jahre	283	18	26	9	12	35
60 Jahre und älter	463	20	29	9	6	36
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	23	41	9	3	25
10. Klasse	529	16	22	11	13	37
Abitur	110	11	24	18	8	39
(Fach-)Hochschule	143	12	20	15	8	45
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	15	25	12	10	37
in Ausbildung	54	15	25	26	6	28
arbeitslos	31	2	6	25	41	26
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	20	31	9	6	33
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	18	29	13	10	30
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	12	26	12	14	37
höh.-leit. Ang./Beamte	65	15	14	19	3	49
Landw./Selbst./Freib.	47	13	27	6	8	47
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	18	27	11	10	34
evangelisch	246	15	29	13	8	35
katholisch	85	14	29	9	6	42

Wie ist das mit der Versorgung mit Psychotherapeuten in Ihrer näheren Umgebung?

Zufriedenheit mit: Versorgung mit Apotheken

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	78	21	1	0	0
Geschlecht						
männlich	541	78	20	2	0	0
weiblich	559	78	21	1	0	0
Alter						
18-24 Jahre	71	86	14	0	0	0
25-34 Jahre	133	89	11	0	0	0
35-44 Jahre	151	84	16	0	0	0
45-59 Jahre	283	75	21	3	1	0
60 Jahre und älter	463	74	25	0	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	76	23	2	0	0
10. Klasse	529	78	21	0	0	0
Abitur	110	84	13	3	0	0
(Fach-)Hochschule	143	79	19	1	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	78	20	1	0	0
in Ausbildung	54	90	10	0	0	0
arbeitslos	31	75	25	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	77	22	2	0	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	74	26	0	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	82	17	0	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	80	17	3	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	76	19	5	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	81	17	2	0	0
evangelisch	246	68	31	0	1	0
katholisch	85	77	22	1	0	0

Wie ist das mit der Versorgung mit Apotheken in Ihrer näheren Umgebung?

Zufriedenheit mit: Versorgung ambulante Pflegedienste

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	44	31	5	1	19
Geschlecht						
männlich	541	38	33	6	1	22
weiblich	559	49	29	4	1	16
Alter						
18-24 Jahre	71	39	31	6	1	23
25-34 Jahre	133	45	18	11	2	24
35-44 Jahre	151	38	29	8	0	25
45-59 Jahre	283	43	34	6	1	16
60 Jahre und älter	463	47	33	2	1	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	51	35	3	0	11
10. Klasse	529	44	29	7	2	18
Abitur	110	33	33	3	0	31
(Fach-)Hochschule	143	35	27	4	1	33
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	39	33	6	1	20
in Ausbildung	54	34	34	5	0	27
arbeitslos	31	28	15	18	0	39
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	51	29	3	1	16
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	37	40	8	2	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	40	31	4	1	24
höh.-leit. Ang./Beamte	65	37	26	8	2	27
Landw./Selbst./Freib.	47	47	26	9	0	18
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	44	28	6	1	20
evangelisch	246	41	39	2	1	18
katholisch	85	45	41	3	1	10

Wie ist das mit der Versorgung mit ambulanten Pflegediensten in Ihrer näheren Umgebung? (auch: Hauskrankenpflege)

Zufriedenheit mit: Vorhandensein Gesundheitsberatung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	14	28	10	5	43
Geschlecht						
männlich	541	13	23	11	4	48
weiblich	559	15	33	9	5	37
Alter						
18-24 Jahre	71	16	37	12	2	33
25-34 Jahre	133	13	41	12	6	28
35-44 Jahre	151	12	34	17	6	31
45-59 Jahre	283	13	24	11	10	42
60 Jahre und älter	463	15	24	6	2	52
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	17	27	4	5	46
10. Klasse	529	14	27	12	6	40
Abitur	110	10	35	12	4	38
(Fach-)Hochschule	143	9	28	12	4	47
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	13	28	14	4	41
in Ausbildung	54	15	42	9	3	31
arbeitslos	31	24	18	13	20	25
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	14	27	6	5	47
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	16	23	14	8	38
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	9	33	15	2	41
höh.-leit. Ang./Beamte	65	13	31	17	2	36
Landw./Selbst./Freib.	47	14	25	4	1	55
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	13	29	10	7	41
evangelisch	246	14	21	9	3	52
katholisch	85	25	38	8	1	28

Wie ist das mit dem Vorhandensein von Einrichtungen der Gesundheitsberatung in Ihrer näheren Umgebung?

Zufriedenheit mit: Vorhandensein Hebammen und Geburtshäuser

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	25	11	4	49
Geschlecht						
männlich	541	8	20	11	3	58
weiblich	559	14	30	10	5	42
Alter						
18-24 Jahre	71	14	25	18	4	39
25-34 Jahre	133	9	42	20	5	24
35-44 Jahre	151	13	32	16	5	35
45-59 Jahre	283	12	27	10	5	47
60 Jahre und älter	463	9	17	5	3	65
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	9	27	7	2	55
10. Klasse	529	12	25	10	5	48
Abitur	110	11	25	19	5	40
(Fach-)Hochschule	143	10	22	13	7	48
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	12	28	13	5	42
in Ausbildung	54	10	30	22	4	34
arbeitslos	31	2	19	39	5	36
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	10	23	5	3	59
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	15	26	13	2	44
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	11	30	13	7	38
höh.-leit. Ang./Beamte	65	6	26	15	5	49
Landw./Selbst./Freib.	47	14	24	14	3	45
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	11	25	12	4	48
evangelisch	246	7	25	8	5	55
katholisch	85	20	30	7	4	39

Wie ist das mit der Versorgung mit Hebammen und Geburtshäusern in Ihrer näheren Umgebung?

Zufriedenheit mit: Wartezeit auf Termine bei Fachärzten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	21	33	33	6
Geschlecht						
männlich	541	8	21	37	26	8
weiblich	559	6	21	28	40	5
Alter						
18-24 Jahre	71	10	22	41	21	7
25-34 Jahre	133	3	17	33	45	2
35-44 Jahre	151	5	23	34	34	4
45-59 Jahre	283	4	19	39	35	3
60 Jahre und älter	463	9	23	27	30	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	8	25	16	38	12
10. Klasse	529	5	17	41	34	3
Abitur	110	8	20	39	25	7
(Fach-)Hochschule	143	7	29	35	23	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	5	21	37	34	4
in Ausbildung	54	6	20	41	26	7
arbeitslos	31	0	16	53	26	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	9	22	26	34	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	6	18	34	41	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	3	23	38	33	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	4	26	41	21	8
Landw./Selbst./Freib.	47	10	14	32	29	15
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	6	19	30	36	8
evangelisch	246	8	29	33	29	1
katholisch	85	6	13	56	20	5

Wie ist das mit der Wartezeit auf einen Termin bei den Fachärzten in Ihrer näheren Umgebung?

Idee der VERAH

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	58	29	2	0	11
Geschlecht						
männlich	541	54	34	2	0	10
weiblich	559	63	24	2	0	11
Alter						
18-24 Jahre	71	51	43	0	0	6
25-34 Jahre	133	48	33	5	1	12
35-44 Jahre	151	64	25	1	0	10
45-59 Jahre	283	64	31	0	1	4
60 Jahre und älter	463	57	26	2	0	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	53	27	2	0	18
10. Klasse	529	61	29	2	1	7
Abitur	110	51	33	2	0	13
(Fach-)Hochschule	143	64	29	1	0	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	60	32	1	0	7
in Ausbildung	54	46	47	0	0	7
arbeitslos	31	67	11	15	0	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	58	25	2	0	15
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	51	39	0	1	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	65	26	2	1	7
höh.-leit. Ang./Beamte	65	70	28	2	0	1
Landw./Selbst./Freib.	47	56	40	0	0	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	59	30	1	0	9
evangelisch	246	53	27	4	0	16
katholisch	85	65	30	0	0	4

Kennen Sie das Berufsbild der „Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis“, der „VERAH“? [Diese Personen übernehmen Aufgaben der ambulanten medizinischen Versorgung, beispielsweise Verbandswechsel oder Blutzuckerspiegel-Messungen, ähnlich wie früher die Gemeindegewestern auf dem Land.] Wie finden Sie denn diese Idee?

Beurteilung finanzielle Belastung durch medizinische Behandlung / Medikamente

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr hoch	eher hoch	angemessen	eher gering	sehr gering	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	14	19	41	14	9	4
Geschlecht							
männlich	541	9	18	43	15	10	4
weiblich	559	18	19	40	12	7	4
Alter							
18-24 Jahre	71	5	17	42	19	14	4
25-34 Jahre	133	11	18	49	7	10	6
35-44 Jahre	151	9	15	43	24	8	2
45-59 Jahre	283	15	22	36	12	13	2
60 Jahre und älter	463	17	19	42	12	5	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	12	10	49	14	9	6
10. Klasse	529	17	24	37	11	8	3
Abitur	110	6	23	34	22	9	4
(Fach-)Hochschule	143	11	17	43	14	10	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	9	21	40	18	10	3
in Ausbildung	54	6	11	41	16	22	3
arbeitslos	31	23	23	47	3	1	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	18	18	42	10	6	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	8	19	38	19	14	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	10	21	44	16	7	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	8	26	35	17	9	4
Landw./Selbst./Freib.	47	12	27	35	17	6	3
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	13	21	38	14	9	4
evangelisch	246	14	17	47	11	6	5
katholisch	85	15	11	50	13	10	1

Wie beurteilen Sie die finanziellen Belastungen, die für Sie persönlich durch medizinische Behandlungen und Medikamente entstehen? [inkl. Kassenbeiträge, Zuzahlungen, Eigenleistungen usw.] Sind diese ...

Einschätzung Maßnahmen Gesundheit am Arbeitsplatz

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	20	14	3	55	3
Geschlecht							
männlich	541	6	22	16	2	50	4
weiblich	559	6	19	11	3	59	1
Alter							
18-24 Jahre	71	3	2	8	2	79	6
25-34 Jahre	133	12	28	15	6	38	1
35-44 Jahre	151	13	47	28	2	9	1
45-59 Jahre	283	9	31	24	5	25	5
60 Jahre und älter	463	1	6	3	0	89	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	1	12	8	0	79	0
10. Klasse	529	7	22	18	4	46	4
Abitur	110	13	27	10	3	44	4
(Fach-)Hochschule	143	9	31	13	3	41	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	14	45	30	6	0	6
in Ausbildung	54	0	0	0	0	100	0
arbeitslos	31	0	0	0	0	100	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	0	0	0	0	100	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	8	38	39	6	3	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	16	49	25	6	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	19	47	28	4	0	2
Landw./Selbst./Freib.	47	19	37	7	0	13	25
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	8	19	16	3	52	3
evangelisch	246	4	23	9	1	62	1
katholisch	85	3	23	9	1	60	4

Wie schätzen Sie die Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Gesundheit an Ihrem Arbeitsplatz ein?

Einstellung zu Organspende

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	bin Spender_in / habe Organspender- ausweis	würde ich tun	würde ich nicht tun / würde widersprechen	kann bzw. darf nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	25	38	18	10	8
Geschlecht						
männlich	541	19	44	20	12	5
weiblich	559	30	33	16	9	11
Alter						
18-24 Jahre	71	41	45	11	1	2
25-34 Jahre	133	33	35	16	1	16
35-44 Jahre	151	30	42	17	4	6
45-59 Jahre	283	24	42	18	10	6
60 Jahre und älter	463	19	35	21	17	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	18	37	21	13	11
10. Klasse	529	22	42	19	10	7
Abitur	110	42	35	8	8	7
(Fach-)Hochschule	143	35	33	16	9	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	27	44	18	5	7
in Ausbildung	54	38	48	11	1	2
arbeitslos	31	43	31	27	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	21	33	19	17	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	19	48	19	6	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	31	41	18	3	7
höh.-leit. Ang./Beamte	65	39	36	13	8	4
Landw./Selbst./Freib.	47	21	46	17	10	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	27	38	19	7	8
evangelisch	246	16	41	13	21	9
katholisch	85	26	36	27	7	4

Was halten Sie persönlich von der Möglichkeit der Organspende?

Spenden Sie Blut?

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ja, spende regelmäßig Blut	gelegentlich bzw. habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	kann bzw. darf nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	19	14	16	38	1
Geschlecht							
männlich	541	11	23	17	14	34	2
weiblich	559	12	16	11	18	42	1
Alter							
18-24 Jahre	71	18	29	28	5	20	0
25-34 Jahre	133	13	22	23	25	14	4
35-44 Jahre	151	8	26	15	16	35	0
45-59 Jahre	283	17	20	12	13	38	1
60 Jahre und älter	463	8	14	10	17	49	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	14	5	7	28	45	1
10. Klasse	529	10	25	16	12	36	1
Abitur	110	12	28	19	9	30	2
(Fach-)Hochschule	143	9	23	18	12	38	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	16	23	18	15	28	0
in Ausbildung	54	16	31	31	8	14	0
arbeitslos	31	6	28	23	20	23	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	7	14	7	18	52	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	20	17	18	20	25	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	15	29	13	10	33	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	13	24	28	8	26	1
Landw./Selbst./Freib.	47	1	21	29	22	27	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	11	20	15	19	34	1
evangelisch	246	9	16	11	10	53	1
katholisch	85	20	26	13	8	32	0

Spenden Sie Blut?

Pflege eines Angehörigen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ja, zurzeit	ja, in der Vergangenheit	nein, aber zeichnet sich ab	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	34	1	53	1
Geschlecht						
männlich	541	10	32	1	56	0
weiblich	559	12	36	1	50	1
Alter						
18-24 Jahre	71	7	16	3	74	0
25-34 Jahre	133	11	21	0	67	0
35-44 Jahre	151	12	21	0	67	0
45-59 Jahre	283	12	37	0	50	0
60 Jahre und älter	463	11	43	2	44	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	10	38	3	48	2
10. Klasse	529	12	34	0	53	0
Abitur	110	11	20	1	68	0
(Fach-)Hochschule	143	9	36	0	55	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	11	32	1	57	0
in Ausbildung	54	10	12	3	75	1
arbeitslos	31	24	28	2	46	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	10	39	1	49	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	12	36	0	51	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	11	32	1	55	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	12	20	0	68	0
Landw./Selbst./Freib.	47	7	23	0	70	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	13	30	1	55	1
evangelisch	246	6	41	2	50	0
katholisch	85	9	47	0	44	0

Pflegen oder betreuen Sie zurzeit einen Angehörigen, der sich nicht mehr ganz alleine versorgen kann, oder haben Sie das in der Vergangenheit einmal getan?

Finanzielle Belastung durch Pflege

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr hoch	eher hoch	angemessen	eher gering	sehr gering	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	10	24	12	18	29
Geschlecht							
männlich	541	7	11	21	13	17	31
weiblich	559	6	9	28	11	19	27
Alter							
18-24 Jahre	71	1	10	11	16	15	47
25-34 Jahre	133	7	6	21	11	28	26
35-44 Jahre	151	5	7	19	6	22	41
45-59 Jahre	283	9	12	29	11	19	20
60 Jahre und älter	463	6	10	26	14	14	29
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	317	6	6	29	10	17	31
10. Klasse	529	7	13	21	13	19	27
Abitur	110	4	11	17	14	14	40
(Fach-)Hochschule	143	7	8	31	13	18	23
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	500	8	10	23	9	17	32
in Ausbildung	54	0	10	7	26	20	37
arbeitslos	31	6	4	41	3	29	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	6	10	26	14	18	26
Berufsgruppe							
Arbeiter	197	13	9	17	8	23	30
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	4	13	30	8	13	33
höh.-leit. Ang./Beamte	65	8	6	20	12	17	37
Landw./Selbst./Freib.	47	3	16	15	19	9	38
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	762	7	9	28	10	18	28
evangelisch	246	6	10	16	15	19	33
katholisch	85	9	17	16	21	15	22

Wie ist das mit der finanziellen Belastung, die für Sie persönlich durch Pflege entsteht [inkl. Beitragszahlungen, Eigenleistungen]? Sind diese.....

Zeitliche Belastung durch Pflegeaufgaben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr hoch	eher hoch	angemessen	eher gering	sehr gering	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	14	13	13	3	2	54	1
Geschlecht								
männlich	541	12	14	13	3	2	57	1
weiblich	559	17	12	14	4	1	51	1
Alter								
18-24 Jahre	71	6	6	6	1	0	75	5
25-34 Jahre	133	10	11	8	4	0	67	0
35-44 Jahre	151	8	6	15	4	0	67	0
45-59 Jahre	283	20	19	8	3	0	50	0
60 Jahre und älter	463	15	13	19	3	4	45	1
Schulabschluss								
unter 10. Klasse	317	10	13	22	1	2	50	1
10. Klasse	529	17	13	10	5	2	53	0
Abitur	110	9	9	9	2	0	69	3
(Fach-)Hochschule	143	17	13	11	2	1	55	0
Erwerbstätigkeit								
erwerbstätig	500	14	13	13	3	0	57	1
in Ausbildung	54	6	7	5	0	1	76	6
arbeitslos	31	6	25	5	15	0	46	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	15	13	16	3	3	50	0
Berufsgruppe								
Arbeiter	197	15	17	13	3	0	51	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	15	10	14	3	0	55	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	13	10	5	3	0	68	0
Landw./Selbst./Freib.	47	9	11	8	2	0	70	0
Religionsgemeinschaft								
keine, andere	762	14	13	12	3	1	56	1
evangelisch	246	14	9	20	4	2	51	0
katholisch	85	20	19	6	6	5	44	0

Wie schätzen Sie die zeitliche Belastung ein, die sich aus diesen Pflegeaufgaben für Sie persönlich ergibt/ergab?

Gesundheitliche Belastung durch Pflegeaufgaben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr hoch	eher hoch	ange- messen	eher gering	sehr gering	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	10	9	12	7	7	54	1
Geschlecht								
männlich	541	8	7	12	8	6	57	2
weiblich	559	12	11	11	5	8	52	1
Alter								
18-24 Jahre	71	1	4	5	6	3	75	5
25-34 Jahre	133	6	9	8	4	5	68	1
35-44 Jahre	151	5	5	14	6	2	67	0
45-59 Jahre	283	12	11	15	7	3	51	0
60 Jahre und älter	463	12	11	10	8	11	45	2
Schulabschluss								
unter 10. Klasse	317	11	5	15	8	10	50	2
10. Klasse	529	10	12	11	6	5	54	1
Abitur	110	3	10	6	5	5	69	2
(Fach-)Hochschule	143	11	10	8	7	8	55	1
Erwerbstätigkeit								
erwerbstätig	500	9	10	13	6	4	57	1
in Ausbildung	54	0	5	7	1	5	76	6
arbeitslos	31	7	13	28	4	0	46	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	12	9	9	8	10	50	1
Berufsgruppe								
Arbeiter	197	10	8	19	6	4	52	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	9	13	11	6	4	56	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	9	7	7	6	2	68	0
Landw./Selbst./Freib.	47	6	8	6	6	4	70	1
Religionsgemeinschaft								
keine, andere	762	11	9	11	4	6	57	1
evangelisch	246	9	8	14	13	5	51	1
katholisch	85	5	17	5	9	17	44	3

Und wie ist das mit der gesundheitlichen Belastung, die sich aus diesen Pflegeaufgaben für Sie persönlich ergibt/ ergab?

Belastung für Berufstätigkeit durch Pflegeaufgaben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe Beruf wegen privater Pflegetätigkeit aufgegeben	sehr hoch	eher hoch	ange- messen	eher gering	sehr gering	trifft nicht zu	weiß nicht keine Angabe
Gesamt	1100	2	7	7	7	6	8	58	5
Geschlecht									
männlich	541	3	4	7	4	9	9	60	4
weiblich	559	2	10	6	10	4	7	56	5
Alter									
18-24 Jahre	71	0	2	5	4	3	2	77	7
25-34 Jahre	133	2	5	9	5	3	3	68	5
35-44 Jahre	151	0	6	4	9	9	5	68	0
45-59 Jahre	283	2	8	10	8	10	9	53	1
60 Jahre und älter	463	4	7	5	7	5	11	53	8
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	317	4	4	3	6	9	11	55	7
10. Klasse	529	2	9	8	8	5	7	58	4
Abitur	110	0	3	7	7	4	5	71	3
(Fach-)Hochschule	143	2	8	10	6	4	9	59	3
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	500	1	7	9	8	9	7	57	2
in Ausbildung	54	4	2	2	3	2	2	78	6
arbeitslos	31	0	0	11	7	4	0	56	22
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	4	8	5	6	4	10	58	7
Berufsgruppe									
Arbeiter	197	0	5	8	6	16	12	52	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	2	10	10	11	5	4	57	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	6	5	9	7	4	68	0
Landw./Selbst./Freib.	47	0	4	12	6	2	6	70	0
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	762	3	7	6	6	6	7	60	5
evangelisch	246	2	8	7	8	7	9	56	5
katholisch	85	0	4	9	11	6	11	54	5

Und wie ist die Belastung für Ihre Berufstätigkeit, die sich aus diesen privaten Pflegeaufgaben für Sie persönlich ergibt/ergab?

Möglichkeit: Betreuung durch Familienangehörigen in eigener Wohnung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	wünschenswert	akzeptabel	kommt nicht in Frage	kenne ich nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	41	30	25	0	3
Geschlecht						
männlich	541	36	37	22	0	4
weiblich	559	46	24	28	0	2
Alter						
18-24 Jahre	71	31	47	20	0	3
25-34 Jahre	133	52	29	19	0	0
35-44 Jahre	151	49	39	12	0	0
45-59 Jahre	283	37	30	30	0	3
60 Jahre und älter	463	40	25	30	0	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	51	25	21	0	3
10. Klasse	529	35	32	29	0	4
Abitur	110	46	33	18	0	2
(Fach-)Hochschule	143	40	31	26	0	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	40	36	23	0	1
in Ausbildung	54	36	40	21	0	3
arbeitslos	31	38	50	12	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	43	23	29	0	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	30	46	22	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	47	27	24	0	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	46	33	20	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	45	24	26	0	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	38	31	28	0	3
evangelisch	246	49	30	19	0	3
katholisch	85	48	21	29	0	3

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, wie ältere Menschen wohnen können, wenn sie nicht mehr alle Dinge selbst erledigen können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie für sich selbst diese Möglichkeiten des Wohnens für wünschenswert oder für akzeptabel halten, oder ob sie für Sie nicht in Frage kommen. Wie ist das mit... Betreuung durch einen Familienangehörigen in der eigenen Wohnung?

Möglichkeit: Betreuung durch Pflegedienst in eigener Wohnung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	wünschens- wert	akzeptabel	kommt nicht in Frage	kenne ich nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	38	51	8	0	3
Geschlecht						
männlich	541	36	54	7	0	2
weiblich	559	39	48	9	0	4
Alter						
18-24 Jahre	71	42	53	5	0	0
25-34 Jahre	133	50	46	4	0	0
35-44 Jahre	151	50	48	3	0	0
45-59 Jahre	283	36	51	7	0	5
60 Jahre und älter	463	31	53	12	0	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	36	48	9	0	7
10. Klasse	529	35	54	9	0	2
Abitur	110	50	44	5	0	1
(Fach-)Hochschule	143	42	52	5	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	40	54	5	0	1
in Ausbildung	54	50	49	1	0	0
arbeitslos	31	15	78	4	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	36	47	12	0	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	42	52	3	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	39	55	6	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	40	57	4	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	39	45	16	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	37	51	8	0	4
evangelisch	246	38	54	7	0	1
katholisch	85	47	41	7	0	5

Wie ist das mit... Betreuung durch einen ambulanten Pflegedienst in der eigenen Wohnung?

Möglichkeit: Betreutes Wohnen in Einrichtung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	wünschens- wert	akzeptabel	kommt nicht in Frage	kenne ich nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	29	47	22	0	2
Geschlecht						
männlich	541	24	54	20	0	2
weiblich	559	34	41	24	0	2
Alter						
18-24 Jahre	71	38	55	7	0	0
25-34 Jahre	133	29	43	28	0	0
35-44 Jahre	151	38	42	20	0	0
45-59 Jahre	283	33	50	15	0	2
60 Jahre und älter	463	22	47	27	0	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	20	36	40	0	4
10. Klasse	529	33	50	15	0	2
Abitur	110	32	57	10	0	1
(Fach-)Hochschule	143	32	52	15	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	35	50	14	0	1
in Ausbildung	54	41	54	4	0	1
arbeitslos	31	7	54	40	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	23	43	31	0	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	30	51	18	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	41	45	14	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	40	56	4	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	25	55	17	0	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	29	47	23	0	1
evangelisch	246	29	46	20	0	5
katholisch	85	31	52	16	0	1

Wie ist das mit... Betreutes Wohnen in einer Einrichtung?

Möglichkeit: Pflegeheim

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	wünschenswert	akzeptabel	kommt nicht in Frage	kenne ich nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	9	49	40	0	2
Geschlecht						
männlich	541	9	50	40	0	1
weiblich	559	9	47	40	0	3
Alter						
18-24 Jahre	71	5	54	40	0	1
25-34 Jahre	133	10	55	34	0	1
35-44 Jahre	151	9	57	33	0	1
45-59 Jahre	283	10	44	43	0	2
60 Jahre und älter	463	9	46	42	0	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	14	47	36	0	3
10. Klasse	529	8	50	41	0	1
Abitur	110	5	49	44	0	1
(Fach-)Hochschule	143	5	48	44	0	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	10	49	39	0	2
in Ausbildung	54	7	53	39	0	1
arbeitslos	31	1	53	44	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	9	48	41	0	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	17	44	36	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	5	53	42	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	3	64	31	0	2
Landw./Selbst./Freib.	47	11	31	54	0	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	10	46	42	0	2
evangelisch	246	5	56	37	0	2
katholisch	85	9	57	33	0	1

Wie ist das mit... Pflegeheim?

Möglichkeit: Seniorenwohngemeinschaft oder Mehrgenerationenhaus

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	wünschens- wert	akzeptabel	kommt nicht in Frage	kenne ich nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	40	34	22	0	4
Geschlecht						
männlich	541	33	40	20	0	7
weiblich	559	47	28	23	0	2
Alter						
18-24 Jahre	71	57	34	7	0	3
25-34 Jahre	133	54	34	11	0	0
35-44 Jahre	151	56	25	12	0	6
45-59 Jahre	283	37	40	21	0	2
60 Jahre und älter	463	30	33	31	0	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	36	26	31	0	8
10. Klasse	529	39	39	20	0	3
Abitur	110	52	33	12	0	3
(Fach-)Hochschule	143	47	35	16	0	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	47	36	13	0	4
in Ausbildung	54	55	37	4	0	3
arbeitslos	31	33	29	36	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	32	32	31	0	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	38	42	10	0	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	52	32	16	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	57	30	11	0	2
Landw./Selbst./Freib.	47	57	30	13	0	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	39	32	24	0	5
evangelisch	246	40	39	17	0	4
katholisch	85	48	37	14	0	1

Wie ist das mit... Seniorenwohngemeinschaft oder Mehrgenerationenhaus?

Umzug in altersgerechte Wohnung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	wünschenswert	akzeptabel	kommt nicht in Frage	kenne ich nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	36	45	17	0	2
Geschlecht						
männlich	541	31	47	20	0	3
weiblich	559	41	43	15	0	1
Alter						
18-24 Jahre	71	51	47	2	0	0
25-34 Jahre	133	38	40	20	0	2
35-44 Jahre	151	48	40	11	0	0
45-59 Jahre	283	36	54	9	0	2
60 Jahre und älter	463	29	42	26	0	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	31	36	29	0	4
10. Klasse	529	36	50	13	0	1
Abitur	110	45	45	7	0	3
(Fach-)Hochschule	143	39	45	15	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	40	49	9	0	2
in Ausbildung	54	51	48	1	0	0
arbeitslos	31	52	41	6	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	29	41	27	0	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	30	53	13	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	49	44	7	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	50	45	4	0	1
Landw./Selbst./Freib.	47	32	60	7	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	35	44	19	0	3
evangelisch	246	40	43	17	0	0
katholisch	85	32	59	8	0	2

Wie ist das mit... Umzug in eine altersgerechte Wohnung?

Wichtigkeit: Gewinnung von Hausärzten im ländlichen Raum

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	88	12	0	0	0
Geschlecht						
männlich	541	84	16	0	0	0
weiblich	559	92	7	0	0	0
Alter						
18-24 Jahre	71	83	17	0	0	0
25-34 Jahre	133	86	14	0	0	0
35-44 Jahre	151	89	11	0	0	0
45-59 Jahre	283	85	15	0	0	0
60 Jahre und älter	463	91	8	0	0	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	91	9	0	0	0
10. Klasse	529	87	13	0	0	0
Abitur	110	86	13	0	0	0
(Fach-)Hochschule	143	88	12	0	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	85	15	0	0	0
in Ausbildung	54	84	16	0	0	0
arbeitslos	31	88	12	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	92	8	0	0	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	82	18	0	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	88	12	0	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	85	15	0	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	86	14	1	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	89	11	0	0	0
evangelisch	246	89	11	0	0	0
katholisch	85	81	19	0	0	0

Ich lese Ihnen jetzt verschiedene gesundheitspolitische Maßnahmen vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Maßnahme, ob Sie sie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig finden. Wie wichtig finden Sie...die Gewinnung von Hausärzten für den ländlichen Raum?

Wichtigkeit: Errichtung von medizinischen Gesundheitszentren

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	69	29	1	0	1
Geschlecht						
männlich	541	62	35	1	0	2
weiblich	559	75	23	1	0	1
Alter						
18-24 Jahre	71	37	60	2	0	1
25-34 Jahre	133	69	27	3	0	1
35-44 Jahre	151	60	36	1	0	3
45-59 Jahre	283	65	33	2	0	0
60 Jahre und älter	463	78	20	1	0	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	74	25	0	0	1
10. Klasse	529	70	28	2	0	1
Abitur	110	49	47	1	0	3
(Fach-)Hochschule	143	67	29	4	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	60	37	2	0	1
in Ausbildung	54	44	53	2	0	1
arbeitslos	31	61	39	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	80	18	1	0	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	64	33	2	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	56	41	2	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	67	32	1	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	56	30	5	0	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	68	29	2	0	1
evangelisch	246	71	27	1	0	1
katholisch	85	62	35	2	0	0

Wie wichtig finden Sie...die Einrichtung von Medizinischen Gesundheitszentren (früher: Polikliniken)?

Wichtigkeit: Anwerbung von Fachkräften für Pflege aus dem Ausland

Zeilenprozentage	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	35	40	14	7	4
Geschlecht						
männlich	541	31	40	18	6	5
weiblich	559	38	39	11	8	4
Alter						
18-24 Jahre	71	31	55	7	5	1
25-34 Jahre	133	26	55	11	6	1
35-44 Jahre	151	40	33	12	9	6
45-59 Jahre	283	32	37	20	9	2
60 Jahre und älter	463	37	37	14	6	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	33	27	19	11	10
10. Klasse	529	34	45	13	6	2
Abitur	110	34	48	10	6	2
(Fach-)Hochschule	143	42	43	12	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	32	43	16	6	3
in Ausbildung	54	31	57	5	7	1
arbeitslos	31	33	32	27	6	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	38	35	14	8	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	24	45	20	5	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	36	41	12	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	47	37	14	2	0
Landw./Selbst./Freib.	47	32	52	10	1	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	31	40	16	9	4
evangelisch	246	43	37	11	3	5
katholisch	85	41	42	13	3	1

Wie wichtig finden Sie...die Anwerbung von Fachkräften für den Bereich Pflege und Gesundheit aus dem Ausland?

Wichtigkeit: Ausweitung der Medizin- Studienplatzangebote

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	52	31	5	1	11
Geschlecht						
männlich	541	46	40	4	3	7
weiblich	559	58	22	6	0	15
Alter						
18-24 Jahre	71	51	34	9	3	3
25-34 Jahre	133	46	47	3	2	3
35-44 Jahre	151	53	29	12	0	6
45-59 Jahre	283	48	36	4	0	12
60 Jahre und älter	463	56	23	4	2	16
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	49	27	6	3	15
10. Klasse	529	54	32	4	1	9
Abitur	110	46	36	9	2	7
(Fach-)Hochschule	143	54	30	4	1	11
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	51	35	6	1	7
in Ausbildung	54	50	38	8	2	2
arbeitslos	31	43	46	3	4	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	53	25	3	2	16
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	53	39	2	1	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	51	31	11	0	7
höh.-leit. Ang./Beamte	65	52	33	8	0	7
Landw./Selbst./Freib.	47	35	35	9	4	18
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	50	32	6	2	10
evangelisch	246	59	27	3	0	11
katholisch	85	51	30	2	0	17

Wie wichtig finden Sie...die Ausweitung der Medizin-Studienplatzangebote?

Wichtigkeit: Förderung von Beratung über Internet

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	27	31	23	7
Geschlecht						
männlich	541	12	28	32	25	4
weiblich	559	12	26	30	22	10
Alter						
18-24 Jahre	71	13	42	30	14	1
25-34 Jahre	133	11	45	30	13	1
35-44 Jahre	151	14	26	44	15	1
45-59 Jahre	283	11	32	33	21	3
60 Jahre und älter	463	12	17	26	32	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	11	21	20	36	13
10. Klasse	529	13	26	37	19	5
Abitur	110	13	39	33	13	1
(Fach-)Hochschule	143	10	37	31	17	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	13	29	38	17	2
in Ausbildung	54	13	48	32	7	0
arbeitslos	31	19	34	26	19	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	10	22	24	31	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	15	30	39	14	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	11	24	42	20	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	8	44	33	14	0
Landw./Selbst./Freib.	47	22	31	19	18	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	13	27	31	22	7
evangelisch	246	9	22	32	27	9
katholisch	85	8	38	29	23	3

Wie wichtig finden Sie...die Förderung von ärztlicher Betreuung und Beratung über das Internet, z.B. Videosprechstunden?

Wichtigkeit: Förderung mobiler Arztpraxen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	71	24	4	0	1
Geschlecht						
männlich	541	62	30	6	1	1
weiblich	559	79	18	1	0	1
Alter						
18-24 Jahre	71	68	31	0	0	1
25-34 Jahre	133	68	26	6	0	0
35-44 Jahre	151	67	29	4	0	0
45-59 Jahre	283	64	29	5	1	1
60 Jahre und älter	463	77	17	3	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	81	18	1	0	0
10. Klasse	529	68	23	6	1	2
Abitur	110	61	37	2	0	1
(Fach-)Hochschule	143	65	30	3	0	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	64	30	5	0	1
in Ausbildung	54	68	30	0	1	1
arbeitslos	31	66	34	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	77	17	4	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	62	33	4	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	64	31	4	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	75	20	5	0	1
Landw./Selbst./Freib.	47	67	25	6	0	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	70	25	4	0	1
evangelisch	246	75	20	3	0	1
katholisch	85	67	26	4	0	3

Wie wichtig finden Sie...die Förderung mobiler Arztpraxen im ländlichen Raum?

Wichtigkeit: Ausweitung von Angeboten zur Vorbeugung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	67	27	3	1	2
Geschlecht						
männlich	541	63	29	4	3	2
weiblich	559	71	24	3	0	2
Alter						
18-24 Jahre	71	66	32	0	0	1
25-34 Jahre	133	53	42	4	1	0
35-44 Jahre	151	76	23	1	0	0
45-59 Jahre	283	67	30	2	0	1
60 Jahre und älter	463	68	21	5	3	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	64	25	5	3	3
10. Klasse	529	70	26	2	1	1
Abitur	110	66	29	3	0	2
(Fach-)Hochschule	143	62	31	4	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	67	31	1	0	0
in Ausbildung	54	66	28	4	0	1
arbeitslos	31	53	40	6	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	68	21	4	3	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	62	37	0	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	75	23	2	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	65	61	38	1	0	0
Landw./Selbst./Freib.	47	64	27	1	0	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	67	27	2	2	2
evangelisch	246	65	25	7	0	3
katholisch	85	72	27	1	0	0

Wie wichtig finden Sie...die Ausweitung von Angeboten zur Vorbeugung von Erkrankungen und für den Erhalt der Gesundheit?

Anwerbung von Fachkräften im Bereich Pflege aus Ausland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	dafür	dagegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	75	18	7
Geschlecht				
männlich	541	76	19	6
weiblich	559	74	18	8
Alter				
18-24 Jahre	71	88	12	0
25-34 Jahre	133	80	12	8
35-44 Jahre	151	77	17	6
45-59 Jahre	283	70	27	4
60 Jahre und älter	463	74	16	10
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	317	61	29	10
10. Klasse	529	79	14	7
Abitur	110	83	13	3
(Fach-)Hochschule	143	84	12	4
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	500	74	21	5
in Ausbildung	54	89	11	0
arbeitslos	31	80	2	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	74	17	9
Berufsgruppe				
Arbeiter	197	68	26	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	75	20	5
höh.-leit. Ang./Beamte	65	84	15	1
Landw./Selbst./Freib.	47	79	18	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	762	72	22	6
evangelisch	246	80	10	10
katholisch	85	88	7	5

Sind Sie dafür oder dagegen, Fachkräfte für den Bereich Pflege und Gesundheit aus dem Ausland anzuwerben?

Höhere Gehälter für Pflegekräfte selbst bei höheren Kassenbeiträgen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	dafür	dagegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	87	6	6
Geschlecht				
männlich	541	86	6	8
weiblich	559	89	6	5
Alter				
18-24 Jahre	71	97	3	0
25-34 Jahre	133	83	9	8
35-44 Jahre	151	93	3	4
45-59 Jahre	283	93	5	2
60 Jahre und älter	463	82	7	10
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	317	84	5	11
10. Klasse	529	87	8	5
Abitur	110	92	5	2
(Fach-)Hochschule	143	92	4	4
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	500	91	6	3
in Ausbildung	54	97	2	1
arbeitslos	31	82	3	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	83	7	10
Berufsgruppe				
Arbeiter	197	90	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	93	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	95	1	3
Landw./Selbst./Freib.	47	89	9	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	762	87	6	7
evangelisch	246	86	6	8
katholisch	85	92	6	1

Finden Sie, dass Pflegekräfte höhere Gehälter erhalten sollten, selbst wenn dies zu höheren Kassenbeiträgen führen würde?

Alle in gesetzlichen Krankenkassen versichert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	dafür	dagegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	82	10	8
Geschlecht				
männlich	541	82	9	8
weiblich	559	81	11	8
Alter				
18-24 Jahre	71	68	26	6
25-34 Jahre	133	75	11	14
35-44 Jahre	151	76	19	6
45-59 Jahre	283	81	11	8
60 Jahre und älter	463	88	5	7
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	317	88	5	7
10. Klasse	529	81	11	8
Abitur	110	71	20	9
(Fach-)Hochschule	143	80	13	7
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	500	78	14	7
in Ausbildung	54	67	26	7
arbeitslos	31	66	14	21
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	88	4	8
Berufsgruppe				
Arbeiter	197	81	13	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	78	15	7
höh.-leit. Ang./Beamte	65	71	21	8
Landw./Selbst./Freib.	47	77	11	12
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	762	81	12	8
evangelisch	246	86	6	8
katholisch	85	80	12	8

Manche Leute fordern, dass in Deutschland alle Bürgerinnen und Bürger, also auch die Beamten und Selbständigen, in den gesetzlichen Krankenkassen versichert sein sollten, anstatt in privaten Krankenkassen. Was halten Sie von dieser Forderung? Sind Sie dafür oder dagegen?

Politische Partizipation: An einen Politiker wenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	14	41	42	2
Geschlecht					
männlich	541	19	44	36	1
weiblich	559	10	38	49	3
Alter					
18-24 Jahre	71	19	47	34	0
25-34 Jahre	133	16	40	42	2
35-44 Jahre	151	18	46	34	1
45-59 Jahre	283	13	47	40	1
60 Jahre und älter	463	13	36	48	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	7	29	60	4
10. Klasse	529	12	47	40	1
Abitur	110	27	49	23	1
(Fach-)Hochschule	143	30	42	26	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	16	48	35	1
in Ausbildung	54	15	50	35	0
arbeitslos	31	26	59	8	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	12	33	52	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	9	42	49	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	16	53	29	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	32	49	18	2
Landw./Selbst./Freib.	47	23	51	26	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	14	39	45	2
evangelisch	246	19	40	40	2
katholisch	85	7	68	23	2

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einen Politiker wenden?

Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	40	51	8	0
Geschlecht					
männlich	541	46	48	6	0
weiblich	559	34	55	10	1
Alter					
18-24 Jahre	71	50	45	5	0
25-34 Jahre	133	48	51	1	0
35-44 Jahre	151	47	47	5	1
45-59 Jahre	283	42	51	7	1
60 Jahre und älter	463	33	54	13	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	25	59	16	0
10. Klasse	529	41	52	6	1
Abitur	110	54	44	2	0
(Fach-)Hochschule	143	60	37	2	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	44	51	4	1
in Ausbildung	54	55	43	2	0
arbeitslos	31	53	45	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	33	53	13	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	30	61	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	50	49	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	68	30	1	2
Landw./Selbst./Freib.	47	53	46	1	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	41	50	8	1
evangelisch	246	40	48	12	0
katholisch	85	30	69	2	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer Unterschriftensammlung teilnehmen?

Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	14	77	1
Geschlecht					
männlich	541	10	19	70	0
weiblich	559	5	10	85	1
Alter					
18-24 Jahre	71	2	28	70	1
25-34 Jahre	133	7	26	67	0
35-44 Jahre	151	4	27	67	1
45-59 Jahre	283	5	11	84	1
60 Jahre und älter	463	11	7	81	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	5	5	89	0
10. Klasse	529	7	18	74	1
Abitur	110	4	26	69	1
(Fach-)Hochschule	143	15	14	70	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	7	18	75	1
in Ausbildung	54	2	37	61	1
arbeitslos	31	10	31	59	0
übrige Nicht-Erwerbstat.	515	8	8	83	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	6	14	80	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	3	16	80	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	11	29	58	2
Landw./Selbst./Freib.	47	20	21	58	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	5	15	79	1
evangelisch	246	13	12	74	1
katholisch	85	9	13	77	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... In einer politischen Partei mitarbeiten?

Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	10	54	35	1
Geschlecht					
männlich	541	10	61	28	1
weiblich	559	10	46	42	2
Alter					
18-24 Jahre	71	5	68	26	0
25-34 Jahre	133	8	60	29	3
35-44 Jahre	151	8	68	23	1
45-59 Jahre	283	7	61	30	1
60 Jahre und älter	463	14	40	45	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	10	42	48	0
10. Klasse	529	8	57	34	2
Abitur	110	15	63	17	5
(Fach-)Hochschule	143	17	60	22	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	10	64	24	2
in Ausbildung	54	6	70	23	1
arbeitslos	31	0	83	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	11	40	48	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	6	66	28	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	9	65	24	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	15	68	12	5
Landw./Selbst./Freib.	47	29	39	31	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	8	55	35	2
evangelisch	246	17	49	33	1
katholisch	85	7	51	41	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... In einer Bürgerinitiative mitarbeiten?

Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	20	43	36	1
Geschlecht					
männlich	541	22	50	27	0
weiblich	559	19	36	44	2
Alter					
18-24 Jahre	71	32	43	25	0
25-34 Jahre	133	19	47	34	0
35-44 Jahre	151	19	40	40	1
45-59 Jahre	283	21	52	27	1
60 Jahre und älter	463	20	37	42	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	15	30	55	0
10. Klasse	529	17	50	32	2
Abitur	110	29	49	22	0
(Fach-)Hochschule	143	40	41	18	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	21	50	29	1
in Ausbildung	54	30	51	18	1
arbeitslos	31	10	78	12	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	20	34	46	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	15	58	28	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	22	44	33	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	36	41	21	2
Landw./Selbst./Freib.	47	28	47	24	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	20	43	36	1
evangelisch	246	22	38	39	1
katholisch	85	22	55	23	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer genehmigten Demonstration teilnehmen?

Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	14	78	1
Geschlecht					
männlich	541	8	19	73	0
weiblich	559	5	10	84	1
Alter					
18-24 Jahre	71	8	23	68	1
25-34 Jahre	133	8	21	70	1
35-44 Jahre	151	6	9	84	2
45-59 Jahre	283	7	16	76	1
60 Jahre und älter	463	6	12	81	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	4	14	82	0
10. Klasse	529	6	13	80	1
Abitur	110	13	18	69	1
(Fach-)Hochschule	143	10	20	69	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	7	16	76	1
in Ausbildung	54	9	20	70	1
arbeitslos	31	0	28	72	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	6	12	82	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	6	21	72	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	6	11	82	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	14	14	70	2
Landw./Selbst./Freib.	47	8	24	66	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	6	14	79	1
evangelisch	246	8	15	78	0
katholisch	85	12	16	71	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?

Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	0	8	89	2
Geschlecht					
männlich	541	0	11	87	1
weiblich	559	0	6	91	3
Alter					
18-24 Jahre	71	1	4	95	0
25-34 Jahre	133	0	9	91	0
35-44 Jahre	151	1	12	86	1
45-59 Jahre	283	0	7	91	1
60 Jahre und älter	463	0	8	88	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	0	18	77	5
10. Klasse	529	0	5	94	1
Abitur	110	1	3	96	0
(Fach-)Hochschule	143	1	4	94	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	0	10	89	1
in Ausbildung	54	2	3	95	0
arbeitslos	31	0	11	89	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	0	7	89	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	0	21	78	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	1	2	97	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	1	2	95	3
Landw./Selbst./Freib.	47	0	11	88	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	0	9	89	2
evangelisch	246	0	6	90	4
katholisch	85	0	6	94	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Politische Partizipation: Ehrenamtliches Engagement

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	18	64	16	2
Geschlecht					
männlich	541	19	61	20	1
weiblich	559	18	68	13	2
Alter					
18-24 Jahre	71	9	81	9	1
25-34 Jahre	133	14	78	8	0
35-44 Jahre	151	19	70	10	1
45-59 Jahre	283	18	65	16	1
60 Jahre und älter	463	20	55	22	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	317	18	54	26	2
10. Klasse	529	16	68	14	2
Abitur	110	16	74	10	1
(Fach-)Hochschule	143	28	63	8	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	500	19	67	13	1
in Ausbildung	54	13	79	8	0
arbeitslos	31	9	89	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	18	58	21	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	197	20	62	17	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	15	72	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	28	66	3	3
Landw./Selbst./Freib.	47	24	61	13	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	762	16	63	20	1
evangelisch	246	27	63	8	2
katholisch	85	13	79	5	3

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... Sich ehrenamtlich engagieren? (z.B. in einem Verein oder in der Nachbarschaftshilfe)

Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	9	16	15	38	23
Geschlecht						
männlich	541	10	18	22	35	15
weiblich	559	7	14	9	41	30
Alter						
18-24 Jahre	71	0	9	18	56	17
25-34 Jahre	133	3	19	21	34	23
35-44 Jahre	151	6	18	16	38	22
45-59 Jahre	283	12	14	18	43	14
60 Jahre und älter	463	10	17	11	33	29
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	13	21	9	29	28
10. Klasse	529	7	15	16	39	23
Abitur	110	2	11	24	47	16
(Fach-)Hochschule	143	8	12	16	50	14
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	7	14	21	39	19
in Ausbildung	54	0	16	19	48	16
arbeitslos	31	6	0	17	39	38
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	11	19	9	35	26
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	13	17	27	29	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	4	11	14	47	25
höh.-leit. Ang./Beamte	65	4	14	30	45	8
Landw./Selbst./Freib.	47	7	13	13	40	26
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	8	14	16	38	24
evangelisch	246	12	19	12	38	19
katholisch	85	7	21	14	38	19

Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	33	28	12	22	4
Geschlecht						
männlich	541	31	29	14	25	2
weiblich	559	36	27	10	20	7
Alter						
18-24 Jahre	71	17	27	28	26	2
25-34 Jahre	133	16	41	17	19	7
35-44 Jahre	151	25	36	19	16	4
45-59 Jahre	283	38	27	10	20	5
60 Jahre und älter	463	40	22	8	26	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	50	30	1	15	4
10. Klasse	529	31	29	15	19	5
Abitur	110	18	28	23	30	1
(Fach-)Hochschule	143	15	19	18	43	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	29	30	16	20	4
in Ausbildung	54	17	24	28	27	4
arbeitslos	31	24	44	15	14	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	40	25	7	24	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	37	35	13	10	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	28	29	14	25	4
höh.-leit. Ang./Beamte	65	17	25	28	29	3
Landw./Selbst./Freib.	47	16	17	21	37	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	32	31	12	21	4
evangelisch	246	34	19	12	27	7
katholisch	85	42	21	17	19	1

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	29	31	14	24	2
Geschlecht						
männlich	541	28	36	14	20	2
weiblich	559	30	27	13	29	2
Alter						
18-24 Jahre	71	4	29	30	36	0
25-34 Jahre	133	25	27	10	35	2
35-44 Jahre	151	25	31	15	26	3
45-59 Jahre	283	27	30	18	24	0
60 Jahre und älter	463	36	33	8	19	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	53	31	3	10	3
10. Klasse	529	23	34	14	27	2
Abitur	110	9	32	27	30	1
(Fach-)Hochschule	143	12	22	25	39	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	21	31	19	27	2
in Ausbildung	54	6	27	23	44	1
arbeitslos	31	22	62	9	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	39	30	8	21	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	27	36	15	20	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	21	27	19	32	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	10	30	27	32	1
Landw./Selbst./Freib.	47	9	29	26	34	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	29	31	13	25	1
evangelisch	246	30	28	13	26	4
katholisch	85	25	42	15	15	3

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	25	20	14	24
Geschlecht						
männlich	541	19	28	19	16	18
weiblich	559	14	23	22	12	29
Alter						
18-24 Jahre	71	26	37	17	5	16
25-34 Jahre	133	6	25	22	11	36
35-44 Jahre	151	16	32	31	15	7
45-59 Jahre	283	19	25	22	16	17
60 Jahre und älter	463	17	21	16	15	31
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	21	15	24	12	28
10. Klasse	529	12	27	21	17	22
Abitur	110	20	36	15	8	21
(Fach-)Hochschule	143	19	34	16	10	21
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	16	31	24	15	15
in Ausbildung	54	25	37	19	10	9
arbeitslos	31	11	23	20	13	33
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	17	19	18	14	33
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	16	29	30	16	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	15	27	23	16	19
höh.-leit. Ang./Beamte	65	15	47	15	8	15
Landw./Selbst./Freib.	47	18	31	12	13	26
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	16	22	22	16	23
evangelisch	246	18	32	17	8	25
katholisch	85	14	36	13	14	23

Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	26	22	14	14	25
Geschlecht						
männlich	541	25	24	18	13	20
weiblich	559	26	19	10	15	30
Alter						
18-24 Jahre	71	8	16	28	30	18
25-34 Jahre	133	12	35	14	17	22
35-44 Jahre	151	25	24	28	15	8
45-59 Jahre	283	31	24	15	12	18
60 Jahre und älter	463	29	17	6	12	36
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	34	24	3	7	33
10. Klasse	529	28	23	15	12	22
Abitur	110	9	15	29	25	21
(Fach-)Hochschule	143	12	17	21	28	22
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	23	24	21	16	16
in Ausbildung	54	10	19	27	33	13
arbeitslos	31	22	19	6	6	46
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	30	20	6	11	33
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	24	36	17	8	16
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	27	17	21	18	18
höh.-leit. Ang./Beamte	65	5	19	32	30	14
Landw./Selbst./Freib.	47	24	12	23	20	22
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	27	22	13	14	24
evangelisch	246	22	20	12	16	29
katholisch	85	26	24	23	8	19

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	14	12	22	46	6
Geschlecht						
männlich	541	12	11	25	48	3
weiblich	559	15	13	18	45	9
Alter						
18-24 Jahre	71	0	4	20	73	2
25-34 Jahre	133	2	19	24	54	0
35-44 Jahre	151	17	9	22	50	2
45-59 Jahre	283	17	6	28	41	7
60 Jahre und älter	463	15	16	17	42	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	31	18	13	29	9
10. Klasse	529	9	11	28	45	6
Abitur	110	3	5	17	70	3
(Fach-)Hochschule	143	1	6	21	70	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	11	9	26	49	4
in Ausbildung	54	0	1	21	74	3
arbeitslos	31	5	7	24	53	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	18	16	17	41	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	16	14	31	35	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	12	6	24	53	5
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	3	27	71	0
Landw./Selbst./Freib.	47	3	13	18	61	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	15	13	22	45	6
evangelisch	246	11	9	22	50	7
katholisch	85	15	6	24	48	7

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte Staat großzügig sein

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	4	13	28	46	8
Geschlecht						
männlich	541	4	13	30	48	5
weiblich	559	4	14	26	45	11
Alter						
18-24 Jahre	71	4	30	40	26	0
25-34 Jahre	133	2	11	34	41	11
35-44 Jahre	151	3	11	30	52	5
45-59 Jahre	283	4	11	28	55	3
60 Jahre und älter	463	6	14	24	44	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	4	11	18	53	14
10. Klasse	529	4	11	30	49	6
Abitur	110	4	24	38	30	5
(Fach-)Hochschule	143	8	19	32	36	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	4	12	34	44	5
in Ausbildung	54	5	31	33	29	2
arbeitslos	31	3	5	44	46	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	4	13	20	50	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	4	5	37	53	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	4	14	29	44	9
höh.-leit. Ang./Beamte	65	4	25	48	21	2
Landw./Selbst./Freib.	47	7	15	30	39	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	4	13	26	50	7
evangelisch	246	4	14	30	41	10
katholisch	85	6	17	35	35	8

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	17	8	61	7
Geschlecht						
männlich	541	4	18	9	62	7
weiblich	559	9	16	7	61	7
Alter						
18-24 Jahre	71	7	9	12	68	3
25-34 Jahre	133	1	28	10	51	10
35-44 Jahre	151	4	32	6	56	3
45-59 Jahre	283	6	20	10	57	6
60 Jahre und älter	463	10	8	7	67	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	16	28	9	40	6
10. Klasse	529	4	17	8	63	8
Abitur	110	1	5	6	82	6
(Fach-)Hochschule	143	1	2	7	86	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	4	17	11	61	6
in Ausbildung	54	4	8	13	72	3
arbeitslos	31	1	50	4	45	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	10	16	5	61	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	6	25	16	46	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	4	17	6	66	7
höh.-leit. Ang./Beamte	65	3	3	9	84	1
Landw./Selbst./Freib.	47	1	11	12	68	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	6	19	8	60	8
evangelisch	246	10	12	8	65	5
katholisch	85	6	14	9	64	7

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	17	17	41	12
Geschlecht						
männlich	541	13	17	21	41	7
weiblich	559	12	16	13	42	17
Alter						
18-24 Jahre	71	0	1	34	49	16
25-34 Jahre	133	5	20	28	42	5
35-44 Jahre	151	14	16	26	36	8
45-59 Jahre	283	15	19	12	44	10
60 Jahre und älter	463	15	17	11	40	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	25	34	5	23	13
10. Klasse	529	10	13	22	41	14
Abitur	110	2	3	24	61	9
(Fach-)Hochschule	143	3	4	18	69	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	13	14	20	44	9
in Ausbildung	54	2	1	27	59	11
arbeitslos	31	5	7	33	39	17
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	14	21	11	38	16
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	13	25	23	30	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	17	7	20	46	9
höh.-leit. Ang./Beamte	65	2	10	17	63	6
Landw./Selbst./Freib.	47	6	5	20	66	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	15	15	17	42	11
evangelisch	246	6	23	15	38	18
katholisch	85	11	14	18	45	12

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	9	12	20	55	4
Geschlecht						
männlich	541	9	9	22	56	4
weiblich	559	10	15	18	54	4
Alter						
18-24 Jahre	71	0	6	26	64	3
25-34 Jahre	133	1	21	18	60	0
35-44 Jahre	151	2	24	27	47	0
45-59 Jahre	283	10	8	24	53	4
60 Jahre und älter	463	15	8	15	57	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	19	20	8	46	7
10. Klasse	529	6	10	26	54	3
Abitur	110	1	7	28	62	1
(Fach-)Hochschule	143	4	3	16	75	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	6	13	25	54	1
in Ausbildung	54	2	3	26	67	2
arbeitslos	31	0	10	12	74	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	14	11	15	54	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	10	14	29	45	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	4	14	26	54	1
höh.-leit. Ang./Beamte	65	3	8	22	66	0
Landw./Selbst./Freib.	47	1	6	15	70	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	9	12	18	57	4
evangelisch	246	9	9	25	53	5
katholisch	85	11	15	20	52	3

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	19	23	15	17	26
Geschlecht						
männlich	541	17	31	16	14	22
weiblich	559	21	15	14	20	30
Alter						
18-24 Jahre	71	5	20	27	29	19
25-34 Jahre	133	22	26	14	16	21
35-44 Jahre	151	19	30	19	16	16
45-59 Jahre	283	19	30	14	13	24
60 Jahre und älter	463	21	17	12	17	33
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	32	21	8	15	24
10. Klasse	529	18	28	14	13	27
Abitur	110	4	18	29	27	22
(Fach-)Hochschule	143	7	16	23	25	28
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	14	30	17	16	23
in Ausbildung	54	5	25	28	27	16
arbeitslos	31	13	32	7	7	42
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	26	16	12	17	29
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	17	43	11	9	21
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	17	22	20	18	22
höh.-leit. Ang./Beamte	65	3	16	32	24	26
Landw./Selbst./Freib.	47	5	29	14	24	29
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	20	23	14	17	25
evangelisch	246	19	20	14	18	28
katholisch	85	13	34	19	9	25

Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.

Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	30	36	14	12	8
Geschlecht						
männlich	541	31	40	16	10	2
weiblich	559	29	32	11	14	14
Alter						
18-24 Jahre	71	14	46	23	13	4
25-34 Jahre	133	22	42	17	11	8
35-44 Jahre	151	27	41	21	11	1
45-59 Jahre	283	34	40	13	11	2
60 Jahre und älter	463	33	29	10	13	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	38	33	4	8	16
10. Klasse	529	33	36	14	11	5
Abitur	110	13	38	31	13	4
(Fach-)Hochschule	143	16	40	21	21	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	24	40	20	13	3
in Ausbildung	54	20	47	22	11	0
arbeitslos	31	40	37	5	4	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	36	31	8	12	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	28	51	13	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	25	36	21	15	3
höh.-leit. Ang./Beamte	65	10	29	41	19	0
Landw./Selbst./Freib.	47	30	31	11	23	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	33	38	12	10	6
evangelisch	246	24	29	16	14	16
katholisch	85	22	35	20	20	2

In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.

Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	34	27	16	16	7
Geschlecht						
männlich	541	34	31	16	15	4
weiblich	559	35	24	15	16	10
Alter						
18-24 Jahre	71	15	24	34	22	6
25-34 Jahre	133	19	32	28	16	5
35-44 Jahre	151	30	31	17	15	6
45-59 Jahre	283	44	24	14	15	4
60 Jahre und älter	463	38	27	10	15	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	44	25	14	10	7
10. Klasse	529	36	28	15	14	7
Abitur	110	16	31	24	23	6
(Fach-)Hochschule	143	22	26	17	26	9
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	32	29	17	17	5
in Ausbildung	54	21	18	28	21	13
arbeitslos	31	40	33	12	14	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	38	26	13	13	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	39	30	17	10	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	30	32	15	20	4
höh.-leit. Ang./Beamte	65	20	19	29	26	6
Landw./Selbst./Freib.	47	27	28	11	27	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	39	26	15	15	5
evangelisch	246	25	30	15	18	12
katholisch	85	24	31	27	9	8

Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	38	31	12	10	8
Geschlecht						
männlich	541	37	35	11	10	7
weiblich	559	39	28	13	11	9
Alter						
18-24 Jahre	71	6	30	29	27	8
25-34 Jahre	133	39	29	14	7	11
35-44 Jahre	151	36	46	11	5	1
45-59 Jahre	283	44	30	13	8	4
60 Jahre und älter	463	40	28	9	12	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	49	24	3	11	12
10. Klasse	529	41	33	12	7	6
Abitur	110	18	40	23	13	6
(Fach-)Hochschule	143	19	34	23	16	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	32	39	15	9	5
in Ausbildung	54	9	29	31	26	4
arbeitslos	31	41	20	18	2	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	47	24	7	10	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	36	40	12	9	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	34	38	13	9	6
höh.-leit. Ang./Beamte	65	22	36	29	10	4
Landw./Selbst./Freib.	47	26	39	13	11	11
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	38	32	11	11	7
evangelisch	246	41	28	13	5	13
katholisch	85	34	35	16	14	1

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	20	26	24	24	6
Geschlecht						
männlich	541	16	25	27	25	7
weiblich	559	24	27	21	23	6
Alter						
18-24 Jahre	71	1	34	35	26	4
25-34 Jahre	133	17	28	26	24	5
35-44 Jahre	151	17	35	21	24	2
45-59 Jahre	283	23	23	29	22	3
60 Jahre und älter	463	22	23	19	24	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	36	23	17	12	12
10. Klasse	529	17	29	24	26	4
Abitur	110	3	26	35	34	3
(Fach-)Hochschule	143	7	22	32	34	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	17	27	28	26	3
in Ausbildung	54	1	28	37	31	3
arbeitslos	31	16	28	22	30	5
übrige Nicht-Erwerbstat.	515	25	25	19	20	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	26	28	24	17	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	13	27	29	30	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	5	24	42	28	1
Landw./Selbst./Freib.	47	17	18	15	47	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	23	25	23	23	6
evangelisch	246	14	27	25	25	9
katholisch	85	10	33	31	24	3

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	27	25	22	14
Geschlecht						
männlich	541	10	24	29	24	13
weiblich	559	15	30	20	21	15
Alter						
18-24 Jahre	71	0	8	29	34	28
25-34 Jahre	133	5	30	25	18	21
35-44 Jahre	151	13	27	28	22	11
45-59 Jahre	283	8	26	29	24	13
60 Jahre und älter	463	19	29	21	21	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	22	35	19	12	12
10. Klasse	529	10	27	25	24	14
Abitur	110	3	15	32	30	20
(Fach-)Hochschule	143	10	16	30	31	13
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	10	25	28	25	13
in Ausbildung	54	0	11	34	39	16
arbeitslos	31	17	29	23	9	22
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	16	30	21	19	14
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	8	32	28	21	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	13	20	28	27	13
höh.-leit. Ang./Beamte	65	6	18	37	20	19
Landw./Selbst./Freib.	47	6	22	19	44	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	14	28	24	20	13
evangelisch	246	9	23	23	26	19
katholisch	85	9	24	32	31	4

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	9	14	59	13
Geschlecht						
männlich	541	6	11	16	54	13
weiblich	559	4	7	12	63	14
Alter						
18-24 Jahre	71	0	0	19	77	4
25-34 Jahre	133	1	18	14	57	9
35-44 Jahre	151	3	12	18	63	5
45-59 Jahre	283	6	6	21	54	14
60 Jahre und älter	463	7	8	8	58	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	10	18	9	45	18
10. Klasse	529	4	7	19	58	13
Abitur	110	0	2	10	80	8
(Fach-)Hochschule	143	0	3	13	78	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	2	7	21	60	10
in Ausbildung	54	0	0	15	80	6
arbeitslos	31	5	7	22	55	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	8	12	8	56	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	7	13	23	45	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	0	3	22	67	8
höh.-leit. Ang./Beamte	65	0	4	10	80	6
Landw./Selbst./Freib.	47	0	2	21	63	14
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	3	10	16	58	13
evangelisch	246	8	7	12	59	13
katholisch	85	8	8	11	62	11

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Gefährdung gesellschaftlichen Zusammenhalts

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	42	37	9	9	4
Geschlecht						
männlich	541	44	40	9	6	1
weiblich	559	41	33	9	11	6
Alter						
18-24 Jahre	71	23	51	16	10	0
25-34 Jahre	133	25	57	8	9	2
35-44 Jahre	151	42	37	13	7	0
45-59 Jahre	283	50	30	9	8	3
60 Jahre und älter	463	46	33	6	9	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	57	30	1	7	5
10. Klasse	529	41	37	10	8	3
Abitur	110	23	47	17	10	3
(Fach-)Hochschule	143	30	42	13	13	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	43	35	11	9	2
in Ausbildung	54	22	50	15	13	0
arbeitslos	31	27	46	18	7	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	45	36	5	8	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	53	30	9	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	39	36	11	12	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	22	44	23	10	0
Landw./Selbst./Freib.	47	49	30	7	12	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	44	38	9	7	2
evangelisch	246	35	35	7	12	11
katholisch	85	49	26	15	10	0

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet.

Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Wegfall der Asylgründe

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	36	32	17	11	5
Geschlecht						
männlich	541	35	33	18	10	4
weiblich	559	36	31	16	11	6
Alter						
18-24 Jahre	71	16	31	30	21	2
25-34 Jahre	133	36	31	13	12	7
35-44 Jahre	151	30	38	15	11	6
45-59 Jahre	283	37	33	17	8	6
60 Jahre und älter	463	40	29	16	11	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	50	24	16	8	3
10. Klasse	529	36	36	14	8	6
Abitur	110	17	35	23	20	5
(Fach-)Hochschule	143	19	32	23	18	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	31	34	18	12	5
in Ausbildung	54	18	29	32	18	2
arbeitslos	31	45	33	11	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	42	30	14	9	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	39	33	14	11	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	32	37	14	10	6
höh.-leit. Ang./Beamte	65	14	29	33	18	6
Landw./Selbst./Freib.	47	13	31	29	20	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	38	31	16	11	4
evangelisch	246	28	36	19	9	8
katholisch	85	41	26	20	11	2

Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	24	23	16	34	4
Geschlecht						
männlich	541	25	26	17	31	1
weiblich	559	23	20	14	36	7
Alter						
18-24 Jahre	71	19	22	20	39	0
25-34 Jahre	133	20	24	24	32	2
35-44 Jahre	151	22	39	15	21	3
45-59 Jahre	283	32	24	17	26	1
60 Jahre und älter	463	22	18	12	42	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	317	34	16	14	30	5
10. Klasse	529	24	27	15	31	3
Abitur	110	13	28	17	42	1
(Fach-)Hochschule	143	12	21	20	44	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	500	25	30	16	28	2
in Ausbildung	54	20	19	21	41	0
arbeitslos	31	31	48	3	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	515	23	16	15	39	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	197	31	26	16	26	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	205	21	33	18	27	2
höh.-leit. Ang./Beamte	65	14	31	19	34	1
Landw./Selbst./Freib.	47	26	23	8	37	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	762	27	26	14	30	3
evangelisch	246	14	17	21	41	7
katholisch	85	19	21	16	43	1

Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.